

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

10. Sitzung vom 27. und 28. Juni 2011 (2. Sitzungstag vom 28. Juni 2011)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	Personal	
		Rednerinnen bzw Redner:	
		GRin Mag Barbara Feldmann	S. 75
		GR Senol Akkilic	S. 77
Fortsetzung der Verhandlung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2010		GRin Mag Barbara Feldmann (tatsächliche Berichtigung)	S. 82
		GRin Christine Marek (tatsächliche Berichtigung)	S. 82
Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales		GR Senol Akkilic (tatsächliche Berichtigung)	S. 82
Rednerinnen bzw Redner:		GR Mag Wolfgang Jung	S. 83
GRin Ingrid Korosec	S. 3	GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 87
GRin Dr Sigrud Pilz	S. 7	GRin Mag Barbara Feldmann (tatsächliche Berichtigung)	S. 90
GR Mag Gerald Ebinger	S. 11	GRin Ing Isabella Leeb	S. 90
GRin Mag Sonja Ramskogler	S. 13	GRin Angela Schütz	S. 91
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 17	GRin Silvia Rubik	S. 92
GRin Birgit Hebein	S. 18	GR Dr Wolfgang Ulm	S. 94
GR Wolfgang Seidl	S. 20	GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 96
GR Dr Alois Mayer	S. 21	GR Ing Christian Meidlinger	S. 97
GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 23	GR Dr Wolfgang Ulm	S. 98
GR Gerhard Haslinger	S. 25	GR Mag Wolfgang Jung	S. 98
GRin Dr Claudia Laschan	S. 28	GR David Ellensohn	S. 99
Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 28	GR Mag Wolfgang Jung (tatsächliche Berichtigung)	S. 100
		Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 100
Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt		02215-2011/0001-GFW; P 1: Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2010	
Rednerinnen bzw Redner:		Berichterstatterin VBgmin Mag Renate Brauner (Schlusswort)	S. 103
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 31		
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 35	6. Ordnungsruf an GR Mag Wolfgang Jung	S. 100
GRin Angela Schütz	S. 37		
GR Erich Valentin	S. 41	7. 02078-2011/0001-GGS; P 2: Jahresabschluss der Unternehmung "Wiener Krankenanstaltenverbund" für das Jahr 2010	S. 107
GR Ing Udo Guggenbichler	S. 43	Abstimmung	
GR Christian Unger	S. 46		
GRin Waltraud Karner-Kremser	S. 47	8. 01977-2011/0001-GGU; P 3: Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2010	S. 107
Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 49	Abstimmung	
GR Mag Wolfgang Jung	S. 50		
		9. 01839-2011/0001-GWS; P 4: Jahresabschluss der Unternehmung "Stadt Wien – Wiener Wohnen" für das Jahr 2010	S. 107
Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft		Abstimmung	
Rednerinnen bzw Redner:			
GRin Ing Isabella Leeb	S. 51	10. 02436-2011/0001-MDLTG; P 5: Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 2010	
GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 53		
GRin Ing Isabella Leeb (tatsächliche Berichtigung)	S. 56		
GR Mag Gerald Ebinger	S. 56		
GR Dr Harald Troch	S. 58		
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 63		
GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 65		
GRin Martina Ludwig-Faymann	S. 66		
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 68		
GRin Uta Meyer	S. 70		
Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 72		
Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und			

Berichterstatter GR Dr Matthias Tschirf S. 108
Rednerin bzw Redner:
GR Mag Alexander Neuhuber S. 108
GRin Birgit Hebein S. 109

GR Mag Dr Alfred Wansch S. 109
GR Mag Thomas Reindl S. 111
Berichterstatter GR Dr Matthias Tschirf S. 112
Abstimmung S. 113

(Wiederaufnahme um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche einen wunderschönen guten Morgen!

Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Entschuldigt sind für die ganze Sitzung Herr GR Herzog, Herr GR Nepp, Herr GR Ing Rösch, Herr GR Schuster und Frau GRin Prof Dr Vitouch. Es sind auch einige Gemeinderäte zeitweise verhindert, ich erlaube mir, diese nicht vorzulesen.

Die Beratung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2010 wird nunmehr fortgesetzt. Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales mit der Postnummer 2 – das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2010 – gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates daher ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Zu Wort gemeldet ist als erste Rednerin Frau GRin Korosec. Sie haben 40 Minuten. Ich erteile Ihnen das Wort.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wünsche vor allem einmal einen schönen guten Morgen, beziehungsweise müsste man sagen: Grüß Gott!, denn wir haben uns an diesem Morgen ja bereits schon sehr früh auch gesehen. Ich sage also nochmals: Grüß Gott! (*GR Kurt Wagner: Servus!*)

Bei der gestrigen Generaldebatte, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat Frau VBgmin Brauner stolz die gewaltigen Summen erwähnt, die im Bereich Gesundheit und Soziales ausgegeben werden, nämlich 2,95 Milliarden EUR. Es wird also fast die 3-Milliarden-Grenze erreicht, und das bedeutet tatsächlich, dass 25 Prozent des Budgets für Gesundheit und Soziales verwendet werden. Mehr als 1 Milliarde wird für Soziales aufgewendet. (*GR Kurt Wagner: Sehr vorbildlich!*) Ja! Das ist auch gut so. Viele Ausgaben sind notwendig, aber – und jetzt kommt schon das Aber – leider geschieht das teilweise ohne Plan und ohne Nachhaltigkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Wien steht nämlich jetzt bei Rot-Grün der PR-Effekt stark im Mittelpunkt. Ich kann Ihnen zeigen, wie viele Inserate es in den letzten zwei Wochen nur für Gesundheit und Soziales gegeben hat, wobei aber in allen anderen Bereichen auch unglaublich viel inseriert wurde, und ich halte es für unseriös, um nicht zu sagen: skandalös, gerade in der Sozialpolitik das Geld so hinauszuerwerfen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben in den letzten eineinhalb bis zwei Wochen eine dreiviertel Million Euro ausgegeben, um das ach so gute Gesundheits- und Sozialsystem anzupreisen.

750 000 EUR werden beim Fenster hinausgeworfen, anstatt das Geld für die sozial Schwachen aufzuwenden! Ich nenne Ihnen nur ein paar kleine Beispiele.

Zum Beispiel „Essen auf Rädern“: Da gab es 2010 einen Rückgang von 11 Prozent gegenüber 2009. Und in der Geriatricsitzung am 9. März hat Geschäftsführer Hacker erklärt, dass die tägliche Zustellung von „Essen auf Rädern“ nicht mehr beziehungsweise nur mehr in Ausnahmefällen stattfindet, weil das nicht mehr erforderlich sei. – Für jene Personen, die nur „Essen auf Rädern“ bekommen und die sonst keine andere Leistung haben, ist das aber notwendig, denn für diese ist der Essenslieferant sehr oft die einzige Kontaktperson, mit der sie vielleicht überhaupt ein paar Sätze sprechen können. Und es ist erschreckend, dass Sie gerade in diesem Bereich einsparen, auf der anderen Seite aber eine dreiviertel Million Euro hinauswerfen! Frau Stadträtin! Mit dieser dreiviertel Million Euro, die in den vergangenen zwei Wochen ausgegeben wurde, ließen sich 100 000 Gratismahlzeiten für „Essen auf Rädern“ durchführen!

Frau Stadträtin! Für Sie zählt ja gerade der Mensch. Warum streichen Sie dann Sozialleistungen für jene Menschen, die es ganz besonders brauchen? Diese Menschen brauchen vor allem auch Kommunikation, sie brauchen es einfach auch, dass jemand einmal am Tag kommt und ein paar Worte mit ihnen spricht.

Ein nächster Bereich – Wachkomapatienten, Fahrdienst nach Hause: Man kann natürlich sagen: Mein Gott, was ist denn das? – Ich kann Ihnen aber sagen, dass ich größte Hochachtung vor jenen Angehörigen habe, die einen Wachkomapatienten oder eine Wachkomapatientin fallweise am Wochenende zu sich nach Hause nehmen. Bisher wurde das durch den Fahrdienst finanziell abgedeckt. Ab 1. Juli ist das nicht mehr der Fall, dann müssen die Kosten privat übernommen werden. Übrigens übernimmt das das Haus der Barmherzigkeit, Prof Gisinger.

Anders schaut es bei der Stadtregierung aus. Das System sagt: Streichen! Ich habe jetzt mit Dr Paukner gesprochen – den ich übrigens sehr schätze –, und ich bin durchaus optimistisch, dass wir für den einen oder anderen Einzelfall eine Lösung finden können. Mir geht es aber ums System. Auf der einen Seite wird propagiert, dass der Mensch zählt, und auf der anderen Seite werden genau diesen Menschen läppische Dinge gestrichen, die aber für den Einzelnen trotzdem nicht unbedeutend sind. Es ist nämlich für viele Menschen nicht unerheblich, 20 bis 25 EUR auszugeben, um am Wochenende einen Wachkomapatienten nach Hause zu bringen. In Anbetracht dessen muss ich Ihnen sagen, Frau Stadträtin: Überlegen Sie einmal, ob wirklich der Mensch für Sie zählt!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den SozialhilfebezieherInnen, die jetzt MindestsicherungsbezieherInnen heißen: 40 Prozent aller MindestsicherungsbezieherInnen leben in Wien, und auch das ist eine Schande für eine Weltstadt wie Wien! (*Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*) Der Rechnungsabschluss zeigt, dass die Zahl der MindestsicherungsbezieherInnen, Herr Wagner, um 10 Prozent gestiegen ist. Diese horrende Zahl ... (*GR*

Kurt Wagner: Ja, aber da haben Sie als wirtschaftspolitische Partei genauso eine Verantwortung!) Moment! Diese horrende Zahl ist der schlagende Beweis für Ihre fehlende Bildungspolitik, für Ihre fehlende Arbeitsmarktpolitik und für Ihre fehlende Wirtschaftspolitik. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Wagner! Es ist eine Binsenweisheit, dass gute Arbeitsplatzpolitik, gute Bildungspolitik und gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik sind, und diese lassen Sie in sehr vielen Bereichen vermissen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wien bräuchte ein Signal für Arbeit und Beschäftigung und ein klares Signal für Standortsicherung in Österreich und Wien. Es wäre eine entsprechende Unternehmenspolitik von Nöten, die aber nicht vorhanden ist!

Ich habe mich gestern sehr gewundert, Herr Kollege Margulies! Der Standort bestimmt eben den Standpunkt. Das habe ich gestern im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik festgestellt. Da waren Sie nicht mehr der leidenschaftliche Oppositionspolitiker, als den ich Sie durchaus immer sehr geschätzt habe, sondern jetzt sind Sie ein leidenschaftlicher Koalitionspartner. Und plötzlich ist die Arbeitsmarktpolitik für Sie schwierig. Ich habe mir das angeschaut: Das haben Sie vor einigen Jahren ganz anders formuliert! Dazu muss ich schon sagen: Sie sind sehr flexibel, Herr Kollege! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN. – GR Kurt Wagner: Genau so wie die ÖVP zwischen 1996 und 2001.)*

Da kann ich nicht mitreden, Herr Kollege Wagner! Ich kann nur Tatsachen, die ich jetzt sehe, kommentieren.

Meine Damen und Herren! Es ist gestern schon gesagt worden: Das ist die Bilanz von Bgm Häupl, der seit 1994 in diesem Amt ist! So ist es halt. Jetzt haben wir eine rot-blassgrüne Regentschaft. Wir haben um 21,5 Prozent mehr Arbeitslose und um 3 Prozent weniger Jobs als im Jahr 1994, während in Österreich 300 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden und es einen Zuwachs von 10 Prozent gab. Das sind halt auch Fakten und Tatsachen, meine Damen und Herren! Das heißt: Es zeigt sich wieder, dass die SPÖ, rot verbrämt mit blassgrüner Farbe, nicht wirtschaften kann. Wenn Rote wirtschaften, stehen am Ende rote Zahlen! *(Beifall bei der ÖVP. – GR Karlheinz Hora: Warum gibt es in Wien so viele Unternehmenskonkurse?)*

Dass die Wirtschaftssituation schwierig ist, das wissen wir alle, keine Frage! Sie setzen jedoch die falschen Mittel ein! Das ist auch klar. *(GR Kurt Wagner: So wie die Wirtschaftskammer bei der Veranlagungspolitik!)*

Meine Damen und Herren! *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Bitte? *(GR Kurt Wagner: So wie die Wirtschaftskammer bei der Veranlagungspolitik!)* Gehen Sie, das ist so billig! Wissen Sie, das ist so billig! Das ist wirklich billig! *(Weiterer Zwischenruf von GR Kurt Wagner.)*

Herr Kollege Wagner! Ihre Aufgabe gerade als Sozialpolitiker wäre es, darauf zu achten, dass es keine Arbeitslosen gibt, denn es ist klar: Jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zu viel! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Nun komme ich zum Fonds Soziales Wien. Der FSW bekommt zu zwei Drit-

teln eine Dotation von der Stadt Wien, das sind immerhin 643 Millionen. Seit dessen Gründung haben die Oppositionsparteien immer wieder Unterlagen zum Rechnungsabschluss gefordert. Wir haben allerdings in jedem Jahr einen Tag vor der Debatte nur zwei A4-Seiten bekommen, und das Ganze war wenig aussagekräftig! Alle Oppositionsparteien haben Anträge gestellt und die Erstellung eines umfassenden Finanzplans und rechtzeitige Information an den Gemeinderat gefordert.

Jahrelang hat Sie das überhaupt nicht beeindruckt. Nun gibt es aber – oh Wunder, das ist vielleicht die blassgrüne Handschrift! – einen Rechnungsabschluss, und das möchte ich jetzt einmal positiv vermerken. Wir haben jetzt einen Rechnungsabschluss, und wir haben diesen auch schon eine Woche vorher bekommen. Das ist jedenfalls ein Fortschritt von sehr niedrigem Niveau, aber das hat sich tatsächlich verbessert!

Aber wirklich zufriedengestellt bin ich deshalb nicht, weil wir zwar Ziffern haben, Sie uns aber Erklärungen schuldig bleiben. – Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Den größten Zuwachs bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen hat der Bereich Stabsstellen inklusive Geschäftsführung, nämlich von 7,6 Millionen im Jahr 2009 auf 17,5 Millionen im Jahr 2010. Das ist immerhin eine Steigerung von 130 Prozent. Die Unterlage, die wir erhalten haben, liefert jedoch für diese doch immens hohe Steigerung keinerlei Erklärung. Es gibt keinen Lagebericht, in dem derart große Abweichungen erläutert werden.

Das bedeutet: Wir haben zwar eine Verbesserung, aber von einer wirklichen Transparenz, die unter Partnern selbstverständlich wäre, sind wir noch meilenweit entfernt! Vielleicht gibt es aber, nachdem der erste Schritt getan wurde, nächstes Jahr den nächsten Schritt!

Deutlich ist beim FSW zu sehen, dass die ambulante Pflege, die besonders wichtig ist und die von den Menschen in erster Linie gewünscht wird, nämlich zu Hause mit fachlicher Unterstützung betreut zu werden, zu kurz kommt. Für ambulante Pflege geben Sie 229 Millionen aus, für stationäre Pflege fast das Doppelte, nämlich 432 Millionen. Das heißt, mehr Aktivitäten im ambulanten Bereich sind notwendig, denn 80 Prozent der Bevölkerung will zu Hause gepflegt werden.

Damit komme ich zur Gesundheitspolitik: Wir von der Wiener ÖVP bekennen uns dazu, dass Gesundheitspolitik kostenintensiv ist. Das ist keine Frage! Sie muss aber auch immer unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, der Effizienz und der Innovation gesehen werden. Und damit komme ich zu einigen Baustellen, wo Wirtschaftlichkeit und vor allem Effizienz vermisst werden.

Ich beginne beim KAV: Im Jahr 2002 wurde der KAV eine Unternehmung, und man wollte betriebswirtschaftlich agieren, um den Anteil des Betriebskostenzuschusses, den die Stadt Wien bezahlen muss, in den Gesamtausgaben zu reduzieren. Was ist geschehen? – Seit 2002 explodiert das Defizit des KAV. Die Rücklage ist aufgebraucht, der Bedarf an Geld der Gemeinde Wien zur Defizitabdeckung ist seit 2004 immens gestiegen, und der laufende Betriebskostenzuschuss hat sich vom Rechnungsabschluss 2009 auf 2010 um 82 Millionen

erhöht, also immerhin um 10 Prozent.

Frau Stadträtin! Sie haben bei Ihrer Präsentation in Rust am 17.3. acht Eckpunkte genannt. Einer davon war: Mehr Investitionen und weniger Betriebskosten. – So lautete Ihre Ankündigung, wie viele Ankündigungen von Ihnen. Die Praxis ist jedoch der Rechnungsabschluss, und dieser zeigt: 10 Prozent höhere Betriebskosten, 82 Millionen mehr. Da ist offensichtlich Wirtschaftlichkeit nach wie vor ein Fremdwort!

Frau Stadträtin! Das ist eine sehr große Baustelle, und ich hoffe, Sie handeln endlich! Wir wollen eine vertiefte Berichterstattung.

Wir bringen diesmal wieder einen Antrag ein, vielleicht brauchen wir ihn nicht, denn mündlich ist das ja schon zugesagt. Aber nachdem ich vorsichtig bin und Ankündigungen sehr oft gemacht werden, dann aber die Taten fehlen, bringen wir wieder einen Beschlussantrag betreffend Umsetzung der Gesundheitsreform in Wien ein:

„Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales wird aufgefordert, den Wiener Krankenanstaltenverbund anzuweisen, die jährlichen Rechnungsabschlüsse transparent und vollständig darzustellen. Die Häuser des KAV werden künftig hinsichtlich Leistungszahlen, Budgetierung, Personal und medizinisch-technischem Aufwand sowie Apothekenkosten einzeln dargestellt.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die nächste Baustelle ist das AKH, und zwar auch wieder unter dem Aspekt Wirtschaftlichkeit und Effizienz. – Ich nenne nur das EDV-System AKIM: Das ist eine unendliche Geschichte! Begonnen hat es 1997. Damals hat man sich dazu entschlossen, hier ein sehr umfassendes System aufzubauen. Die Gesamtkosten wurden 2000 mit 36 Millionen budgetiert, und zwar aufgeteilt zwischen Bund und Land. 2002 wurde ausgeschrieben. Die Gesamtkosten waren dann 44 Millionen. 2007 sollte alles fertig sein. Dann sind aber bei der Ausschreibung massive Fehler unterlaufen. IBM wurde zurückgezogen. 2006 hat man die Firma Siemens beauftragt, und 2007 war natürlich von Inbetriebnahme keine Rede.

Das Kontrollamt hat 2007 ein vernichtendes Urteil ausgestellt und hat eine Reihe von Maßnahmen gefordert, denn in der Zwischenzeit hat das Ganze schon um 3 Millionen mehr gekostet. – Wörtlich heißt es im Kontrollamtsbericht: „Es ergaben sich in Folge der schleppenden Projektabwicklung Mehrkosten, die nicht quantifizierbar sind. Das Kontrollamt legte der AKH-Führung im Dezember 2007 die rasche Umsetzung nahe und gab Empfehlungen zum Projekt AKIM ab.“ Es solle verstärktes Augenmerk auf effiziente Projektabwicklung und so weiter gelegt werden.

Die AKH-Führung sagte alles zu. Es wurde auch zugesagt, dass man ein Projekthandbuch führen werde. 2011 ist jedoch alles, was zugesagt wurde, nicht umgesetzt worden! Es gibt kein Projekthandbuch. AKIM ist nach wie vor ein Torso. 2007 hätte es fertig sein sollen. 2011 ist man meilenweit davon entfernt. Es gibt jetzt gerade ein Pilotprojekt in der Dermatologie.

Das bedeutet, dass wir heute beim vorliegenden Rechnungsabschluss AKIM noch als Projekte in Bau-durchführung finden. Es werden noch Investitionskosten von 9,6 Millionen ausgewiesen, wovon 4,2 Millionen 2011 investiert werden sollen. Vor 2014 – das sagt man auch – ist nicht damit zu rechnen, dass AKIM im ganzen AKH verwendet werden kann. – Ist da von Wirtschaftlichkeit und Effizienz die Rede? Das frage ich Sie!

Die Umsetzung des Projekts dauert doppelt so lang wie geplant. Das geht zu Lasten der Patienten, zu Lasten des Personals und zu Lasten der Steuerzahler. Wir zahlen, zahlen, zahlen, nur weil schlampig und nicht effizient und wirtschaftlich gearbeitet wird. Und das ist skandalös!

Ich könnte jetzt noch eine ganze Reihe von Beispielen anführen, aus Zeitgründen möchte ich das aber nicht tun, denn wir fangen jetzt an, und der heutige Tag wird sicherlich noch lang dauern.

Aber klar ist, dass an diesem Projekt AKIM unglaublich viele Personen schon herumgedoktert haben. Vier Gesundheitsstadträte, nämlich Rieder, Pittermann, Brauner und derzeit Sie, Frau Stadträtin, haben es nicht zusammengebracht und bringen es offensichtlich nicht zusammen, eine zügige Umsetzung zu erreichen. Und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanzieren das. – Das ist Unfähigkeit! Das ist ein Fass ohne Boden im Wiener Gesundheitssystem!

Zur Hebammenproblematik möchte ich jetzt nicht mehr viel sagen. Wir alle wissen, dass diese auch noch ungelöst ist und dass es da noch viel zu verändern gibt. Aber Sie kennen das!

Die Baustelle Frühgeborenenstation ist auch etwas, was Sie sehr beschäftigen sollte! Wenn nämlich der Leiter, Dr Pollak, 22 Betten wegen fehlenden Personals sperren und Kinder an andere Spitäler verweisen muss, dann zeigt das sehr deutlich, dass auch hier nicht so gearbeitet wird, wie es notwendig ist. (*Beifall bei der ÖVP. – GR Kurt Wagner: Wir nehmen alles sehr ernst!*)

Herr Kollege Wagner! Vorige Woche ist ein Hilferuf der Personalvertretung gekommen. Ich nehme an, Sie nehmen das ernst! Wenn die Personalvertretung öffentlich fordert, dass Maßnahmen gerade in dem Bereich gesetzt werden müssen, wo es um Menschen geht, die krank sind oder die zu pflegen sind, dann muss ich sagen: Da sollten alle Alarmglocken bei Ihnen läuten, und da sollten Sie sehr rasch handeln. (*GR Kurt Wagner: Man darf aber keine Realitätsverweigerung betreiben!*)

Zur Korruptionsgeschichte ... (*GR Kurt Wagner: Über Verbesserungen können Sie mit uns immer diskutieren!*) Ja.

Jetzt komme ich noch ganz kurz zu der Korruptionsgeschichte. Da läuft jetzt ohnedies etwas, und das muss man abwarten. Wir haben zwei Sondersitzungen im Ausschuss verlangt. Diese anonymen Mails sind bereits im Jänner gekommen. Das war bekannt, es wurde aber immer sehr verniedlicht. Wir haben dann eine mündliche Anfrage an die Frau Gesundheitsstadträtin und eine schriftliche Anfrage an den Herrn Bürgermeister gestellt. Die Oppositionsparteien haben das durchaus aufgegriffen, die Antworten lauteten aber immer eher: Wir haben eh alles im Griff! – Wir werden ja sehen! Derzeit sieht es

nicht so aus, als ob das wirklich schon gelöst wäre!

Dabei geht es um einen Auftrag in der Höhe von 50 Millionen, und mir ist bis heute völlig unklar, wieso man, obwohl man schon gewusst hat, welche Probleme hier vorhanden sind und der Korruptionsverdacht im Raum stand, diesen Auftrag trotzdem vergeben und damit auch wieder Millionen vergeudet hat! (*Beifall bei der ÖVP. – GR Kurt Wagner: Frau Kollegin! Sie wissen aber, dass hier Verfahren laufen!*)

Herr Kollege Wagner! Sie haben aber trotzdem einen Auftrag vergeben, der den Steuerzahler wieder Geld kostet! (*GR Kurt Wagner: Wir sind keine Richter und Staatsanwälte, aber wir werden uns darüber unterhalten, bis das abgeschlossen ist!*)

Wissen Sie: Mit Geld der anderen sollte man halt sehr vorsichtig umgehen! Mit dem eigenen Geld kann man großzügig sein, aber mit dem, was man für andere verwalten muss – und das ist in Ihrem Fall so! –, sollte man sehr vorsichtig sein. Und diese Vorsicht lassen Sie sehr oft vermissen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Frau Stadträtin! Gesundheit ist nicht alles! Aber ohne Gesundheit ist alles nichts! Daher muss Gesundbleiben im Vordergrund stehen. Prävention muss also viel mehr Bedeutung beigemessen werden. Dieser wird aber gerade bei der Stadt Wien sehr wenig Bedeutung beigemessen. (*GR Kurt Wagner: Es waren zehntausende Wienerinnen und Wiener bei unseren Vorsorgetagen!*)

Herr Kollege Wagner! Wir brauchen ein gut dotiertes Vorsorgekonzept und entsprechende Aktionen von der Schule bis zu den Senioren! Die medizinische Betreuung von Schulkindern muss verbessert werden. Derzeit klafft eine Lücke zwischen dem Auslaufen des Mutter-Kind-Passes und der Vorsorgeuntersuchung ab 18 Jahren. Und das ist ein großer Fehler! Besonders Kinder von sozial schwachen Gruppen haben darunter zu leiden. Da ist die Suchtgefahr. Da ist Alkoholismus. Da sind Drogen und Adipositas.

Und weil ich gerade Adipositas sage: Die Helena-Studie hat gezeigt, dass gerade in Wien 22,3 Prozent der Jugendlichen übergewichtig und 4,3 Prozent sogar als adipös zu bezeichnen sind. – Im Hinblick darauf muss man sehr wohl Maßnahmen setzen! Bemerkenswert ist dabei das Ost-West-Gefälle. Rund um Wien gibt es doppelt so viele übergewichtige Kinder wie im Vorarlberg. Da besteht Handlungsbedarf! Und das hat nichts damit zu tun, dass wir die Opposition sind und sozusagen über die böse Regierung herziehen. Maßnahmen in diesem Bereich sind wirklich wahnsinnig wichtig und notwendig!

Einerseits ist es für die Kinder und Jugendlichen ganz wichtig, dass sie gesund werden oder gesund bleiben. Dabei gibt es aber natürlich auch ökonomische Überlegungen, denn je länger man gesund bleibt, desto weniger Kosten entstehen. Wenn nämlich die Kinder schon krank sind, dann wissen wir, welche Lawine da auf uns zukommt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Im Fall einer Erkrankung müssen jedenfalls der Patient und die Patientin im Mittelpunkt stehen. Daher brauchen wir auch einen massiven Ausbau der Tagesklini-

ken. Ich weiß: Es geschieht jetzt schon etwas: Vor einigen Jahren durfte man das noch gar nicht sagen. Jetzt sind schon Impulse gesetzt worden. Das möchte ich anerkennen!

Die Maßnahmen müssen aber noch wesentlich verstärkt werden, vor allem auch für alte Menschen. Ich glaube, Frau Stadträtin, Sie waren vorige Woche dabei, als in der Geriatriekommission sehr klar gesagt wurde, dass gerade Ortsveränderungen für alte Menschen sehr problematisch sind und dass eine Tagesklinik für alte Menschen unglaublich von Vorteil ist, weil die Dame oder der Herr am Abend wieder in die gewohnte Umgebung zurückkommt. Diesbezüglich ist auch einiges zu tun

Apropos alte Menschen: Bedingt durch den Fortschritt der medizinischen Versorgung steigt natürlich auch in Wien die Anzahl der hoch betagten Menschen. Wir erleben im Vergleich zur vorigen Generation Gott sei Dank deutlich mehr Jahre in bester Gesundheit. Es ist aber natürlich notwendig, dass sichergestellt wird, dass die Menschen in den letzten Lebensjahren im Fall von Krankheit eine optimale palliative Versorgung sowie auch eine Unterstützung beim Hospizdienst bekommen.

Diesbezüglich, Frau Stadträtin, besteht Handlungsbedarf! Wir haben derzeit 5 Palliativstationen mit 60 Betten. Bis 2012 soll im Wilhelminenspital eine Station mit 14 weiteren Betten entstehen. Aber, Frau Stadträtin, bei 74 Betten kann von einer flächendeckenden Versorgung für eine Großstadt keine Rede sein! Daher ist ein detaillierter Ausbauplan notwendig. Deshalb bringen wir einen Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend Palliativ- und Hospizkonzept in Wien ein:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Erarbeitung eines Palliativ- und Hospizkonzeptes in Wien aus. Es soll eine Enquete stattfinden, und die Ergebnisse der Enquete sollen als Grundlage für die Erstellung des Palliativ- und Hospizkonzeptes dienen, das dem Wiener Gemeinderat zur Debatte spätestens bis Ende des Jahres 2012 vorzulegen ist. – In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrages verlangt.“ – Bitte, Frau Stadträtin. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nicht nur die Menschen werden älter, sondern Wien wächst auch stark. Im Jahr 2030 werden wir um 200 000 Einwohner und Einwohnerinnen mehr haben. Mehr Wachstum bedeutet aber auch, dass, wenn mehr Menschen in der Bundeshauptstadt leben, auch eine entsprechende Vorsorge notwendig ist, um das Zusammenleben von Generationen in gegenseitiger Wertschätzung zu ermöglichen und nach Kräften zu fördern.

Eine sehr wichtige Funktion zur Förderung des Gemeinschaftssinnes haben Nachbarschaftszentren. Sie fungieren als Treffpunkte und Tauschzentralen, in denen Menschen aller Generationen und sozialen Schichten einander gegenseitig unterstützen. Das Angebot reicht von Lernklubs für Jugendliche und Café-Runden über Gedächtnistraining et cetera bis hin zu Beratungsangeboten im Gesundheitswesen und so weiter. Ich erinnere daran, dass Vizebürgermeister Dr Busek es war, der seinerzeit mit den Nachbarschaftszentren im Hilfswerk begonnen hat, und es ist seit Jahrzehnten ein Ziel der Wiener ÖVP, in einer wachsenden Großstadt dieses

Nachbarschaftsdenken in den Bezirken zu stärken, um auch Bewohnerinnen und Bewohnern eine aktive Mitgestaltung ihres Lebensraumes und ihres Grätzels zu ermöglichen und damit Ghettobildungen zu vermeiden. Daher bringe ich diesbezüglich auch einen Beschluss- und Resolutionsantrag ein:

„Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales möge dem Wiener Gemeinderat ein Konzept zum Ausbau der Nachbarschaftszentren mit dem Ziel vorlegen, bis zum Jahr 2030 in Wien insgesamt 100 Standorte zu realisieren. – In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrages verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen! Es besteht für Sie im Gesundheits- und Sozialbereich sehr großer Handlungsbedarf. Viele Baustellen sind zu bereinigen, und darüber hinaus sind innovative Schritte zu setzen, wenn Sie es wirklich ernst meinen mit dem Slogan „Weil der Mensch zählt!“ Sie werden aber im Hinblick auf die derzeitige Situation nicht überrascht sein, dass wir, die Wiener ÖVP, diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen können. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Kurt Wagner: Das tut mir leid, aber das habe ich mir gedacht!)* Sie werden es verkraften!

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Frau GRin Pilz. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Sigrid **Pilz** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Ich bin eine Rednerin! Ich bin heute aber so müde, dass ich sogar als Redner reden würde, aber lieber als Rednerin. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* In der Not ist das möglich, man ist heute etwas abgekämpft.

Dennoch wollen wir in alter Frische heute über die Gesundheit reden. Es ist zwar nicht gesund, nur zwei oder drei Stunden geschlafen zu haben, aber ein gewisses Arbeitsleid ist uns zuzumuten! Das geschieht eh nicht oft. Frau Kollegin Korosec war auch eine der ganzen Tapferen, die fast bis zum bitteren Ende ausgeharrt hat, was ich bewundere.

Heute reden wir über Gesundheit. Frau Kollegin Korosec! Ich finde es schön, dass Sie Martin Margulies, wenn auch mit einem kritischen Unterton, als „leidenschaftlichen Koalitionspolitiker“ bezeichnet haben. – Ja! Genau! So wollen wir sein! Wir machen, was wir tun, mit Leidenschaft. Bitte Applaus! Auch die SPÖ darf applaudieren! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wir betreiben unsere Politik mit Leidenschaft, weil wir immer von dem überzeugt sind, was wir tun. Und wir sind jetzt total überzeugt, dass es einen Unterschied macht, ob es die GRÜNEN in der Regierung gibt oder nicht. Ich meine, diesen Unterschied sieht man in der Gesundheits- und Sozialpolitik ganz besonders.

Ich muss ja nicht meine eigene Vergangenheit entsorgen, seit ich in der Koalition bin! Daher sage ich: Ja! Es gibt und gab Handlungsbedarf im Gesundheits- und Sozialbereich, und es wird ihn auch künftig geben. Insofern stimmen wir, wie David Ellensohn gestern gesagt hat, einem Rechnungsabschluss zu, dessen Vorschlag wir in der Opposition nicht gebilligt haben. Aber wir wollen ja einen Schritt oder mehrere Schritte weiter-

kommen.

Darum sagen wir: Wir machen einen neuen Anfang, und wir machen ihn mit koalitionärer Leidenschaft, und nehmen alle sozusagen pseudo-verwunderten Entrüstungen der Oppositionsparteien, insbesondere der ÖVP, zur Kenntnis. Natürlich tragen wir die gemeinsame Politik mit, sonst würden wir sie nicht machen!

Ich meine, gerade im Gesundheits- und Sozialbereich haben wir viel vorzuweisen. Ich gebe meiner sehr geschätzten Kollegin Ingrid Korosec sehr recht, dass wir im Gesundheitsbereich und insbesondere im Bereich der Krankenanstalten viel zu tun haben. Es müssen viele alte Zöpfe abgeschnitten und viele Reformen in Gang gesetzt werden. Was aber kann denn Besseres geschehen, als dass wenige Monate nach Antritt dieser gemeinsamen Regierungskoalition die Gesundheitsstadträtin mit einer Spitalsreform, die nicht weniger weit als bis 2030 reicht, an die Öffentlichkeit tritt? So muss man in der Gesundheitspolitik steuern!

Es ist auch richtig und wahr, dass wir morgen für den Fahrtendienst für Wachkomapatientinnen und –patienten etwas tun müssen. Ich bin wirklich dafür, dass wir uns alles genau anschauen und uns vor allem mit den Härten beschäftigen, die unter dem gestern schon oft thematisierten Spardruck jetzt auch bei uns Faktum sind. Wir müssen uns genau anschauen, ob wir Geld lieber in Public Relations oder in konkrete Projekte stecken. Darüber kann man mit mir wirklich diskutieren! Aber trotz allem und vor allem müssen wir uns an diesen großen Wurf machen.

Beim Tanker Krankenanstaltenverbund kann nicht von heute auf morgen alles geändert werden, denn das wäre eine Katastrophe. Man muss die Dinge mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angehen, man muss alte Häuser anschauen und überprüfen, was tauglich ist, was reformiert werden und was schlicht und einfach zugesperrt werden muss.

Wie lange es dauert, bis solche Reformen in Gang kommen, haben wir in der Oppositionsrolle gesehen. Wir haben 2002 oder 2003 mit der Untersuchungskommission zum Pflegeheim Lainz eine Geriatriereform angestoßen. Das ist auch nicht von heute auf morgen gegangen, und im Geriatriezentrum Am Wienerwald sind jetzt noch Menschen, die dort sicherlich gut betreut werden, aber ihren Lebensabend nicht unter den besten räumlichen Bedingungen verbringen.

Wir wissen aber, dass die Zukunft eine andere ist. Sie ist es mittlerweile schon. Das geht allen hier nicht schnell genug, aber es geht. Mit der Eröffnung der neuen Pflegewohnhäuser und dem Wechsel in den Denkstrukturen, wie man bei der Versorgung von alten Menschen gut agiert, hat sich in der Stadt doch viel getan! Dahinter stand leidenschaftliche Oppositionspolitik, die dann Gott sei Dank – und ein bisschen musste man den Dackel auf die Jagd tragen – irgendwann auch Regierungspolitik wurde.

Es war StRin Wehsely, die gesagt hat, dass das Pflegeheim Lainz nicht mehr zeitgemäß ist. Da donnern die Wände und wackeln die Mauern bei der SPÖ, dass eine sozialdemokratische Politikerin so etwas sagen

kann, wenn Jahre zuvor StRin Pittermann noch gemeint hat, so und nicht anders muss die Zukunft der Pflege in Wien sein. Man ist einen großen Schritt gegangen, und es war ein richtiger Schritt, der Unterstützung und vor allem Input von der Opposition gebraucht hat.

Jetzt sind wir soweit, dass wir betreffend die Spitalslandschaft einen ähnlichen großen, richtigen und guten Wurf machen. Es wundert mich, dass du nicht anerkannt, wie viele wichtige Dinge da gemacht werden! Wir ersetzen Häuser, die nicht mehr zeitgemäß sind, durch neue Strukturen. Wir sagen: Nein! Es hat keinen Sinn, Geld in die Renovierung alter Bausubstanz zu stecken, wenn am Schluss zwar ein schön renovierter Pavillon herauskommt, aber keine Struktur, die einer modernen medizinischen Versorgung entspricht. Wieso 130 Prozent in etwas investieren, was dann immer noch alt ist?

Also haben wir uns entschlossen, an alten Standorten etwas Neues zu machen und neue Standorte zu bekommen. Ja! Es ist so! Das geht nicht von heute auf morgen, und es braucht Investitionen. Man muss Geld in die Hand nehmen, um Geld zu sparen und um dann vor allem auch bessere Strukturen anbieten zu können.

Du warst schon im Pflegehaus in der Leopoldstadt. Das ist doch etwas ganz anderes! Die Leute werden dort in ihrer Privatsphäre ernst genommen und geschätzt. Da sind wir einen langen Weg gegangen von den Acht-Bett-Zimmern aus dem Jahre 2001!

Wir sparen nicht um jeden Preis, aber wir müssen sparen. Nicht dass mich das freut! Ich wäre gerne nach dem Motto in die Regierung eingetreten: Jetzt kommen die GRÜNEN, und wir bekommen jetzt ein ziemlich großes Stück vom Gesundheitsbudget für unsere unglaublich wichtigen Projekte! – Faktum ist aber, dass wir um jeden Euro ringen müssen in einer Balance zwischen Innovation und Sicherstellung dessen, was wir für die Versorgung brauchen. Es kann und darf nicht sein, dass Menschen dabei unter die Räder kommen.

Ich verwende das Wort jetzt, weil du von „Essen auf Rädern“ gesprochen hast. Ich darf diesbezüglich, bitte, eine fachliche Kritik anmelden: Es gibt kein Gratisessen bei „Essen auf Rädern“, sondern nur einen Gratistransport. Aber man kann beziehungsweise sollte Inserate gar nicht in Gratismahlzeiten umgießen.

Jedenfalls müssen aber alle Dinge, die wir anbieten, darauf überprüft werden, ob sie das richtige Instrument sind, ob sie zeitgemäß sind und ob sie das für die Menschen erfüllen, was diese brauchen. So muss man zum Beispiel im Zusammenhang mit „Essen auf Rädern“ wirklich darüber nachdenken, welches Problem besteht, wenn jemand darauf angewiesen ist, dass der Bote oder die Botin von „Essen auf Rädern“ der einzige soziale Kontakt des Tages sind. Wenn sich das so verhält, dann darf uns das nicht kalt lassen, und wir müssen schauen, ob man die Besucherdienste intensivieren oder die Tagesstrukturen intensivieren kann, um Formen zu finden, um die Menschen sozusagen aus einer Isolation herauszuholen.

Ich teile den Anspruch auf Transparenz und Nachhaltigkeit. Transparenz ist den GRÜNEN und wird den GRÜNEN in der Gesundheitspolitik, wie in allen anderen

Politikbereichen, ein großes Anliegen sein. Ja! Hinsichtlich des Krankenanstaltenverbundes soll man einige Fakten und Zahlen auf den Tisch legen, die uns auch in der Vergangenheit gefehlt haben.

Es geht auch, aber nicht nur um die Frage, ob wir wissen, welche Ergebnisse einzelne Häuser haben. Mir geht es vor allem auch darum, dass wir Ergebnisqualität messen und wissen, welche Gesundheitsleistung wir den Menschen mit welchen Mitteln bieten. Dabei geht es um Wiederaufnahmeraten, um Komplikationsraten, um Liegedauer und, und, und. Da gibt es einige Kriterien, und Herr Dr. Brustbauer wird mir in seiner Rolle als PatientInnenanwalt wohl recht geben: Es muss so sein, dass die Menschen, wenn sie in ein Spital gehen, wissen, welche Qualität geboten wird und ob das, was geboten wird für sie, das richtige Angebot ist, damit sie eine mündige und informierte Entscheidung treffen können.

Kleiner Einschub: Ein Projekt, das wir in diesem Zusammenhang mit grüner Handschrift realisieren, ist die unabhängige Patienten- und Patientinneninformationsstelle, die künftig beim PatientInnenanwalt angesiedelt werden wird, und bei der es darum geht, dass wir die Gesundheitskompetenz der Menschen erweitern. Gesundheitskompetenz heißt, dass man nicht nur sozusagen das einnimmt, was der Herr Doktor oder die Frau Doktor verschreiben und sagt: Ich bin krank, und ich lasse mich behandeln, sondern dass Patienten und Patientinnen auch zu Handelnden für ihre Gesundheit im positiven Sinn werden.

Wer ist denn der größte Kenner beziehungsweise die größte Kennerin der eigenen Befindlichkeit? – Der Patient oder die Patientin selber! Und es ist nicht klug, unter Umständen zu fünf verschiedenen Ärzten zu gehen, die voneinander nichts wissen und daher vielleicht sogar einander widersprechende Medikamente verschreiben. Die Health Literacy, also die Gesundheitskompetenz, der Patienten und Patientinnen soll gestärkt werden. Das ist kein großes Projekt, aber es ist ein wichtiges Projekt, denn es geht uns darum, dass wir insbesondere sozial Benachteiligte im Gesundheitswesen erreichen.

Ich habe mich in den letzten Wochen ein bisschen mit Gesundheitsförderung beschäftigt. Dennis Beck ist da ein wichtiger Gesprächspartner. Gesundheitsförderung geht weiter als Prävention, und um diese Gesundheitsförderung muss es uns auch künftig gehen. Wir sprechen immer von Gesundheitsförderung, aber wir tun es selten. Bei der Gesundheitsförderung wird investiert, damit Krankheiten erst gar nicht entstehen.

Wo ist Claudia Laschan? – Wir haben im 15. Bezirk ein wirklich wunderschönes Projekt durchgeführt, bei dem wir versucht haben, Müttern und jungen Familien mit extrem schwierigen Lebensbedingungen während der Schwangerschaft Unterstützung zu geben, damit alles nicht schon mit einer schiefen Ebene beginnt, etwa wenn die Mutter raucht, trinkt oder Drogen nimmt oder ganz fern vom österreichischen Gesundheitswesen ist, in das sie vielleicht durch sprachliche Barrieren nicht hineinfindet, und deswegen wichtige Sicherungsmaßnahmen für die Gesundheit des Kindes versäumt.

Ich habe dazu in den vergangenen Wochen wissen-

schaftliche Studien gelesen, die belegen, wie wichtig es ist, dass man schon intrauterin, also wenn das Kind noch nicht geboren ist, die nötige Kompetenz an die Eltern und insbesondere an die Mutter vermittelt, dass Krankheit nicht entsteht. Kinder, die im Uterus mangelernährt werden, und Kinder, die bei der Geburt schon unter Stresssituationen sind, beginnen eine Karriere der gesundheitlichen Benachteiligung, und das kann insofern Kettenreaktionen nach sich ziehen, als aus der einen Benachteiligung die nächste erwächst: So wird zum Beispiel aus frühen kindlichen Erkrankungen ein verspäteter Schuleintritt oder eine Benachteiligung, die es dem Kind nicht erlaubt, am Regelschulwesen teilzunehmen und, und, und.

Wir wissen, dass Frühsterblichkeit und Krankheitsanfälligkeit ganz klar an den sozialen Status gekoppelt sind. Menschen der untersten Bildungs- und Einkommenschicht sterben signifikant früher, sind häufiger krank und haben durch die Krankheit wesentlich weniger berufliche und soziale Möglichkeiten als alle anderen. Es ist schlimm genug, dass die Kranken und früh Sterbenden am unteren und die Gesunden am oberen Ende sind, aber dieses Verhältnis dekliniert sich auch praktisch stufenweise durch alle sozialen Schichten.

Prävention kommt oft leider – und das ist gar nicht böse gemeint! – eher dort an, wo die Leute eh schon kompetent sind, gesund essen, Sport betreiben, einiges für sich tun, zum Beispiel jetzt auch noch ins Rathaus zum Gesundheitstag gehen et cetera. Das ist für diese Leute auch gut, aber wir sollten uns doch um diejenigen kümmern, die all das nicht bekommen. Im Hinblick darauf sind Gesundheitstage wichtig, aber sie sind nicht das Einzige. Solche Maßnahmen sind im Sinne der von dir eingemahnten Nachhaltigkeit oft gut gemeint, aber zu kurz gegriffen.

Darum geht es, und jetzt komme ich wieder zu diesem Projekt zurück, dass wir nämlich dort anfangen müssen, wo das Kind – um bei einem Bild zu bleiben – noch nicht in den Brunnen gefallen ist. Wir müssen dort ansetzen, wo man Mütter unterstützen kann, und so haben es die Frauen auch erlebt: Da kommt einmal jemand von der Stadt, der nicht Behörde ist, keine Vorwürfe macht, straft, ausweist oder Ähnliches tut, sondern der sagt: Ich bin dazu da, um dir und deinem Kind zu helfen und dich zu unterstützen.

Ich glaube, ich habe es hier schon einmal erzählt: Das für mich drängendste Beispiel dafür war, dass ein kleiner Bub durch Fehlernährung in eine lebenslange Behinderung gekippt ist. Und der kleine Bruder war auf demselben Weg, weil die Mutter durch ihre fehlende Gesundheitskompetenzen nicht gewusst hat, wie wichtig es ist, dass man eine ziemlich banale Diät gibt, und dass nur eine Umstellung der Ernährung bewirken kann, dass diese Behinderung verhindert wird.

Und wenn eine solche Frau sagt: Ich weiß nicht, wer das erfunden hat, ich weiß nicht, wer gesagt hat, dass jemand kommen soll, aber es war eine gute Idee!, dann sieht man, dass man Menschen auch dort abholen kann, wo sie sind und nicht darauf warten muss, bis auch ökonomisch wesentlich höhere Spitalskosten und Heilungs-

kosten entstehen.

Das heißt: Gesundheitsförderung ist nicht nur Aufgabe der Gesundheitsstadträtin. Es ist dies klarerweise ein Auftrag für die Sozialstadträtin, aber auch für das Bildungsressort, für die Verkehrs- und Umweltpolitik, für die Arbeitsmarktpolitik, also für alle impliziten Gesundheitsfelder. Wenn Menschen aus einer Stresssituation herauskommen, die sie in eine Spirale der Armut und Krankheit bringt, dann haben wir für unsere Stadt etwas gewonnen. Und daher ist es mir wichtig, dass wir, so sehr wir unter Kostendruck sind, durch kluges und vernünftiges Wirtschaften – was auch bedeutet, alte Zöpfe abzuschneiden – ein Stück im Budget für diese Dinge frei machen, und zwar nicht nur im Gesundheitsbudget, sondern da will ich – und wollen mit mir viele Grüne – wie eine Wanderpredigerin in allen Budgets herumkommen, um das zu erreichen.

Es ist wirklich unfassbar, wenn ein Viertel der jungen Leute zu dick beziehungsweise adipös sind! Das ist schrecklich, das kann nicht gut enden! Das endet sicherlich in Diabetes, Gelenkschäden und so weiter.

Aber es nützt überhaupt nichts, den Zeigefinger zu erheben. Mein Sohn hat immer gefragt: Ist das Essen heute gut oder gesund? Und das war natürlich für mich eine Niederlage, denn „gesund“ hatte zur Folge, dass es hieß: Ich habe keinen Hunger! – Das Essen muss also gut und gesund sein.

Genauso verhält es sich auch bei der Bewegung. Wenn im Turnsaal verordnet wird, dass man im Kreis rennen soll, denn schlapft man hinterher, so wie wir hinterhergeschlapft sind. Bewegung muss also Spaß machen, und das bedeutet etwas für unsere Spielplätze und für unsere Radwege. Ich bin eigentlich ein Sportmuffel, aber ich liebe es, jeden Tag mit dem Rad in die Stadt zu fahren. Das ist mein Arbeitsweg, und ich will ihn eigentlich nur mehr mit dem Rad zurücklegen! Und ich tue das nur, weil es mich freut. Wenn es nämlich nur gesund wäre, würde ich mit der U-Bahn fahren, dann wäre mir das zu blöd.

Und so muss es sein! Die Jugendlichen müssen das Gefühl haben, dass Bewegung urcool ist. Ich wohne in Hadersdorf, da ist Hütteldorf nicht weit, und dort gibt es hinter dem Bauhaus eine super coole Skater-Bahn, und wenn man in der Früh zum Merkurmarkt einkaufen geht, dann sieht man oft schon die Jugendlichen mit den Skateboards kommen. Sie sind dann ziemlich eilig unterwegs, und am Abend sieht man sie ziemlich fertig und verschwitzt wieder heimfahren. Ich meine, wir brauchen mehr solche Orte, wo es cool ist, sich zu bewegen! – Man darf nicht den moralischen Zeigefinger erheben, sondern man muss Lebensqualität anbieten, ohne dass dann gefragt wird, ob das gesund oder gut ist.

Ich will mich aber nicht verschließen, dass wir auch über den Krankenanstaltenverbund und den Reformbedarf reden. Ich habe schon darüber gesprochen, dass wir uns mit der Spitalsreform 2030 viel vorgenommen haben. Das kann nicht schon heute umgesetzt sein, manches wird morgen in Angriff genommen, vieles dann halt aber in Jahresschritten.

Parallel dazu und integriert findet auch eine Struktur-

reform innerhalb der Spitäler statt. Man transportiert also nicht einfach Möbel und Geräte in die neuen Häuser, um dort im alten System weiterzutun. Es wird Transparenz geben, es wird eine Aufgabenbereinigung geben, und es wird klarerweise dort, wo wir wissen, dass wir alte Zöpfe abschneiden müssen, auch neue Strukturen geben, Stichwort: tagesklinisches Angebot. Wenn man nicht zum Beispiel drei Tage bleiben muss, um einen Eingriff vornehmen zu lassen oder eine Untersuchung zu machen, werden wir tagesklinisch arbeiten.

Wir sind dabei, lange Tische in den Spitälern zu machen. Mit der noblen Stille nachmittags in den Krankenhausgängen wird es ein Ende haben. Wir werden das System, die Strukturen und die Häuser nützen, und das wird man merken. Damit werden wir uns nicht nur Freunde und Freundinnen machen. Ich weiß das schon, ich bin geübt. Mit der Ärztekammer kann man beziehungsweise streiten, und wir werden uns streiten! Ja: Es gibt Leute, die sind gerne auf der „Goldenen Meile“. Und es ist besser, sie sind im Spital, wenn Sie nämlich öffentlich Bedienstete sind. – Da haben wir noch den einen oder anderen Konflikt vor uns, aber wir werden ihn nicht scheuen!

AKH und Medizinische Universität: Du hast nur vom AKH geredet, ich rede auch von der Medizinischen Universität, denn ob wir es wollen oder nicht: Das ist eine unheilige Ehe, um jetzt in einem christlichen Bild zu bleiben, weil du „Grüß Gott!“ gesagt hast. – Da sind zwei beieinander, die nicht besonders super miteinander können, die aber miteinander müssen. Auch Herr Rektor Schütz hat seinen Anteil daran, dass die Dinge funktionieren.

Hier ein Powerplay auf Kosten der Patienten und Patientinnen zu machen, kommt nicht gut an. Das kommt bei der Regierungskoalition nicht gut an, und das kommt sicherlich bei den Patienten noch viel schlechter an!

Auch Nachtdienste im AKH nach dem Motto ausdünnen: Schauen wir einmal, ob sie es durchhalten, dass auf der Notfallambulanz Leute drei oder vier Stunden sitzen!, kommt nicht gut an und ist verantwortungslos. Ich habe ihm einen netten Kommentar der anderen geschrieben, und er hat unnett zurückgeschrieben. Wir werden uns streiten. Und wir werden uns streiten müssen.

Wir werden die Strukturen im AKH und in der MUW in einer Weise auf die Beine stellen, dass jedem klar ist, was Aufgabe ist. Wir müssen wissen, was Aufgabe des Universitätsspitals und was Aufgabe des Zentralkrankenhauses ist und wie die beiden zum Wohle der Patienten und Patientinnen und zum Wohle der Forschung so zusammenarbeiten können, dass das effizient ist.

Da muss natürlich auch Transparenz hinein. Der Herr ärztliche Direktor des AKH muss wissen, wo die Ärzte umgehen, und der Rektor der Medizinischen Universität muss sicherstellen, dass im zentralen Versorgungsbereich auch Personal da ist, wenn wir es brauchen.

In diesem Zusammenhang halte ich es für gar keine gute Idee, dass man zwar nicht Zeit hat, die Nachtdienste zu erledigen, dass man aber eine Kooperation mit der Fachhochschule Krems macht und das eigene medizini-

sche, ärztliche Personal schon einmal ausleiht, um dort zu unterrichten. Offensichtlich hat man Zeit, und offensichtlich ist nicht vorgesehen, die gesamte Zeit in erster Linie dem Haus zu widmen, dem man sich eigentlich in erster Linie verpflichtet fühlen muss, weil man ja nur deshalb so hoch angesehen ist, weil man in diesem ausgezeichneten Spital einen ausgezeichneten Ruf und eine hohe Reputation durch eigene Leistung, aber auch durch die Tradition des Hauses erwerben kann.

Wir müssten die Kosten anschauen: Das stimmt, und wir schauen sie an! Ein Beispiel dafür ist der zentrale Einkauf: Die Notwendigkeit liegt auf der Hand, es ist aber so schwierig. Viele Abteilungsvorstände, Primarii und Primariae vertreten die Auffassung: Ich kaufe das ein, was ich immer schon eingekauft habe, denn das will ich, das brauche ich, und nur das ist gut. – Die Schwierigkeit im Gesundheitswesen besteht darin, dass das Drohpotenzial seitens der Medizin gegenüber der Politik nicht unerheblich ist, und da kann man durchaus auch auf eine polemische Weise Politik machen. Und diese polemische Politik werden wir abstellen. Wir haben ein viel zu breites Sortiment an Produkten und wirkungsgleichen Medikamenten, und manches wird sozusagen parallel zu Preisen eingekauft, die nicht effizient sind.

Es wird jetzt, wie vereinbart wurde, durch einen zentralen Einkauf Transparenz, Leistungsorientierung und in jedem Fall eine völlig glasklare Abwicklung der Dinge vorgesehen. Und es ist auch das Beste gegen Korruption, wenn man nicht beim Abteilungsvorstand oder der Abteilungsvorständin bei der Tür hereinkommen und sich etwas ausverhandeln kann. Dann sind die Geschäfte auch wesentlich sorgfältiger abzuwickeln.

Einflussnahme Dritter soll und darf es nicht geben. Lieferanten, Sponsoren und Industrievertreter haben einen Ansprechpartner, nämlich die Stelle für zentralen Einkauf. Die Produkte müssen qualitätsgesichert und standardisiert sein und sich an der medizinischen Notwendigkeit orientieren, und sie müssen das bieten, was es braucht, nämlich gute Qualität für die Patienten und Patientinnen.

Durch diese Reformen, die wir vorhaben und schon umsetzen, werden wir jenes Geld hereinbringen, das es uns möglich macht, das Geld zu sparen, das wir brauchen.

Ich will meine Redezeit gar nicht bis ans Ende ausreizen und möchte jetzt etwas an den Schluss setzen, was mir persönlich sehr wichtig ist. – Man hat immer seine kleinen Leidenschaften, sowohl in der Opposition als auch in der Regierung. Ich war und bin eine Skeptikerin des Instruments „Babyklappe und anonyme Geburt“ und habe jetzt zu meiner großen Freude eine Initiative des StR Oxonitsch in seiner Eigenschaft als für Jugend- und Familienpolitik Zuständiger zur Kenntnis genommen: Er plant, bei der Tagung der politischen Familienreferenten und –referentinnen eine Initiative zur Evaluierung von „Babyklappe und anonymer Geburt“ zu setzen. Man muss dazusagen: Nicht Sigrid Pilz hat diese Initiative gesetzt, sondern StR Oxonitsch, ich musste gar nicht dahinter sein. Erkenntnis, wenn sie richtig ist, setzt sich also durch.

Ich zitiere kurz aus dem Text, den Wien eingebracht hat: Es wurde mit Besorgnis festgestellt, dass bis Ende 2010 21 Kinder in Wien in der Babyklappe abgegeben wurden und 122 anonym geboren wurden. Weiter steht im Text, dass das Jugendamt äußerst gravierende Bedenken angeführt hat, weil man meint, dass „die Gründe, die zur Entscheidungen für eine anonyme Geburt führen, objektiv nicht in dem Maße schwerwiegend sind, als sie nicht durch Beratung und Angebote der sozialen Dienste zu lösen wären beziehungsweise einer regulären Adoptionsfreigabe nichts im Wege stehen würde“.

Schlimmer noch – ich zitiere weiter: „Das Jugendamt vermutet, dass die anonyme Geburt mit dem Akt der Adoptionsfreigabe gleichgesetzt beziehungsweise verwechselt würde.“

Das muss man sich einmal anschauen! Das Jugendamt stellt fest, dass die Frauen, die anonym gebären, nicht wissen, welche Konsequenz diese Entscheidung hat, und glauben, dass eine Adoption nur dadurch eingeleitet wird, dass sie anonym gebären.

Und weil das Jugendamt in so großer Sorge ist, gab es jetzt diese Initiative zur Evaluierung der Babyklappe. Man meint nämlich, dass sich bereits jetzt schon auf Grund von fehlenden Informationen aus der Herkunftsfamilie für einzelne Betroffene medizinische Probleme ergeben hätten und dass die Unmöglichkeit, Information über die eigene Herkunft beschaffen zu können, irritierend und psychisch belastend sei. Und vor allem wisse man nicht, wie es der Mutter weiter geht, nachdem sie anonym geboren oder das Kind in der Babyklappe abgegeben hat, und seien ihre Probleme, die sie zu diesem Schritt bewogen haben, ja mitnichten durch die Abgabe gelöst worden.

Wien hat also einen Beschluss der Länder herbeigeführt, der zum Ziel hat, dass das Bundesministerium für Justiz eine Evaluierung der Erfahrungen mit anonymen Geburten und Abgabe in der Babyklappe österreichweit durchführen möge und ein Maßnahmenkatalog zur Unterstützung der betroffenen Frauen in Auftrag gegeben wird. – Ich glaube, dass das eine wichtige Entscheidung ist! Ich meine nämlich, dass es gut ist, wenn man bei kontroversen Angelegenheiten zunächst einen Schritt setzt und nach einiger Zeit überprüft, ob es der richtige war.

Es ist wichtig, dass das jetzt evaluiert wird und man sich ohne ideologische Scheuklappen anschaut, ob wir mit dem, was wir wohlmeinend installiert haben, das erreicht haben, was wir damit wollten, nämlich Kinder aus Lebensgefahr und Frauen aus großer Not zu befreien, oder ob wir damit andere Problemzielgruppen geschaffen haben, was wir nicht wollten. Ich finde es gut, dass StR Oxonitsch diese Initiative gesetzt hat!

Fazit: Wir sind leidenschaftliche Regierungspartner und –partnerinnen. Die neue Aufgabe macht Spaß, sie ist eine Herausforderung, sie beinhaltet eine große Verantwortung, und ich glaube, dass sie eine Chance für die Stadt ist! – Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Die Konstellation ist jetzt wirklich super: Zuerst redet die ÖVP, und dann redet die Schattenstadträtin: Dadurch kennt man eigentlich die Antworten der Stadträtin schon vorher! Ich glaube, der einzige Unterschied ist, dass Sie noch eine Redezeitbeschränkung haben. Diese ist aber ohnedies nicht notwendig, denn so lange redet unsere Stadträtin ja nicht!

Fasziniert hat mich Folgendes: Kollegin Korosec – leider ist sie jetzt nicht da – hat anfangs gesagt, dass sie Kollegen Margulies bewundert, weil er – wie ich das jetzt formulieren möchte – erst ein glühender Gegner und jetzt ein glühender Verfechter aller Wirtschaftspolitik ist. Dann hat Frau Kollegin Pilz gesagt: „Wir tun beides mit Leidenschaft!“

Das ist schon bewundernswert! Das erinnert mich an den „Talisman“. Ich bin ja auch Kultursprecher, und ich nehme an, Sie alle kennen den „Talisman“: Titus Feuerfuchs wird wegen seiner roten Haare überall ausgegrenzt. Plötzlich stellt sich heraus, dass der eine Erbschaft von seinem Onkel, dem Bierversilberer Spund, gemacht hat. Darauf sagt die Gärtnersfrau Baumscher einen auch für die GRÜNEN sehr markanten Satz: „Jetzt heißt es umdenken!“ *(Heiterkeit und Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das tun Sie in einer genialen Art und Weise, da kann man nur schauen!

Ich habe auch 40 Minuten Redezeit, die ich nicht ausnützen werde, außer es geht mit mir durch oder jemand forciert das. Ich möchte nur ein paar Beispiele bringen, um diesen sozialen Kahlschlag, den wir auch medial und in Pressediensten immer wieder thematisieren, ein bisschen zu beleuchten.

Ich beginne mit dem Thema, dass Obdachlose für die Übernachtung jetzt 4 EUR zahlen müssen, während man vorher gratis übernachten durfte. Daraufhin gab es im September des vergangenen Jahres diesen wunderbaren Pressedienst des Herrn Ellensohn – den ich jetzt leider nicht bei der Hand habe –, in dem er gesagt hat, dass das eine Schweinerei auf Kosten der Ärmsten der Armen ist, und zu einer Demonstration mit dem Titel „Wir lassen uns nicht unterkriegen!“ aufgerufen hat. – Nach der Wahl hat sich das alles geändert! Und das ist auch völlig korrekt: Die Leute gehören ohnedies ein bisschen erzogen, damit sie lernen, sich in die Gesellschaft einzugliedern! *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Das ist ja überhaupt kein Problem!

Eine andere Initiative ist „wieder wohnen“: Da bekommen Menschen – und all das sind eigentlich positive Dinge, Herr Vorsitzender! – ein 6-m²-Zimmer zur Reintegration in die wohnende Gesellschaft. So möchte ich das einmal bezeichnen. Mit 1.1.2011 wurde der Preis dafür – unserer Meinung nach relativ schamlos – von 150 EUR auf 180 EUR monatlich erhöht. Das ist für 6 m² ein ziemlich hoher Betrag, und es ist vor allem eine ziemlich große Erhöhung, nämlich um 20 Prozent!

Darüber muss man sich einmal Gedanken machen! Hiebei geht es um Leute, die obdachlos sind und wieder

in die Gesellschaft integriert werden sollen, und die müssen 30 EUR pro Quadratmeter zahlen! Jetzt soll einmal jeder aufzeigen, der pro Quadratmeter freiwillig 30 EUR Miete bezahlt! Es gibt hier Immobilienmakler. (*Zwischenruf von GR Mag Alexander Neuhuber.*) Du wirst das sicherlich wissen! Das ist eine teure Miete, nicht wahr? Das ist eine teure Miete.

Der Heizkostenzuschuss ist auch ein Thema, bei dem die GRÜNEN genial umgedacht haben! Es ist eine jahrelange Forderung der FPÖ, dass wir pro Monat der Heizperiode 100 EUR Heizkostenzuschuss bezahlen. Und ich stehe nicht an zu sagen, dass die ÖVP – soweit ich mich erinnern kann – und auch die GRÜNEN immer dieser Meinung waren. Die SPÖ ist jahrelang bei 50 EUR mit dem Argument verblieben, dass in der Sozialhilfe auch ein Heizkostenbeitrag enthalten ist, was auf Grund der Höhe der Sozialhilfe aber nicht dazu führte, dass man das tatsächlich bezahlen konnte. Dann wurde der Heizkostenzuschuss auf 100 EUR und rechtzeitig vor der Wahl auf 200 EUR erhöht. 2009 wurde auf 200 EUR erhöht, und in der vorigen Saison ging man wieder auf 100 EUR zurück, sozusagen nach dem Motto: Die Wahl ist geschlagen, jetzt brauchen wir das Argument nicht mehr, jetzt gehen wir wieder auf 100 EUR zurück.

Und was haben die GRÜNEN dazu gesagt? – Gar nichts! Das ist ja wunderbar! 100 EUR ist genug, denn der Rest ist ja in der Mindestsicherung enthalten.

Meine Damen und Herren! Ich bringe all das jetzt lustig, aber es ist natürlich nicht alles so lustig. Ich muss euch aber ein bisschen aufmuntern, nach drei Stunden Schlaf muss man hin und wieder einen Schmäh machen, denn sonst passt ja gar keiner mehr auf!

Wir alle wissen, dass die Armut in Wien steigt, und das ist absolut nicht lustig. Wir haben 200 000 massiv armutsgefährdete oder manifest arme Menschen. Das betrifft AlleinerzieherInnen, das betrifft Jugendliche, das betrifft Familien. Ein Drittel der AlleinerzieherInnen sind armutsgefährdet. Es gibt immer mehr Sozialmärkte, was wir immer wieder anprangern. Ein Drittel der Obdachlosen ist unter 30.

Wir haben uns auch immer gegen die Mindestsicherung in dieser Form gewehrt. EU-weit kann man davon ausgehen, dass 12 Mal 950 EUR eine Armutsgefährdung gerade verhindern beziehungsweise diesbezüglich die Grenze sind. Die Mindestsicherung hier beträgt 12 Mal 744 EUR. Da nützt es auch nichts, wenn man das Kindergeld von 134 auf 200 EUR erhöht, womit die GRÜNEN argumentiert haben, denn auch mit 200 EUR plus Familienbeihilfe kann man ein Kind nicht durchbringen. Da kann man sich in Wirklichkeit nichts leisten.

Wir haben auch nicht verstanden, warum bei der Mindestsicherung nicht mehr Rücksicht auf die Alleinerzieher genommen wird. Wenn eine Alleinerzieherin zwei Kinder hat und ein Kind in den Kindergarten und das andere beispielsweise in einem anderen Bezirk in die Schule geht, dann kann sie unter Umständen einen Job nicht annehmen, die Mindestsicherung würde aber sofort gekürzt werden.

Wir verstehen auch nicht, warum das nicht mit einem Mindestgehalt gekoppelt wurde. Wir meinen, Mindestsi-

cherung sollte etwas für Leute sein, die aus irgendwelchen körperlichen Gründen nicht mehr fähig sind zu arbeiten, damit sie von der Gesellschaft aufgefangen werden, das sollte aber nicht ein Faulbett sein, in welchem man immer liegt. Es muss doch immer ein Anreiz bestehen, wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert zu werden!

Außerdem verstehen wir nicht, warum die Transparenzdatenbank nicht kommt, und wir verstehen natürlich auch nicht, warum diese Mindestsicherung auch an nichtösterreichische Staatsbürger gezahlt wird. Das ist überhaupt in letzterem Fall interessant, denn ich schaue mir wirklich an, wie man in der Praxis nachforschen will, ob jemand in einem EU-Land oder einem Drittland Vermögen hat, irgendwelche Beihilfen bekommt, irgendeinen Besitz oder irgendein Einkommen hat, weil all das ja bei der Auszahlung der Mindestsicherung berücksichtigt werden müsste. Das wird auf Grund der fehlenden Transparenzdatenbank in Österreich nicht wirklich möglich sein. Prinzipiell gibt es diesbezüglich eine Kommunikation zwischen den einzelnen Behörden, aber wie man das dann mit irgendeinem südlichen Land macht, das schaue ich mir an! Nachdem das nicht kontrolliert werden kann, ist natürlich dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet, und wir stehen auf dem Standpunkt, dass eine Kontrolle von Nöten ist, weil es ohne Kontrolle keine soziale Gerechtigkeit geben kann.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gemeinsam mit meinem Klubobmann Mag Johann Gudenus einen Antrag betreffend Sozialleistung nur für österreichische Staatsbürger und EU-Bürger einbringen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

All diese Armutsszenarien werden natürlich durch gewisse Dinge wie ständig steigende Gas- und Ölpreise sowie ständig steigende Gebühren wie Müll-, Wasser- und Kanalgebühren verschärft. Andere Redner haben das schon angesprochen, deswegen werde ich das jetzt nicht detailliert ausführen. Andere Redner haben schon im Detail ausgeführt, dass auf diese Weise mit den zu den Betriebskosten gehörenden Gebühren natürlich auch Gewinne gemacht werden und dass daraus im Budget eigentlich Steuern geworden sind.

Nehmen wir noch ein letztes Beispiel, nämlich das Pflegegeld oder die Pflegemisere überhaupt. Das Pflegegeld wurde 1993 eingeführt und 1994 und 1995 valorisiert. Dann wurde es bis 2005 nicht valorisiert, dann wurde es wiederum um 2 Prozent erhöht und im Jahr 2008, wie ich glaube, ebenfalls. Dennoch hat das Pflegegeld seit seiner Einführung schlicht und einfach 25 Prozent der Kaufkraft verloren.

Jetzt gibt es zwar eine Erhöhung der Stufen 6 und 7. Das ist gut, aber gleichzeitig gibt es jetzt einen erschwerten Zugang zu den Stufen 1 und 2, und wenn man sich vor Augen führt, dass bei 360 000 Pflegegeldempfängern 200 000 in den Stufen 1 und 2 sind, dann kann man die finanzielle Verschärfung bei den niedrigeren Stufen durchaus als soziale Kälte bezeichnen, weil das Problem wieder einmal auf die Angehörigen beziehungsweise in den finanziellen Bereich der Menschen selbst abgescho-

ben wird. Wenn sie arm sind und nicht die entsprechende Pflegestufe haben, dann bleibt ihnen auch nichts übrig.

Dabei handelt es sich natürlich wiederum um eine spezielle Abschiebung auf die Frauen, weil oftmals angehörige Frauen die Pflege übernehmen. Aber auch das wird nicht ewig gehen! Okay: Wir haben ein Spitalskonzept, wir haben ein Geriatriekonzept, wir investieren hunderte Millionen in geriatrische Zentren, in Pflegeheime und so weiter. Aber das ist ja nur ein kleiner Prozentsatz! Und wir haben nicht genügend Pfleger. Wir haben eine Pflegemisere, und die illegalen Pfleger wurden seinerzeit sozusagen legalisiert, denn wenn wir diese nicht haben, dann haben wir gar keine Pfleger mehr. Was sollte man also tun? – Man kann sie nur legalisieren. Aber auch das wird nicht auf ewig gehen, daher muss man entsprechende Initiativen setzen, um dieses Problem der Gesellschaft in den Griff zu bekommen.

Nach wie vor werden 80 Prozent der Pflege von Angehörigen geleistet. In einer Zeit, in der es immer mehr Singlehaushalte gibt, kann aber nicht jeder seinen Beruf aufgeben, um die Mutter oder den Vater zu pflegen. Es ist dies also ein meines Erachtens nach wie vor ungelöstes Problem.

Im Pressedienst der Frau Stadträtin steht, dass 1,8 Milliarden in den nächsten Jahren in Spitäler und innovative Wohn- und Pflegeheime investiert werden. Das ist aber nur die Spitze des Eisberges! Wir brauchen Personal, wir brauchen eine Attraktivierung des Pflegeberufes, wir müssen junge Leute dazu bewegen, diesen Beruf zu ergreifen. Das ist ein schwieriger und schlecht bezahlter Beruf, es ist aber ein ganz wichtiger Beruf für die Zukunft und ein Beruf mit Zukunft. Deswegen kann ich nur alle auffordern, hier gemeinsam zu arbeiten, um dieses Problem der Gesellschaft gemeinsam zu lösen. Ich sage das immer wieder, denn für mich ist das vom sozialen Standpunkt und vom Standpunkt der Solidarität eigentlich das wichtigste Problem, was wir in der Zukunft haben.

Momentan sehen wir diesbezüglich hier aber nur rudimentäre Ansätze. Momentan sehen wir eine weitere Verschärfung des sozialen Klimas beziehungsweise keine Entschärfung des sozialen Klimas in Wien, weshalb wir diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen können.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich noch 27 Minuten hätte. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Mag Ramskogler. – Bitte schön.

GRin Mag Sonja **Ramskogler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Gäste hier auf der Galerie!

Ich begrüße Sie recht herzlich und freue mich, dass beim Thema Gesundheit und Soziales so viele junge Mädchen und Burschen hier zuhören!

Ich habe mir gedacht, ich nutze die Chance, wenn wir hier Gäste auf der Galerie haben, vielleicht einmal so anzufangen: Wir sprechen hier zum Thema Gesundheit

und Soziales, und mit dem Thema Gesundheit möchte die Stadt Wien politisch insbesondere junge Menschen erreichen. Junge Menschen zu erreichen, ist aber gar nicht so einfach, das hat auch meine Kollegin Pilz vorhin schon gesagt.

Gesundheit ist etwas Abstraktes: Diese Meinung herrscht auch hier in unseren Reihen unter den Kollegen und Kolleginnen. Das gilt für die Gesundheit, das gilt aber auch für Soziales. Was bedeutet das eigentlich? Welche Politik wird betrieben wenn es um Soziales und Gesundheit geht?

Ich möchte im Speziellen einmal darauf eingehen: Was bedeutet es denn, sozial zu sein? Was heißt es, wenn eine Stadt sozial ist? Was heißt es, wenn über 1 Milliarde EUR für Soziales in dieser Stadt ausgegeben wird? Das ist so viel Geld, dass man sich das normal gar nicht vorstellen kann!

Ich denke, der Schwerpunkt ist, wenn es um Soziales geht, hauptsächlich der Faktor Arbeit. Jeden Tag in der Früh, wenn ich aufstehe und zur Arbeit gehe, erkläre ich meiner kleinen Tochter, was das bedeutet und wozu man arbeitet: Man geht arbeiten, um Geld zu verdienen, man geht arbeiten, um sich etwas leisten zu können.

Die andere Seite ist, dass man kein Geld zur Verfügung hat. Und dann kommen wir in die Schiene des Sozialen. Das bedeutet, dass man sozial schwach ist, dass man kein Geld hat und dass man sich etwas nicht leisten kann. Und dann ist es notwendig, dass es eine Politik gibt, die sozial Schwache unterstützt.

Man muss sich das einmal vorstellen: Wenn Leute ein Problem haben oder eben nicht gesund, sondern krank sind und nicht arbeiten gehen können, dann brauchen sie eine Stadtpolitik, die soziale Leistungen anbietet. Immer wieder hört man dann, dass Leute „in einer sozialen Hängematte“ liegen und dass Sozialleistungen hinausgeworfen werden. – Da stelle ich die Frage: Was soll man denn mit den Menschen machen, wenn sie in eine schlechte soziale Situation geraten und kein Geld mehr haben? Vielleicht ist man eine Tochter oder ein Sohn solcher Eltern oder einer Mutter oder eines Vaters, die kein Geld für die Erziehung oder für ein leistbares Leben haben. Dann ist es notwendig, dass eine Stadtpolitik eintritt und ein soziales Netz spannt!

Genau das tut die Stadt Wien mit 1 Milliarde EUR. Das geschieht unter anderem mit einer bedarfsorientierten Mindestsicherung. Auch das mag sich jetzt ganz utopisch anhören. Was ist denn das? – Eine Mindestsicherung ist genau das, wovon ich jetzt gesprochen habe. Oft geht jemand arbeiten und hat trotzdem nicht genug zum Leben. Das ist meist der Fall. Von den 115 000 BezieherInnen gehen viele arbeiten. Daher gibt es von der Politik der Stadt Wien eine Mindestsicherung, und die Leute bekommen Geld und gleichzeitig Unterstützung, zum Beispiel einen Mobilpass, damit sie mit der Straßenbahn oder dem Autobus fahren und ihr Leben dementsprechend führen können und sie mit ihren Kindern oder auch allein überleben können. Dafür – das muss man auch sagen – steht sozialdemokratische Politik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn das nicht so wichtig wäre, dann hätten wir

nicht die entsprechenden Institutionen und Instrumente wie den Fonds Soziales Wien. Warum gibt es den Fonds Soziales Wien? Warum macht eine Stadtregierung so etwas? – Weil es notwendig ist, bedürftige Menschen zu unterstützen. Wir sagen nicht, das ist uns egal, sollen die Leute doch schauen, wo sie bleiben! Oder: Jeder muss etwas leisten, und wenn er nichts leistet, dann hat er keinen Anspruch in dieser Stadt.

Nein! So ist das nicht! Es gibt Unterschiede, und es ist wichtig, das hier zu betonen. Die jungen Mädchen oder Burschen fragen ja zum Beispiel auch nicht: Warum bekommen denn die Alten so viel? Wieso haben denn Senioren Vorteile? Die jungen Leute fragen nicht unbedingt, warum die Alten so viel bekommen. Aber auch die Alten sollten nicht fragen: Warum bekommen die Jungen so viel? Wir sollten bei den Jungen bei der Bildung sparen!

Das ist der Punkt, dort fängt es an, im Kindergarten, in der Schule, mit einem ordentlichen Bildungssystem. Sie haben das heute schon erwähnt. Frau Kollegin Korosec ist jetzt nicht da. Ich möchte dazu bemerken: Wenn es allerdings bei der bundespolitischen Debatte um Ganztagschulen beziehungsweise um eine ganztägige Betreuung geht, dann steigt immer einer auf die Bremse, und das ist die ÖVP. – Das ist leider Politik. Das muss man auch dazusagen! (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das stimmt nicht!*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Fonds Soziales Wien kümmert sich mit zirka 1 Milliarde EUR zum einen um Menschen mit Behinderung. Das wird für eine dementsprechende Frühförderung angewandt, aber auch für Kindergarten und Schule. Wenn man jemanden kennt, der behindert ist, dann weiß man, dass er Unterstützung braucht, und diese Unterstützung wird vom Fonds Soziales Wien beziehungsweise von der Stadt Wien ausbezahlt. 1 600 Personen werden in diesem Sinn gefördert, und ihnen werden auch Berufsqualifizierung und Berufsintegration zur Verfügung gestellt.

Weiters werden zirka 64 000 Personen vom Fonds Soziales Wien im Zusammenhang mit Pflege- und Betreuungsbedarf unterstützt. Das sind beinahe 64 Prozent, und dieses Geld fließt zu älteren Menschen, was natürlich gut ist. Weitere Leistungen werden zum Beispiel im Zusammenhang mit „Essen auf Rädern“ – auch das wurde schon erwähnt – aber auch für Heimhilfe ausgegeben.

8 Prozent Zuwachs gibt es bei teilstationären Angeboten in Form von Tageszentren für Senioren und Seniorinnen. Das möchte ich noch erklären, weil es heute schon erwähnt wurde: Ältere Personen, die in einem Pflegeheim oder in der Pflege der Stadt Wien leben, sind meiner Ansicht nach sehr gut versorgt, weil es wirklich ein großes Programm gibt. Wir hatten vor Kurzem wieder eine Tagung mit der Wiener Heimkommission in der Geriatriekommission: Es wird wirklich alles getan, um ältere Menschen zu mobilisieren, um gesunde Ernährung zu bieten, um mentale Unterstützung für Menschen im höheren Alter zu bieten.

Das heißt, insbesondere für ältere Menschen wird in dieser Stadt sehr viel getan. Das zeigen auch das Geriat-

riekonzept und die Umsetzung der neuen Häuser. Und ich meine, das ist die Zukunftspolitik und die zukunftsorientierte Politik, die insbesondere auch von der Stadträtin getragen wird.

Mein Kollege von der FPÖ hat vorher schon erwähnt, dass ein großer Anteil an sozialer Unterstützung an Menschen, die keine Unterkunft haben, an sogenannte wohnungslose Menschen geht. Es wurde schon betont, dass diesbezüglich von Seiten des Fonds Soziales Wien viel zur Verfügung gestellt wird. Erst vor Kurzem konnten die neuen Häuser namens Max Winter, Erna, Noah und Henriette eröffnet werden. In all diesen Häusern können wohnungslose Menschen unterkommen. Außerdem gibt es auch eine Plattform der Wohnungslosen. Dort war ich auch einmal vor Ort. Das Gute an dem Konzept ist, dass es gemeinsam gelingt, ein multiprofessionelles Team aufzustellen, das aus Sozialarbeitern, Psychologen und Psychiatern besteht. Diese Menschen schauen darauf, dass es den Leuten gut geht. Dieses Team arbeitet zusammen, und es wird von allen Seiten betrachtet, ob alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, um den Leuten das bieten zu können, was sie tatsächlich brauchen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Es ist offensichtlich, dass die Themen Gesundheit, Soziales, Armut und Arbeit zusammenhängen. Eines ohne das andere ist immer problematisch. So kommen zum Beispiel fast 10 000 Leute mit Schuldenproblemen immer wieder zum Fonds Soziales Wien und werden dort unterstützt. Auch dabei geht es wieder darum, dass man, wenn man keine gute Bildung und keine gute Arbeit hat, so weit kommt, dass man Schulden, wofür auch immer, machen muss.

Ich möchte mich jetzt dem Kapitel Sucht- und Drogenproblematik in Wien widmen. Auch zu diesem Thema ist der Zugang je nachdem, welche Partei sich damit beschäftigt, ganz unterschiedlich. Die sozialdemokratische Sicht und die Politik, die die Sucht- und Drogenkoordination in Wien jetzt betreibt, beruhen auf Expertisen und auf einer Werthaltung. Das heißt: Man fragt Expertinnen und Experten, was Menschen brauchen, die in eine Suchtproblematik kommen, oder wie man Sucht generell präventiv verhindern kann. Und dann müssen die Bedürfnisse dieser Menschen auch gedeckt werden.

Es gibt aber auch einen anderen politischen Zugang zur Suchtproblematik: Andere Parteien verfahren mit Menschen, die ein Suchtproblem haben oder die in irgendeine Abhängigkeit gekommen sind, ganz anders: Man will sie nicht sehen, sie müssen weg von der Straße, weil das kein schönes Bild bietet, was jedoch weiter mit ihnen geschieht, ist völlig egal. – Wir sehen das anders! Die Stadt und die Sucht- und Drogenkoordination sehen das anders. Es wird hier mit viel Expertise – und dazu gehört zum Beispiel auch das Institut für Suchtprävention – an die Probleme herangegangen, wenn es um Sucht geht.

Man denkt bei Sucht oft nur an harte Drogen. Wir müssen aber gerade im Kinder- und Jugendbereich auch an Alkohol denken. Alkohol ist ein Suchtmittel, und Alkoholmissbrauch kann zu einer Sucht werden, die oft nicht gesehen wird. Mit diesem Problem befasst sich das

Institut für Suchtprävention in einem ganz tollen innovativen Projekt. Dieses heißt „Vollfan statt voll fett“. Was bedeutet das? – Das bedeutet, dass man zum Beispiel im Hinblick auf Fußballspiele verantwortungsvoll mit Emotionen umgeht. Und zu Gewalt beziehungsweise Aggressionen etwa in Fußballstadien, dass man einfach hinhaut, kommt es viel eher, wenn man betrunken ist. Man kann also ein emotionaler, toller Fußball-Fan sein, aber sicherlich nicht unter Alkoholgenuss!

Daher ist es notwendig, dass es die Sucht- und Drogenkoordination in Wien gibt, die sich mit solchen Themen professionell auseinandersetzt.

Ein weiteres Projekt im Zusammenhang mit der Sucht- und Drogenkoordination ist die österreichische Studie zur Prävention von Glücksspielsucht. Auch das ist ein ganz wichtiges Thema. Ich konnte erst gestern mit der Geschäftsführerin der Spielsuchthilfe Österreich telefonieren, und ich habe von ihr erfahren, dass hauptsächlich Kinder und Jugendliche vom Glücksspiel ganz massiv gefährdet sind.

Die neuesten Ergebnisse dieser Einrichtung für Spielsüchtige besagen, dass uns das vor allem im Zusammenhang mit den neuen Medien, konkret gesagt, mit Internetprogrammen, betrifft. Mit diesem Thema muss sich die Sucht- und Drogenkoordinationsstelle ganz massiv auseinandersetzen, und die Österreichische Spielsuchthilfe muss entsprechend unterstützt werden. Aber es ist auch notwendig, sich noch viel mehr mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Dass Kinder und Jugendliche mit Spielsucht in Berührung kommen, kann jeden treffen. Auch wir als Eltern sind immer davon betroffen, wenn eines unserer Kinder der Spielsucht verfällt. Das kann immer vorkommen, ganz egal, ob man reich oder arm ist. Im Grunde genommen geht es hierbei um eine Erkrankung. Und daher brauchen wir die nötige Unterstützung und die finanziellen Mittel für die Österreichische Spielsuchthilfe, aber auch für die Sucht- und Drogenkoordination, die solche Projekte betreibt und fortführt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe es schon gesagt. Ein wichtiger Faktor, worauf die SDW auch ganz besonders achtet, ist die Hilfe für Kinder aus suchtbelasteten Familien. So werden zum Beispiel gemeinsame institutionelle Standards verstärkt, wenn es darum geht, Unterstützung anzubieten, etwa auch in Form von Broschüren betreffend Schwangere und Drogensucht.

Ich kann an einem Beispiel zeigen, dass das in der Stadt funktioniert. In der U6 saß eine hochschwangere junge Frau. Neben ihr ist ein junger Mann irgendwie nur so gelümmelt. Der Frau ging es wirklich sehr schlecht. Wir haben die Polizei angerufen, und sie war innerhalb von drei Stationen der U6 vor Ort. Gleichzeitig kam eine Sozialarbeiterin, und diese Frau und dieser Mann wurden über die SDW, über die Polizei und über die Sozialhilfe und Sozialarbeit wirklich gut versorgt.

Ganz nebenbei: Die Leute haben gesagt: Genau so soll es sein! – Es wäre nämlich verantwortungslos und wirklich nicht solidarisch, wenn wir wegschauen würden, wenn eine Frau, die schwanger ist, offensichtlich eine Suchtproblematik hat. Sehr geehrte Damen und Herren!

So viel Courage und so viel Menschlichkeit sind in dieser Stadt zu Hause, und wir können stolz darauf sein, dass nicht weggeschaut wird! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Abschließend zur Sucht- und Drogenkoordination in Wien: Den Karlsplatz als den Umschlagplatz, wo die Drogensüchtigen zu Hause sind, haben wir hier in diesem Haus schon oft diskutiert. Der Karlsplatz in dieser Form ist jetzt aber schon lange Geschichte. Es gibt dort nach wie vor Drogensüchtige. Ich gehe dort jeden Tag vorbei. Es gibt sie. Nichtsdestotrotz gibt es jetzt eine entsprechende Versorgung, etwa mit dem Projekt SAM – wir waren erst vor Kurzem dort –, aber auch mit TaBeNo und in Zukunft mit dem neuen Ganslwirt. Das ist ein riesengroßes Projekt!

Sie sehen: Die Menschen sind uns nicht egal, auch wenn sie ein schweres Schicksal erlitten haben und in eine solche Drogenproblematik gekommen sind. Es geht darum, wie man mit diesen Menschen umgeht, und ich glaube, es ist notwendig, dass wir im Rahmen der sozialdemokratischen Gesundheits- und Sozialpolitik insbesondere die Sucht- und Drogenkoordinationsstelle mit viel Geld unterstützen. Und ich danke auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich, die dort vor Ort phantastische Arbeit leisten. Vielen Dank! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben heute auch schon von Prävention und davon gesprochen, wie man Kinder und Menschen in dieser Stadt dazu bewegen kann, etwas für ihre Gesundheit zu tun. In diesem Zusammenhang steht vor allem die Wiener Gesundheitsförderung absolut im Vordergrund. In den Schulen, aber auch in den Kindergärten werden Gesundheits- und Ernährungsprojekte unterstützt und immer wieder vorangetrieben. Dafür gibt es gleichzeitig mehrere Gruppen. Und das möchte ich betonen: Es ist notwendig, dass in diesem Bereich ressortübergreifend zusammengearbeitet wird. Ich meine, es ist notwendig, dieses Thema übergreifend zu sehen. Dabei geht es nicht nur um die Gesundheits- und Sozialpolitik oder um Bildung. Ebenso wie beispielsweise die Arbeit in die Wirtschaft, in das Soziale und in die Gesundheit hineinspielt, spielt auch die Gesundheit in die Pädagogik hinein.

Daher ist es notwendig – und ich denke, das ist eine neue Richtung –, dass zum Beispiel, wenn es um Kinder und Jugendliche geht, zwei Ressorts gut zusammenarbeiten. Das ist in den Ressorts der Gesundheitsstadträtin Wehsely und des Herrn Stadtrates Oxonitsch der Fall, das ist ein neuer, richtungsweisender und zukunftsweisender Ansatz, und ich bin froh, dass es in diese Richtung geht.

Auf diese Weise können wir übergreifend Synergien herstellen, aber gleichzeitig auch gute Projekte direkt in den Bezirken vorantreiben. Wir haben heute schon gehört, dass es im 15. Bezirk ein großes Projekt gibt. Es gibt aber auch bei uns im 16. Bezirk und in vielen anderen Bezirken gute Projekte, bei denen es um Gesundheit vor Ort für die Menschen geht. Und das Ganze wird von einem multiprofessionellen Team unterstützt, nämlich von der Wiener Gesundheitsförderung.

Einen ganz wichtigen Punkt im Zusammenhang mit

der WiG möchte ich noch erwähnen, und zwar die Selbsthilfe. Ich halte es wirklich für sehr schätzenswert, dass es Selbsthilfegruppen gibt und dass sehr viele Angehörige und sehr viele Betroffene sehr viel Arbeiten leisten, wenn es um Selbsthilfe geht, weil sie selbst dabei viel lernen können und sich dabei auch ein Herz fassen, Menschen zu unterstützen.

Erst wenn man in solche Situationen kommt, weiß man nämlich, was Solidarität bedeutet. Wenn es einen selbst betrifft, dann muss man oft zuerst einmal lernen, Hilfe anzunehmen. Man muss, wenn es so weit kommt, erst einmal realisieren, dass auch jemand da ist, der einem hilft und der auch versteht, dass man gewisse Situationen nicht selbst herbeigeführt hat und dass man nicht immer selbst schuld daran ist. Es gibt Situationen, in denen es notwendig ist, dass man politische und soziale Unterstützungen bekommt, und das ist zum Beispiel auch bei den Selbsthilfegruppen durch das Selbsthilfeunterstützungsservice der WiG der Fall.

Frau Korosec! Gleichzeitig ist es notwendig, immer wieder – wie es die WiG im vergangenen Jahr auch getan hat – große Veranstaltungen zum Thema Gesundheit und Erkrankungen zu machen und dabei Schwerpunkte zu setzen. So gab es zum Beispiel auch zur Selbsthilfe eine große Konferenz. Es ist nämlich notwendig, gewisse Themen in das Bewusstsein der Menschen zu holen, weil sonst niemand darüber spricht, man sie vergisst oder auch denkt, dass das nicht wichtig ist.

Bei vielen Themen ist es also notwendig, öffentlich darüber zu reden, insbesondere zum Thema Frauengesundheit, zu dem ich abschließend kommen möchte. Das Bewusstsein für Frauengesundheit ist schon vor vielen Jahren entstanden. Jetzt hatten wir 100 Jahre Frauentag, und dort möchte ich jetzt nicht anfangen. Es hat sich allerdings nicht wirklich etwas geändert, bevor man nicht auch in der Fachwelt darüber gesprochen hat, dass es einen Unterschied zwischen Männer- und Frauengesundheit gibt. Insbesondere betreffend Frauengesundheit hat die Stadt Wien, wie man betonen muss, eine Vorzeigerolle. Man beschäftigt sich mit allen Themen, etwa im Zusammenhang mit Brustkrebs oder in Bezug auf Essstörungen. Es wird schon früh in den Schulen bei den Mädchen begonnen, ein Körperbewusstsein zu schaffen und über entsprechende Themen zu referieren. Die Frauengesundheit der Stadt Wien befasst sich damit intensiv.

Das Nächste, worüber man sprechen sollte, sind die seelische Gesundheit und die psychosoziale Versorgung, denn auch das sind absolute Tabuthemen. Das einzige Thema, das jetzt zur Mode geworden ist, zu dem sich auch Manager oder sehr erfolgreiche Menschen outen können, ist das Burn-out. Man meint jetzt nämlich, dass jemand, der keinen Stress hat oder noch kein Burn-out hatte, zu wenig zu tun hat und nicht beschäftigt ist, sodass ihm fad ist oder so ähnlich. Vieles an dieser Debatte um die seelische Gesundheit ist aber wirklich ernst zu nehmen. Oft haben Menschen tatsächlich eine Depression oder ein Burn-out, dass sie nicht mehr außer Haus gehen können und es zu großen Problemen kommt, unter welchen die ganze Familie leidet. Ich

möchte aber auch diesfalls festhalten: Es ist einzigartig, was die Stadt Wien anbieten kann, wenn es tatsächlich zu einer dermaßen ernsten Problematik kommt.

Den Psychosozialen Dienst gibt es seit 30 Jahren in Wien, und er versorgt über 9 300 Menschen mit höchst engagierten, professionellen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in dieser Stadt. Dazu kommt auch der Notruf. Es gibt Menschen, die selbst in ihren eigenen Reihen jemanden hatten – Freunde, Bekannte, Nachbarn –, bei denen es zu einer Ausnahmesituation gekommen ist, und es kann sozusagen niemand etwas dafür. Oft kann man einer solchen Person selbst nicht mehr helfen, weil es ein großes Problem gibt und sich jemand zum Beispiel etwas antun will. Was tut man in einer solchen Situation? – In Wien gibt es den Notdienst des Psychosozialen Dienstes, bei dem ein Psychiater oder eine Psychiaterin in Bereitschaft ist, die helfen kann. Man kann dort direkt hingehen, sie sind vor Ort. Man kann mit ihnen sprechen, oder man kann dort anrufen, und das zu jeder Zeit, insbesondere auch in der Nacht. Das ist nicht selbstverständlich, und darauf können wir stolz sein, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.*)

Der Psychosoziale Dienst hat eine Summe von 15 Millionen EUR zur Verfügung. Ich meine, es könnte mehr sein. Bei der Zahl der psychischen Belastungen und psychischen Beschwerden gibt es auch gemäß aktuellen Studien in jeder Stadt und in jedem Land eine leichte Erhöhung. Die Probleme treten auch in Kombination mit Arbeit auf, und es gibt auch diese Modeerscheinung des Burn-outs, die ich gerade erwähnt habe. Die Belastungen für das Gesundheits- und Sozialwesen sind jedenfalls sehr groß. Daher meine ich, dass es notwendig wäre, sich das einmal anzuschauen, dementsprechend anzusetzen und diesen Bereich noch mehr zu unterstützen.

Betroffen sind von diesen Problemen Kinder, Jugendliche und Erwachsene, also Personen jeden Alters. Insbesondere möchte ich auch die gerontopsychiatrischen Patienten nennen. Es ist notwendig, dass der Psychosoziale Dienst in Wien weiterhin Unterstützung bekommt, denn er bietet insbesondere auch ein Tageszentrum für Borderline-Störungen an, was ganz besonders notwendig ist. Es werden aber auch in 8 sozialpsychiatrischen Ambulatorien Einzelleistungen und Betreuungen für über 6 500 Patienten erbracht.

Ich halte auch die Diagnoseverteilung für besonders wichtig. Hauptsächlich geht es um schizophrene, schizotypische und wahnhaftige Störungen, aber auch um affektive Erkrankungen, neurotische Belastungen und somatoforme Störungen. 8 Prozent betreffen Persönlichkeits- oder Verhaltensstörungen. Dazu muss man auch sagen, dass das psychiatrische Spital auch eng mit dem PSD zusammenarbeiten muss, weil es immer wichtig ist, dass Leute, wenn sie aus dem Spital entlassen werden, nicht in ein großes Loch fallen, sondern eine gute und professionelle Betreuung durch den Psychosozialen Dienst erhalten. Rückwirkend muss man sagen, dass es, wenn man in diesen Bereich gut investiert, nicht notwendig ist, dass viele Menschen stationär auf Psychiatrien behan-

delt werden müssen. Es ist nämlich auch möglich, eine entsprechende Behandlung ambulant vorzunehmen.

Ich sage an dieser Stelle immer wieder: Es ist notwendig, finanziell nicht nur die Stadt in die Pflicht zu nehmen – und wir tun auch unsere Pflicht –, sondern auch die Sozialversicherung und natürlich auch den Bund.

Meiner Ansicht nach muss im Rahmen der Gesundheits- und Sozialpolitik dem Thema der psychosozialen Gesundheit generell mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil das bei jedem Menschen und bei jedem Patienten eine große Rolle spielt.

Erst vorige Woche war einer Studie zu entnehmen, dass die Patienten die Betreuung im Krankenhaus für qualitativ sehr hochwertig halten und mit den Ärzten und den Ärztinnen zufrieden sind, dass ihnen aber eine seelische und mentale Unterstützung fehlt. – Ich denke, dass das im Hinblick auf Zukunftsorientierung wirklich eine Überlegung wert ist!

Abschließend möchte ich sagen – und hier schließt sich der Kreis –, dass REiNTEGRA es immer wieder schafft, psychisch erkrankte Personen beruflich zu reintegrieren. Das heißt, wenn jemand krank wird und ihn die Prävention der Stadt Wien sozusagen nicht erreicht beziehungsweise nicht ausgereicht hat, dann haben wir ein gutes Gesundheitssystem und eine gute Betreuung. Und wenn ein Mensch diese Betreuung hinter sich hat, dann haben wir auch die Möglichkeit der Reintegration dieses Menschen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben viele gute Ansätze in der Gesundheits- und Sozialpolitik. Ich bin der Meinung, dass es in erster Linie einer Fortführung in diesem Sinne bedarf, nämlich hinsichtlich der Wertigkeit und Wichtigkeit des Menschen und der Solidarität mit den Menschen, wenn es ihnen schlecht geht, aber natürlich auch, wenn es ihnen gut geht. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Anger-Koch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

All das klingt wie in einer Märchenstunde: Alles wird gut, und am Schluss kommen sie zusammen, und alle haben sich furchtbar lieb. Die Realität ist aber leider anders! Daher möchte ich gern fragen: Quo vadis? Wo ist die Realität?

Ich höre immer nur von Ihnen: Wir sind so sozial! Es wird so viel Geld für diverseste Abteilungen aufgewendet! Trotzdem wird aber von Ihnen auch keine Gelegenheit ausgelassen, teure Inserate zu schalten und zu finanzieren.

Gerade in den letzten Wochen wurden die Wiener und Wienerinnen mit einer Flut an doppel-, ganz- und halbseitigen Inseraten zum Spitalskonzept regelrecht bombardiert. In vier Sujets teilte uns die Gesundheitsstadträtin via „Kronen Zeitung“, via „Heute“, via „Österreich“ mit, dass sie für die Spitäler verantwortlich und

zuständig ist. Ich frage Sie: Ist das Selbstdarstellung, oder ist das soziale Unterstützung für die Wiener und Wienerinnen? Können Sie mir das beantworten? – Nein!

Meine Kollegin Ingrid Korosec und auch Frau Karin Praniess-Kastner haben immer wieder versucht, Ihnen Vorschläge zu unterbreiten, wofür und in welcher Art und Weise das Geld, das Sie in die Medien pulvern, eigentlich viel sinnvoller verwendet werden könnte. Aber leider Gottes haben Sie all diese Ratschläge in Ihrer überheblichen Art und Weise immer ignoriert!

Sie sind sogar weitergegangen, indem Sie immer nach demselben Schema F gearbeitet haben. Was bedeutet F? – Das bedeutet: Foto, fertig, Feierabend!

Ich kann Ihnen das Schema F in der Praxis gerne an Hand eines Beispiels aus dem Sport darstellen: Am 27. August 2010 hat Herr StR Oxonitsch bei der Veranstaltung „Wiener Sportstars“ im Arkadenhof des Wiener Rathauses die Behindertensportlerin des Jahres Natalia Eder und den Behindertensportler des Jahres Bil Marinkovic geehrt. Und jetzt kommen die drei Fs: Ein Foto, ein Händedruck, ein Toitoitoi, fertig, und dann schnell zum Buffet ist gleich Feierabend. Das war es dann auch schon! Damit waren die Menschen mit Behinderung de facto erledigt. Und dann geht es weiter in den nächsten Bereich Gesundheit und Soziales: Die sollen sich dann darum kümmern.

Ich sage Ihnen: Hier sind noch viele Dinge unerledigt!

Ich möchte auch drei andere Bereiche ansprechen, wo eine Verdeutlichung hergestellt werden soll, was man über leere Floskeln über Querschnittsmaterie und echte Politik für Menschen mit Behinderungen hinaus in Wien machen soll.

Erstens: Wien schläft bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Im rot-grünen Regierungsübereinkommen wird bekannt gegeben, was eigentlich schon seit Jahren gelebte Politik sein sollte, dass nämlich die Gleichstellung für behinderte Menschen mehr ist als eine Querschnittsmaterie. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang das zitieren, was im Regierungsprogramm auf Seite 37 steht: „Die Wiener Stadtregierung arbeitet dafür, Menschen mit Behinderung in ihrem Streben nach Selbstbestimmung zu unterstützen. Die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung – Behindertenrechtskonvention – als Querschnittsmaterie wird in Angriff genommen.“

Wenn wir einen Blick auf die Zahlen des FSW werfen, dann muss ich Ihnen sagen: Die Botschaft hör' ich wohl, allein, mit fehlt der Glaube! Laut Rechnungsabschluss des FSW 2010 hat die Wiener Stadtregierung 100 Millionen EUR für Wohnen für Menschen mit Behinderung ausgegeben. Das ist viel Geld! Das ist richtig!

Aber welche Wohnformen haben Sie verstärkt forciert? – Insbesondere teil- und vollbetreute Wohnformen. 2010 betrug die Gesamtzahl der Kunden und Kundinnen von teil- und vollbetreutem Wohnen zirka 3 000. Warum halten wir diese Entwicklung nicht für zielführend und treten für einen Paradigmenwechsel in der Politik für Menschen mit Behinderung ein? – Weil Ihre derzeit eingeschlagene Marschrichtung der UN-

Behindertenrechtskonvention widerspricht! Diese besagt, dass die Vertragsstaaten – und auch Österreich ist seit 2008 einer der Vertragsstaaten – gewährleisten sollen, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben.

Die Wiener Stadtregierung forciert jedoch bestimmte spezielle Wohnformen, ohne dafür zu sorgen, dass den Betroffenen selbst ein faires Angebot für alle Wohnformen auch mit Persönlicher Assistenz in den eigenen vier Wänden gemacht wird. Lediglich 180 Personen haben eine Pflegegeldergänzungsleistung zur Finanzierung von Persönlicher Assistenz bekommen. Ich meine, 180 Personen ist nicht wirklich die Welt, das ist einfach zu wenig!

Ich bringe ein weiteres Beispiel, wo wir immer noch Stolpersteine haben, und zwar in Sachen Barrierefreiheit. Das Beispiel betrifft den Tiefgaragenbau im Karl-Marx-Hof. Im Karl-Marx-Hof wurde im Zuge der Umbauarbeiten zur Errichtung einer Tiefgarage eine provisorische Rampe für Rollstuhlfahrer errichtet. Anstatt sich an die ÖNORM zu halten, die maximal 10 Prozent Gefälle bei einer Rampe erlaubt, wurde ein 40-prozentiges Gefälle errichtet. Dass das gefährlich ist, muss ich Ihnen nicht sagen!

Eine diesbezügliche Anfrage an die zuständige Stelle hat Folgendes ergeben: Der Magistrat hat nach Begehung des Bauplatzes am 3.9.2009 in einem Aktenvermerk festgehalten, dass die provisorische Rampe nicht den einschlägigen ÖNORMEN entspricht. Trotzdem wurde diese steile Rampe gebaut.

Die Kompetenzstelle für barrierefreies Planen, Bauen und Wohnen dient in erster Linie zur Beratung, und de facto ist diese Einrichtung zahnlos, weil sie kein Weisungsrecht gegenüber den Dienststellen des Magistrats hat. Es können lediglich Vorschläge eingebracht werden. Und dann gibt es halt Rampen für Rollstuhlfahrer, die mehr oder weniger eine Art Sprungschancencharakter haben. Viel Spaß!

Auch immer wieder ein Thema ist die fehlende Nachmittagsbetreuung für Kinder mit Behinderung. Es gibt zwar Betreuungsangebote in Wien, jedoch werden Eltern mit behinderten Kindern immer vertröstet und bekommen sehr selten einen oder gar keinen Betreuungsplatz in dementsprechenden Einrichtungen.

Uns liegt ein Schreiben des Vereins Lobby für Kinder vom 18. Mai 2011 vor, das mittlerweile an die Frau Sozialstadträtin, an den Wiener Bürgermeister und auch an einige Gemeinderäte und die dementsprechenden Fraktionen gegangen ist. Bis dato ist man der Betroffenen, einer alleinerziehenden Mutter, die Antwort vom Stadtbüro schuldig geblieben. Wir haben heute den 28. Juni, und somit liegt das Schreiben seit einem Monat brach.

Ich denke, es kann trotz allem nicht sein, dass wir eine Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention seit 2008 haben und für behinderte Kinder ein integratives Betreuungsangebot nicht wirklich zustande bekommen! Fazit: Auch unter Rot-Grün gibt es nur Lippenbekenntnisse, was die Politik für Menschen mit Behinderung betrifft.

Wien kommt nicht weiter und man redet vollmundig immer über eine Querschnittsmaterie, schiebt aber die Verantwortung de facto immer einer anderen Geschäftsgruppe hinein.

Ich bitte Sie, nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir nicht alles so schön und toll haben und die Märchenstunden nicht weiter erzählt werden sollen, sondern schauen Sie bitte die Realität an und handeln Sie danach! Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte Frau Vorsitzende! Werte Frau Stadträtin! Werte Abgeordnete!

Ich würde gerne beginnen, indem ich Bezug auf meine Kollegin von der SPÖ, Frau Ramskogler, nehme. Ich gebe Ihnen recht, und das muss man auch nicht madig machen, in Wien wird allerhand in der Sozialpolitik geleistet. Das stimmt, das ist ein Faktum und das abzutun als Märchenstunde mit coolen Sprüchen ist mir ein Stück weit zu wenig. Das, was aber auch stimmt, und das ist eine Herausforderung, auch eine Bewährungsprobe für Rot-Grün in der Koalition, ist, bei den bestehenden Budgetmitteln, die wir jetzt zur Verfügung haben, die Qualität im Sozialbereich aufrechtzuerhalten, und nicht nur das, sondern genauer hinzuschauen: Was gibt es denn für Entwicklungen bei den Menschen in der Stadt, die unsere Unterstützung brauchen? Wo können wir Bereiche umstrukturieren? Wo können wir investieren? Wo können wir neue Projekte schaffen, obwohl wir eine sehr beschränkte Budgetvorgabe haben? Und das wird die Herausforderung, die Bewährungsprobe jetzt auch bei den Budgetverhandlungen sein. Das ist unumstritten. Insofern freue ich mich, dass sich jetzt hier Rot-Grün überlegen kann: Wie gehen wir mit jedem einzelnen Menschen respektvoll in der Stadt um? Welche Hilfe wird benötigt und wie gehen wir es an, dass wir nicht auf Kosten von Armen sparen? Das wird hart, das wird eine Auseinandersetzung werden. Aber wir sind uns in den Zielen einig und das ist das Entscheidende. Wir sehen auch die Probleme und die Herausforderungen und wir haben hier ein gemeinsames Bewusstsein, an dem wir arbeiten, und das ist das Entscheidende.

Womit wir auch konfrontiert sind, und das ist immer eine Herausforderung, ist das mit den Oppositionsparteien, die, wie der Herr Ebinger das überspitzt sagt, herauskommen und hergehen und einmal in einem kurzen Nebensatz sagen: Die Mindestsicherung nützt nichts. Also ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, das kann nur jemand sagen, der viel Geld hat und keine Ahnung von Armut und Armutsgefährdung in dieser Stadt hat. Das finde ich ein bisschen eine Spur arrogant. Und dann einfach nur hergehen und sagen, wir müssen den Missbrauch bekämpfen - wissen Sie was? Ich würde unglaublich gerne Missbrauch und Korruption bekämpfen und die gibt es überall. Aber beginnen wir nicht immer bei den Untersten, die eh schon am Boden liegen - es ist leichter dorthin zu treten -, sondern beginnen wir bei den Grassers und Meischbergers und Fionas und wie die alle heißen, weil da geht's um Millionen. Da würde ich gerne

einmal von Ihnen eine Initiative zur Korruptionsbekämpfung sehen!

Und zur Mindestsicherung. Ich habe schon vor ein paar Stunden, um 2 Uhr in der Früh, gesagt, lernen Sie zu differenzieren. Es ist schlichtweg so, dass zwei Drittel der MindestsicherungsbezieherInnen eine Richtsatzergänzung bekommen, weil das Einkommen zu gering ist. Die Menschen können nicht mehr von der Arbeit leben und das ist eine Herausforderung für die Zukunft. Schauen Sie doch genauer hin, dass es hier im Grunde um Menschen geht, um Working Poor sozusagen.

Dann komm' ich auch zur ÖVP und ihrer Märchenstunde. Wir täten uns in Wien leichter, und das muss man immer und immer wieder sagen, wir können Armut in diesem Land nur diskutieren, wenn wir auch über Reichtum in diesem Land diskutieren. Und der Herr Ellensohn, meine Kollege, hat es gestern schon gesagt: Hätten Sie endlich den Mut, in diesem Land eine Vermögensbesteuerung zu schaffen, hätten wir allein in Wien 500 Millionen mehr, die wir sinnvoll einsetzen könnten, wenn Sie es schaffen würden, die Vermögensbesteuerung zumindest auf den EU-Durchschnitt hinzukriegen! Aber das fällt Ihnen ja mit Ihrer Klientenpolitik nicht ein! Insofern tun wir lieber die Leute, die es notwendig brauchen, gegeneinander ausspielen beziehungsweise gehen her und sagen, in der Behindertenpolitik passiert nichts. Das stimmt so auch nicht! Die Herausforderung, die wir jetzt haben, ist, dass Menschen mit Behinderung definitiv selbstständig leben können. Und natürlich haben Sie recht, dass wir da noch viel machen müssen. Das bestreitet ja niemand. Da geht es von der Frühförderung bis zur Integration in Kindergärten und Schulen, bis zur Mobilität, bis zu Menschen mit Behinderung, die jetzt auch alt werden, bis zur Selbstverständlichkeit, dass Menschen mit Behinderung Teil unserer Gesellschaft sind und wir sie einfach draußen erleben, ganz normal und ganz selbstverständlich. Das ist noch ein breiter Weg dorthin. Das stimmt.

Jetzt gehen wir zu den einzelnen Themen, die mir sehr wichtig sind, das ist das Thema Obdachlosigkeit. Wir haben in Wien ein großes Angebot in der Wohnungslosenhilfe, das ist unumstritten. Wir haben aber auch Problembereiche, vor allem im öffentlichen Raum, denen wir uns stellen müssen. Wir wissen, dass es immer wieder zu Konflikten im öffentlichen Raum kommt, einerseits weil sich Drogenkranke, obdachlose Menschen, alkoholkranken Menschen, psychisch kranke Menschen an einem Platz treffen und es dort zu Konflikten kommt. Da müssen wir zukünftig noch mehr überlegen, ob wir hier nicht mehr an Tagesaufenthalt brauchen, ob wir nicht die Notschlafstellen auch tagsüber öffnen. Das sind Überlegungen, die wir anstellen, und wir sind mitten in den Gesprächen. Wir binden hier auch NGO-Gruppierungen mit ein, weil wir wollen, dass sich qualitativ was verbessert und wir den Entwicklungen gerecht werden. Das ist der eine Bereich.

Das, was auch stimmt, ist die Zunahme an Obdachlosen, die jugendlich sind. Das stimmt. Das bestätigen auch meine früheren KollegInnen. Das ist ebenso eine Frage nicht nur der Wohnungslosigkeit, sondern auch

eine Frage der Perspektiven. Insofern gebe ich der Kollegin Ramskogler recht, themenübergreifend zu kooperieren, ist unsere Möglichkeit, hier Perspektiven zu schaffen. Und da geht es nicht nur um den Bereich der Jugendwohlfahrt, sondern auch um den Wohnbereich bis zum Sozialbereich und zur Bildung, um hier Perspektiven zu schaffen.

In der Drogenpolitik müssen wir endlich auch eine Spur offener und ehrlicher diskutieren, wo denn definitiv die Probleme sind. Wir müssen lernen, zwischen harten und weichen Drogen zu differenzieren. Wir müssen lernen, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, nämlich dass Jugendliche kriminalisiert werden, weil sie Cannabis rauchen. Das macht einfach keinen Sinn.

Insofern haben wir hier natürlich Bereiche, die gesellschaftspolitisch relevant sind und ich glaube, ich habe schon einmal an dieser Stelle gesagt und ich werde es immer wieder tun: Wenn Parteien in die Schulen eingeladen werden, wo sich Schülerinnen und Schüler aktiv mit dem Problem Sucht auseinandersetzen, es diskutieren wollen, kritische Fragen stellen und dann der FPÖler, der Abgeordnete, der Vertreter der FPÖ sich hinstellt und sagt: Alkohol ist keine Droge, Alkohol ist normal, dann muss ich Ihnen sagen, ist das verantwortungslos. Und da merken wir, wir müssen in der Gesellschaft über Suchtverhalten diskutieren. Wir müssen differenzieren und uns überlegen, was kann man präventiv machen und auch unterscheiden, was ist Suchtverhalten? Was können wir tun und was ist Genuss? Auch dieser Auseinandersetzung müssen Sie sich stellen.

Der mir auch sehr wichtige Bereich, an dem wir jetzt gemeinsam arbeiten und darauf freue ich mich, das ist die Delogierungsprävention auszuweiten, neue Wege in der Obdachlosenpolitik zu gehen wie mit dem Housing-First-Ansatz, wo man sagt, schaffen wir es doch, die Zahlen in den Notquartieren zu senken. Schaffen wir es doch, das Stufenmodell ein Stück weit wegzugeben mit den Übergangwohnheimen und dem betreuten und sozial betreuten Wohnheim bis zur Endwohnung. Das ist ein neues Konzept, wo ich sag', das hat Zukunft, herzugehen und zu sagen, die Leute, die Wohnungen brauchen, sollen leistbare Wohnungen bekommen. Wenn sie Unterstützung brauchen, dass sie dort überleben, kriegen sie eine ambulante Betreuung, kriegen sie Hausbesuche, kriegen sie Unterstützung. Das ist ein neuer Weg, den wir hier gemeinsam gehen wollen und darauf freue ich mich. Das halte ich für eine Herausforderung.

Dann ist noch ein Bereich wichtig, der oft auch vergessen wird. Wir haben zwar über Burn-out gesprochen, ein ernstzunehmendes Thema. Aber es gibt auch Burn-out-Problematik bei den Menschen, die im Sozial- und Gesundheitsbereich arbeiten. Das heißt, die Menschen im Sozial- und Gesundheitsbereich, die tagtäglich eine extrem wichtig wertschätzende Arbeit leisten, die sind damit konfrontiert, ja, dass die Problematik der Menschen, die Unterstützung brauchen, immer komplexer wird. Wir haben nicht nur da die Obdachlosen, dort die Drogenkranke, sondern wir haben Obdachlose, Drogenkranke, psychisch Kranke, das heißt, eine Mehrfachproblematik, das heißt, die sind damit konfrontiert, die

Menschen zu unterstützen. Die brauchen auch unsere Wertschätzung, dass sie tagtäglich enorm gute Arbeit leisten.

Und da komme ich gleich zu einem weiteren wichtigen Punkt. Dieser Leistungsträgergedanke der ÖVP, da habe ich immer das Gefühl, entweder Sie schauen zuviel Fernsehen oder zuviel Werbung. Sie verbinden damit immer so ein Jung, Kräftig, Dynamisch, Schön, Reich, Erfolgreich und Großverdiener. Das ist dieses Bild, das Sie da den Menschen transportieren, wo ich mich schon frag', wo Sie leben. Ich meine, ein Stück weit herzugehen und genauer hinzuschauen, was denn Leistung wert ist oder was sind Menschen wert, alleine auf Grund dessen, dass es sie gibt, und dann kreieren Sie so Werbeschickimickibilder, wo ich mir denke, das ist an den Problemen der Gesellschaft und an den Herausforderungen der Gesellschaft so was von vorbeigeschossen! Da bitte ich Sie, kommen Sie wieder ein Stück weit auf den Boden zurück! Schauen wir uns an, welche Lebenssituation die Menschen haben und machen wir hier das Bestmögliche. Dafür tragen wir die Verantwortung und dafür werden wir alle bezahlt!

Insofern schließe ich jetzt einmal mit einem Respekt, dass trotz der Wirtschaftskrise das Sozialbudget letztes Jahr nicht gekürzt worden ist, sondern leicht erhöht worden ist. Das Ziel zukünftig fürs nächste Jahr ist es, trotz der budgetären Herausforderung die Qualität der Hilfe für die Menschen in der Stadt nicht nur aufrechtzuerhalten, nicht nur den Menschen Unterstützung zu geben, die sie brauchen, sondern auch ein Stück weit Lebensqualität, die auch damit beginnt, dass der öffentliche Raum uns allen gehört. Und wenn wir draußen einen Obdachlosen sehen, ist das nicht ein Problem, sondern in erster Linie ein Mensch. Auch diese Diskussion müssen wir führen und insofern freue ich mich auf die Herausforderung. Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Seidl. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Seidl** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Ja, sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren hier im Plenum und auf der Galerie!

Ich möchte mit dem Zitat beginnen, mit dem die Frau Dr Pilz begonnen hat: „Die GRÜNEN regieren mit Leidenschaft.“ Ich bin der Meinung, das ist eine gefährliche Drohung für die Wiener Bevölkerung und ich hoffe, dass das alsbald ein Ende findet, denn *(Beifall bei der FPÖ.)* seitdem Rot und Grün am 25. November 2010 angelobt wurden, regieren in Wien die soziale Kälte und das Chaos. Neben der heillos überforderten StRin Mag Wehsely werkt nun auch die selbsternannte Gesundheitsexpertin, die Frau Dr Pilz, kräftig am Untergang der Sozialstadt. Als eine der ersten Großtaten dieser Verliererkoalition wurden die Wiener ja darüber informiert, dass nun einige Spitäler geschlossen werden. Herzliche Gratulation dazu! Zum Kaiserin-Elisabeth-Spital im 15. Bezirk war in einer Presseaussendung der Frau Stadträtin nachzulesen: Die Angebote werden bis Ende 2012 übersiedeln, Chirurgie und Nuklearmedizin in die Krankenanstalt Rudolfstiftung - da kommen wir nachher noch dazu - und

die Innere Medizin in das Donauespital. Es werden auch die Leistungen des SMZ-Sophienspital bis Ende 2016 in das Wilhelminenspital übersiedelt. Jeder, der die Rudolfstiftung heute kennt, weiß, dass diese Krankenanstalt unter Garantie an ihrer Leistungsgrenze angekommen ist. Die Krankenanstalt Rudolfstiftung war ja, glaube ich, vor drei Wochen, drei Wochen ist es her, in den Medien. Es hat in Wien geregnet. Das ist halt nun mal in unseren Breiten so, es regnet manchmal. Und was ist passiert in der Krankenanstalt Rudolfstiftung? Zwei Tage konnte dort kein Patient aufgenommen werden. Es war so, dass in der Rudolfstiftung zentimeterhoch das Wasser gestanden ist *(GRin Marianne Klicka: In meinem Keller auch!)* und Sie übersiedeln dorthin teilweise die Leistungen der Krankenanstalt Kaiserin-Elisabeth-Spital! Da wünsche ich Ihnen viel Spaß dabei.

Ja, es kursieren ja schon sehr, sehr lange Gerüchte, dass das Sophienspital, sprich, die Schließung des Sophienspitals damit zu tun hat, dass der frei werdende Grund dann sehr, sehr teuer verkauft werden kann. Ich bin mir fast ganz sicher, dass der Stadt Wien in der Schublade der Frau Stadträtin ein ja doch sehr lukratives Angebot bereits vorliegt. Es würde mich nicht wundern und es wäre natürlich interessant, das kennen zu lernen.

Vielleicht kommen wir noch einmal auf das Kaiserin-Elisabeth-Spital im 15. Bezirk zurück. Regelmäßig wurde ja von Seiten der Sozialdemokraten betont, dass das Kaiserin-Elisabeth-Spital nicht geschlossen wird und dem Bezirk als Gesundheitszentrum erhalten bleiben wird. Noch vor wenigen Monaten hat die zuständige Stadträtin in der Beantwortung einer von der FPÖ-Bezirksrätefraktion eingebrachten Anfrage festgestellt, dass an die Absiedelung des Spitals natürlich nicht gedacht wird. Das Spital hat sich als Fachzentrum für Schilddrüsenprobleme einen hervorragenden Namen gemacht und der OP-Bereich wurde in den letzten Jahren auf den neuesten Stand gebracht. Jetzt ist es so, die Sozialisten sperren das Spital zu. Ausgezeichnet. Diese Schließung ist natürlich nicht nur eine entscheidende Einbuße für den Bezirk, sondern selbstverständlich auch eine finanzplanerische Superleistung der Sozialisten. Herzlichen Dank. Interessant wird dann natürlich auch, wenn das Spital zugesperrt wird, was dann mit der sogenannten Bettina-Stiftung passiert, die ja unter Denkmalschutz steht, die ehemalige gynäkologische Abteilung. Was macht man damit? Das wird eine sehr interessante Geschichte werden.

Stattdessen baut die Stadt Wien seit Jahren das Phantomkrankenhaus Nord. Es steht zwar noch kein einziger Ziegel, aber es wird seit Jahren darüber gesprochen, dieses Krankenhaus wird gebaut. Sowohl die Termine für den Baubeginn als auch für die Eröffnung haben sich dann im Jahrestakt geändert. Im Dezember 2006 wurde die Eröffnung noch mit Ende 2012, Anfang 2013 projektiert. Wie gesagt, jetzt knapp Mitte 2011 steht noch kein einziger Ziegelstein. Ein Jahr später hat man das dann revidiert und gesagt, nein 2013, 2014 wird eröffnet.

Mittlerweile kann man einigen Aussendungen entnehmen, frühestens 2015, wahrscheinlich erst 2016 wird eröffnet und da dann nur ein Teilbetrieb. Da muss man

sagen: Die Planung - Gratulation SPÖ-Wien!

Aber natürlich auch zum größten Krankenhaus Österreichs, dem AKH, wäre eine Menge zu sagen. Alle Malversationen, die man in der letzten Zeit gerade in den Zeitungen gelesen hat, hier aufzuzählen, würde unter Garantie den Rahmen sprengen. Fast täglich liest man ja irgendeinen Skandal. Der Vergabeskandal, da geht es um 50 Millionen EUR, der beschäftigt ja mittlerweile die Staatsanwaltschaft. Auch die Tatsache der Personalsituation ist unglaublich und teilweise schon so prekär, dass auf der einen Seite diplomierte Pflegekräfte Putzdienste machen müssen und von den dringend benötigten 230 Fachärzten nur mehr 172 Nachtdienst verrichten und, und, und. Über das AKH könnte man unter Garantie stundenlang weiter referieren.

Kurz zusammengefasst, sehr geehrte Frau Stadträtin, ist das Spitalskonzept, das Sie uns hier vorgelegt haben, ein einziger Murks, der ausschließlich zu Lasten der Patienten und des Personals geht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die derzeit bestehende Qualität in Wien kann mit diesem Konzept unter Garantie nicht aufrechterhalten werden. Aber auch die Kosten dieser Reform sind ja nicht abschätzbar. Aus der Sicht der rot-grünen Stadtregierung besteht Effizienz anscheinend aus vermehrter Arbeitsbelastung und Demotivierung des Personals und Schließen ganzer Spitäler oder einiger Spitalseinrichtungen. Das ist das, was auf die Wiener Bevölkerung in den nächsten Jahren zukommen wird. Anders ist der derzeitige Zustand in den Krankenhäusern der Bundeshauptstadt kaum zu erklären. Die Inkompetenz des Spitalsmanagements im KAV muss endlich Konsequenzen haben! Maulkorberlässe, Rede- und Fotografierverbot sowie die massive Unterdrückung des Personals führten in letzter Zeit immer öfters zu Krankenständen. Derartige Widerlichkeiten führen selbstverständlich auch zu Burn-out und belasten die hart an der Grenze arbeitenden Ärzte und Pfleger so massiv, dass nach Insiderinformationen mittlerweile auch ein Personalstreik geplant ist. Das ist das, sehr geehrte Frau Stadträtin, das Sie zu verantworten haben.

Ganz zum Ende möchte ich Ihnen noch einige Dinge vorlesen, denn es heißt ja immer, die Stadt Wien spart nicht. Doch, doch, die Stadt Wien spart sehr wohl, allerdings am falschen Punkt. Minus 50, ich möchte Ihnen nur ganz kurz vorlesen auch nur Überschriften: Allgemeines Krankenhaus, Einsparungen: Minus 20 Prozent der AbteilungshelferInnenposten. Krankenanstalt Rudolfstiftung, das ist das Spital, wo man nicht hingehen kann, wenn es regnet: Einsparungen 1,2 Millionen im Personalbereich und 1 Million EUR im Sachbereich. Bereits erfolgte Einsparungen: Streichung von 2 Planposten. Krankenhaus Hietzing: Einsparungen 1,6 Millionen EUR, 600 000 EUR im Sachaufwand, 1 Million EUR im Personalaufwand. Sozialmedizinisches Zentrum Ost, also SMZ-Ost: Einsparungen 1 Million im Personalaufwand und 1 Million im Sachaufwand.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, Sie erwarten sicher von uns, dass wir diesem Rechnungsabschluss zustimmen. Ich glaube, es hat sich erübrigt. Wir werden diesem

Rechnungsabschluss auf Grund dieser Zahlen unter Garantie nicht zustimmen können. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und von zwei Personen auf der Besuchergalerie.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich die Herrschaften auf der Galerie sehr herzlich begrüßen und Ihnen mitteilen, es gibt noch Sitzplätze, also niemand muss stehen und Sie höflich darauf hinweisen, dass wir uns sehr, sehr freuen, dass Sie mit Enthusiasmus und offensichtlich auch mit Zustimmung den Reden folgen. Aber ich bitte Sie, nicht zu applaudieren und auch von anderen Kundgebungen Ihres persönlichen Interesses Abstand zu nehmen. Das ist hier im Hause nicht vorgesehen. Aber nehmen Sie Platz und verfolgen Sie gerne unsere Debatte.

Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Mayer. Ich erteile es ihm.

GR Dr Alois **Mayer** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Frau Stadträtin! Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, da es so wunderbar in die Gesundheit und Soziales passt, und ganz kurz auf den gestrigen Tag Bezug nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen über Gesundheit, wir sprechen über Arbeitszeit, wir sprechen über Effizienz und verhalten uns selbst total daneben. Das muss man einmal ganz, ganz deutlich sagen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben den Beruf verfehlt!)* Denn wenn, lieber Herr Jung, ich nehme an, auch Ihre Fraktion um 8 Uhr Vorbesprechung hat und danach wird bis 3 Uhr in der Früh gearbeitet, dann sind das mehr als 19 Stunden und das geht nicht! Das geht sich ganz einfach nicht aus! Bei den Arbeitnehmern sind wir dagegen, da machen wir Vorschriften und halten uns selbst nicht dran. Über die Effizienz der Sache möchte ich überhaupt nicht reden. *(GR Mag Dr Alfred Wansch: Darüber wollen Sie nicht reden! So ist das! – GR Mag Dietbert Kowarik: Sie haben wirklich den Beruf verfehlt!)* Also wenn es eine vernünftige Diskussion gewesen wäre, wäre ich gerne ja noch länger geblieben, obwohl ich schon einen Schlaf gehabt habe *(Aufregung bei der FPÖ.)*, aber es war teilweise zum Einschlafen, Herr Kollege, und dafür war mir eigentlich die Zeit zu schade. Und *(GR Mag Wolfgang Jung: Dafür werden Sie aber bezahlt! – GR Mag Dr Alfred Wansch: Viele waren ja eh nicht mehr da! – GR Kurt Wagner: Herr Wansch, setzen Sie sich nieder, wenn Sie was sagen! Geschäftsordnung! – Aufregung bei der FPÖ.)* Ja, schauen Sie, natürlich, auf das komme ich aber auch gleich zurück. Es ist eigentlich ziemlich logisch, dass bei 20, 19 Stunden die Bankreihen nicht gefüllt sind, weil wir ja da auf der einen Seite fachkundige - *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie werden aber dafür bezahlt, dass Sie da sind!)* Sie waren ja auch nicht immer da - Leute hätten, die Ihnen sagen können, was es auf der einen Seite für gesundheitliche Auswirkungen hat, wenn man 19 oder 20 Stunden sitzt. Auf der anderen Seite haben wir eine hervorragende Psychologin, die zuvor gerade gesprochen hat, die Ihnen sagen hätte

können, wie weit (*GR Mag Wolfgang Jung: Und Sie waren da? Die Bänke waren ja leer! – Aufregung bei GR Kurt Wagner.*) hier die Leistungsfähigkeit absinkt und vor allem auch ... weil wir schon bei den leeren Bänken sind: Internet überträgt, der ORF war Gott sei Dank dann nicht mehr da. Es macht auch kein besonderes Bild in der Bevölkerung, wenn niemand herinnen ist, weil er sich gerade die Füße vertritt. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Also Herr Jung, leben Sie doch nicht in der Phantasie! Ich mein', vorhin war alles bei euch leer! Wart's wahrscheinlich schlafen, hab't was zum Nachholen gehabt, weil jetzt vor einer halben Stunde war bei euch auch alles leer. Also machen wir uns selbst gegenseitig nichts vor. Es soll eigentlich ein Anstoß an die Präsidiale sein nachzudenken, dass auch wir hier irgendwie eine Arbeitszeit einhalten sollten, um effizient zu arbeiten und danach eine sogenannte Ruhezeit, wie es auch die Gewerkschaft überall verlangt. Aber bitte, ich möchte Ihnen nicht die Show von gestern mies machen. Sie war nicht besonders, aber gut, es war halt wieder einmal ein von Ihrer Warte aus wahrscheinlich gesehen gelungener Auftritt, von meiner Warte aus gesehen nicht. (*GR Armin Blind: Verlängerte Sitzung!*) Wenn ... (*GR Armin Blind: Jetzt zum Thema!*) Ich bin beim Thema Gesundheit. Ich bin beim Thema Gesundheit. (*GR Armin Blind: Beim Thema Arbeitszeit von Mandataren!*) Nein, ich bin beim Thema Gesundheit. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Also Sie können mit Ihrer Gesundheit ja umgehen, wie Sie wollen, nur verlangen Sie es von den anderen nicht. Gut.

Ja, um ganz kurz einzugehen, also die einzige Sache, die hier irgendwo zum Thema war, war das Sophienspital und das Elisabethspital. Ich glaube, das haben wir aber lang genug hier schon diskutiert. Ich möchte nur ganz kurz darauf eingehen und der Richtigkeit halber sagen: Das Kompetenzzentrum, natürlich, also bei Struma war und ist teilweise noch immer im Elisabethspital. Allerdings, vor vielen, vielen Jahren wurde ein wesentlicher Teil mit Prof Roko bereits in der Rudolfstiftung angesiedelt. Und wenn Sie selbst teilweise gesagt haben, dass manche bauliche Maßnahmen vernünftigerweise dort nicht zu machen sind und die Größe zu wünschen übrig lässt, dass auch zum Beispiel noch immer Frischoperierte über den Hof transportiert werden müssen, ist das nicht zeitgemäß. Ich glaube, man sollte sich dann, wenn man was kritisiert, wesentliche Dinge holen, die Hand und Fuß haben, aber nicht Dinge, die im Gegenteil im Sinne der Wiener Bevölkerung schon viel früher gemacht hätten werden müssen.

Und da sind wir jetzt beim Hauptthema: Ich glaube, große Herausforderungen liegen vor uns. Wie eine wirkungsvolle Organisation des Gesundheitswesens in Zukunft aussehen wird, ist zweifellos eine spannende Aufgabe, die in der Zukunft zu bewältigen ist. Also wir haben diese Aufgabe angenommen und fordern natürlich auch Sie auf mitzumachen, denn es geht um die Wiener Bevölkerung, es geht um die Zukunft des Wiener Spitalswesens. Und trotz der wachsenden Anforderung gilt, dass die Qualitätsstandards bewahrt werden müssen und dass das Altern in Würde, um das auf zwei Nenner zu bringen, gewährleistet sein muss.

Ich glaube, daher gibt es eine große Bedeutung für das Spitalskonzept, das hier beschlossen wurde, und für das Geriatriekonzept. Es wurde durch ein großes und gewaltiges Bauprogramm begleitet mit einem Volumen von 1,8 Milliarden EUR und wird eine zeitgemäße Versorgung der Wienerinnen und Wiener gewährleisten. Nebenbei war auch die volkswirtschaftliche Situation so, dass es gut war, dass wir den Beginn der Maßnahmen genau jetzt zu diesem Zeitpunkt getroffen haben. In wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeiten konnte Wien durch diese Investitionen wichtige Impulse setzen und Arbeitsplätze sichern. Um uns das Ganze kurz in Erinnerung zu rufen, wovon wir reden: Wir reden von 12 Spitälern, 13 Geriatriezentren und Pflegewohnhäusern mit insgesamt 8 836 Akutbetten und 3 976 Pflegebetten, beschäftigt sind 29 000 MitarbeiterInnen.

Ich glaube, weil das Krankenhaus Nord heute schon angesprochen wurde, dass es eine zukunftsweisende Maßnahme ist, genau an diesem Standort dieses Krankenhaus zu bauen, wo eben ein bevölkerungsreicher Bezirk ist. Das AKH unterhält sich recht gut da hinten. Der Herr Professor hat wahrscheinlich gerade an die „Goldene Meile“ gedacht. Es ist eigentlich das Kernstück der Spitalsreform, das bis 2015 in den Teilbetrieb gehen soll. Drei Spitäler und weitere Abteilungen aus ganz Wien übersiedeln in dieses moderne Krankenhaus. Es wird dort eine Nachhaltigkeit geboten werden. Eine Effizienzsteigerung der Spitzenmedizin ist gesichert und die Basis ist im Frühjahr 2015 abgeschlossen. Mit Option auf das Grundstück konnte mit 2010 die Liegenschaft erworben und sichergestellt werden, dass wir diesen Bau durchführen können.

Es ist natürlich auch in anderen Häusern etwas passiert, wie zum Beispiel im Krankenhaus KFJ im 10. Bezirk, wo es einen Umbau der Mutter und Kind Abteilung gab mit einem OP-Zentrum und ein interventionelles radiologisches Zentrum wurde geschaffen. Vor allem ist im 10. Bezirk auch noch die neue Krankenpflegeschule geschaffen worden, um die Menschen auszubilden, die wir hier in unserer Stadt dringend notwendig haben, nämlich die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger. Es wurde dort ein erster Schritt zu einer Konzentration der Ausbildung gesetzt und es wird bis 2013 eine weitere Bündelung folgen. Die Projektkosten des Schulneubaus sind mit 18,9 Millionen zu Buche geschlagen. Diese Schule bietet 600 SchülerInnen ein modernes Umfeld. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig. Eine hochqualifizierte Ausbildung in einer Branche, die zukunftsweisend ist, die Arbeitsplatzsicherheit hat und die Wien wirklich dringend braucht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um unseren Standort aufrechterhalten zu können.

Die Rudolfstiftung hat eine neue Intensivstation bekommen. Ich versichere Ihnen, trotz Hochwassers ist es ein hervorragendes Spital. Ich denke, die Qualität eines Spitals oder eines Systems an einem wirklich extremen Regenfall, wo ganz einfach Wasser aus den Kanälen austritt, aufzuhängen, ist eigentlich recht billig. Hier die Verantwortung dem Spitalsbetreiber in die Schuhe zu schieben, ist nicht wirklich nachvollziehbar.

Das Krankenhaus Hietzing hat einen neuen OP in

der I. Chirurgie bekommen. Das Brustgesundheitszentrum ist ausgebaut worden. Die kardiologische Abteilung ist hier mit der minimal invasiven Methode bei undichten Metralklappen Vorreiter und die Spezialisierung des Hauses schreitet fort. An dieser Stelle würde ich alle Kolleginnen und Kollegen bitten, die immer wieder in Meldungen versuchen, die dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Bevölkerung zu verunsichern, damit aufzuhören, dass das Krankenhaus Hietzing veräußert und abgebaut wird, die Arbeitsplätze gefährdet sind und die Patientenversorgung halt dann quasi über der Donau stattfindet. Stimmt nicht, im Gegenteil, die Spezialisierung in Wien wird fortschreiten. Es wird jedes Krankenhaus auf Grund der jetzigen Möglichkeiten Spezialisierungen vorantreiben. Es wird die absolut beste Betreuung und Versorgung unserer Wiener Bevölkerung dadurch gewährleistet sein.

Das AKH mit dem Neubau des Kinder-OP und einer Palliativstation und einer Erweiterung der Unfallambulanz wäre ebenfalls zu erwähnen. Wenn der Kollege vorhin von einem Delikt oder vermeintlichen Delikt gesprochen hat, das wird der Staatsanwalt feststellen und der Richter, dann ist das genau so, wie es sich gehört, nämlich beim Staatsanwalt angesiedelt. Ich glaube, der wird seine Arbeit gut machen. Das Gericht wird ebenfalls seine Arbeit gut machen. Anzumerken ist, dass es sich bei den Beschuldigten weder um ehemalige noch um im Amt befindliche Politiker handelt und dass das nicht überall so ist.

Die Ökonomie wurde ebenfalls ins Auge gefasst und zwar bereits 2005 mit Fachkommissionen in der Onkologie, wo es deutliche Verbesserungen der onkologischen Versorgung gab. Die Beruhigung der Kostenexplosion wurde bei Arzneimitteln und Behandlungen vorangetrieben. Das Gleiche wurde bei der Fachkommission Gynäkologie und Geburtshilfe, interventionelle Kardiologie und Orthopädie, Augenheilkunde sowie Labordiagnostik ebenfalls gemacht. In anderen Fächern wird hier ebenfalls harmonisiert. Behandlungsstrategien und Beschaffungsprozesse werden gestrafft. Ich glaube, auch die Apothekereinkaufsgremien sind auf dem rechten Weg und haben bereits 39 Millionen EUR eingespart.

Da möchte ich ganz kurz auf die Aussage eingehen, nicht auf die Zahlen in dem Sinn, wie viel gekürzt oder eingespart wurde. Im Gesamten kann ich dazu nichts sagen, da müsste ich mir die genauen Unterlagen besorgen. Aber ich kann es zum Beispiel auf das Krankenhaus Hietzing reduzieren, das durch eine Veränderung in der Beschaffung und in der Dienstzeit, zum Beispiel in der Augenabteilung, die zu einer Wochenklinik wurde und wo den ganzen Tag operiert wird beziehungsweise behandelt wird, wesentlich mehr PatientInnen in einer enorm kurzen Zeit drankommen, zur Zufriedenheit behandelt werden und das Ganze sogar noch günstiger und billiger ist, weil Personaleinsparung nicht heißt, dass es weniger Personal gibt, sondern dass es weniger Nachtdienste und weniger Wochenenddienste gibt, nämlich gar keine, weil die Wochenklinik nur bis Freitag arbeitet, dort dafür allerdings täglich von in der Früh bis am Abend. Ich glaube, die Optimierung macht es möglich,

dass wir einiges einsparen können und hier doch eine beste Leistung für die Wienerinnen und Wiener bringen können.

Die Geriatrie wurde schon mehrmals angesprochen. Bleiben wir jetzt in Hietzing beim Geriatriezentrum GZW Wienerwald. Mit der Absiedelung der Pavillons werden quasi vor Ort, also in der Nähe des Wohnortes der Personen, die das in Anspruch nehmen, neue moderne Zentren errichtet, wo sie in bester Pflege in der Nähe ihrer Anverwandten wohnen können und bestens betreut werden.

In diesem Fall möchte ich natürlich auch noch die „Häuser zum Leben“ erwähnen, die jetzt ihr 50-Jahr-Jubiläum gefeiert haben, viele waren ja dabei. Da wurde das Angebot mit den politischen und gesetzlichen Vorgaben abgestimmt, also eine absolute Ergänzung mit den Häusern der Stadt Wien herbeigeführt und im Bereich Bilanzmanagement Hervorragendes geleistet. Die Zahlen sprechen für sich.

Ich möchte natürlich auch noch meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Institutionen, das heißt, der „Häuser zum Leben“, der Geriatriezentren, der Spitäler zum Ausdruck bringen und natürlich auch der Patientenanwaltschaft, die Hervorragendes leistet, wenn etwas zu korrigieren beziehungsweise ins richtige Licht zu richten ist.

Lassen Sie mich mit einem wahrscheinlich auch von Ihnen gelesenen Artikel vom 23. Juni in der „Kronen Zeitung“ enden: „Banküberfall für Arzttermin im heiligen Amerika. 59-Jähriger hat Schmerzen, allerdings keine Versicherung. Er raubt in der Bank einen Dollar und lässt sich festnehmen. Er wartet auf dem Sessel, bis die Polizei kommt, weil er weiß, im Gefängnis kriegt er eine Behandlung.“ Ich weiß zwar nicht mehr, welcher Vorsitzender das von der Freiheitlichen Partei war, der gesagt hat „Wien darf nicht Chicago werden“. Ich habe den Namen verdrängt. Ich wandle das ein bisschen ab. Die medizinische Versorgung darf auch nicht in diese Richtung gehen, sondern wir sind auf dem richtigen Weg. Und ich glaube, es ist der Weg, den sich die Wiener Bevölkerung wünscht und den wir ihr schuldig sind. Wir werden ihnen auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen und die notwendige Versorgung bieten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Frigo. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Heute war schon viel von Gesundheit die Rede, auch auf der Marathonsitzung gestern. Ich muss aber dazusagen, dass ich am Vortag auch um halb vier schlafen gegangen bin, weil ich eine OP hatte. Ich bin das gewohnt. Und ich bin auch gewohnt, dass man im Beruf, wo etwas weitergeht, leider mehr arbeiten muss. Ungesund ist das Ganze natürlich, wenn man es täglich macht, so wie es zum Beispiel die Hebammen in ihren Schichtdiensten haben und so weiter. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Übrigen nehmen wir Freiheitlichen unsere Arbeit

sehr ernst. Wir können ja ein Budget oder einen Jahresabschluss mit vielen Milliarden nicht einfach durchwinken. Das ist unmöglich, das schulden wir dem Bürger und da müssen wir uns die Zeit einfach nehmen. Das muss ich auch so sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Stichwort ungesund ist aber auch noch zu sagen, dass nicht nur 19 Stunden Arbeit, sondern auch ein Arbeitsplatz von 2 m², den ich hier im Rathaus habe, an sich auch nicht den arbeitsmedizinischen Richtlinien entspricht. Dementsprechend will ich das hier auch noch einmal deponieren, dass das eigentlich eine Ungeheuerlichkeit ist, dass wir nach wie vor diese Arbeitsmöglichkeiten hier im Rathaus und ich persönlich auch nicht habe. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Schönfärberei im Gesundheitssystem, vor allem, was jetzt die personelle Geschichte angeht, glaubt man ja mir als freiheitlichen Politiker wahrscheinlich nicht. Es ist ja alles wunderbar. Aber siehe da, ich bekomme hier an mich persönlich adressiert und auch andere Gemeinderäte einen Brief der Personalvertretung Hauptgruppe II – ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen, kennen Sie diesen Brief? –, wo steht: „Gesundheitsberufe. Die Grenze ist erreicht. Wir sind im Burn-out“. Und ich darf nur zitieren, was da jetzt so drinnen steht: „Daher bitten wir Sie, Herr Gemeinderat, Sie sollen sich einsetzen, dass es um qualifiziertes Personal geht, dass man das Personal sichert. Sie sorgen dafür, dass der hohe Standard des österreichischen Gesundheitssystems erhalten bleibt. Investieren Sie in die Personalentwicklung und bekennen Sie sich öffentlich zur Gesundheit als soziale Aufgabe und legen Sie das geplante Personalkonzept“ – nicht Spitalskonzept, sondern Personalkonzept 2030 – „für den Wiener Krankenanstaltenverbund in allen seinen Detailpunkten offen.“ Da tu' ich mir schwer, weil den kenne ich nicht. Aber ich werde versuchen, mich dem Wunsch der Gesundheitsberufe in diesem Fall anzunehmen.

Zum Thema Burn-out, was die Kollegin Ramskogler hier alles angedeutet hat, das hab' ich nicht verstanden. Sie hat nur etwas von Outen geredet. Das Burn-out ist eine ernstzunehmende Erkrankung in vier beziehungsweise nach amerikanischem System sogar in sechs Stadien. Dieses Burn-out zeigt sich ja hier in diesem Brief genauso. Hier geht es natürlich auch darum, was machen wir jetzt. Jetzt nehmen wir den Brief und sagen, ja schön, aber wie schaut es jetzt wirklich mit einer betrieblichen Gesundheitsförderung aus? Wie schaut es wirklich mit altersgerechtem Arbeiten aus und welche Vorkehrungen können wir wirklich gegen das Burn-out treffen?

Burn-out ist im Prinzip laut der Definition nichts anderes, als dass man sich etwas vornimmt, ein Ziel setzt, das man dann nicht erreichen kann, weil das Ziel zu hoch gesetzt ist beziehungsweise der Druck zu hoch wird und man dementsprechend dann in verschiedene Stadien über die Depression bis zur Selbstmordgefährdung und so weiter kommt. Dieses Burn-out, diesen Druck, den muss man den Menschen in irgendeiner Form zu nehmen versuchen. Das kann man, indem man sie einmal nicht mit Spitaler Zusperrern verunsichert, weil

das Spitalskonzept 2030 ja nichts anderes heißt, als dass man eben hier mit je weniger Spitäler desto weniger Kosten rechnet. Diese Maxime funktioniert aber nur, wenn man über Leichen geht. Denn etwas vergessen Sie, meine Damen und Herren: Sie vergessen, dass das Spital auch Einnahmen hat. Dass gerade im KAV durchaus die Anzahl – und hier wird die „Goldene Meile“ angesprochen, das bewegt mich natürlich. Was ist die „Goldene Meile“? Ich weiß nicht, ob das jeder weiß. Es gibt rund um das AKH Privatspitäler. Das ist historisch gewachsen, weil in ursprünglich Vier-Sechs-Bett-Zimmern nicht jeder Patient halt liegen wollte. Deswegen hat es ... *(Zwischenruf von GRin Nurten Yilmaz.)* Ja, ich verstehe es. Ich glaube nur, dass man über diesen Klassenkampf hinaus, dass ein Arzt halt in seiner Freizeit oder wenn er es in der Dienstzeit macht, dann muss er sich selbstverständlich stundenweise frei nehmen, auf das wird sehr geachtet – bei einer Geburt muss ich natürlich akut hin, muss mir aber auch einen halben Urlaubstag oder einen ganzen nehmen, so ist es nicht. Aber ich möchte auf das schon eingehen, dass das Thema Privatmedizin jetzt nicht Staatsfeind Nummer 1 ist, sondern dass es dem KAV durchaus Einnahmen bringt, die, glaube ich, jetzt bei einem Anteil von 5 Prozent an Privatpatienten sehr niedrig sind. Aber wenn sich das Bettenniveau auf 2 Betten pro Zimmer reduziert und das Ganze eben eigentlich modern und zeitgerecht wird und der Anteil an Privatpatienten über 15 Prozent geht, dann sind wir in den schwarzen Zahlen, meine Damen und Herren. Dann brauchen wir nicht einsparen, dann haben wir unser Geld. *(GR Kurt Wagner: Da brauchen Sie aber zuerst 15 Prozent PrivatpatientInnen, die sich eine Privatversicherung leisten können!)* Wir in meiner Abteilung, wir haben zum Beispiel beim Prof Dr Huber 15 Prozent Anteil. *(GR Kurt Wagner: Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was eine Versicherung kostet im Monat!)* Ja natürlich gibt es einen sozialen Aspekt, das verstehe ich auch, den will ich auch nicht bestreiten. *(GR Kurt Wagner: Eben!)* Aber es gibt eben auch Menschen, die Geld haben und auch bereit sind, es ins Gesundheitssystem reinzupumpen. Ich glaube, ich sehe jetzt hier keinen Anlass, das zu unterbinden, sondern ich würde das eher fördern. Aber das ist meine Meinung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich will Sie jetzt nicht mehr langweilen. Ich zeige auch die Annonce „80 Millionen Werbebudget“ her. Ich glaube, wir sind uns alle d'accord, dass wir das überdenken. Dementsprechend möchte ich Sie mit dem gar nicht mehr langweilen.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich noch eine soziale Forderung anbringen, nämlich die Förderung der Familie anstatt junge Mütter im Spital abzukassieren. Ich glaube, Sie haben alle diesen Artikel gelesen, und es war mir auch nicht bewusst, dass tatsächlich, wenn jemand Drillinge im Spital entbindet, die Frau, die Mutter und die drei Neugeborenen, also jeder diesen Spitalsbeitrag zahlen muss. Wenn jetzt das Kind erkrankt und längere Zeit auf der Kinderklinik liegt und die Mutter dann selbstverständlich noch mit den anderen zwei im Spital bleibt, dann kriegt sie eine Mörderrechnung. Das kann es nicht sein.

Ich glaube, dass das finanziell nur eine Belastung ist und nicht im Ernst unser Budget retten kann. Das heißt, unsere Forderung wäre, dass wir sozial sind und dieses Taggeld für Neugeborene und kranke Kinder streichen, weil nur das ist sozial und gerecht (*Beifall bei der FPÖ.*), sodass ich einen Beschlussantrag gemeinsam erarbeitet habe, wo der Gemeinderat sich für die Abschaffung des Spitalskostenbeitrages für Neugeborene und Kinder ausspricht. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Ich erteile es ihm.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geschätzte Frau Vorsitzende! Werte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Die Frau Kollegin Ramskogler hat heute schon erwähnt, der Geschäftsbereich Gesundheit umfasst auch die Drogenpolitik, ist sehr wichtig, hat über die Sucht- und Drogenkoordination auch viel erzählt und nur das Gute berichtet und Ihre Sicht von der SPÖ dargestellt.

Ich werde jetzt unsere Sicht auch darstellen. Vorher möchte ich aber noch auf die Kollegin Hebein eingehen. Der FPÖler in der Schule im 22. Bezirk, der ja den Alkohol so befürwortet hat und nicht als Droge angesehen hat, war ich. Die Diskussion dort war im Vorgespräch, zur Klarstellung noch gesagt, auf illegale Drogen - Alkohol ist keine illegale Droge - und war eigentlich auf illegale Drogen diese Diskussion ab ... (*GR Kurt Wagner: Alkohol ist keine illegale Droge! – Aufregung bei GRin Birgit Hebein.*) Das hab' ich ja gesagt, das hab' ich ja gesagt. Die Diskussion war auf illegale Drogen abgesehen und Sie waren auf ... (*Weitere Aufregung bei den GRÜNEN und GR Kurt Wagner.*) In der Vorbesprechung, Sie sind ja viel später gekommen. Was wollen Sie mir jetzt erklären? Aber zu Ihrem Verständnis überhaupt, zum Alkohol: Wenn im Museumsquartier der Konsum von Alkohol verboten wird, dann sind Sie die Ersten, die zu einer Demonstration aufrufen. Faktum, ist so. Sie verbieten Zigarettenautomaten oder möchten, dass Zigarettenautomaten abgeschafft werden und befürworten die Freigabe von Cannabis. Jetzt haben wir den bösen Alkohol, der die Menschen zuhauf dahinrafft, wenn er missbräuchlich verwendet wird. Und dann wollen Sie noch, dann fordern Sie im selben Atemzug, dass eine weitere Substanz legalisiert wird, die bei missbräuchlicher Verwendung auch genauso gesundheitsschädlich ist! Also wo ist da Ihre Glaubwürdigkeit, wenn Sie über das Thema sprechen? Das muss ich Ihnen jetzt ganz ehrlich sagen und vorhalten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber ich möchte auf das Thema eingehen, nämlich auf die illegalen Drogen, und da hat Wien sicherlich ein massives Problem. Es ist leider so, man muss dem Thema sehr viel Aufmerksamkeit schenken, weil ich glaube, man sieht da nur über diese Zahlen und Fakten die Spitze des Eisberges. Ich glaube, dass in der Gesellschaft der Konsum illegaler Drogen wie ein Schwelbrand nicht gleich sichtbar war, aber doch sehr weit verbreitet ist. Und da gilt es eben auch für die Stadt Wien, Maßnahmen zu setzen.

Einen kurzen Überblick, es hätte ja den Sicherheitsbericht über die Drogenkriminalität 2010 gegeben. Darin

steht Folgendes, dass nämlich Wien das im Bundesländervergleich am stärksten betroffene Bundesland ist. Von Suchtmittelkriminalität auf der einen Seite leben ja die meisten Menschen. Aber auf der anderen Seite ist Wien auf Grund der geographischen Lage Drehscheibe des internationalen Drogenschmuggels, kurz gesagt, „Balkanroute“ als Schlagwort beziehungsweise der Flughafen Wien Schwechat sind hier wesentliche Punkte, warum es bei uns so zugeht.

Aber auch ein wesentlicher Punkt ist, warum Wien in punkto Drogenkriminalität bei diesen Organisationen so beliebt ist, ist, weil Wien auf Grund Ihrer Liebe zur Zuwanderung die Voraussetzungen schafft, dass hier Menschen und Organisationen (*Aufregung bei GRin Birgit Hebein.*) - ich werde es Ihnen gleich sagen - Fuß fassen und Platz greifen, die nichts anderes im Sinn haben als Drogenhandel. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wir sind nur erstaunt über die Erkenntnisse von Ihnen!*) Ach so? (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wo haben Sie das her?*) Ja, das sag' ich dir gleich, woher ich die hab'. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wir sind nicht per du!*) In diesem Jahresbericht über die Suchtmittelkriminalität steht nämlich drinnen, dass der international agierende Drogenhandel fest in ausländischen, kriminellen Gruppierungen zu finden ist, deren Kommandozentralen sich hauptsächlich in Wien befinden. Weiters steht drinnen: „So kommt es, dass das Agieren von westafrikanisch, türkisch, serbisch und albanisch Stämmigen, aber auch seit Kurzem mazedonischen und bulgarischen Tätergruppen Wien zum größten und stabilsten Drogenmarkt machen.“ (*GR Mag Rüdiger Maresch: Da haben Sie Spitzenkontakte!*) Ja, lest mal alles nach. Und wenn man sich anschaut, wie viele Gruppierungen hier tätig sind, die alle sehr, sehr gut davon leben, die alle sehr viel Gewinn machen, dann muss man auch dem gegenüber sehen, wie viel Abnehmer und Konsumenten da gegenüber stehen, weil sonst würden sich die ja nicht so gerne bei uns hier aufhalten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt hat Wien mit dem Wiener Drogenkonzept aus dem Jahr 1999 Maßnahmen ergriffen oder versucht, Maßnahmen zu ergreifen, dass man das eindämmt. Wenn man sich die Zahlen anschaut, dann muss man bemerken, dass sie stetig im Steigen begriffen sind, dass sowohl die Aufgriffe von Suchtmitteln, die Anzeigen wegen Drogenmissbrauchs und nicht nur wegen Cannabis ... (*Aufregung bei GRin Birgit Hebein.*) Sie erzählen immer, Frau Hebein, wie wenn jeder Jointraucher im Häfen sitzen tät. Das ist es ja nicht. So und jetzt geht es ja wirklich um Substanzen, die nach internationalen Richtlinien verboten sind: Heroin, Kokain, synthetische Drogen und Ähnliches. Und wenn Sie sich jetzt die Maßnahmen der Sucht- und Drogenkoordination anschauen, dann ist das etwas, dass man immer erst auf das reagiert, was bereits eingetreten ist. Man versucht dann, diese kranken Personen - und ich sag' wirklich, da bin ich auch dabei, weil sie einmal wirklich so von dieser Sucht eingenommen sind, weil sie so von diesen Substanzen abhängig sind, dann sind sie für mich Kranke. Dann muss ich auch sagen, ich bin dagegen, dass sie bestraft werden, sondern dann gehören sie therapiert.

(GR Kurt Wagner: Das ist schon einmal gut!) Was ich aber dabei schon bemerken möchte, ist, dass ich die Ersteinsteiger und die Probierer mit Strafe, wie die auch immer ausschaut, belasten muss, weil nur dann kapieren sie, dass das falsch ist, was sie tun.

Und wenn ich jetzt wieder auf diese Schule zurückkomme: Wie Sie gesagt haben: Wir sind für Freigabe von Cannabis und von Heroin auf Krankenschein ... (GRin Birgit Hebein: Das stimmt ja nicht!) Das haben Sie gesagt, der Herr Dworak wird es bestätigen und hat sogar einen Pressedienst gemacht. (Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung. – GRin Birgit Hebein: Aber das stimmt ja nicht!) Das haben Sie gesagt. Es ist dort Jubel ausgebrochen! Also das Verständnis nur durch Zureden (Zwischenruf von GRin Birgit Hebein.) ist zu wenig und somit ... Was? (GRin Birgit Hebein: Ja, aber die Jugendlichen! Die Jugendlichen!) Die Jugendlichen haben das dort bejubelt und beklatscht und wenn Sie es nicht glauben ... (Weitere Aufregung bei GRin Birgit Hebein.) Leider ist der Herr Vettermann nicht da, der war ja auch vor Ort. Er wird es auch bestätigen können und er hat dann sogar eingegriffen und hat gesagt: Na hallo, so ist es nicht, weil die gesagt haben, und kann man das dann im Coffeeshop kaufen und alles ist super und, und, und. Also da sieht man, dass das Bewusstsein bei den Jugendlichen überhaupt nicht gegeben ist und da muss man Maßnahmen ergreifen (Beifall bei der FPÖ.), dass sie diese Einsicht erhalten und bekommen. Da ist die Sucht- und Drogenkoordination aufgerufen, sich hier weiterzuentwickeln. (Aufregung bei GRin Birgit Hebein.) Ich weiß auch nicht die Lösung und es wird niemand die Lösung dafür wissen, aber wir müssen alles versuchen.

Und ich glaube, dass ein wesentlicher Punkt dabei ist, dass man die Eltern von Kindern sehr frühzeitig davor warnt. Aber nicht, dass man ihnen eine Broschüre in einem Paket in die Hand drückt, die sie lesen müssen, sondern man muss sie aktiv darauf hinführen, dass es mit ziemlicher Sicherheit eintreten kann, dass die Kinder nämlich von Organisationen, die nichts anderes vor haben, als daraus einen Gewinn zu machen, mit Substanzen in Kontakt gebracht werden und dass das eintreten kann. Diese Gutgläubigkeit, diese Blauäugigkeit von Eltern, die sagen, ja, mein Kind macht das nicht, das ist gut erzogen, das hat ein gutes soziales Umfeld - überhaupt nicht, weil Sie haben es heute oder gestern schon gesagt: In jeder sozialen Schicht findet sich das. Und je mehr Geld zur Verfügung steht, umso eher ist auch der Hang dafür da, dass man es probiert.

Da gehört massiv eingegriffen, und ich bin davon überzeugt, wenn alle zusammenarbeiten und nicht nur immer irgendwas selber überlegt und dann uns vorgelegt wird, geht das. Warum machen Sie nicht Arbeitskreise, wo auch die Opposition dabei sein kann und wo man die Ideen und Vorschläge einbringt? Dann bringt man vielleicht etwas weiter und dann brauchen wir es nicht zu kritisieren. Denn wenn die Frau Ramskogler sagt, wie super alles ist, warum kommt es dann vor – das ist natürlich nur ein Teil –, dass eine schwangere Frau so süchtig wird, dass sie in der U6 herumkugelt und von der Polizei und von Sozialarbeitern versorgt werden muss.

Da gehört angesetzt. (GRin Mag Sonja Ramskogler: Soll man solchen Frauen nicht helfen?) Das ist schon richtig, aber es genügt nicht, sich darauf auszuruhen, dass man nur sagt: Wir haben eh die Einrichtungen, das passt, wir haben alles erledigt. Die Prävention muss absolut vorrangig sein und die muss sehr frühzeitig anfangen. (GR Kurt Wagner: Das steht alles im Drogenkonzept drinnen!) Ja, aber es greift offenbar nicht. Nur weil es im Drogenkonzept drinnensteht, muss es ja noch lange nicht wirksam sein. (Beifall bei der FPÖ. – GR Kurt Wagner: Da hat Ihr Herr Kowarik auch mitgestimmt!)

Jetzt kommt der Prof Musalek vom Anton-Proksch-Institut drauf, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund illegale Drogen konsumieren. Das bedeutet – und das ist jetzt eine Forderung –, man müsste bei der Therapie den kulturellen Hintergrund stärker berücksichtigen. (GRin Anica Matzka-Dojder: Na geh!)

Weiters kommt er darauf, dass sich bei den Anzeigen zeigt, dass junge Erwachsene mit Migrationshintergrund überrepräsentiert sind. Also was macht man jetzt? Jetzt fordern Sie und fördern Sie die Zuwanderung mit voller Begeisterung. Das freut einmal die einen, die das da verkaufen (GRin Mag Sonja Ramskogler: Jetzt sind Sie wieder beim Thema!), die sich hier wohlfühlen in Wien, und dann sind auch noch die betroffenen, die einen anderen Kulturkreis haben, und die müssen wir jetzt auch separat betreuen. (GRin Mag Sonja Ramskogler: Jetzt sind Sie wieder beim Thema! – GRin Anica Matzka-Dojder: Das ist es, was Sie eigentlich sagen wollen!) Hier müssen wir eine eindeutige Vorgangsweise haben, denn ich kann nicht die Vielfalt beim Herkommen, die Vielfalt beim Betreuen und die Vielfalt beim Verabschieden fordern. Das kostet nur unnötig viel Geld. (Beifall bei der FPÖ. – Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Und weil gerade Sie, Frau Ramskogler, den Karlsplatz so positiv erwähnt haben: Also der Karlsplatz hat eine eigene Geschichte in Bezug auf Drogenumschlagplatz. Eigentlich ist er ja gar kein Umschlagplatz, sondern es sind ja das Rezeptpflichtgesetz und der Alkohol dort in Verbindung zu bringen. Es gab sogar für die Exekutive eine Einschreitungsuntersagung, als der Spritzenbus dort gestanden ist. So nach waidmännischen Grundsätzen: Erlege das Wild nicht an der Futterkrippe! Da hat die Polizei dort gar nichts machen dürfen, weil Gott sei Dank die, die dort hinkommen, mit Maßnahmen betreut werden, etwa Spritzentausch. Das ist ja gut gewesen.

Jetzt, Jahre später – niemand kann daran gehindert werden, klüger zu werden –, braucht man die Polizei. Und nicht die Maßnahmen der Sucht- und Drogenkoordination sind dafür verantwortlich, dass der Karlsplatz jetzt relativ drogenfrei ist oder frei von Personen, die suchtgiftabhängig sind (GRin Anica Matzka-Dojder: Ah, Sie wissen das!), sondern die Polizei. Wissen Sie, wie viele Einsatzstunden pro Mann dort notwendig sind? Rund um die Uhr werden dort Patrouillen im Kreis geschickt, die rein nach einfachgesetzlichen Vorschriften die Leute dort wegbringen, damit Sie dann sagen können, wir haben es geschafft mit unseren Maßnahmen, dass der Karlsplatz so sauber ist. (GRin Mag Sonja Ramskogler: Das ist doch klar!) Das stimmt schlichtweg

nicht, das ist falsch! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was in diesem Zusammenhang auch verschwiegen wird – da sind wir wieder bei denen, die zu uns kommen, weil es in Wien so schön ist: Osteuropäische Menschen *(GRin Mag Sonja Ramskogler: Jetzt sind Sie wieder beim Thema, das Ihnen am besten gefällt!)*, die nach Wien kommen, sind zu einem überwiegenden Teil suchtmittelabhängig. *(GRin Mag Sonja Ramskogler: Was haben Sie sich vorgestellt? Dass wir die vorher untersuchen? Was für einen Zugang haben Sie?)* Das ist ja unglaublich. Dann schauen Sie sich die Statistiken an! *(Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Rüdiger Maresch: Was ist mit der Eigenverantwortung?)* Schauen Sie sich die Statistiken an!

Das ist mit ein Grund, warum der Karlsplatz durch die Exekutive befreit wird. Dort war die überschaubare heimische Suchtgiftszene aufhältig, aber nach den Grenzöffnungen sind osteuropäische Suchtmittelabhängige gekommen und haben denen das Gift weggenommen. Und um diesen Konflikten vorzubeugen, macht man gleich den ganzen Karlsplatz frei, dann hat man nämlich die auch weg. Hätte man nur die zugewanderten oder hergekommenen Personen weggeschafft, hätte man ja zugegeben, dass man da ein Problem hat. Darum verscheucht man alle. Das ist die Politik, die man den Menschen verkaufen möchte, indem man vorgibt, dass Wien die Drogenpolitik fest im Griff hat. *(GRin Birgit Hebein: Das ist echt unglaublich! – Weitere lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Beispiel ein wesentlicher Punkt: Wie wird mit Substitution umgegangen? Der Karlsplatz ist ja auch dafür bekannt, dass dort mit Substitutionsmitteln gedealt und gehandelt wurde. *(GR Erich Valentin: Bei der U-Bahn!)* Das ist ja so, nicht? Die Süchtigen haben sich die Substitution geholt und haben sie dann, ich weiß nicht, zerteilt, aufgeteilt und haben damit einen Handel aufgezogen. Jetzt sagt man, der Substitutionshandel ist eingedämmt, denn der Karlsplatz ist frei. Wie das aber wirklich mit der Substitution aussieht, wer das überwacht und überprüft, dass die Leute eigentlich teilweise zu viel oder zu unkontrolliert Substitution erhalten, wird man offiziell – davon bin ich überzeugt, und da werden sicher die großen Gegenargumente kommen – nie bekannt geben. *(GR Kurt Wagner: Gott sei Dank sind die Experten besser informiert als Sie!)*

Genauso ist es mit den Ersatzrezepten. Sie sagen, es ist ja alles überwacht. Beim letzten Drogenbeirat habe ich ... *(GR Kurt Wagner: Da sitzen Experten von der Apothekerkammer, von der Ärztekammer, und die können das alles erklären!)* Genau! Beim letzten Drogenbeirat habe ich off records mit einigen noch sprechen dürfen, und die haben das sehr wohl indirekt zugegeben, dass es mit den Ersatzrezepten ein Problem gibt. Aber Sie sagen, das wird alles überwacht, da kommt der Amtsarzt und der schaut sich das an. Es ist leider nicht so, wie Sie das gerne hätten und wie Sie es sich wünschen. *(GR Kurt Wagner: Sie sagen das hier ohne jeden Hintergrund, ohne jede Information!)*

Ich mache Ihnen nicht einmal einen Vorwurf, aber schauen Sie sich die aktuelle Lage an und beschönigen

Sie nichts, sondern versuchen Sie tatsächlich, hier Maßnahmen zu ergreifen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da gehört unter Umständen auch einmal ein schärferes Wort und vielleicht eine Strafe, denn die Strafe ist laut Definition „ein mit Tadel verbundenes Übel“, welches dem Täter wegen seiner schuldhaften Verfehlung von Rechts wegen auferlegt wird. Das muss ja keine Geldstrafe sein. Es könnte ja auch sein, dass man die Leute etwa im Bereich der Suchtprävention einsetzt. *(GRin Mag Sonja Ramskogler: Akzeptieren Sie einmal, dass die Experten etwas mehr verstehen von der Materie als die FPÖ!)* Ja, Sie kommen immer damit, dass die FPÖ nur kritisiert, dass sie keine Vorschläge macht. Dann bringen wir Vorschläge, und dann sagen Sie: Das schaue ich mir an, wie Sie das machen. Das ist ja alles ein Blödsinn. – Na ja, das ist Ihre Politik uns gegenüber. *(GRin Mag Sonja Ramskogler: Und Ausländer raus!)*

Ich habe das, glaube ich, eingangs zu verstehen gegeben: Ich bin durchaus mit vielem einverstanden, ich bin aber auch so fordernd, dass ich sage, machen wir es gemeinsam. Aber Sie lassen es nicht zu. Sobald ich einen Vorschlag mache oder sobald irgendjemand einen Vorschlag macht, ist das grundsätzlich schlecht. *(GRin Mag Sonja Ramskogler: Sie wollen immer nur eines: Ausländer raus!)* Es hat – ich glaube, gestern ist es schon gesagt worden – noch nie irgendwo eine Zustimmung zu einem Antrag der Opposition gegeben, wer auch immer das war. Das ist Ihre Politik. *(GR Kurt Wagner: Das ist nicht wahr! Sie sind noch nicht so lange im Gemeinderat!)* Das ist gestern gesagt worden. *(GR Kurt Wagner: Mit dem Herrn Kowarik senior haben wir viele Sachen gemacht, und zwar gescheite Sachen!)* Das war damals. Wenn wir von der Vergangenheit reden, regen Sie sich auf, aber Sie kommen da mit den alten Zeiten. Den Herrn Kowarik senior kenne ich auch noch gut, als er als Aktiver da war, aber es wurde ja gestern vorgehalten und nicht dementiert.

Zusammenfassend: Es ist vorrangig oder sollte vorrangig sein, wirklich ein Bewusstsein, nämlich auch bei den Eltern, zu schaffen, dass auch ihr Kind, auch wenn sie es nicht glauben wollen, diesen Versuchungen unterliegt, diesem Probieren, diesem Anschauen. Und da sind wir beim Alkohol. Ich weiß nicht, wie viele junge Menschen nur deshalb, weil sie sich einmal angesoffen haben, sofort alkoholkrank werden, aber es kommt sehr rasch vor, dass man sich an Substanzen, die man konsumiert, sehr schnell gewöhnt. Und das, glaube ich, ist der Unterschied, und den sollte man schon herausarbeiten. *(GRin Mag Sonja Ramskogler, die Hände über dem Kopf zusammenschlagend: Das ist eine Argumentation!)*

Ich weiß schon, der Alkohol ist das Böse. Wir kriminalisieren die WeinbäuerInnen und die SpirituosenhändlerInnen und die BrauereibetreiberInnen. Das sind alles die Bösen. Alkohol ist für Sie das größte Problem. *(GRin Mag Sonja Ramskogler: Schauen Sie sich die Zahlen an! – Zahlreiche weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wie gesagt, Elternaufklärung wäre für uns das Wichtigste, und ich hoffe, dass Sie ... *(Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich verstehe Sie leider nicht. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Laschan. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Claudia **Laschan** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zum Kaiserin-Elisabeth-Spital Stellung nehmen, weil es das Spital ist, das im 15. Bezirk liegt, und ich möchte dazusagen, dass ich in zweierlei Hinsicht eine besondere emotionale Bindung und auch eine inhaltliche Bindung zu diesem Spital entwickelt habe. In erster Linie ist das deshalb der Fall, weil ich als Studentin meine Ausbildung zur Ärztin dort begonnen habe und weil in Wirklichkeit meine ersten Versuche, sozusagen an den Patientinnen und Patienten zu arbeiten und meine Erfahrungen zu sammeln, in der Bettina-Stiftung in der Gynäkologie waren, dann später in der Inneren Medizin und weil sich dort in diesem Pavillon des ärztlichen Direktors Prof Nissel mein Wunsch manifestiert hat, Internistin zu werden, was ich letztendlich auch geworden bin.

Auf der anderen Seite ist das Kaiserin-Elisabeth-Spital schon seit StR Stachers Zeiten immer wieder in Diskussion gewesen. Wird man es verlegen? Wird man es zusperren? Meine Vorgängerinnen und Vorgänger – schon fast Generationen von Vorgängern – haben sich immer wieder mit aller politischer Kraft und Nachhaltigkeit dafür eingesetzt, den Standort Kaiserin-Elisabeth-Spital zu erhalten, und ich habe diese Tradition fortgesetzt. Wir haben auch einen sehr engen Kontakt zum Personal des Kaiserin-Elisabeth-Spitals entwickelt. Darauf komme ich später noch zurück.

Dann kam es aber zu einer großartigen und meiner Meinung nach dringend notwendigen Spitalsreform – nicht zufällig, sondern weil sie von StRin Wehsely initiiert wurde –, einer Spitalsreform 2030, also eine umfassende Strukturreform zu Sicherung des Wiener Spitalwesens. Und da ist es für mich als Gesundheitspolitikerin und auch für meine Kolleginnen und Kollegen im 15. Bezirk eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass wir uns dieser Notwendigkeit nicht verschließen und dass wir nicht darauf bestehen können, als einziges kleines Pavillonspital das Kaiserin-Elisabeth-Spital zu erhalten und Millionen von Euro immer wieder in Flickwerk in die einzelnen Pavillons zu investieren, die aber letztendlich, weil sie 112 Jahre alt sind, nicht auf den aktuell notwendigen medizinischen Stand gebracht werden können.

Deswegen haben wir im Sinne der Bezirksbevölkerung einen Plan B entwickelt, und der ist meiner Meinung nach gut und nachhaltig. Wir werden eine Pflegeanstalt für chronisch Kranke dorthin bauen, also ein Pflegewohnhaus der Stadt Wien, so wie das Pflegewohnhaus in der Leopoldstadt, das Pflegewohnhaus Kabelwerk, das vor Kurzem eröffnet wurde, was eine nachhaltige medizinische Bereicherung für die lokale Bevölkerung sein wird.

Ich möchte darauf hinweisen – weil von der FPÖ erwähnt wurde, dass die Bevölkerung jetzt so große Nachteile haben wird –, dass der überwiegende Teil der Patientinnen und Patienten bei Rettungseinsätzen im 15.

Bezirk nicht in das Kaiserin-Elisabeth-Spital gefahren wurde, sondern in andere Spitäler; in das Hanusch-Krankenhaus, in das Wilhelminenspital und in das AKH, nicht ins Kaiserin-Elisabeth-Spital. Ein Pflegewohnhaus hingegen wird gemäß dem Geriatriekonzept ein Pflegewohnhaus für die Bezirksbevölkerung sein, für das Grätzel dort sein, für die Menschen dort sein, damit sie, wenn sie pflegebedürftig werden, in ihrem gewohnten Bezirk bleiben können. Das ist im Sinne der Bevölkerung des 15. Bezirks.

Zusätzlich streben wir an – wir sind diesbezüglich auch schon in Verhandlungen mit der Wiener Gebietskrankenkasse getreten –, dort ein modernes Ärzte- und Ärztinnenzentrum schaffen, das wirklich eine Innovation sein soll, nämlich ein Vorbild für ganz Wien, weil wir durchsetzen wollen, dass es hier eine Form der Versorgung der lokalen Bevölkerung gibt, die nicht um 17 Uhr sperrt, sondern die möglichst lange und auch an Wochenenden offen hält. Das ist eine Investition in die Zukunft eines Bezirkes, wie ihn der 15. Bezirk eben darstellt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte noch erwähnen, dass es für uns besonders wichtig war, dass niemand vom Personal – egal, ob ärztliches Personal, Pflegepersonal oder Verwaltungspersonal oder Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen – seine Arbeit verliert, sondern dass jeder weiter einen Arbeitsplatz im Bereich des KAV haben wird, wenn er das wünscht. Die Bemühungen der Personalvertretung im Kaiserin-Elisabeth-Spital, mit der ich in engem Einvernehmen bin und bei der ich mich auch immer wieder erkundige, wie die Verhandlungen laufen und wie weit der Fortschritt hier gediehen ist, ist sehr bemüht, die Wünsche der Kolleginnen und Kollegen zu berücksichtigen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einfach auch diese aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen der FPÖ, auch der Bezirks-FPÖ und der ÖVP, die sich ja überhaupt nie besonders fürs Kaiserin-Elisabeth-Spital interessiert hat, zurückweisen und festhalten, dass wir für den Bezirk ein höchst innovatives, interessantes und für die Bevölkerung wichtiges Projekt initiiert haben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely. Ich erteile es ihr.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich zunächst einmal bei den Rednerinnen und Rednern der SPÖ, der GRÜNEN und auch der ÖVP bedanken. Es ist logisch, dass unterschiedliche Standorte unterschiedliche Standpunkte und Notwendigkeiten mit sich bringen. Ich teile vieles nicht, was von der ÖVP gesagt wurde, aber es war in einer sachlichen Art und Weise vorgetragen, und es gibt eben Dinge, über die man unterschiedlicher Auffassung sein kann.

Deutlich davon abheben sich traditionell – und das ist nicht so eine Tradition, wie es in Wien ja oft ist, wenn etwas einmal stattfindet, ist es schon eine Tradition, sondern das geht über viele, viele Jahre so – die Wortmeldungen der Freiheitlichen, die sich in keiner Art und

Weise für das Thema interessieren, sondern wo eigentlich eine Aneinanderreihung von zum Teil nicht zusammenhängenden Dingen erfolgt.

Ich möchte den Kollegen Haslinger – aus meiner Sicht, denn das ist ja nur eine persönliche Betrachtung und kann daher nie objektiv sein – ausnehmen. Wir sind da unterschiedlicher Meinung, aber das war eine Position, die Sie vertreten haben. Was der Kollege Ebinger uns sagen wollte, hat sich mir intellektuell nicht erschlossen, aber das liegt sicher an meiner mangelnden intellektuellen Fähigkeit. Ich kann es nur so verstehen: Wenn er der Meinung ist, dass für Wienerinnen und Wiener im Sozialbereich zu wenig getan wird, ist sicher auch die Plakatkampagne der Wiener FPÖ „Unser Geld für unsere Leut!“ so zu sehen, dass sie sich gegen das Desaster, das die Freiheitlichen bei der Hypo in Kärnten aufgeführt haben, richtet, wo ja die Gefahr besteht, dass die Haftung für die Republik Österreich und damit natürlich auch für die Wienerinnen und Wiener schlagend wird, was ja ein Vielfaches von dem ist, was Griechenland überhaupt werden kann. Also da sieht man ja auch, wohin es führt, wenn Sie Verantwortung tragen. Anders ist das nicht zu verstehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn der Kollege Seidl allen Ernstes davon spricht, dass es vor 14 Tagen Regen gab und deshalb Wasser in der Rudolfstiftung gestanden ist, dann ist es sehr gut, dass die nächste Geschäftsgruppe die Geschäftsgruppe Umwelt ist. Ich würde anregen, dass Sie vielleicht noch dableiben, denn die Kollegin Sima kann das sicher in einer viel kompetenteren Art und Weise als ich darstellen, wie sich das Klima wandelt und wie daher das, was Sie als Regen bezeichnen, etwas ist, was es früher in dieser Form nicht gegeben hat.

Was Sie nicht erwähnt haben – logischerweise, weil es nicht in Ihr Konzept passt –, ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rudolfstiftung in Kooperation mit anderen Häusern, wie zum Beispiel dem AKH, das ich da auch besonders hervorheben möchte, dieses Problem für die Patientinnen und Patienten in hervorragender Art und Weise sofort gelöst haben, nämlich selbstverständlich für die, die dort gerade in Behandlung waren, aber auch für die, die Hilfe gebraucht haben, die sie selbstverständlich in einem anderen Haus des Wiener Krankenanstaltenverbundes bekommen haben.

Zu den Krokodilstränen, die Sie um das Kaiserin-Elisabeth-Spital vergossen haben, ist den brillanten Ausführungen der Frau GRin Dr Laschan nichts hinzuzufügen. Kollege Frigo hat sich dem angeschlossen. Da dürfte es in den letzten Monaten eine Sinneswandlung innerhalb Ihrer Fraktion gegeben haben. Ich möchte nämlich eine OTS zitieren – Original Text Service; das heißt, von Ihnen ausgeschickt, nicht von mir interpretiert, von der APA falsch verstanden, von Journalisten verbrämt –, und zwar vom 17.3.2011 um 14.46 Uhr. Ich sage das deswegen, weil ich um 13 Uhr eine Pressekonferenz gegeben habe, gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister und der Frau Vizebürgermeisterin, in der wir das Spitalskonzept 2030 präsentiert haben.

In dieser Presseaussendung lautet der erste Satz, den ich gerne zitieren möchte – der Titel ist „FPÖ-Wien,

Spitalsreform, Frigo, Lasar, Gesundheit, SPÖ, Rust“; Sie wissen, das steht ja immer oben, und dann beginnt diese von Ihnen getextete Aussendung –: „Erfreut darüber, dass nun auch die SPÖ die Notwendigkeit der Modernisierung der Wiener Spitäler begriffen hat, zeigen sich FPÖ-Wien-Stadtrat Lasar sowie Landtagsabgeordneter Univ-Prof Dr Peter Frigo.“

Über die Meinung des Herrn Lasar kann man jetzt nichts sagen, weil er sich heute nicht dazu geäußert hat. Sie haben heute hier gesagt, dass Sie erstens das Spitalskonzept nicht kennen und dass, zweitens, das, was Sie wissen, nichts ist, denn da geht es um das Schließen von Spitalern. Also offenbar war da die erste logische Reaktion, zu einem so sinnvollen Konzept Ja zu sagen, da hat Sie der Impuls überkommen. Dann war klar, der Impuls ist der falsche, denn die FPÖ muss dagegen sein. Also vielleicht sollten Sie sich mit dieser Frage intern noch ein bisschen näher beschäftigen. Sie ist dokumentiert und nachvollziehbar.

Ich bin natürlich selbstverständlich immer gerne zu Gesprächen bereit. Wenn Sie der Meinung sind, dass Ihre Informationen zum Spitalskonzept nicht ausreichend sind, können wir gerne darüber sprechen. Ich denke, dass es im Sinne der Wienerinnen und Wiener und im Sinne der Sicherung von zehntausenden Arbeitsplätzen im Bereich des Krankenanstaltenverbunds ein Gebot der Stunde ist, diese Reform nicht nur zu beschließen, sondern sie auch, wie wir das auch Schritt für Schritt gemeinsam in der Koalition hier tun, umzusetzen.

Ich möchte Sie auch darüber informieren, dass im Sinne der Umsetzung des Koalitionsübereinkommens eine Gesetzesänderung des Krankenanstaltengesetzes in Vorbereitung ist, da wir im Koalitionsübereinkommen ja festgelegt haben, dass der Spitalskostenbeitrag für die Betreuung von Mehrlingsgeburten – die Geburt selbst ist ohnehin kostenfrei – entfallen soll in jenen Bereichen, in denen wir in der Stadt zuständig sind.

Herr Kollege Haslinger, wir sind in vielen Fragen nicht einer Meinung, insbesondere verstehe ich nicht ganz, wieso immer der xenophobe Reflex kommen muss. Ich bin der Meinung, es gibt gute Menschen und es gibt schlechte, und da ist es eigentlich vollkommen wurscht, woher der Verbrecher kommt.

Und was ich auch gar nicht verstehe, ist Ihre Kritik an der Umsetzung des Drogenkonzepts. Jetzt kann man darüber diskutieren, wieso es so lange gedauert hat, bis diese gute Kooperation der Sucht- und Drogenkoordination mit der Wiener Polizei funktioniert, damit uns das gelungen ist, was auch Sie erwähnt haben. Es ist schon ein sehr erfreuliches Ergebnis der heutigen Diskussion und findet sich ja auch im wörtlichen Protokoll wieder, dass Sie – und ich zitiere Sie jetzt – gesagt haben: „Es ist der Polizei gelungen, dass der Karlsplatz weitgehend drogenfrei ist.“ Das war Ihre Aussage, und ich teile diese Meinung.

Aber wenn Sie sagen, das war nicht die Sucht- und Drogenkoordination, das war die Polizei, dann sage ich: Ja, denn das ist auch Aufgabe der Polizei. Die Aufgabe der Sucht- und Drogenkoordination ist es, sich um die Kranken zu kümmern, um die Prävention zu kümmern –

da bin ich vollkommen Ihrer Meinung –, sich hingegen um Menschen, die Vergehen oder Verbrechen begehen, zu kümmern, das ist die Aufgabe der Polizei, aber das ist nicht Aufgabe der Gemeinde Wien und ist nicht Aufgabe der Sucht- und Drogenkoordination. Aber was mich sehr freut, ist, dass die Kooperation so hervorragend funktioniert, dass die Kooperation mit der Wiener Polizei, den Kolleginnen und Kollegen, den Beamtinnen und Beamten, von der Spitze bis zu jenen, die vor Ort tätig sind, sehr, sehr gut funktioniert.

Darin liegt auch eine Begründung für Ihre Aussage, dass die Zahl der Anzeigen steigt. Jawohl! Das ist gut und richtig so, denn das liegt nämlich daran, dass man nicht wegschaut und weggeht, wenn man etwas sieht, sondern hingehht und amtshandelt. Das hat jahrelang nicht funktioniert, funktioniert jetzt aber hervorragend. Daher von dieser Stelle ein großes Lob und vielen Dank an die Wiener Polizei für die gute Zusammenarbeit! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist vieles schon gesagt worden, was wir im Jahr 2010 mit einem Budget von rund 3 Milliarden EUR, das wieder ein Rekordbudget war, in dem Bereich gemacht haben. Wir haben einen starken Anstieg im Bereich der Sozialhilfe, wie es damals noch hieß, gehabt. Ich bin der Meinung, das ist ein ähnliches Phänomen wie auch bei den Anzeigen. Das bedeutet nicht, dass ein Mehr automatisch schlechter ist, sondern das bedeutet, dass wir die soziale Verantwortung wahrnehmen und dass die Menschen in dieser Stadt die Leistung auch bekommen, worauf sie in anderen Bundesländern zwar theoretisch einen Rechtsanspruch haben, aber da sie das Geld nur kriegen, wenn sie buckeln gehen zum Bürgermeister, und weil das ganze Dorf dann weiß, dass sie Sozialhilfe beziehen, beantragen sie es nicht.

Daher ist mir jeder Mensch, der Sozialhilfe nicht braucht, lieber als einer, der sie braucht, weil es nämlich dem Menschen, der sie nicht braucht, besser geht, aber ich werde auch weiterhin alles dafür tun, dass alle Menschen, die Mindestsicherung brauchen, sie auch in Anspruch nehmen. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt und macht auch diese Stadt aus. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben uns im letzten Jahr im Krankenanstaltenverbund ganz stark dem Thema der Ergebnisqualität gewidmet, wo es darum geht, Parameter festzulegen, um zu schauen, wo man liegt, und das auch zur Richtschnur für weitere Entwicklungen zu machen.

Wir haben in vielen Bereichen hohe Investitionen getätigt, denn – das wurde schon gesagt – Innovationen und Investitionen sind notwendig, um langfristig auch Betriebskosten senken zu können.

Im Jahr 2010 – darüber wurde heute kaum gesprochen – ist es uns gelungen, die fixe Zusage von der Europäischen Investitionsbank zu bekommen, dass sie das Krankenhaus Nord mit einem Kredit von 300 Millionen EUR fördert. Das ist deshalb etwas Besonderes, weil diese Fördersumme die höchste im Jahr 2010 war, die an eine Kommune und an ein Einzelprojekt gegeben wurde. Das liegt nicht nur an den Plänen für das Kran-

kenhaus Nord, sondern das liegt an der Gesamtbetrachtung der Europäischen Investitionsbank, dass diese Schritte, die wir hier setzen, indem wir weniger Standorte haben, zentralisieren und Schwerpunkte setzen, betriebswirtschaftlich, aber auch volkswirtschaftlich sinnvoll sind.

Wir haben im Bereich der Frauengesundheit uns ganz besonders dem Thema Gender-Medizin gewidmet und sind hier in Wien nach wie vor führend, was ein ganz wesentlicher Punkt ist.

Es ist uns gelungen, und zwar unter anderem auch auf Grund der europaweit beachteten Drogenpolitik dieser Stadt, die Welt-Aids-Konferenz nach Wien zu holen. Wir haben hier große Konkurrenten in europäischen, aber auch internationalen Städten gehabt. Das war eine Konferenz mit 25 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Das war also neben der Inhaltlichkeit natürlich auch für den Wirtschaftsstandort ganz besonders wichtig. Und ich verhehle nicht – wir haben das im Ausschuss auch schon diskutiert –, ein wesentlicher Grund, neben der guten Anbindung des Messezentrums und dem, was diese Stadt zu bieten hat, ist die Art und Weise, wie in dieser Stadt mit drogenkranken Menschen umgegangen wird. Daher ist das auch eine Auszeichnung für die Drogenpolitik, aber auch die Umsetzung der Drogenpolitik in dieser Stadt. *(Beifall bei der SPÖ und von GRin Dr Sigrid Pilz.)*

Wir haben im Bereich der Wiener Rettung sämtliche Einsatzteams der Wiener Rettung mit Kohlenmonoxidalarmgeräten ausgestattet, was ein wichtiger Punkt für die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, aber auch ein wichtiger Punkt für die Schnellerkennung von Problemen. Weiters war im letzten Jahr der Architekturwettbewerb für die Rettungsstation Simmering, mittlerweile – und da sieht man, wie sich die Dinge weiterentwickeln – ist sie auch im Bau.

Wir haben dem Thema der Vielfalt und Diversität im Gesundheitswesen ein besonderes Augenmerk gewidmet, weil wir nämlich ohne die Vielfalt unserer Wienerinnen und Wiener – wo immer sie auch hergekommen sind, jetzt sind sie Wienerinnen und Wiener – die Wiener Spitäler und die Wiener Geriatriezentren und das gesamte Wiener Spitalswesen und Sozialwesen nicht betreiben könnten. Im Wiener Krankenanstaltenverbund haben wir Menschen aus 58 Nationen angestellt, die an 365 Tagen für die Wienerinnen und Wiener da sind. Und das ist auch gut so.

Ein ganz wesentlicher Punkt, der auch heute in vielen Reden angesprochen wurde, ist die Wiener Gesundheitsförderung. Ich denke, dass uns mit der Bündelung aller Aktivitäten im Bereich der Gesundheitsförderung wirklich viel gelungen ist. Das hat im letzten Jahr auch bereits die ersten Früchte getragen, wo es genau darum geht, unsere Zielgruppe zu erreichen. Das ist in der Regel – wenn sie kommt, dann ist es wunderbar – nicht die 40-jährige Akademikerin, die ohnehin drei Mal in der Woche ins Fitnesscenter geht, sondern das sind sozial schwache Menschen. Dabei geht es nicht darum, mit erhobenem Zeigefinger zu sagen: „Du, du, mach das jetzt lieber nicht! Schokolade ist ganz schlecht!“, sondern

es geht darum, Menschen dazu anregen, zu empowern, ein gesünderes Leben zu leben.

Der große Haken an der Gesundheitsförderung ist: Man kann nicht delegieren, man kann es nur selber machen. Daher geht es darum, dass es lustvoll sein muss, denn nur dann funktioniert es. Wir haben mit den Kindern begonnen. Wir haben den gesunden Pensionistenklub eingeführt. Das läuft alles sehr, sehr gut, und wir werden dies auch in dieser Art und Weise weiterführen.

Wir haben im letzten Jahr die Wiener Mindestsicherung beschlossen. Das Bundesland – das wurde schon gesagt –, in dem es 40 Prozent der Sozialhilfebeziehenden und -bezieher gibt, sind wir, trotzdem waren wir das erste Bundesland, das dieses Gesetz auch umgesetzt hat.

Wir haben – das hat ja fast keine Rolle mehr gespielt, und ich habe schon viele Rechnungsabschlüsse und Budgetverhandlungen zu diesem Ressort erlebt – das Geriatriekonzept Schritt für Schritt umgesetzt. Wir haben mittlerweile zwei neue Pflegewohnhäuser in Betrieb. Wir haben im letzten Jahr 50 Jahre Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser gefeiert, wobei diese 50-Jahr-Feier auch dazu genutzt wurde, darauf hinzuweisen, dass sich in diesen 50 Jahren die Welt verändert hat, dass sich das KWP verändert hat und dass sich das auch weiterhin verändern wird.

Wir haben mit dem Beschluss des Wiener Chancengleichheitsgesetzes einen wichtigen Schritt in Richtung Gleichstellung und Inklusion von behinderten Menschen gesetzt. Das alte Gesetz war aus dem Jahr 1986 und hat in keiner Art und Weise mehr dem entsprochen, was moderne Behindertenpolitik ist.

Wenn ich wir sage, dann sind das inklusive dem KWP rund 35 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier tätig sind, und denen gilt auch mein Dank. Denen gilt mein Dank, weil sie die sind, die die Politik, die in diesem Haus beschlossen wird, das ganze Jahr über umsetzen. Stellvertretend möchte ich mich bei den Führungskräften, die heute auch hier anwesend sind, ganz besonders bedanken und bei meinem Büro, denn ohne all diese Menschen wäre das alles nicht möglich.

In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Rechnungsabschluss dann auch zuzustimmen. (*Beifall bei der SPÖ und von GRin Dr Sigrid Pilz.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und zum Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Umwelt mit der Postnummer 3, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2010, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt und den Jahresabschluss 2010 der Unternehmung Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner.

Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Damen und Herren!

Der nun vorliegende Budgetabschluss aus dem Jahre 2010 dokumentiert noch einmal im Nachhinein, warum die SPÖ bei der letzten Wahl so dramatisch verloren und die absolute Mehrheit verloren hat. (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Es zeichnet sich nämlich ab, dass dieses Budget, das in einem Wahljahr realisiert worden ist, mehr als phantasielos ist und die gemachten Fehler der Vergangenheit weiter fortgeschrieben werden. Es tradiert den Umweltschutz beziehungsweise die Umweltpolitik dahin, wo sie sind, nämlich nicht mehr als Umweltschutz, sondern auf ein Verwalten oder auf ein PR-Gag-Instrumentarium, das regelmäßig eingesetzt wird, sehr geehrte Damen und Herren.

Auch wenn es Ihnen schon langweilig ist – mir ist es das auch –, aber auf Grund Ihrer Nichtveränderung der Politik müssen wir mit unserer Kritik gleich bleiben. Wir halten hier Kurs, weil Sie Kurs halten im Sinne einer nicht nachlernenden Effizienz auch im umweltpolitischen Bereich. Leider ist hier in keinster Weise Innovation oder auch eine Verbesserung absehbar.

Was mich wundert, ist, dass es an der Arbeitsüberlastung des Ressorts eigentlich nicht liegen kann, denn irgendwo verliert die Frau Stadträtin eine Kompetenz nach der anderen. Man möge sich da selbst einen Reim darauf machen, was da die Ursache dafür sein könnte und warum man vielleicht in ihrer eigenen Fraktion ganz glücklich ist, wenn das eine oder andere in andere Ressorts ausgegliedert wird, aber sie gliedert ja auch selbst sehr intensiv aus, um mehr zu verschleiern. Wien Kanal wird ja jetzt seit einiger Zeit getrennt verhandelt, aber für die Altlastensanierung gilt das Gleiche. Auch hier hat man eine entsprechende Intransparenz geschaffen.

Eigentlich war man bisher ja versucht zu sagen, jede Ausgliederung aus dem Umweltressort ist eine gute Ausgliederung für die Umwelt, denn dann kommt es vielleicht in bessere Hände, aber ganz so sicher bin ich mir nicht mehr, seit es bei den Regierungsverhandlungen zu einem erneuten Zersplittern in der Energieplanung gekommen ist. Da wurde eine neue Magistratsabteilung geschaffen, und es ist jetzt zwischen zwei Stadtratressorts aufgesplittet, was dazu führt, dass offenbar die Umwelt ein weiteres Mal leiden muss. Die Luftreinhaltung wird hier kaum gefördert. Der Verhandlungserfolg für die GRÜNEN für die eigene Basis ist zum Misserfolg für die Umweltbemühungen dieser Stadt geworden, sehr geehrte Damen und Herren. Mit dieser Politik werden wir weder die Klimaschutzziele erreichen noch – das schon gar nicht – das Thema der Feinstaubkonzentration in Wien in den Griff bekommen.

Ein erster großer Beleg für diese sehr ineffiziente und falsche Politik dieses geteilten energiepolitischen Konstrukts einer neuen Magistratsabteilung im neuen Ressort der Verkehrsplanung gemeinsam mit dem Umweltressort war ja dann auch der Beschluss von neuen Förderrichtlinien für die Fotovoltaik, wo man, ohne besondere Not zu haben, diese Förderbestimmungen, die ja an

sich nur fortgeschrieben hätten werden müssen, eingeschränkt hat, nämlich so, dass sie dort nicht gelten, wo Fernwärmeanschlüsse vorhanden sind.

Dass man den Roten zutraut, dass sie da zwei Energieträger gegeneinander ausspielen, das, glaube ich, ist für jeden evident, der dieses Haus und die SPÖ lange genug kennt, dass aber die GRÜNEN da so willfährig mitspielen, ist mir unverständlich. Offenbar hat es hier einiges an Anlaufschwierigkeiten im Verständnis der doch nicht ganz einfachen Materie gegeben. Aber was die SPÖ tut, ist ganz klar. Sie versucht hier natürlich, eine kommunalsozialistische Monopolmaschine zu fahren, sie versucht, ihre eigenen Pfründe zu verteidigen; in dem Fall ist es die Fernwärme. Es ist ja recht praktisch, wenn man so angeschlossene Betriebe hat, die dann das eine oder andere Inserat bezahlen, um sich damit selbst zu promoten oder vielleicht auch noch durch andere kreative Maßnahmen Berichte in die Zeitungen zu bekommen. Und so verkommt gerade das Umweltressort immer mehr zu einer PR-Maschinerie ohne wirkliche Anstrengung für die Umwelt, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider sind unsere Bemühungen, Sie aufzufordern, vielleicht gemeinsam mit dem neuen Schwung des Koalitionspartners, der in der Oppositionsphase noch voll für Solarfahrzeuge eingetreten ist und sich hier durchaus engagiert hat, etwas weiterzubringen, bisher fehlgeschlagen, und dieser Schwung der GRÜNEN ist vollkommen abgebremst, sodass wir nach wie vor auf Förderbestimmungen für Elektro- oder Hybridfahrzeuge warten, die so dringend notwendig wären in dieser Stadt, die mit ihren Klima- und Feinstaubzielen so weit hinterhinkt.

Was passiert stattdessen? Man fördert Gasautos. Nicht, dass ich sage, das ist grundsätzlich schlecht, man kann das als Übergangstechnologie sicherlich fördern und machen, da hat einiges durchaus seine Vorteile, doch man wird irgendwo den Verdacht nicht los, man macht es deshalb, weil da wieder ein eigener Betrieb dahintersteht, in dem Fall ist es Wiengas. Die können das Gas liefern, und gibt es ein bisschen ein Geschäft und vielleicht das eine oder andere an möglichen Kommunikationsinstrumentarien in Zeitungen, wo man sich wieder in Szene setzen kann, denn viel hat man vom Inhalt her nicht zu bieten, so muss man dann wieder einen PR-Gag landen.

Obwohl ich es nicht ganz verstehe, denn natürlich ist Solarenergie an sich gratis, aber wenn man es geschickt machen würde, dann könnte man auch mit Solartankstellen ein bisschen Geld verdienen. Das wäre ja durchaus denkbar, aber wahrscheinlich ist wirtschaftliches Geschick nicht Sache der SPÖ, und so kommen Sie gar nicht auf die Idee, dass es daraus ja auch vielleicht die eine oder andere Möglichkeit gäbe, mit dem Vorteil, dass es wenigstens umweltpolitisch eine sinnvolle Maßnahme wäre, sehr geehrte Damen und Herren.

Was mich wundert, vor allem auch bei den GRÜNEN, ist, dass es nicht gelungen ist, im Rahmen dieser Koalitionsverhandlungen als Fraktion, der angeblich die Umwelt so ein großes Anliegen ist, wenigstens diese Anlie-

gen im Koalitionspapier schwarz auf weiß niederzuschreiben, dass solare Energieformen endlich durchgesetzt werden. Das könnte man ja auch heute hier konkret beschließen, aber nichts davon ist auch nur angedacht. Es ist in Summe zusammengefasst dieser Rechnungsabschluss einfach eine Bankrotterklärung dieser rot-grünen Umweltpolitik, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Beweis ist die Umstellung der Energieversorgung in der Raumwärme und in der Mobilität, die schon ewig hätte stattfinden können und müssen und die im vorigen Winter – ein bisschen Pech hat man gehabt mit der Witterung – wieder extrem schlagend geworden ist. Sie haben nämlich, ohne irgendwelche Lieblingsstudien zu zitieren, tatsächlich eine Vorreiterposition für Wien geschafft, leider zum Nachteil der Wienerinnen und Wiener, Sie haben nämlich erreicht, dass Wien die Feinstaubmetropole Österreichs wurde. Nicht einmal Graz, das bisher durchaus nicht gut war, hat so viele Grenzwertüberschreitungen feststellen müssen wie Wien. In Wien herrscht Feinstaubalarm par excellence, und dafür, sehr geehrte Damen und Herren, ist Rot-Grün allein verantwortlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sich immer nur auf das Wetter zu verlassen und zu hoffen, dass die Winter ausreichend mild sind, damit man nicht so viel Energie verbraucht, ist eine schwache politische Strategie. Aber neben dieser umweltpolitischen und gesundheitspolitischen Bankrotterklärung von Rot-Grün kommt jetzt ja noch eine wirtschaftliche dazu, denn damit sind jetzt auch Strafzahlungen der EU verbunden. Ich bin schon sehr gespannt, wie Sie, sehr geehrte Damen und Herren, den Wienerinnen und Wienern jetzt erklären werden, dass wir viel Feinstaub haben, dass vor allem die Kinder und die kranken Menschen besonders darunter leiden, und dafür, dass sie leiden, nehmen Sie nun das Geld der Wienerinnen und Wiener aus den Steuertöpfen und müssen es für Strafzahlungen aufwenden.

Das ist eine ganz besonders verfehlte und falsche Politik, und ich bin schon gespannt, welche kreativen Kommunikationskonzepte Ihnen hier einfallen werden. Auf jeden Fall, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem der GRÜNEN, eine wirklich große Leistung haben Sie in diesem Bereich nicht aufzuweisen. *(GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Von welcher Partei ist denn der Umweltminister?)* Das hat nichts mit dem Umweltminister zu tun, das ist ein lokales Thema. *(Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Das heißt, wenn man künftig schnell fährt, wird man die Strafzahlung minimieren, damit die Strafe nicht so weh tut. Das Problem ist die Ursache. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Dass du dich so aufregst, verstehe ich ja, denn vor einem Jahr bist du hier gestanden und hast genau in meinem Sinne gesprochen. Heute hast du ein Problem, denn heute musst du natürlich die SPÖ-Politik mittragen, lieber Rüdiger. Das ist genau das Problem, das du hast. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Das verstehen Sie nicht! Ich erkläre es Ihnen dann!)*

Dass es unangenehm ist, verstehe ich. Das ist halt der Preis der Koalition. Dafür habt ihr ein paar Amterl,

ein paar Gschafterl gekriegt, fühlt euch persönlich wohl, habt ein bisserl was erreicht, für die Umwelt in Wien leider nichts. Und das ist die Tatsache, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Rüdiger Maresch: Da musst du dich schon woanders hinwenden! Du tust so, als ob ich Umweltstadtrat wäre!)* Ich weiß, dass du gerne Stadtrat geworden wärst, aber du brauchst nicht immer so aufgeregt zu sein. Ich bin nicht in der Koalition, um uns geht es nicht, um dich geht es, um dich geht es hier. Versuch nicht, mit billigen Argumenten hier zu argumentieren, versuch, eine ordentliche Politik zu machen! Du bist heute am Ruder, du hast heute die Chance, mit dem großen Koalitionspartner alles umzusetzen. Nutze sie! Ich werde dir Antrag für Antrag, den du gestellt hast für die Umweltpolitik, vorhalten, und ich bin schon gespannt, wann du genau das, was du hier in den letzten Jahren gemeinsam mit deiner Fraktion gefordert hast, auch wirklich umsetzen wirst. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich werde dir das dann erklären!)* Eine Bankrotterklärung der GRÜNEN – das ist die Tatsache, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Rüdiger Maresch: Mach dir keine Sorgen! Ich werde dir das erklären! Ich freue mich schon darauf, dass ich dir das erklären kann!)*

Ich finde es besonders spannend, dass man gerade beim Feinstaub das kreative Argument bringt – eigentlich könnte man meinen, dass das Argument von den Freiheitlichen kommt –, das böse Ausland sei schuld, weil ja der große Feinstabeintrag aus dem Ausland – die Frau Umweltstadträtin strapaziert das immer – die Ursache für den Feinstaub ist. Sie tut, als ob aus den Schornsteinen von Wien jetzt offenbar nur Lavendelduft und gesundheitsfördernde Dämpfe kämen. Irgendwie kommt mir das so vor wie eine rot-grüne Politikesoterik, die Sie hier betreiben, aber das ist sicherlich keine moderne Umweltpolitik für diese Stadt, damit streuen Sie leider einfach nur Sand in die Augen der Wienerinnen und Wiener, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber man soll auch etwas Positives sagen, und ich freue mich, auch etwas Positives gefunden zu haben, sehr geehrte Damen und Herren, nämlich dass Sie doch über lange, lange Zeit ein wenig lernfähig geworden sind. Als ein Beispiel sei hier die Wasserrohrsanierung angeführt. Was haben Sie uns denn gescholten, als wir Sie nach jedem größeren Wasserrohrbruch in den letzten Jahren darauf hingewiesen haben, dass das Wasserrohrsystem in der ganzen Stadt mehr als defekt und sanierungsbedürftig ist. Was haben Sie gesagt? Pure Übertreibung! Es ist kein Handlungsbedarf gegeben. Die Opposition redet alles schlecht.

Dann ist fast kein Tag mehr vergangen, ohne dass nicht irgendwo in einer Hauptstraße ein Wasserstrang geplatzt wäre. Verkehrschaos war die Folge. Sie konnten es selbst mit Ihrer Medienmaschinerie nicht mehr verschleiern. Da hat dann doch ein wenig das Sanierungsgesetz eingesetzt, und man hat gesagt, man müsste doch etwas tun. So freue ich mich, dass Sie zumindest in diesem Bereich in Ansätzen versuchen, das Wasserrohrsystem zu sanieren.

Was Ihnen aber nicht gelungen ist – das bedaure

nicht nur ich, sondern viele Wienerinnen und Wiener, die tagtäglich in dieser Stadt vor allem auch beruflich unterwegs sein müssen –: Sie sind unserer Forderung nach echter grabenloser Technik nicht nachgekommen. Sie machen nämlich nur die halbherzige grabenlose Technik, wo erst wieder eine Spur gesperrt werden muss, womit Sie wieder unnötig Stau produzieren. Es gibt Techniken, die international eingesetzt werden, womit man sehr wohl auch Wasserrohre so sanieren kann, dass man die Oberfläche, zumindest die Verkehrstechnik, nicht zerstören muss. *(GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Da setzt man Maulwürfe ein, oder was?)* Es gibt diese Technik.

Ich weiß, dass es unangenehm ist, ich weiß, dass es natürlich vielleicht nicht die Politik ist, die ihr machen wollt, weil ihr eure Politik offenbar damit verbindet, dass mit Rot-Grün gemeinsam in dieser Stadt tagtäglich ein Verkehrschaos eintreten soll. *(Lebhafte Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* Das ist offenbar das Ziel. Das haben wir gestern auch in der Diskussion zur zuständigen Geschäftsgruppe gehört. Was ist jetzt der Fall? Man macht jetzt Sanierungskonzepte im Bereich der Wasserrohre, verwendet aber leider nicht die modernste Technik, sondern versucht, hier immer noch mit alter Technologie auszukommen. Das ist nicht weniger teuer und schon gar nicht ist es besser.

Ein weiteres Thema ist die Grünraumpolitik. Anstatt Grünflächen zu sichern, werden immer mehr versiegelt. Leider sind schon in vielen Bezirken bis zu einem Siebentel der Bäume kaputt beziehungsweise schwer krank. Auch da höre ich nichts. Vor einiger Zeit haben sich die GRÜNEN noch an die Bäume gekettet, heute ist das offenbar kein Thema mehr. Auch mit dem muss man offenbar leben, wenn man in einer Regierung dabei ist.

Weiters ist die Erhaltung der Sauberkeit dieser Stadt zum reinen Lippenbekenntnis verkommen. Wien – und das kann man durchaus objektiv vergleichen, wenn man international nicht nur in Europa herumkommt – verkommt immer mehr zu einer schmutzigen Stadt. Ich sage das nicht gerne, denn ich bin sehr stolz auf diese Stadt und ich würde sehr gerne vielen Leuten sagen, dass wir eine sehr schöne Stadt haben, in der viel Sauberkeit herrscht. Aber schauen Sie sich um! Da hilft keine Romantik, da hilft kein Schönreden, in Wien haut es leider mit der Sauberkeit in der letzten Zeit überhaupt nicht mehr hin, im Gegenteil – da hilft Ihnen keine selbstbestellte Umfrage –, Wien hat in der Sauberkeit einen Einbruch erlitten, sehr geehrte Damen und Herren. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Da hilft es auch nicht, die großartigen Putz- und Überwachungstrupps hier anzukündigen. Die sind personell unterausgestattet, sie sind auch reine Phantasiegebilde, sie existieren in Wirklichkeit ja gar nicht. Und so wird leider der öffentliche Raum immer mehr verkommen. Ich hoffe, ich habe nicht recht, und ich würde mich sehr freuen, wenn es Ihnen gelänge, hier mehr zu tun, denn es hat ja größere Auswirkungen als nur im Rahmen einer Rechnungsabschlussdebatte, wenn eine Stadt verschmutzt. Das hat intensivste Auswirkungen auf das gesamte Klima einer Stadt, das hat auch wirtschaftspolitische Auswirkungen auf eine Stadt, aber offenbar muss

diese Stadt weiter verdrecken, weil Sie nicht in der Lage sind, wirklich Maßnahmen zu setzen.

Dass Sie unsere Idee einer Stadtwache ablehnen, jetzt unterstützt vom Koalitionspartner, womit vielleicht das eine oder andere an erzieherischen Maßnahmen gesetzt werden könnte, ist auch ein Faktum. Wir bleiben bei unserer Forderung, dass das richtig ist und so notwendig wäre. Man sieht es ja auch beispielsweise auf der Donauinsel, wo nichts mehr saniert wird, die immer verschmutzt und wo Konflikte mit Randgruppen da sind. *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Waren Sie überhaupt schon auf der Donauinsel, dass Sie so etwas sagen können?)* Ich bin sehr oft auf der Donauinsel gewesen, nur leider kann ich mich dort nicht erholen, deswegen bin ich nicht als mehr Freizeitbesucher, sondern nur als Politiker dort, denn das entspricht nicht mehr dem Stand einer zeitgemäßen Erholungsinsel, Frau Stadträtin. Da haben Sie kläglich versagt auf der Donauinsel, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Die Donauinsel gäbe es gar nicht, wenn es nach euch gegangen wäre!)*

Aber es gibt ja noch eine Reihe anderer Dinge. Wissen Sie, so viel Redezeit habe ich ja gar nicht, obwohl wir heute doch relativ viel Zeit haben, um alle Versäumnisse aufzuzählen. Ich werde mich deshalb auf die wesentlichen beschränken, nämlich auf die Zunahme der Müllmengen, die Abfallwirtschaft, die Renaturierung der Flüsse und Bäche, die noch immer ausbleibt. Auch das sind Forderungen der GRÜNEN, die in den letzten Jahren Anträge dazu gestellt haben. Bitte, tut etwas, schaut dass ihr eure Energie in die Stadtregierung einbringt! Ein bisschen Zeit habt ihr ja noch. Es würde mich freuen, in der nächsten Rechnungsabschlussdebatte lobende Worte – ich habe es ja heute bewiesen, ich bin durchaus in der Lage, auch das eine oder andere positiv anzuerkennen – finden zu können, wenn es euch gelänge, auch in diesem Bereich aktiv zu werden, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber lassen Sie mich versuchen, neben diesen Fachbereichen auch einen sehr allgemeinen wirtschaftspolitischen Aspekt zusätzlich zu analysieren. Umwelt und Wirtschaft stehen nämlich in einem sehr engen Konnex zueinander, und die Erhaltung und die Lebensqualität ist das eine, die Schaffung von Arbeitsplätzen ist das andere. Nachhaltigkeit steht ja bekanntermaßen auf drei Säulen, und neben der ökologischen Säule und der entsprechenden Ausformung im wirtschaftlichen Bereich ist es vor allem auch die soziale Säule, die eine ganz wichtige Komponente der Nachhaltigkeit darstellt. Da würde es mich freuen, würden Sie endlich auch erkennen, dass Wien als einziges Bundesland – da lässt sich mit der Konjunkturpolitik und irgendwelchen Zahlen aus der Vergangenheit nicht jonglieren – einfach die schlechteste Entwicklung im Bereich der Arbeitslosigkeit hat. Da sollten Sie wenigstens den Umweltbereich nutzen, um die richtigen Investitionen, die ohnehin dringend anstehen, zu machen, damit hier Arbeitsplätze geschaffen werden können und lokale Investitionen erfolgen, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir haben das ja schon vorgerechnet – ich wiederho-

le es noch einmal –, dass wir binnen 10 Jahren in der Lage wären, 30 000 Menschen Arbeit, zusätzliche Arbeit zu geben. Das wäre neben dem ökologischen Effekt auch ein sozialer Input in dieser Stadt, sehr geehrte Damen und Herren.

Wenn das der SPÖ kein Anliegen ist, kann ich nichts tun, kann ich es nicht ändern. Es ist offenbar ein Faktum, dass Sie hier nur verwalten und versuchen, das eine oder andere vorzuschreiben. Ich sage Ihnen aber anhand von ein paar Eckdaten, wie es gehen würde. Wenn man die Verdopplung der Wärmedämmungsanierung im Wohnungsbau endlich durchführen würde – das wird übrigens auch auf der Bundeseite, da stellen Sie ja den Bundeskanzler, da sollten ja gute Kontakte da sein, durchaus gefördert und gefordert –, würden 3 900 Arbeitsplätze geschaffen. Wenn wir das von uns geforderte Solarkompetenzzentrum einrichten würden, könnten wir hier wirklich etwa 10 000 Arbeitsplätze schaffen.

Das setzt aber natürlich voraus, dass man dann glaubwürdig ist und dass man dann auch in der Stadtpolitik Solarenergie einsetzt. Das passiert in Wien leider zu wenig. Da ist Wien ja auch Schlusslicht in allen Bundesländervergleichen, aber wenn man es machen würde, wäre es ein Leichtes, es auch umzusetzen. Wir unterstützen Sie gerne dabei. Dann könnten wir gemeinsam mit anderen Maßnahmen auch die Vollbeschäftigung in Wien wieder erreichen.

Was natürlich auch ein wesentliches Thema ist, ist der Verlust an Kaufkraft in Wien. Das merken Sie ja tagtäglich – auch in den Statistiken lässt sich das nachweisen –, und es hat natürlich damit zu tun, dass vor allem jene, die es sich leisten können, ins Umland ziehen, wo sie eine bessere Lebensqualität vorfinden. Ergo heißt das, dass die Lebensqualität in Wien schlechter wird, sonst würden sie das ja nicht tun, denn keiner nimmt längere Wege in Kauf, wenn es nicht notwendig ist, sondern die Leute ziehen ins Umfeld, weil in Wien halt die Lebensqualität schlechter ist, und das Ganze auch noch zu sehr hohen Preisen, wenn man sich die Gebührenlage anschaut.

Das ist eine Entwicklung, die vollkommen fehlgeleitet ist, es ist eine sozial fehlgeleitete Entwicklung, die zu Sozialghettos führen wird. Neben Ihrer wirtschaftlichen Inkompetenz ist es vor allem auch die soziale Inkompetenz, die Sie hier begleitet, sehr geehrte Damen und Herren von Rot-Grün.

Aber ich muss Sie im Rahmen des Rechnungsabschlusses natürlich auch – es gelingt Ihnen ja trotz der Ausgliederung immer noch nicht ganz – auf die Überschüsse hinweisen, die Sie aus Abwasser, Wasser und Kanal beziehungsweise Müllabfuhr erzielen. Bei allen Ausgliederungen sind es heuer trotzdem noch 72 Millionen EUR geworden, die Sie an das allgemeine Budget abliefern. Ich weiß, Sie werden sagen, das hat nichts damit zu tun, denn im Gebührenspiegel haben wir alles genau berechnet. Faktum ist, das sind auch jene Zahlen, die der Rechnungshof herangezogen hat. Sie haben ja selbst die Rechnungshofkritik schwarz auf weiß bekommen, und laut diesem Bericht haben Sie natürlich die Notwendigkeit, in Hinkunft weitere 72 Millionen EUR

durch weitere Ausgliederungen vermutlich oder andere Budgettricks zu verschleiern. Faktum ist, dass das Umweltressort abzockt, aber der Umwelt nichts zurückgibt, sondern das ins allgemeine Budget leitet, obwohl wir trotzdem das größte Budgetdefizit haben, das diese Stadt je gesehen hat, meine Damen und Herren.

Ich würde mir wünschen, die GRÜNEN als Motor zu nützen, diese geforderte Budgettransparenz der vergangenen Jahre selbst umzusetzen. Ihr habt jetzt die Chance, es wirklich auch offenzulegen, was alles im Argen liegt und wo das Geld einfach versandet und versickert. Nutzt die Möglichkeit! Wir werden auch hier in diesem Bereich auf diese Transparenz großen Wert legen und werden das auch in Zukunft weiter einfordern, sehr geehrte Damen und Herren.

Es ist Zeit, die alten Gleise zu verlassen. Vor allem an die grüne Adresse sei gesagt: Nützt eure Chance! Viel Zeit ist nicht mehr, euch einzubringen. Leider ist in der letzten Zeit nicht viel Positives passiert. Von der SPÖ erwarte ich mir im umweltpolitischen Sinne leider aus Erfahrung der letzten Jahre ohnehin nicht mehr viel, aber für die Wienerinnen und Wiener wäre es doch sehr wesentlich, die Umweltpolitik zu verbessern, die Lebensqualität zu verbessern, damit wir Wien auf einen Lebensstandard bekommen, der des 21. Jahrhunderts würdig ist, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es ist immer interessant, dem Kollegen Stiftner zuzuhören, wie er sich so hoffnungsfroh äußert: die GRÜNEN werden, die GRÜNEN sind, die GRÜNEN haben, die GRÜNEN können. Ich hoffe in Wirklichkeit, Sie haben uns auch gewählt, denn ich habe es interessant gefunden *(Heiterkeit im gesamten Plenum, Beifall bei den GRÜNEN.)*, dass Sie so viel Hoffnung in uns setzen. Das ist interessant, ja, wirklich, total interessant.

Interessant war natürlich auch Ihr Exkurs gleich am Anfang zu den Wahlverlusten der SPÖ. Also wenn ich mich recht entsinne, die GRÜNEN haben diese Wahl natürlich nicht gewonnen, sondern sie haben 2 Prozent verloren, aber die ÖVP hat die größten Verluste gehabt, wenn ich mich nicht täusche. Das hat schon auch ein bisschen mit der ÖVP-Politik zu tun. *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Roman Stiftner.)* Ich komm schon noch dazu.

Aber noch zu ein paar andere Dingen. Dass du jetzt draufkommst, dass Wien Kanal und das WGM ausgegliedert sind, das ist interessant, das war die letzten Jahre auch schon so. Und wenn ich mich nicht täusche, habt ihr immer verlangt, dass man zum Beispiel auch die MA 31 so einem Prozess unterziehen soll. Sich jetzt herauszustellen und zu sagen, das wird alles verschleiert, ist wirklich interessant.

Also wenn ich an Gott glauben würde, dann würde ich jetzt sagen: Gott bewahre! Aber Gott sei Dank haben wir die ÖVP nicht in der Regierung, denn sonst würden

wir uns jetzt über die Privatisierung des Wassers unterhalten. Oder nicht? Ihr habt das immer wieder verlangt, ihr wolltet in Wirklichkeit auch, dass die MA 48 ausgegliedert wird, zumindest *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Das haben wir nie verlangt!)*, in Wirklichkeit war von Privatisierung die Rede. Also jetzt zu sagen, das ist alles nicht so, finde ich interessant.

Interessant war auch zum Beispiel der Exkurs über die Solarenergie. *(Zwischenruf von Amtsf StRin Mag Ulli Sima.)* Ja, genau, das habe ich vergessen; überhaupt die Landwirtschaftsbetriebe insgesamt. Aber interessant war der Exkurs über die Solarfahrzeuge, wie es so schön geheißt hat. Also Solarfahrzeuge sind meines Wissen diese Fahrzeuge, die in der australischen Wüste mit einem Fotovoltaikpaneel oben herumfahren und wo man schaut, wie weit die kommen mit diesem Fotovoltaikpaneel.

Ich glaube, da geht es eher um Elektroautos, um Elektrofahrzeuge, und wenn ich mich nicht täusche ... *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Solartankstellen!)* Ja, ja, die Solartankstellen. Dazu komme ich schon noch. Keine Sorge! Wenn ich mich nicht täusche, haben die beiden Stadträtinnen vor Kurzem eine Förderung in diesem Bereich öffentlich kundgetan, und zwar, was die Fahrräder betrifft und auch die Umrüstung von normalen Fahrrädern auf andere. Das ist dir entgangen.

Ich weiß ja, dass der Herr Bundesminister gerne die Elektroautoförderung hätte, aber wenn ich mich nicht täusche, gibt es einen Herrn, der damals, glaube ich, Bundeskanzler war und jetzt Protagonist beziehungsweise Aufsichtsratsmitglied eines Atomenergiekonzerns in der Bundesrepublik ist. Er heißt Schüssel, glaube ich. Als Fukushima explodiert ist, hat dieser Herr dort nichts von sich gegeben. Ich glaube, er war sogar gegen den Ausstieg aus der Atomkraft in der Bundesrepublik. Das hat er, wenn auch leise, gesagt. Gut, er ist eine kleine Person und hat eine leise Stimme.

Aber jetzt komme ich zu seinem wichtigsten Satz. Er hat damals gesagt: „Ein Elektroauto kann ich mir vorstellen als Viertauto.“ Genau so wird die Elektroautogeschichte auch vom Herrn Berlakovich behandelt, der ja Ankündigungspolitiker pur ist. Ich glaube, er will Österreich bis 2050 energieautark machen. 2050 gibt es nicht einmal einen Tropfen Erdöl mehr, aber bis dahin sind wir energieautark. Das glaube ich auch.

Der Kollege Berlakovich ist übrigens auch derjenige, der als Umweltreferent im Burgenland das Plastiksaackerlverbot gefordert hat. Jetzt ist er dagegen. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Ihr habt es auch gefordert!)* Ja, wir haben es auch gefordert, wie andere Bundesländer übrigens auch *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Habt ihr es umgesetzt? Setzt es um!)*, und wir werden auch daran arbeiten, dass da etwas passiert.

Die ÖVP hat das in Wirklichkeit auch einmal gefordert, aber jetzt hat sie es wieder vergessen. Die ÖVP hat auch immer der Gasautoförderung zugestimmt. *(Neuerlicher Zwischenruf von GR Dipl-Ing Roman Stiftner.)* Ja, das stimmt, jetzt regst du dich darüber auf.

Ich meine, ich finde es interessant, dass die ÖVP jetzt plötzlich draufkommt, dass der Feinstaub ein Prob-

lem ist. Die Landesgrenze ist eine interessante Grenze zwischen Wien und Niederösterreich, nur macht der Feinstaub vor der Landesgrenze nicht Halt. Auch der in Niederösterreich boomende Verkehr ist schuld am Feinstaub, das kann man an den Stickoxidwerten sehr leicht nachweisen.

Es gibt eine Messstelle, und zwar, wenn ich mich nicht täusche, an der Westeinfahrt, im 13. Bezirk – Hietzing ist, glaube ich, ohnehin ein ÖVP-Bezirk –, dort werden an 364 Tagen im Jahr Überschreitungen bei den Stickoxiden gemessen. Warum nicht an 365 Tagen? Weil dort der Vienna Marathon veranstaltet wird. Woher kommen also die Fahrzeuge? Sie kommen aus dem Umland und fahren nach Wien herein.

Mit der Verkehrspolitik kann man also viel tun. Da wünsche ich mir, dass die Pröllianer da draußen in Pröllistan endlich etwas tun, damit eben nicht jeder Lenkraddreher und jede Lenkraddreherin mit dem Auto nach Wien fahren, sondern mit den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Das haben wir gestern schon diskutiert. Da ist euch nichts eingefallen außer U-Bahnen (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Aber die U-Bahn wird nicht verlängert!*), U-Bahnen nach Gerasdorf, U-Bahnen nach Schwechat, U-Bahnen neben der Schnellbahn, ich weiß es ja genau. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Die U-Bahn ist ein gutes Verkehrsmittel, und die Leute können ohne Auto kommen!*) Ich weiß auch, dass die Gelddruckmaschine ebenfalls in St Pölten steht, sonst hätten wir das alles längst. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Widersprich dir doch nicht dauernd!*)

Interessant sind auch die Strafzahlungen der EU. Erstmals kommt die ÖVP drauf: Hey, da müssen wir eventuell etwas zahlen. Da kommen Millionenforderungen auf Österreich zu.

Also noch einmal: Der Mann heißt Berlakovich, kommt aus dem mittleren Burgenland, war lange Zeit Landesrat im Burgenland, jetzt ist er Bundesminister. Er ist in der Hierarchie der ÖVP sogar aufgestiegen. Was hat er von sich gegeben? Wofür ist er verantwortlich? Er ist dafür verantwortlich, dass die österreichische Bundesregierung beziehungsweise die Republik Österreich, was CO₂ betrifft, Letzter ist in der EU. Wir müssen bezahlen, und zwar gar nicht wenig.

Wir haben auch Strafzahlungen zu gewärtigen, was die Feinstaubregelungen und Stickoxide betrifft. All das betrifft die Bundesregierung. Da ist gar nichts passiert! Ewig lang hat er an dem neuen IG-L gebastelt und auch für die Geschichte mit den Umweltzonen hat er ewig lang gebraucht. Was ist herausgekommen? In der Steiermark hat der FPÖ-Landesrat der Stadt Graz mehr oder weniger verboten, die Umweltzonen einzuführen.

Bei uns steht im Koalitionsübereinkommen, wir schauen, wie das Maßnahmenpaket 3 wirkt, dann werden wir mit internationalen Vergleichen schauen, ob wir eine Umweltzone in Wien einführen können oder nicht.

Das steht im Koalitionsübereinkommen. Wir haben uns darum gekümmert! Ihr habt hingegen alles abgedreht, und zwar in allen Bundesländern! David Ellensohn hat schon letztes Mal gesagt: Überall, wo in einer Koaliti-

onsregierung ÖVP draufsteht, kommt nichts heraus. Hier in Wien hingegen kommt etwas heraus, weil ihr hier nicht dabei seid. (*Ironische Heiterkeit bei GR Dipl-Ing Roman Stiftner.*)

Den Feinstaubalarm – noch einmal, das ist wichtig – gibt es in Niederösterreich genauso. Da sind alle ratlos, stellen die Nebenbahnen und die Busse ein, es gibt keine eigenen Busspuren. Über all das haben wir gestern schon geredet – und dann stellst du dich heraus und redest davon, dass wir die Grünflächen sichern müssen und dass die Bäume alle so krank sind.

Der letzte Konflikt, den wir mit einer Bezirksvorstehung über Baumfällungen hatten, war im 8. Bezirk, wobei die Frau Bezirksvorsteherin übrigens früher im Team des Herrn Umweltministers und später des Vizekanzlers Pröll war und daher die besten Drähte hat. Als der Herr Finanzminister noch Pröll geheißsen hat, hat die Stadt Wien beziehungsweise der 8. Bezirk versucht, den Park zu bekommen – im Finanzamt im 8. Bezirk. Jetzt ist die Frau Mickel Bezirksvorsteherin, wie gesagt, mit besten Drähten ins Ministerium. Und was ist passiert? Gar nichts! Er ist zu, niemand kann hinein. Das heißt: Wo die ÖVP regiert, bringt sie nichts zusammen!

Ein wichtiger Punkt – und dann möchte ich noch auf ein paar Dinge eingehen, die mir oder uns auch wichtig sind – war die Geschichte, die Stadt sei verschmutzt. Wo? Im ÖVP-Büro? Das stimmt überhaupt nicht! So eine Miesmache gegenüber der Stadt habe ich noch nie erlebt! (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Du musst nur herumgehen!*) Warum zum Beispiel kugeln so viele Plastikflaschen in der Gegend herum? Weil die Bundesregierung und wieder euer unseliger Umweltminister die Pfandre gelungen abgedreht hat!

In keinem europäischen Land gibt es so wenig Mehrweggebinde wie bei uns. Bei uns wird das weggeworfen. Warum wird das weggeworfen? Weil PET-Flaschen in Österreich von einer Firma erzeugt werden, wo Raiffeisen draufsteht! Das ist der Grund, warum das so massiv vorangetrieben wird. Ihr seid dafür verantwortlich, dass Mehrweg in Österreich im Moment keine Zukunft hat. Wenn es eine andere Bundesregierung gibt, werden wir das gemeinsam ändern.

Ihr habt nichts zusammengebracht in diesem Bereich. Null Komma nix! Und dann stellst du dich heraus und redest von Littering. Schau dir bitte einmal an, was Littering ist. Da geht's nicht nur um weggeschmissene Papierln, da kugeln Dosen, Plastikflaschen, Plastiksackerln herum. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Es ist nicht nur der Mist am Boden, es sind auch die Graffiti und sonstige Schmierereien!*) Und verantwortlich ist – noch einmal – die unselige Umweltpartei rund um den jetzigen Herrn Bundesminister.

Jetzt komme ich zu dem, was Wien in diesem Bereich vorangetrieben hat. Wir haben in der kurzen Zeit erreicht, dass es in nahezu jedem Bezirk Grätz- und Nachbarschaftsgärten gibt. Vertikalbegrünungen, Dachbegrünungen, Hofbegrünungen und Selbsterntefelder wurden vorangetrieben. – Das haben wir zusammengebracht!

Es gibt mehr Förderung für Elektrofahrräder, einen

Stufenplan für ein Plastiksackerlverbot, ein Regenwasserversickerungsprojekt, an dem die Stadt im Moment arbeitet und das sie bald veröffentlichen wird. Wir werden auch ein neues Konzept für das KliP erstellen.

Das heißt, mit uns wird die Stadt grüner, mit der ÖVP wird sie grau. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Eigentlich schwarz!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr.

GRin Angela **Schütz** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Rechnungsabschluss spiegelt die in Zahlen gegossene Politik der Regierungsfractionen wider. Wenn wir uns den Rechnungsabschluss im Ganzen ansehen, so würde auf unsere Regierung heute sicher auch eine Aussage des schottischen Nationalökonomen Adam Smith aus dem 18. Jahrhundert passen: „Keine Kunst lernt eine Regierung schneller als die, Geld aus den Taschen der Leute zu ziehen.“

Ausgliederung ist ein Schlagwort, das schon mehrmals gefallen ist. Etwa 50 Prozent der wirtschaftlichen Tätigkeiten der Stadt Wien sind ausgegliedert und entwickeln sich immer mehr zu Sorgenkindern. Durch diese Ausgliederung sind sie natürlich auch der Kontrolle des Gemeinderates entzogen, aber die wirtschaftlichen Erwartungen, die wir in sie gesetzt haben, haben sie bei Weitem nicht erfüllt.

Einen der Problemfälle möchte ich herauspicken, nämlich die Wien Energie. Wir haben gestern und heute immer wieder von der Wirtschaftskrise gehört. Da hat man wirklich falsch agiert. Anstatt zu investieren, hat man die Investitionen um 94 Millionen EUR gekürzt. Damit hat man natürlich keine zusätzlichen Impulse schaffen können.

Dabei könnte man durch die Schaffung der Stadtwerke neu, wie wir uns das vorstellen, einen Komplettanbieter für Strom, Gas, Fernwärme, Wasser und Kanal schaffen. So könnte man einerseits das Budget, andererseits die Bürger entlasten. Stattdessen hat die Stadt Wien auch im Umweltbereich ein Belastungspaket geschnürt: Wie wir gestern gehört haben, sind die Müllgebühren um 27 Prozent gestiegen und die Kanalgebühr um 35 Prozent.

Was die Wiener Gaspreise betrifft, so sind sie zwar vor der Wahl wunderbar gesenkt worden, aber mit 1. April wieder um 10 Prozent erhöht worden. Wenn man jetzt meint, dass die Erhöhung betriebswirtschaftlich notwendig gewesen wäre, so irrt man, das hat einzig und allein der Verbesserung des Betriebsergebnisses gedient.

Der Kanal, den wir heute auch schon einige Male bemüht haben, hat laut Rechnungshof einen Überschuss von 20,5 Millionen EUR erwirtschaftet, und diese sind für die Sanierung des Budgets verwendet worden.

Dem Umweltbericht kann man entnehmen, dass Umweltverschmutzung durch vermehrtes Verkehrsaufkommen entsteht. Das hat eine gewisse Logik. Aber anstatt den Verkehr im Sinne des Umweltschutzes flüssig zu halten, tut diese rot-grüne Regierung möglichst

viel, damit immer mehr Schadstoffe freigesetzt werden, indem sie nämlich die Ampeln immer auf Stop and go schaltet statt in Serie.

Das Ganze passiert natürlich unter dem Deckmäntelchen: Weg von der Straße, hin zum öffentlichen Verkehr. So soll angeblich die Umwelt gefördert werden. Wenn man allerdings bedenkt, dass der öffentliche Verkehr immer teurer wird und jeden Einzelnen belastet, weil der Einzelfahrschein oder die Streifenkarte im Vorverkauf um 20 Prozent mehr kosten, dann kann man auch verstehen, dass die Menschen verärgert sind.

Das ist aber sicher nicht der einzige Punkt, der die Menschen verärgert. Die Leute, die auf das Auto angewiesen sind, ärgern auch diese sogenannten Tempo-30-Zonen, die zum Lärmschutz eingeführt wurden. 53 Prozent der gesamten Gemeindestraßen der Stadt Wien sind laut Umweltbericht 2008 und 2009 Tempo-30-Zonen. Das dient einzig und allein dazu, dass der Lärm geringer wird; denn wenn die Geschwindigkeit geringer wird, wird auch der Lärm geringer, so der Rückschluss. Es gibt aber andererseits sehr viele seriöse Studien internationaler Natur, die belegen, dass, je langsamer die Fahrzeuge fahren, desto mehr Schadstoffe werden ausgestoßen, sodass wieder die Umwelt belastet wird. Man kann also wählen, was einem lieber ist.

Zum Thema Lärmschutz gibt es noch einen Punkt, den ich bemühen möchte: Der Lärmschutz hört für die Regierung beim Verkehr auf, beim Fluglärm werden die Menschen im Stich gelassen.

Eine weitere, sagen wir, umweltfeindliche Aktion ist, dass man für gewisse Zeiträume immer wieder Straßen sperrt. Zunächst hat man immer wieder den Ring gesperrt, für heurigen Sommer ist eine Sperrung der Lange Gasse geplant, um dort Picknickzonen, Grünzonen, Freiräume als Orte der Begegnungen zu gestalten.

Was bewirkt das für die Umwelt? Das hat nicht den Effekt, den es eigentlich haben sollte, im Gegenteil, der Individualverkehr muss umgeleitet werden. Damit wird der Spritverbrauch steigen. Das nützt also nicht der Umwelt, aber garantiert den Mineralölkonzernen. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass da mehr Interesse besteht, OMV-Aktien zu fördern als den Umweltschutz.

Ich komme zu einem weiteren Bereich, der heute ebenfalls schon erwähnt wurde, zum Bereich Werbung. Für die Umwelt wird eine, sagen wir, extravagante Werbung betrieben. Diese Werbung ist nicht billig, sicher nicht immer passend, aber sie greift gern ins Volle. Bezahlte wird sie letztendlich immer vom Steuerzahler.

Erinnern wir uns noch an die Werbung „Nimm ein Sackerl für mein Gackerl“. *(Die Rednerin hält abwechselnd Reproduktionen der genannten Werbeplakate in die Höhe.)* Das war zumindest lustig und hatte einen gewissen Erinnerungswert. Aber was hat die Grüne Jugend daraus gemacht? Weil die Werbung so gut ins Ohr ging, hat sie so dann diese unappetitliche „Österreich-Werbung“ gemacht. Viele von euch werden sich noch daran erinnern. Das war wohl die Koalitionsempfehlung.

Wer glaubt, dass damit das Ende der Exkrementen-

werbung erreicht war, ist heuer eines Besseren belehrt worden. Unsere Umweltstadträtin hat keine Mühe gescheut, die Schneekugel, die die Wienerinnen und Wiener so gerne mögen, mit dem Hundehaufenmotiv zu bemühen. Auch der Taubenkot ist ein werbewirksames Mittel. Der Griff in den Kot ist vielleicht nicht immer glücklich, aber mit Sicherheit kommt er den Steuerzahler teuer, denn er muss für die Imagekampagne aufkommen, die danach kommt.

Apropos Imagekampagne: Die Stadt Wien lässt sich die Werbung in all ihren Bereichen mit 80 Millionen EUR einiges kosten. Wenn man die Zeitungslandschaft und die einzelnen Werbebroschüren, diese Farbbroschüren der Stadt Wien, die man immer wieder in die Hand bekommt, betrachtet, so dürften sich die beiden Stadträtinnen Sima und Wehsely wohl auf Steuerkosten ein Werbe-Match in Farbe liefern. Ob es den beiden Damen dabei um die Stelle des österreichischen It-Girls geht oder sie gar um die Stelle der Vizebürgermeisterin der SPÖ buhlen, ist allerdings noch nicht klar.

Nun zu einem anderen Themenbereich, dem der Donauinsel – ein Thema, das auch in letzter Zeit regelmäßig die Zeitungen beschäftigt hat. Dieser Themenbereich Schandfleck Copa Cagrana war da ein Schlagwort. Wenn es nach StRin Ulli Sima geht, dann ist der Schuldige schnell gefunden: der Generalpächter, der ja geklagt wurde. Es ist aber relativ einfach, die Schuld immer beim anderen zu suchen und nicht im eigenen Bereich.

Fakt ist, dass sich Sima mit ihrer Entdeckung ganz gerne hat ablichten lassen und dass in ihrem Bereich dieser langjährige Generalpachtvertrag abgeschlossen wurde. Jahrelang hat Sima zugesehen, abgewartet, vielleicht auch Tee getrunken und nichts gemacht. Jetzt, wo der Karren festgefahren ist und sie Vorwürfe bekommt, wird gehandelt und Schuldzuweisung ausschließlich in eine Richtung betrieben. Man will offensichtlich nicht schlecht aussteigen und sein Image verlieren.

Ich denke daran zurück, als wir dort vor vielen, vielen Jahren das Schuh-Ski-Haus abgerissen haben. Hässlich hat es ausgeschaut, nichts ist dorthin gekommen. Jahrelang ist dann immer wieder diskutiert worden, wir haben Anträge gestellt, wir haben darauf hingewiesen, es sind die Zeitungen bemüht worden. Diese unattraktive Fläche ist einfach geblieben, und wir sind immer wieder getröstet worden: Ja, da kommt etwas Besseres hin, etwas viel Attraktiveres, viel Tollereres. – Nichts ist passiert.

Was nun den Zeitungsartikel betrifft, wonach Sima mit der Copa kurzen Prozess macht und den Müll wegbringen beziehungsweise auftauchen lässt, stellt sich die Frage: Warum wurde so lange zugesehen? Die Letztverantwortung für alle Verpachtungen hat nun einmal das Ressort. Normalerweise schaut man nicht jahrelang zu, wie nichts passiert und die Verschmutzung immer weiter zunimmt, sondern man handelt. Wer aber nichts gegen die Verschmutzung unternimmt, nicht handelt und jahrelang nur zuschaut, macht sich an dieser Umweltverschmutzung mitschuldig! Wer schweigt, stimmt zu, sagt ein altbekanntes Sprichwort. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eines ist sicher: Der Unrat, der da jetzt weggeräumt

wird, stammt nicht von gestern und heute, er hat sich schon lange angesammelt. Und diese Verantwortung wird Ulli Sima niemand abnehmen.

Aber die Copa Cagrana ist nicht das einzige Problem auf der Donauinsel. Auf die Drogenproblematik möchte ich jetzt gar nicht eingehen – der Hasi ist schon ganz ausführlich darauf eingegangen –, jetzt möchte ich über die illegalen Grillplätze sprechen.

Sie sind nicht unbedingt umweltfördernd. Illegaler Müll bleibt nach jedem Wochenende liegen. Wegen der illegalen Grillplätze, die unzureichend abgesichert sind, herrscht Brandgefahr. Das sorgt immer wieder für Feuerwehreinätze und stellt eine Gefahr für die Umwelt dar.

Auch die WC-Anlagen waren dort immer wieder ein Thema. Es gäbe ja schon einige, aber sie werden nicht wirklich genutzt. Diese Anlagen gelten nämlich für viele als unrein und werden daher abgelehnt. Den Rest kann man sich denken. Auch hier gäbe es einigen Handlungs- und Aufklärungsbedarf.

Das gilt übrigens auch für die Vandalismusschäden, die dafür sorgen, dass das Umweltbudget jährlich enorm belastet wird.

Da fällt mir auch, weil es gerade aktuell ist, das Donauinselfest ein, das Jahr für Jahr einen teuren Eingriff in die Natur notwendig macht. Die dortige Grasnarbe wird durch den Massenansturm immer wieder geschädigt, ganz zu schweigen von den Kosten, die durch die Müllbeseitigung entstehen. Es fragt sich nur, ob der Unrat, der da von den Besuchern jährlich ins Wasser gekippt wird, auch jedes Mal wieder herausgefischt wird.

Ich komme nun zu einem anderen, auch schönen Thema, jenem der Parkanlagen. Wien kann auf viele Parkanlagen stolz sein, aber in den grünen Bezirken werden Parkanlagen nicht saniert, sondern, man kann fast sagen, kaputtsaniert. Da werden die Bäume so zusammengestutzt, dass man sie vielleicht gar nicht mehr als Bäume erkennen kann, oder sie werden gefällt, weil sie eben schon alt sind. Manchmal werden sie auch derart zugepflastert und zubetoniert, dass die Wurzeln absterben. Aber wenn die Bäume gefällt werden, gibt es vor Ort keine Neupflanzungen, sie finden irgendwo anders statt.

Damit diese Anlagen pflegeleichter sind beziehungsweise unter dem Deckmäntelchen, dass sie für ältere Menschen besser begehbar sein sollen, werden diese ehemaligen grünen Parkanlagen eben zugepflastert und zubetoniert: Zuerst werden sie geschottert, dann wird dort Asphalt aufgetragen, und zum Schluss ist das Grün in dieser Parkanlage auf die Hälfte reduziert, die Bänke stehen in der prallen Sonne. Dann stellt man in der Mitte des Platzes noch so ein teures, rostig anmutendes Kunstwerk auf und muss feststellen, dass die Parkanlage nicht mehr so gern besucht wird.

Da wir schon beim Beton sind, fallen mir noch die 80 Fußgängerzonen ein, die im Umweltbericht als Umweloasen der Stadt bezeichnet werden. Auch diese verdienen eine nähere Betrachtung. Die meisten wurden mit Asphalt, Waschbetonplatten und Pflastersteinen einfach zugepflastert. Von wirklichen Grünoasen mit Bäumen, Blumeninseln mit ausgefallener gärtnerischer Gestaltung

sind wir weit entfernt. Vom Erholungswert kann auch nicht die Rede sein. Da wurde wirklich viel verabsäumt.

Da wir gerade von Blumeninseln sprechen, fällt mir auch noch ein: Entlang der Linie 2 hat es früher in der Mitte der Straßen diese netten Blumenrabatten gegeben. Die haben immer sehr schön ausgeschaute und sind international sehr bewundert worden, doch hat man inzwischen auch die entfernt.

Da wir beim Thema Grün in der Stadt sind, muss ich noch die Schanigärten bemühen. Früher galt es als Kriterium von Schanigärten, dass die von Pflanzentrögen umgeben waren, da waren Pflanzen, Sträucher, Blumen et cetera. Das hat sehr schön ausgeschaute, diente dem ökologischen Gleichgewicht der Stadt und war ein Genehmigungskriterium. Heute ist es kein Kriterium für einen Schanigarten mehr. Es geht ab, damit ist der Garten nicht mehr das, was er einmal war.

Ein besonders übles Beispiel für einen ökologischen Super-GAU kann ich mir nicht verkneifen, nämlich die Sanierung des Schwarzenbergplatzes. Das war ein wunderschöner Platz, mit einem ganz tollen Blick aufs Grün. Es ist einfach nicht nachvollziehbar, wie man diesen Platz so verunstalten konnte. Eine Orgie von Beton, Lichtmasten und Lichtspots, die jede Menge gekostet haben und den ursprünglich harmonischen Blick auf den Brunnen vollkommen verunstaltet haben! Bis heute ist in diese Richtung überhaupt nichts rückgängig gemacht worden. Wenn man aus der Vogelperspektive auf den Platz hinunterschaut, könnte man manchmal glauben, es wäre eine Einflugschneise.

Neu und modern muss nicht immer ökologisch und vor allem nicht immer eine Verbesserung sein. Ich erinnere an die Lichtmastengestaltung am Naschmarkt. Da haben wir ein tolles Jugendstilensemble, aber die neuen Lichtmasten sind nicht unbedingt eine optische Verbesserung.

Es wäre nicht der Bereich Umwelt, wenn wir nicht auch das Thema Hundeführschein streifen. Er wurde relativ schnell eingeführt, aber offensichtlich nicht wirklich durchdacht. So wurde vor Kurzem selbst aus Kreisen der SPÖ zugegeben, dass er vielleicht nicht ganz so glücklich beziehungsweise noch nicht ganz ausgegoren sei, dass noch Bedarf zur Überarbeitung gegeben sei. Das gilt besonders für die Hunderassenliste. Auf dieser fehlt nämlich nach wie vor der bissfreudigste Hund, der Schäferhund – vielleicht weil es der Lieblingshund der Wienerinnen und Wiener ist.

Da wir schon beim Thema Hunde sind: Der Hund ist der wichtigste Freund des Menschen und besonders für viele ältere Menschen ein wichtiger Ansprechpartner. Wie alle Lebewesen brauchen Hunde eine besondere Pflege und darüber hinaus ausreichend Auslauf. Da der Bereich Umwelt auch für Vierbeiner zuständig ist, sollten wir auch diesem Kapitel Platz einräumen. Der Umweltbereich ist damit dafür verantwortlich, dass in jedem Wiener Bezirk ausreichende, entsprechend große Flächen, teils auch mit Wasserzugang, als Hundeauslaufzonen errichtet werden, und zwar so, dass sich auch mehrere große Hunde darin bewegen und ihren Bewegungsdrang ausleben können.

Ganz zum Schluss fällt mir zum Thema Hunde – das sollte man nicht unerwähnt lassen – natürlich auch das Tierschutzhaus ein. Es ist vom Khlesplatz nach Vösendorf auf ein Grundstück der Stadt Wien übersiedelt und nur zehn Jahre nach seiner Eröffnung ist dieser Standort ein abbruchreifes Millionengrab. Es war nämlich ein Areal einer ehemaligen Ölraffinerie, das nie saniert wurde. Da stellt sich die Frage: Wie lange schaut unsere Stadträtin, die für den Tierschutz zuständig ist, noch zu, wie die Gesundheitsgefährdung von Angestellten und Tieren Platz greift? Und vor allem: Was wusste man in diesem Ressort über die Altlasten?

Im Umweltbericht beziehungsweise im Umweltbereich gibt es noch ein anderes Thema, nämlich das Leitbild Grinzing. Man muss schon sagen, da ist reichlich spät etwas erfolgt. Es ist eigentlich eine reine Alibiaktion, denn die Stadt Wien hat dem Ausverkauf und dem Verfall von Grinzing jahrelang zugeschaut, ohne mit der Wimper zu zucken. Ulli Sima weiß schon seit Jahren, dass der Weinbau stark zurückgegangen ist. Jetzt startet man eine Offensive, die sogar Immobilienmakler zum Weinbauern bringt, aber das scheint auch schon alles zu sein.

Es gibt natürlich noch andere Verunsicherungen im Umweltbereich: Zum Beispiel dieses sogenannte Kühlschrankschrankpicken. Ich weiß nicht, wer sich an diese Kühlschrankschrankplakette noch erinnern kann. (*GR Dr Wolfgang Ulm: Die findet man nie, wenn man einen Kühlschrank entsorgen will!*) Ja, das hat man jahrelang beim Neukauf eines Eiskastens zahlen müssen, dann ist das draufgepickt worden und hat es geheißt, wenn man diese Bestätigung hat, bekommt man das zurück beziehungsweise einen Eiskasten gegen den nächsten Eiskasten.

Viele Millionen sind auf dieses Konto geflossen. Jetzt hat die EU diese Steuer wieder aufgehoben. Und was ist passiert? Gehört hat man nichts davon oder nicht wirklich viel. Da ist verabsäumt worden, der Bevölkerung zu sagen: Hey Leutl, ihr könnt jetzt euer Geld zurückbekommen! Geht hin, fordert das zurück! Ihr braucht das nicht mehr. Es hat aber auch niemand gesagt, was mit den Mitteln passiert, wenn die Leute diesen Schein nicht mehr haben. Was passiert mit diesen vielen Millionen Euro, die da liegen? Wenn man weiß, dass von diesen ausgegebenen Plaketten erst 18 Prozent wieder ausgelöst worden sind, dann kann man sich ausrechnen, wie viel Geld hier liegt, und zwar mit Zinsen.

Dann gibt es die Kritik an der Energiesparlampe. In vorausseilendem Gehorsam gegenüber der EU muss ja alles ohne Wenn und Aber übernommen werden. Es hat keiner geprüft, was für Langzeitfolgen dieses Licht auf Tiere, Menschen und Pflanzen hat und welche Umweltfolgen auf uns zukommen. Es spricht auch niemand darüber, dass diese Lichtquelle nur von Nutzen ist, wenn man sie als Langzeitlichtquelle benutzt und nicht kurzfristig ein- und ausschaltet. Inzwischen wissen wir auch, dass diese Lichtquelle hinsichtlich ihrer Lichtintensität mehr als zu wünschen übriglässt.

Weiters möchte ich das Thema der vielen bezahlten Watchers, die es in Wien gibt, streifen. Da weiß eigent-

lich keiner so richtig, wer wofür zuständig ist und welche Farbe der für diesen Bereich Zuständige hat. Und wenn man ehrlich ist, muss man sagen: Man sieht in der Stadt nichts davon.

Dafür hat der Umweltbereich die Naturwacht ausgehungert. Sie wurde im Naturschutzbericht lobend erwähnt, weil sie viele Aufgaben für den Erhalt der Artenvielfalt, der Amphibienwanderung, vor allem in der Lobau, aber auch für den Gewässerschutz übernommen hat. Die Naturwacht kann auf jahrelange Erfahrung und viele, viele Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit zurückgreifen. Der Verein und vor allem seine Mitglieder wurden nicht umsonst mehrmals belobigt, erhielten Auszeichnungen und Preise.

Apropos Lobau: Sie zählt sicherlich zu den sensiblen Ökologiegebieten der Stadt Wien. Jeder Eingriff, der da erfolgt, muss gut überlegt und langfristig geplant werden. Es mutet daher sonderbar an, dass die ÖBB ausgerechnet dort eine Mäh-Lok parkt und dann auch noch vergisst. Abgesehen von der Gefahr einer Umweltverschmutzung durch Ölaustritte, handelt es sich in diesem Fall auch um Steuerverschwendung. Außerdem ist hier die sensible Ökologie ein bisschen aus dem Gleichgewicht geraten, denn mittlerweile ist die Maschine ganz überwuchert.

Zurück zur Stadt Wien: Jahrelang hat sie Gebäude und große Parkanlagen in ihrem Besitz vernachlässigt und sie dann mit der Dezentralisierung in den finanziellen Bereich der Bezirke überlassen. Die mussten dann schauen, wie sie damit klarkommen, ohne sich dadurch hoch zu verschulden. Zwei Einrichtungen möchte ich dafür exemplarisch herausgreifen.

Da ist einmal der Blumengarten Hirschstetten. Ich erwähne ihn nicht nur, weil ich dort in der Nähe wohne, sondern auch, weil das ein Ort ist, der von vielen Wienerinnen und Wienern gerne als Ausflugsziel aufgesucht wird und weil seine kreativen Errungenschaften im Umweltbericht lobend erwähnt wurden: Bauernhof, Themengärten, es gibt dort viele tolle Sachen. Doch muss einem eines klar sein: All diese Dinge sind ausnahmslos aus dem Bezirksbudget bezahlt worden. Dennoch gehen alle Einnahmen, die dort lukriert werden, zum Beispiel bei Hochzeiten im dort errichteten Hochzeitspavillon, an die Stadt Wien.

Ein weiteres Beispiel ist der Kurpark Oberlaa, seinerzeit für die WIG, die internationale Gartenschau, errichtet. Auch der wird vom Bezirk erhalten. Da ist jahrzehntelang nichts passiert, außer dass der Sessellift abgebaut wurde. Vor einigen Jahren haben wir vom Bezirk viel Geld bezahlen müssen, damit dort die Kaskaden des Springbrunnens erneuert werden konnten, sonst hätten sie nämlich geschlossen werden müssen. Auch das Restaurant ist, wie wir schon gehört haben, ziemlich verkommen, hat schon bessere Zeiten erlebt – eine recht zeitungsträgliche Geschichte. Was ist jetzt über? Der Bezirk muss die Neugestaltung und Sanierung sowie das Rosarium zum größten Teil aus seinen Mitteln finanzieren, anstatt dass wir das aus dem Zentralbudget zahlen. Dafür hat die Stadt Wien aber Geld für die Errichtung von Gedenkbüsten für fragwürdige Persönlichkeiten und

Diktatoren.

Wir finden, dass Parkanlagen oder Bauwerke, die Wien weit von Interesse sind, zur Gänze aus dem Zentralbudget erhalten und finanziert werden sollten, zumal die Stadt Wien das Schulsanierungspaket den Bezirken überlassen und dadurch deren Verschuldung gesteigert hat.

Aber zurück zum Kontrollamtsbericht. Der Kontrollamtsbericht hat angemerkt, dass im Bereich Sima Mietobjekte im Eigentum der Stadt Wien teilweise nicht ganz so betreut werden, wie sie aus wirtschaftlicher Sicht hätten betreut werden können. Spät, aber doch hat es zu fast allen – aber nicht allen – Kritikpunkten eine Reaktion der Magistratsabteilungen mit den entsprechenden Forderungen an die Mieter gegeben.

Für viele dieser Objekte, die im Kontrollamtsbericht genannt waren, haben Plandokumente gefehlt, ebenso Unterlagen über Versicherungen, Brandschutz, Elektro-, Gas- und Kaminbefunde. Weiters haben bei einigen die Bewilligungen für Ein- und Umbauten gefehlt, und das eine oder andere Objekt war in verbesserungswürdigem baulichen Zustand.

Auf den Umweltbericht selbst möchte ich nicht näher eingehen. Das werden wir am Donnerstag machen, es ist ein eigener Tagesordnungspunkt. Aber vielleicht noch so viel: Es ist sehr bedauerlich, dass die Stadträtin den Aufgabenbereich der Umwelt, der die Maßnahmen für erneuerbare Energie beinhaltet, aus ihrem Bereich ausgegliedert und in den Bereich Verkehr und Stadtentwicklung abgegeben hat. Im Regierungsübereinkommen steht leider nicht allzu viel, und auch wenn man nachfragt, hört man nicht sehr viel. Aber eines muss man dazu schon sagen: Es täuscht nicht darüber hinweg, dass die Stadt Wien auf diesem Gebiet ein enormes Aufholpotenzial hat.

Auch streift der Umweltbericht der Stadt Wien den Bereich Solarenergie, Fotovoltaik und Erdgasfahrzeuge nur ganz kurz. Ganz ausgespart hat er den Bereich der erneuerbaren und alternativen Energieformen wie Windenergie, Hackschnitzelanlagen und Wasserkraft.

Man muss an dieser Stelle auch kritisieren, dass dem Kampf gegen die Atomkraft keine Zeile gewidmet wird; vielleicht deswegen, weil der Bund wieder einmal umgefallen ist.

Ich vermisse auch den Bereich der gentechnikfreien Produktion und Landwirtschaft in einem etwas prominenteren und größeren Umfang. Gesunde und ausgewogene Nahrungsmittel aus eigener Produktion sind in Zeiten von Massenerkrankungen durch Nahrungsmittel sowie ausländischer Panikmache ein Gebot der Stunde. Diesem Bereich muss absolute Priorität eingeräumt werden!

Ganz zum Schluss muss ich noch einen weiteren Vorwurf anbringen. Bei Umweltsubventionen dort einzusparen, wo es um sogenannte Green Jobs geht – auch wenn es sich nur um Praktika handelt –, ist Sparen zum falschen Zeitpunkt und am falschen Ort.

Aus all diesen Gründen werden wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Valentin. Ich erteile es

ihm.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich habe eigentlich geglaubt, dass ich nach der langen Zeit, in der ich im Umweltausschuss tätig sein darf, von einer Rechnungsabschlussdebatte oder einer Budgetdebatte nicht mehr überrascht werden kann. Aber ich muss der FPÖ-Fraktion durchaus ein Kompliment machen: Sie haben es geschafft. Sie haben es tatsächlich geschafft, dass ich mich gefragt habe, wo ich hier sitze und ob wir jetzt wirklich über die Geschäftsgruppe Umwelt reden. Ich bin Gott sei Dank nicht Lehrer von Beruf, das ist mein Kollege von den GRÜNEN. Wenn er jetzt eine Note geben müsste, wäre es eine Themenverfehlung.

Ich diskutiere gerne mit der Kollegin Schütz über Lampen und Beleuchtung in dieser Stadt, über den Schwarzenbergplatz, über andere Dinge wie den Konsumentenschutz oder Ähnliches – wir können uns auch gerne nachher in der Cafeteria zusammensetzen –, nur hat das nicht rasend viel mit der Geschäftsgruppe zu tun, das fällt nicht in deren Kompetenz.

Ich denke, man soll die Erwartungen im ersten Jahr nicht allzu hoch ansetzen. Da freut man sich schon, wenn man den Saal, die Veranstaltung gefunden hat. Über das Thema werden wir uns in den restlichen fünf Jahren vielleicht auch noch einigen können, aber es ist schon ein bisschen schwierig. Nicht böse sein, das möchte ich vorweg sagen, ohne bösartig zu wirken. Kollegin Wehsely wirft mir im Bezirk immer wieder vor, ich wäre etwas zu hart. (*Heiterkeit bei GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.*) Ich versuche, es nicht zu sein. Auch mir gefällt nicht jeder Kandelaber, aber sei's drum.

Zumindest zu Beginn meiner Wortmeldung möchte ich mich auf gesichertem Terrain bewegen und zu denjenigen, die im Saal noch übrig geblieben sind – ich schätze, es sind hauptsächlich Beamtinnen und Beamte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zu denen ich neben den Damen und Herren im Internet spreche – über den 26. Mai 2010 sprechen. Da fühle ich mich wohl, da fühle ich mich sicher.

Am 26. Mai 2010 ist etwas passiert. Damals ist eine Gruppe an die Weltpresse getreten. Man hat gesagt, man habe 221 Metropolen verglichen und festgestellt, dass Wien die lebenswerteste Stadt ist. Da ging es um Ressourcen, Nachhaltigkeit, Daseinsvorsorge, um Dienstleistungen wie Sauberkeit und Ähnliches.

Wenn ich darauf repliziere, dann finde ich mich ein bisschen mehr als die Kollegin von den Freiheitlichen in der Geschäftsgruppe der Frau StRin Sima wieder. Ich möchte ihr dafür gratulieren, aber ebenso möchte ich auch den Damen und Herren, die in dieser Geschäftsgruppe arbeiten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Front die Arbeit machen, den Abteilungsleiterinnen, die die strategische Arbeit machen, herzlich gratulieren und ihnen namens der Wienerinnen und Wiener für diese hervorragende Arbeit danken! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Jetzt kann man sagen: So eine Agentur kann sich irren. Mein Gott, was tun diese Leute schon? Sie fahren in der Welt herum, machen Umfragen, taxieren das – sie können sich irren. Aber die zig Millionen TouristInnen, die diese schreckliche Stadt aufsuchen – die gar so grauslich und verschmutzt ist, wo man sich gar so fürchten muss –, irren sich nicht, denn sie zahlen Geld dafür. Das sind nicht die von den Freiheitlichen gefürchteten Wirtschaftsflüchtlinge, die sich „einschleichen“, das sind Leute, die gutes Geld dafür zahlen, dass sie nach Wien fahren. Wenn sich auch diese Leute irren – mein Gott, wer hat dann noch recht?

Der langen Rede kurzer Sinn: In dieser Frage glaube ich Mercer und den Millionen Touristen mehr als der Opposition, denn Touristen sind unverdächtiger und zahlen sogar dafür, dass sie hierherfahren dürfen, wo angeblich alles so schlecht ist. Diese Leute können sich nicht rasend irren, meine Damen und Herren, dies sei einmal mehr gesagt.

Lassen Sie mich diese Grundsatzthemen aufarbeiten. Ich habe so ein bisschen gehört – oder was heißt, ein bisschen, ganz massiv –, dass Kollege Stiftner von einer Politik der Gags gesprochen hat. Gags hast du es genannt? (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Roman Stiftner.*) Ja, okay. – Etwas Ähnliches hat auch Kollegin Schütz gesagt. Sie meinte, dass die Umweltstadträtin jeden Tag ein paar Inserate absondert, um im Lichte der Öffentlichkeit besser dazustehen.

Die Bilanz zeigt jedoch, dass das nicht stimmt. Bei einer dieser angeblich einsamen Aktionen waren gemeinsam mit dieser angeblich so einsamen Umweltstadträtin, die Inserate schaltet, um die Gunst der Menschen zu erlangen, dieses Jahr 11 600 Menschen unterwegs. Die haben rund 273 Initiativen bei „Wien putzt sich heraus!“ mitgemacht. – Gar so einsam ist diese Geschichte also nicht!

Ich kann die Kritik ja verstehen: Da ruft eine Politikerin die Leute zu etwas auf, und es kommen 11 600 Menschen – das sind nicht wenige, es gibt Bezirke, die fast weniger Einwohner haben – und machen da mit. Das kann beunruhigen, das sehe ich ein.

Eine dieser PR-Aktionen oder Gags, wie du das genannt hast, hat 200 000 Menschen bewegt. So viele haben nämlich gegen Mochovce unterschrieben. Wenn diese Frau, die hinter mir sitzt und für die Umwelt dieser Stadt verantwortlich ist, das nicht ins Leben gerufen hätte, wenn wir damit auf den Umweltminister der Bundesregierung gewartet hätten, dann hätten wir lange gewartet; und wenn wir auf die FPÖ gewartet hätten, würde es noch länger dauern.

Der langen Rede kurzer Sinn: 200 000 Menschen. Ist auch das wenig und schäbig? Ist auch das eine Geschichte, die niemanden bewegt hat, wo man an den Interessen der Menschen vorbeigearbeitet hat?

Okay, Mercer irrt sich, es irren sich die zig Millionen Touristen, es irren sich die 11 600 Menschen, die eine Stadträtin an ihren Arbeitsplätzen, an der Schulbank motiviert mitzumachen, es irren sich die 200 000. – Wenn sich so viele irren, dann würde ich als Opposition langsam Angst bekommen.

Apropos Angst, auch dazu fällt mir etwas ein. Kollege Stiftner hat am Beginn – das tut er gerne, dafür schätze ich ihn auch, das gibt auch etwas her – ein paar Ranking-Geschichten gebracht, über Wahlniederlagen und Wahlerfolge. *(GR Heinz Hufnagl: Die kleinste ÖVP, die es je gab!)* Ich habe ihm zugehört und habe mir gedacht: Von welcher Partei kommt mein lieber Freund Stiftner eigentlich? Von der Partei, die den größten Wahlerfolg aller österreichischen ÖVP-Landesorganisationen gelandet hat, das Champagnerglas noch in der Hand vom letzten Wahlerfolg? – Eher nicht.

Ich denke mir: Wenn man in der Situation sitzt, und wenn man den letzten Umfrageergebnissen nur ein klein wenig Glauben schenken kann – es sind ja nicht immer nur SPÖ-Umfrageinstitute, auch einige von der anderen Reichshälfte kommen, wie ich höre, auf ähnliche Werte – , wenn man da von Massenbewegungen spricht, die hinter einem stehen, dann entspricht das wohl nicht ganz der Realität. Das ist durchaus überschaubar.

Ein Freund hat einmal zu mir gesagt: Bedenklich wird es dann, wenn du alle deine Freunde einlädst und nur noch eine Telefonzelle brauchst, um sie unterzubringen. So schlimm ist es noch nicht, aber es geht durchaus ein bisschen in diese Richtung. *(GR Heinz Hufnagl: Eine Doppelzelle ist es noch!)* Wie auch immer, ich wollte es anmerken. Das hat mich in der Tat verwundert, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich jetzt ernsthafter werden – wobei mir das nach den Debattenbeiträgen im Vorfeld ein bisschen schwerfällt.

Der Redner und die Rednerin von den beiden Oppositionsparteien haben die Frage der Solarenergie, der Nutzung von Sonnenkraft und so weiter angeschnitten. Obwohl das nicht ganz in unseren Bereich gehört, sei doch angemerkt, dass wir im letzten Jahr bei der Solarthermie 250 Förderanträge gehabt haben und 3 138 m² an Kollektorfläche installiert haben. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Hast du dir angeschaut, was möglich wäre in einer Millionenstadt? Das ist ja peinlich!)*

Jetzt hast du etwas ganz Wesentliches gesagt. Du hast einen Begriff angesprochen, der durchaus stimmig ist, Millionenstadt hast du gesagt. Städte unterscheiden sich vom Land meistens insofern, als es am Land freie Felder, einsame Häuser und Gehöfte gibt, und in einer Stadt eben meistens höhere Häuser, weniger Dachflächen, dafür aber mehr Leute. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Aber wir haben große Dachflächen!)*

Der Versuch, die Entwicklung der Solarthermie am Verhältnis der Kollektorflächen pro Person zu messen, scheitert in Berlin genauso wie in London, Paris, Rom und eben auch in Wien. Die haben nämlich alle etwas gemeinsam: Es sind Plätze mit relativ hoher Einwohnerdichte, und diese Menschen leben normalerweise nicht in Streusiedlungen.

Ich habe beispielsweise keine eigene Dachfläche. Nicht etwa, weil ich ein Mensch zweiter Kategorie bin, sondern weil ich eben nicht unterm Dach lebe. Die Frage, ob ich mir eine Solarzelle aufs Dach knallen soll, stellt sich für mich nicht, weil ich gar nicht gefragt werde. Wenn ich ein Gehöft hätte oder in einem Einzelhaus

wohnen würde, würde es anders ausschauen. Dort geschieht es ja auch. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Sogar Gemeindebauten haben Dachflächen!)*

Du weißt ganz genau, dass wir beispielsweise die Frage der Volkssolarkraftwerke durchaus in das Klimaschutzprogramm aufgenommen haben, du weißt genau, dass das ein Projekt ist, das wir betreiben wollen, das aber anders zu regeln ist als draußen am Land, wo das einer alleine entscheiden kann.

Ich darf dir auch sagen: Bei der Fotovoltaik hatten wir im letzten Jahr 90 Förderanträge, 90 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 736 Kilowatt Peak, das sind über 724 Megawattstunden, und haben Fördermittel von 1,177 Millionen EUR ausgeschüttet und damit immerhin 250 Tonnen an CO₂-Ausstoßen pro Jahr vermieden. – Es ist also nicht so, dass nichts geschieht, nur haben Städte eben andere Rahmenbedingungen als beispielsweise Streusiedlungen. Auch das ist etwas, das man vermerken sollte.

Ich muss mich tummeln, denn Rüdiger Maresch hat gesagt, ich darf nicht wesentlich länger sprechen als er, denn wir wollen heute auch irgendwann fertig werden. Auch die Frau Stadträtin ist dieser Meinung.

Ich bin sehr dankbar, dass du erwähnt hast, dass 30 Millionen EUR jedes Jahr ... *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Roman Stiftner)* Gut, du hast es nicht erwähnt, aber du hast gesagt, dass Geld hineingesteckt wird. Jedenfalls werden Jahr für Jahr 30 Millionen EUR für den Neubau und die Sanierung von Wasserleitungen beziehungsweise des Wasserleitungsnetzes verwendet.

Das ist vor deiner Wortmeldung so gewesen – wir reden gerade vom Wasserleitungsnetz, wenn ich das noch einmal erwähnen darf –, das ist auch nach deiner Wortmeldung passiert. Auch die sechs Säulen hat es vor und nach deiner Wortmeldung gegeben.

Da gibt es auch den Bereich der Forcierung der grabenlosen Bautechnik, doch dürfte es da ein kleines Missverständnis zwischen uns beiden oder zwischen dir und der Geschäftsgruppe geben. Grabenloses Bauen heißt nicht, dass die Frau Stadträtin am Straßenrand steht und ein Rohr unter die Erde beamt, ohne hineinzugraben, und es dann verlegt. Irgendwann muss das Rohr wohl unter die Erde.

Kollege Wutzlhofer hat angeregt, dass das die Maulwürfe machen könnten. Tatsächlich ist es aber so, dass das Rohr, das irgendwann einmal grabenlos vorangeschoben wird – deswegen heißt es auch grabenlos, weil es eben geschoben wird –, irgendwann runter muss. Das bedingt manchmal, weil es in dieser Stadt Straßen gibt, dass Straßenteile eben gesperrt werden müssen. Das Beamten gehört nun mal noch nicht zu den Leistungen, die die Wasserwerke schaffen, aber ich glaube, sie arbeiten daran. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Das Beamten gibt es vielleicht nicht, aber dass die Wienerinnen und Wiener im Stau stehen, das ist Tatsache!)*

Auch das Wort Stillstand – ich möchte nur noch einige Schmankerl aufarbeiten – ist hier gefallen. Wenn man den größten Wasserspielplatz Europas eröffnet, wenn die Parks in einem hervorragenden Zustand sind – das sagen nicht nur wir, nicht nur die Mitarbeiter der MA 42,

sondern laut Umfragen auch die Wienerinnen und Wiener, unsere Kunden, für die wir arbeiten –, dann ist das nicht Stillstand!

Wenn man sagt, die Sauberkeit läge im Argen, wie du gesagt hast, dann weiß ich nicht, wo du nächstens und des Tages unterwegs bist. Ich weiß beispielsweise, dass die von dir gescholtene Magistratsabteilung selbst in Parks den Schmutz – unter Anführungszeichen –, der in Partygegenden anfällt, in den frühen Morgenstunden entfernt, damit du, wenn du beispielsweise am Sonntag in die Kirche gehst, nicht merkst, dass dort, wo du unterwegs bist, auch Damen und Herren jüngerer Alters gefeiert haben. All das passiert. Aber mir ist schon klar, dass man nicht alles wissen kann.

Was mich aber einigermaßen verunsichert hat, ist die Tatsache – wir wissen übereinander relativ viel –, dass du als Wirtschaftskammermitarbeiter die Veranlagungen der Stadt Wien kritisierst. (*Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*) – Entschuldige, Kollege Aichinger, aber es ist die Wahrheit. – Wenn ihr uns erzählt, es gäbe da Veranlagungen, die in die Hose gegangen sind, was in dieser Form gar nicht stimmt, dann muss ich sagen: Ich bin selber WKO-Funktionär. Ich erinnere mich daran, welche Debatten wir in der Wirtschaftskammer Wien beispielsweise mit der Frau Präsidentin geführt haben, und daran, dass uns die Frau Präsidentin schnell erklärt hat, nein, die Fachgruppen sind nicht geschädigt durch die schlechte Veranlagung, die die Wirtschaftskammer Österreich getroffen hat. – Danach von wirtschaftspolitischer Kompetenz in der Veranlagung zu sprechen, finde ich zumindest gewagt.

Die Frau Stadträtin sagt, es ist kühn. Das ist ein besseres Wort, darauf einigen wir uns. Es ist zumindest ein bisschen eine Chuzpe, wenn gerade du das sagst. Nicht böse sein, ich merke mir gewisse Dinge, die mir bei solchen Wortmeldungen eben immer wieder einfallen.

Zum Begriff Tarifeabzocke: Auch das ist etwas, das mir sehr am Herzen liegt. Ich habe fast geahnt, dass du das sagen wirst, aber auch die Kollegin von den Freiheitlichen. Wir haben bei Wien Kanal einen Kostendeckungsgrad von 57 Prozent, bei der MA 31 beträgt dieser 99,5 Prozent und bei der MA 48 beträgt er 98,48 Prozent. Einen Minusbetrag kann man nicht zurückzahlen, das brauche ich jemandem aus der Wirtschaftskammer ja nicht zu erklären. Also bitte nicht böse sein. Da von einer Abzocke zu sprechen, halte ich, gelinde gesagt, für merkwürdig.

Was so sicher macht, ist die Frage des Vergleiches. Ich weiß, wir leben nicht im Vergleich, sondern in Wien, aber man wird daran erinnern dürfen, wo ihr das Szepter führt und was es dort kostet. Wenn ich nach Graz schaue, so beträgt dort beispielsweise die Müllgebühr für einen 120-Liter-Behälter 8,33 EUR, in Wien jedoch nur 3,99 EUR. – Na, um den Unterschied möchte ich Klavier spielen können, dann wäre ich schon Konzertpianist!

Oder wenn ich mir anschau, wie es in Innsbruck ausschaut, so liegt dort die Wassergebühr wesentlich höher als bei uns – und das sind keine Sozialdemokraten. Wenn ich die Preise vergleiche, denke ich, dass die Bürgerinnen und Bürger, die woanders von euch die

Dienstleistungen bekommen, sich oftmals wünschen, in Wien zu sein.

Lassen Sie mich noch der Kollegin Schütz etwas sagen, die in ihrem Ausflug durch den Magistrat der Stadt Wien auch kurzfristig auf der Donauinsel gelandet ist. Es gibt so etwas wie den Rechtsstaat. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Sie hört dir gar nicht zu!*) Sie wird wahrscheinlich im Protokoll nachlesen, was ich ihr geantwortet habe, vielleicht kann ich mich daher kürzer fassen.

Frau Kollegin Schütz! Der Pächter wurde immer zeitgerecht gemahnt, auch die rechtlichen Schritte wurden immer zeitgerecht angedroht. Man wird der Kollegin Schütz, die gerade mit ihrem Kollegen aus dem 22. Bezirk, allerdings von der Sozialdemokratie, plaudert, nachher erzählen, was ich ihr geantwortet habe.

Auch das Zubetonieren von Parks habe ich nicht orten können. Auch da weiß ich nicht, in welcher Stadt Kollegin Schütz aufgewacht ist.

Schanigärten – der Fraktionskoordinator im Umweltbereich wird es ihr ausrichten – gehören nicht zum Bereich Umwelt. Für eine Bewilligung gelten bis heute dieselben Kriterien, allerdings geht es dabei nicht um Blumentröge, sondern vielmehr um Durchgangsbreiten und solche Dinge, aber sei's drum. Auch das ist, wie gesagt, nicht unbedingt etwas, das mit uns zu diskutieren ist.

Der Hundeführschein dagegen sehr wohl. Die Höchstgerichte haben den Hundeführschein als in Ordnung erachtet. Die von Ihnen, vor allem von Frau Matiassek, betriebene Beschwerde hat nichts gefruchtet. Ich darf anmerken, dass auch das Verfahren, das ich in Deutschland gegen jemanden hatte, der ein bisschen aufgehusst worden ist, ins Leere gegangen ist, da bin ich freigesprochen worden. Wie gesagt: Es muss nicht unbedingt alles stimmen, was man so sagt.

Das Leitbild Grinzing fällt nicht ganz in unsere Kompetenz. Mir fällt aber ein, dass Kollege Stiftner gefordert hat, dass wir die MA 49 privatisieren. Wenn wir das täten, gäbe es kaum Initialzündungen für den Wiener Weinbau mehr. Andererseits könnten die privaten Betriebe auf Grund der Tätigkeit und der Vorbildfunktion der MA 49 auch nicht in deren Windschatten unterwegs sein.

Last but not least zur Atomkraft. Frau Kollegin Schütz, ich habe schon am Beginn gesagt, 200 000 sind nicht wenig. So viele haben sich nämlich an den Unterschriften- und Protestaktionen der Frau Stadträtin beteiligt. Wenn ich an Atomkraftgegner in diesem Land denke, dann fällt mir nicht Berlakovich ein, auch nicht die FPÖ, sondern Ulli Sima. Damit möchte ich schließen und danke schön sagen. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Ing Udo Guggenbichler. Ich mache darauf aufmerksam, dass ab jetzt nur noch 20 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Einleitend: Es ist heute, glaube ich, an der Zeit, allen Mitarbeitern der Magistratsabteilungen, die dieser Geschäftsgruppe zugeordnet sind, für die Leistungen, die

sie im letzten Jahr und in diesem Geschäftsjahr erbracht haben, einen Dank auszusprechen. Sie können nichts für die Führung. Wahrscheinlich haben sie schon viel verhindert, was bei dieser politischen Führung tagtäglich an Inkompetenz an den Tag gelegt wird. Ich danke den Mitarbeitern und freue mich, im nächsten Jahr wieder mit ihnen zusammenarbeiten zu dürfen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie ich gestern schon kurz angesprochen habe, wird in diesem Ressort geschönt, plakatiert und Geld aus dem Fenster geworfen, ohne einen erkennbaren Vorteil für die Umwelt zu erreichen.

Ich erinnere kurz – leider Gottes waren Kollege Valentin und die Frau Stadträtin gestern nicht da – an die Ausschreibung bezüglich der LKWs, der MA 48 und der Wiener Linien, an die mangelnde Beantwortung betreffend die Kontrollen von Partikelfiltern im Baustellenbereich oder auch an die Medien-Show um die thermische Sanierung, die unterm Strich gar keine solche war, sondern ein reines Sichern von Medienrechten und Projekten.

Im Antiatombereich ist dieses sogenannte – ich sage, sogenannte – Umweltressort sehr säumig. Es ist nicht Sima, die angesprochen wird, wenn man einen Antiatompolitiker sucht, sondern die Freiheitliche Partei, die immer die Antiatompartei in diesem Land war. *(Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch)* Ja, die Freiheitliche Partei als einzige Partei – Herr Maresch, Sie sind da, danke –, schreibt euch das bitte alle ins Stammbuch und in den Kalender!

Der Herr Maresch hat heute das erste Mal etwas gesagt. Ist ja wunderbar, ich habe das schon mitbekommen. Vorhin, als Sie hier gestanden sind, hat die Frau Stadträtin gesagt, schau, das darfst du auch sagen, und Sie haben gesagt, ja gern, mache ich. – Das ist grüne Politik in dieser Stadtregierung! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Aufwachen! Keinen Blödsinn reden!)*

Wissen Sie nicht mehr, was Ihnen früher da geschehen ist? Gut, es fällt Ihnen wohl gar nicht mehr auf, wenn Ihnen von den Roten etwas eingesagt wird. Sie glauben mittlerweile wahrscheinlich schon, dass Sie das selber sagen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie reden so einen Blödsinn!)* Aber wurscht, es ist, wie es ist.

Schauen wir uns die Ereignisse des letzten halben Jahres an: Fukushima. Wir hatten einen Atomgipfel, der eigentlich eine gute Idee war. Nur ganz, ganz bedauerlich bei diesem Atomgipfel war, dass der Text vorbereitet war, dass Experten eingeladen waren, die eine halbe Stunde die Möglichkeit hatten, diesen Text weiterzuarbeiten. Danach wurde gesagt, jetzt sind wir fertig, jetzt hören wir uns noch zwei, drei Referate an, machen ein Foto, aber die Expertenmeinungen konnten leider Gottes nicht in ihrer Gesamtheit, wie es notwendig gewesen wäre, in diesen Text einfließen.

Es war zwar ein Schritt in die richtige Richtung, nur fehlt leider eines in diesem Text: der Ausstieg aus Euratom. Aber wen wundert's, dass der Ausstieg aus Euratom im Text nicht enthalten ist? Ihr habt ja alle den Vertrag von Lissabon unterschrieben und damit auch die Sache mit Euratom! Deswegen kann man das gar nicht

fordern, weil ihr ein schlechtes Gewissen habt, weil ihr das selbst unterschrieben habt und jährlich 40 Millionen EUR an österreichischen Steuergeldern, auch jenen der Wienerinnen und Wiener, in Atomkraftwerke investiert. Aber es ist eben, wie es ist.

Sie haben Ja zum Vertrag von Lissabon gesagt, und Sie haben in diesem Haus auch noch etwas getan. Wir haben in einem Antrag gefordert, eine Informationskampagne bezüglich erneuerbarer Energien zu starten. Und was machen Rot und Grün? Sie stimmen dagegen! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Diese Kampagne geht gegen Ausländer! Da werden wir nie und nimmer zustimmen!)*

Wir haben gefordert, eine Kampagne bezüglich Fotovoltaik zu starten. Was macht Rot-Grün? Rot-Grün stimmt dagegen. Das ist halt einfach diese Umwelt- und Naturschutzpolitik, die wir hier erleben dürfen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Euch kann man nicht zustimmen! Einer Kampagne gegen Ausländer werden wir nie zustimmen! Niemals!)* – Herr Maresch! Einer Kampagne gegen Ausländer, sagen Sie? *(GR Mag Rüdiger Maresch: Eure Kampagne geht die ganze Zeit gegen Ausländer!)* Herr Maresch, das müssen Sie mir erklären. Wenn wir einen Antrag stellen, dass man eine Informationskampagne über erneuerbare Energien macht, was geht da gegen Ausländer? *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr habt es gesagt!)* Sie sind einfach reflexartig unterwegs. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich bin nicht reflexartig unterwegs!)* Sie haben keine Ahnung von Ihrer Politik! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Nein, Sie haben einen Blödsinn gesagt!)* Sie können einfach nichts anderes sagen, als gegen die FPÖ zu hetzen! Ihnen fällt nichts Besseres ein! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das stimmt doch nicht!)* Aber wenn Sie glauben, dass Sie damit glücklich und glaubhafter in der Atompolitik und in der Umweltpolitik werden, dann werde ich Ihnen sagen, dass die Wienerinnen und Wiener das ganz anders sehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber Sie haben heute wieder die Möglichkeit, Herr Maresch, einem Antrag der Freiheitlichen zuzustimmen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich stimme Ihrem Antrag sicher nicht zu!)* – Sie stimmen dem Antrag der FPÖ nicht zu. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Dem stimme ich nicht zu!)* Das heißt, mit dem Tierschutz haben Sie auch nichts am Hut. Gar nichts! *(GR Mag Rüdiger Maresch: O ja! Aber Sie wissen überhaupt nicht, was dort los ist!)* Herr Maresch, die GRÜNEN in Wien haben kein einziges Wort zum Schutz dieser gefährdeten Tierart gesagt, weil Ihnen die SPÖ einen Maulkorb gegeben hat. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie haben die Ziesel mit Bibern verwechselt!)* Sie haben die Frau Petrovic aus Niederösterreich gebraucht! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Aber geh!)* Die haben Sie einfliegen müssen, damit sie etwas über die Tiere sagen darf. Sie dürfen es nicht einmal mehr, wenn Ihnen die Frau Sima hinten nicht auf die Schulter klopft und sagt, das dürfen Sie jetzt! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie haben sich in Wirklichkeit lächerlich gemacht! Sie haben keine Ahnung!)* Herr Maresch, es tut mir schlicht und ergreifend leid. Sie haben gar nichts dazu gesagt. Nichts, die Frau Petrovic aus Niederösterreich haben Sie gebraucht! Lesen Sie die „Kronen Zei-

tung", lesen Sie den „Kurier". Kein Wort von Maresch steht dort. Petrovic steht dort. Eine Presseaussendung gibt es von uns. Und heute wird es einen Antrag geben. Sie werden dagegenstimmen. Das ist Ihr Tierschutz, Herr Maresch! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Bei eurem Antrag stimmen wir schon dagegen!)* – Das habe ich mir gedacht.

Schauen wir uns an, was wir in Wien noch haben. Wir haben in Wien durch die GRÜNEN Radwege gekriegt. Das wissen wir ganz genau. Schauen wir uns den Ring-Radweg an. Vier Bäume mussten fallen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie haben die Ziesel mit Bibern verwechselt!)* – Kommen Sie heraus ans Pult, wenn Sie reden wollen! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wozu soll ich hinauskommen?)* Das ist ja eine fade Geschichte mit Ihnen. Kommen Sie einfach heraus! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie glauben, der Ziesel ist ein Biber und schwimmt in der Lobau!)* – Herr Maresch, das ist ja kindisch! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Lesen Sie Ihre eigene Presseaussendung durch! Oder habe ich da falsch gelesen?)* – Da haben Sie sicher falsch gelesen. Holen Sie sie her und zitieren Sie sie da! Dann reden wir darüber. *(GR Rudolf Stark: Macht euch das untereinander aus!)*

Regen Sie sich einmal über die Bäume auf, die am Ring-Radweg gefällt worden sind. Ihr baut dort Radautobahnen. Wo habe ich ein Wort von Ihnen, Herr Maresch, gehört? Kein einziges Wort. Dort werden Bäume abgeholzt. Schauen Sie hinaus bei der Rathausgarage. Aber dort sind Sie ja nicht, weil Sie fahren mit dem Ford oder Ihrem Volvo oft direkt in den Rathaushof hinein. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie fahren immer mit dem Auto!)* Dort haben Sie eine Verkehrsgefährdung verursacht und einen Baum dafür niedergeholzt. Eine grüne Kettensägeattacke, sonst können Sie da gar nichts auf die Welt bringen. Aber es ist halt so, mein Gott! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn wir schon beim Antrag sind, dann darf ich ihn auch gleich einbringen, Herr Maresch: Beschlussantrag der GRe Ing Udo Guggenbichler und Wolfgang Irschik:

„Der Gemeinderat spricht sich für die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre über das Plangebiet des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes 7906 und einer anschließenden Neubearbeitung unter enger Einbindung der Bevölkerung aus. Es soll eine Lösung für den Erhalt der dort ansässig bedrohten Ziesel erarbeitet werden, um den Bestand weiterhin zu garantieren.“

Herr Maresch, ich erwarte Ihre Zustimmung! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich stimme nur beim eigenen Antrag zu! Sonst stimme ich nirgendwo zu!)* Ich erwarte die Zustimmung der Grünen Fraktion und ich erwarte die Zustimmung von der SPÖ, weil ihr seid die Tierschützer! Ihr habt das Tierschutzressort inne. Liebe Frau Stadträtin, ich darf den Antrag übergeben. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: Ein Ziesel ist kein Biber in der Lobau!)*

Herr Maresch, ich wollte kurz noch etwas ansprechen, weil wir auch Kontrollamtsberichte gelesen haben. Da wollte ich auch voraussetzen, dass die Mitarbeiter nie etwas dafür können, sondern immer nur die politischen Verantwortungsträger. *(GR Mag Rüdiger Maresch: So*

wie in Kärnten!) – Kärnten ist sein Lieblingsbundesland. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie kommen doch aus Kärnten!)* Nur weil jetzt ein gebürtiger Kärntner hier steht, erwähnen Sie jetzt Kärnten. Wunderbar! Freut mich! Machen wir das weiterhin so! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Dort funktioniert ja alles bestens!)*

Schauen wir uns den Bericht des Kontrollamtes gemäß den Aufgaben der MA 49 an, haben wir schon einige Sachen, die wir näher betrachten sollten. Da geht es darum, dass zum Beispiel das Kontrollamt schreibt, dass die Daten aus den Abschussplänen in einem auf Microsoft Excel basierenden Vorsystem revierweise erfasst werden. Übersicht über Planungsdaten und der gesamten MA 49 auf elektronischer Basis wurden dem Kontrollamt nicht vorgelegt, leider Gottes keine Transparenz in diesem Bereich. Zusammenfassend stellt das Kontrollamt dann fest, und ich zitiere fast nur, weil ich glaube, es kann sich jeder aus den Zitaten ein Bild machen. Ich will das gar nicht werten. Das Kontrollamt stellt fest, dass von der MA 49 keine gesamthafte übergreifende Planung für die Verwaltung und Bewirtschaftung der Jagd vorgelegt werden konnte. Das Kontrollamt empfahl, eine umfassende integrative Gesamtplanung zu erarbeiten. Die Magistratsabteilung gibt es nicht erst seit gestern. Es wäre eigentlich schon Aufgabe der Stadträtin gewesen, dies früher zu organisieren.

Im Rahmen der übermittelten Wirtschaftslisten reden wir schon über eines. Wenn man denkt, im Jahr 2005 habt ihr einen Saldo von minus 635 000 EUR gehabt und das habt ihr innerhalb von fünf Jahren hinaufgeschraubt auf knapp 2 Millionen EUR, auf 1,9 und irgendetwas Millionen. Da ist Geld drinnen. Da wird leider Gottes durch die schlechte Wirtschaft von der Frau Stadträtin Geld verschleudert, das ich nicht nachvollziehen kann.

Aber reden wir weiter darüber: Das Kontrollamt stellt fest, dass in der Kategorie Personal der Wirtschaftsliste als Erleger oder Erlegerinnen auch Personen verzeichnet waren, die nicht in der von der MA 49 übermittelten Liste der jagdausübenden Mitarbeiter angeführt waren. Darunter befanden sich insgesamt drei Mitarbeiter anderer Magistratsabteilungen – die Frage ist, wer – und eine Vielzahl pensionierter Mitarbeiter der MA 49. Da gibt es anscheinend diese Jubiläumsabschüsse. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Bewohner des Gemeindebaus sagen kann. „Ich habe jetzt ein Jubiläum. Ich werde 50 Jahre.“, oder: „Ich bin 10 Jahre verheiratet. Und ich gehe jetzt zur Frau StRin Sima, ob ich einen Jubiläumsabschuss kriege.“ Mich würde interessieren, wann diese Jubiläumsabschüsse beantragt werden können, wo sie beantragt werden können und wie Sie diese Abschüsse der Allgemeinheit der Wienerinnen und der Wiener zugänglich machen können. Frau Stadträtin, ich würde mir darauf wirklich eine Antwort wünschen.

Dass die Vergabe von Abschüssen an Personen, die nicht dem jagdausübenden Personal der MA 49 angehören, ordnungsgemäß zu verrechnen ist, hat das Kontrollamt auch noch bemerkt, was vielleicht gar nicht so schlecht wäre.

Es geht aber weiter: „Nach der Mitteilung der MA 6 war eine detaillierte Auflistung der jährlichen Einnahmen

nach den oben erwähnten Einnahmearten Jagdpacht, Einzelabschüsse und Verkauf nicht möglich, da in den Modulen SAP entsprechende Standardauswertungsmöglichkeiten nicht vorgesehen sind, sodass nicht dargestellt werden kann, wie sich die Einnahmen aus dem Verkauf von Abschüssen und dem erlegten Wild entwickelt haben." – Die Abteilung gibt es auch nicht erst seit gestern. Die MA 49 sagt, sie wird in Zusammenarbeit mit der MA 6 eine verbesserte Darstellung erarbeiten. Ich sage noch immer, 1,9 Millionen EUR Minussaldo.

Das Kontrollamt stellt dann auch fest, dass auf Grund der nicht eindeutigen Ausgaben- und Einnahmuzuordnung auf Grundlage der von der MA 6 zur Verfügung gestellten Daten der wirtschaftliche Erfolg der Jagdwirtschaft in Form eines Abganges oder Überschusses aus kameraler Sicht nicht dargestellt werden kann. Wunderbar! Wie machen Sie denn Ihre Budgets, wenn Sie nichts darstellen können? Sie werden mir das sicher erklären können!

Dann gehen wir am Schluss noch kurz zur Prozessbeurteilung: „Im Rahmen der Prüfung war es für das Kontrollamt nicht nachvollziehbar, dass zum Zeitpunkt der Einschau im Jahr 2010 der MA 6 noch keine schriftlichen und detaillierten Prozessbeschreibungen für die Einnahmenverrechnung der MA 49 vorlagen, obwohl SAP seit dem Jänner 2006 im Produktivbetrieb ist." – Immerhin vier Jahre, und wir haben keine Dokumentationen. Das Kontrollamt empfahl, weiterhin erforderliche Schnittstellen im EDV-System zeitnah zu realisieren. Nachdem man vier Jahre nichts getan hat, sagt man, zeitnah. Das Kontrollamt ist ohnedies sehr höflich, ist bekannt für seine Höflichkeit.

„Weiters hat sich dem Kontrollamt nicht erschlossen, " – so formuliert es selten – „aus welchem Grund Standardlösungen SAP - Klammer: Kassabuch -" – Kassabuch dürfte der SPÖ nicht bekannt sein – „gegenüber Einzellösungen nicht der Vorrang gegeben wird, zumal der diesbezügliche, von der MA 6 als Begründung dafür angeführte Mehraufwand nicht beziffert werden konnte." – Das ist eine ganz interessante Situation.

Frau StRin Sima, ich sage Ihnen, es ist mir nicht möglich, wenn man diese Wirtschaft betrachtet, heute in irgendeiner Art und Weise eine Zustimmung zu geben. Ich sage Ihnen, organisieren Sie Ihr Ressort besser, helfen Sie den Mitarbeitern, ihre ordentliche Arbeit, die sie jeden Tag leisten, ordentlich weiterführen zu können, geben Sie ihnen die Möglichkeit, auch einen Bereich zu haben, wo Gewinne zu erzielen sind, in einem Bereich zu arbeiten, wo die Umwelt und der Tierschutz einen hohen Stellenwert haben und in einem Bereich zu arbeiten, wo Mobbing nicht an der Tagesordnung steht. – Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Unger. Ich erteile ihm das Wort.

GR Christian **Unger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werter Besucher hier auf der Galerie und werde Zuseherinnen und Zuseher im Internet! *(GR Heinz Hufnagl: Das ist ein*

Mitarbeiter des PID! Das ist kein Besucher! Aber das sei Ihnen verziehen!) – Aber er besucht uns trotzdem, Herr Kollege! *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Er ist nicht freiwillig hier!)* – Dafür kann ich nichts.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wien rühmt sich in vielen Aussendungen und Broschüren seiner hohen Umweltqualität, seiner hervorragenden Lebensqualität. Umweltpolitik und Umweltschutz sind wahrlich sehr wichtige und auch sehr sensible Bereiche. Vorausschauende Umweltpolitik ist wichtig, denn diese Entscheidungen tragen maßgeblich zu einer intakten Umwelt und zu einem gesunden Leben der folgenden Generationen bei. Leider sind auch in diesem Bereich der Mut und die Entscheidungsfreudigkeit enden wollend. Es reicht nicht, zweckentfremdete Schneekugeln, gefüllt nicht mit den Sehenswürdigkeiten unserer schönen Stadt Wien, sondern mit Hundekot, um teures Steuergeld zu plakatieren. Dies wird wohl keine Wienerin und keinen Wiener auf das Thema Sauberkeit ansprechen. Ganz im Gegenteil, damit, meine Damen und Herren, säen Sie Zwietracht unter der Bevölkerung, indem Sie suggerieren, alle Hundebesitzer lassen alles von ihrem Liebling auf der Straße liegen. *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das war auch so!)*

Womit wir schon bei einem weiteren Thema sind, wo es im Endeffekt heißen wird: „außer Spesen nichts gewesen". Genau, wir sind beim leidigen Thema Hundeführschein. Anstatt ein Konzept zu erarbeiten, wie alle Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer einen verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Tier erlernen, wurden willkürlich ein paar Hunderassen herausgepickt, die Tiere und deren Besitzer einfach stigmatisiert. Denn auch wenn Sie es immer wieder öffentlich verleugnen, die Bisshäufigkeit von ganz anderen Hunderassen ist oft eine viel größere und diese Hunderassen stehen nicht auf dieser ominösen Liste. Aber darum scheint es auch nicht zu gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist fast schon zu vermuten, dass die Liste der Hunderassen, und ich sage bewusst nicht, Kampfhunde, deren Besitzern nun der Hundeführschein aufgezwungen worden ist, dadurch zustande gekommen ist, dass die Frau Stadträtin diese Hunderassen zufällig in der Früh gesehen hat und damit diese Liste erstellt worden ist. Seien wir froh, dass da nicht noch ein kleiner Pudel oder ein Pinscher dabei war, sonst wäre die Liste noch länger. Besser wäre es, wie schon gesagt, eine Schulung für alle Hundebesitzer zu einem sozial verträglichen Preis anzubieten. Daher fordern wir sofort von Ihnen eine Evaluierung des Hundeführscheins und eine Änderung der bisherigen Mehrklassenpolitik bei Hunden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, leider auch eine Folge dieser falschen Maßnahme ist die immer größer werdende Anzahl der abgegebenen Hunde dieser eben betroffenen Hunderassen im Wiener Tierschutzhaus, womit wir beim nächsten Thema wären, wo wiederum Visionen fehlen, beim großen Thema Wiener Tierschutzhaus. Das Thema des Gebäudes des Wiener Tierschutzhauses beschäftigt uns nun seit geraumer Zeit. Ich denke, alle Wienerinnen und Wiener wissen um die katastrophalen Zustände dieses Gebäudes. In Erinnerung muss man

sich im Zusammenhang damit auch rufen, dass der Wiener Tierschutzverein nur deshalb auf das verseuchte und kontaminierte Grundstück in Vösendorf ausweichen musste, weil die SPÖ-Wien und die Wiener Stadtregierung massives Interesse am damaligen Standort des Tierschutzvereines am Khleslplatz hatten. Sehr geehrte Damen und Herren, die SPÖ-Wien und die Rathausführung sind also mehr als mitschuldig am Desaster des Wiener Tierschutzvereines. Nun hört man aus diversen Quellen, dass der Tierschutzverein noch ganze weitere sieben Jahre auf diesem Standort in Vösendorf ausharren muss. Irgendwie scheint es mir, als will die Stadt Wien und wollen die Verantwortlichen von Rot und Grün, dass das Gebäude des Tierschutzvereines mit all seinen Insassen im Schlamm versinkt.

Sehr geehrte Damen und Herren, weil ich gerade die neue Regierungsfraktion der GRÜNEN angesprochen habe: Ich weiß schon, es ist der Terminus Regierungsfraktion im Zusammenhang mit Ihnen fast zu viel der Ehre, denn in Wirklichkeit, seien wir uns ehrlich, sind Sie nur mehr eine Abstimmungsmaschinerie der Wiener SPÖ, nicht nur, dass alle Wahlversprechen von Ihrer Fraktion gebrochen worden sind, nämlich auch diejenigen, die umweltrelevant gewesen wären, wie zum Beispiel das Jahresticket bei den Wiener Linien um 100 EUR! Sehr geehrte Damen und Herren, diese Maßnahme hätte vielleicht wirklich viele Wienerinnen und Wiener dazu gebracht, öfters auf die Wiener Linien umzusteigen. Nunmehr wollen Sie uns verkaufen, dass der Preis für die Jahreskarte, wenn er ein bisschen gesenkt ist, der große Erfolg der grünen Regierungsbeteiligung ist. Dass dafür die Einzeltickets wahrscheinlich massiv erhöht werden, wie man hört, steht auf einem anderen Blatt. Aber es ist schon seit der Angelobung der jetzigen Stadtregierung zu bemerken, dass alle Ihre vormaligen sogenannten Kernkompetenzen über Bord geworfen werden, damit Sie ein bisschen am Kuchen der Stadt Wien und der Wiener SPÖ mitnaschen dürfen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Qua, qua, qua! Ernsthaft, das stimmt einfach nicht!)* – Es ist so. Sie können sich zum Wort melden. Ich kann Ihnen das Manuskript geben, wenn Sie mitlesen wollen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das brauche ich nicht!)*

Das Kontrollamt hat in seiner Prüfung im Umweltressort zum Teil Zustände vorgefunden, damit wir wieder beim Thema sind, wo man sehr genau hinsehen muss, um wirklich glauben zu können, dass es sich hier um einen Betrieb der Stadt Wien handelt. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Machen Sie eine Leseübung?)* Als Beispiel geht es hier um die Betriebsstätte Stadtgut Lindenhof. Es wurde unter anderem kritisiert, dass Listen mit Pflanzenschutzmitteln keine Übereinstimmung mit vergangenen Listen zeigten, Sicherheitsdatenblätter waren nicht oder nur unvollständig vorhanden, Substanzen, die Wirkung auf das Nervensystem haben, wurden keinen Eignungs- und Folgeuntersuchungen unterzogen. Und was war die Antwort des Ressorts? Das wird in Zukunft geändert, wir brauchen diese Untersuchungen nicht, das ist alles nicht so schlimm.

Es wurde weiters eine lose Schüttung von Weizen

festgestellt, die stark mit Vogelkot verunreinigt war. Es wurde nicht den veröffentlichten Maßnahmen der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit entsprochen. Die Antwort war, die offene Lagerung ist üblich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend auch von mir noch ein positives Wort zu unserem Herrn Bürgermeister. Es freut mich und uns Freiheitliche, dass auch Sie bemerkt haben, dass wir im dritten Jahrtausend, und damit auch im solaren Zeitalter, angekommen sind. Ich hoffe aber, dass es nun endlich auch in Wien Einzug halten wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich könnte noch viel mehr über Versäumnisse im Umweltbereich berichten, wie auch im Falle der Copa Cagrana, die genauso verfällt wie das Tierschutzhaus. Alles kostet Geld und bringt leider nichts für den Tierschutz und für den Umweltschutz.

Sehr geehrte Damen und Herren, das waren einige Punkte, aber nicht alle, warum wir Freiheitlichen diesen Rechnungsabschluss ablehnen werden. Das Steuergeld sollte für wichtigere Dinge als für Jubeleinschaltungen diverser Stadträte und für diverse Subventionen und Förderungen verwendet werden. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Karner-Kremser. Ich erteile es ihr.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Hohes Haus!

An die FPÖ gerichtet nur zwei Sätze: In den letzten eineinhalb Tagen haben Sie uns mit Worthülsen getriezt. Das ist die eine Sache, dass Sie die ganze Zeit heiße Luft verblasen. Das ist wie kleine hellblaue Ballons, die da hochgehen. Irgendwann einmal werden diese platzen. Irgendwann weiß es nicht nur dieses Haus, sondern auch die Bevölkerung, dass nichts als heiße Luft bei Ihnen, bei jedem Einzelnen von Ihnen, ist. Es ist immer die Alternative, ärgert man sich oder ignoriert man Sie. Ich habe mich entschlossen, ich ignoriere Sie und wende mich jetzt an die andere Seite, weil das ist die, die ich erreichen kann. Bei Ihnen ist Hopfen und Malz verloren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Umweltressort der Stadt Wien verfügt über einen Anteil am gesamten Wiener Budget von gerade einmal 6 Prozent. Gäbe es diese 6 Prozent nicht, dann würde man das in dieser Stadt allerdings deutlich sehen. Mit diesen 6 Prozent werden sehr elementare Dinge, die zur Stadtverwaltung gehören, in sehr vorbildlicher Weise gelöst. Dazu gehört zum Beispiel die funktionierende Arbeit der MA 48. Wenn wir heute nach Neapel schauen, dann sehen wir, wie es nicht funktionieren könnte. Die Menschen, die heute dort leben, würden sich eine funktionierende Abfallverwertung wünschen. Sie ersticken im Müll. Das sind Zustände, die man in Wien nie angetroffen hat und auch nie antreffen wird, solange es hier eine sozialdemokratische Regierung gibt. Wir haben eine intakte Müllbeseitigung in Wien. Die Bürgerinnen und

Bürger können sich darauf verlassen, dass für alle Eventualitäten gesorgt ist.

So begannen voriges Jahr die Bauarbeiten zum Abfalllogistikzentrum Pfaffenu, welches bei Ausfällen der Wiener Müllverbrennungsanlagen eine Zwischenlagerung von nicht gefährlichen Abfällen gewährleistet. Nicht nur die Zwischenlagerung, sondern auch die mechanische Vorbehandlung, die Zwischenlagerung von Sperrmüll sowie die Zerkleinerung, die Glasierung und die Entmetallisierung sind dabei vorgesehen. Die Errichtung dieses Abfalllogistikzentrums ist eine Maßnahme, mit der die langfristige umweltfreundliche und zulässige Behandlung aller anfallenden Abfälle auch bei Ausfall der Verbrennungsanlagen gewährleistet wird.

Aber es hat sich auch grundsätzlich in der Logistik der Müllentsorgung eine Menge getan. Bisher mussten die Restmüllbehälter je nach Größe von den verschiedenen Behältern von einzelnen Mannschaften und auch von einzelnen Fahrzeugen entleert werden. Durch die sukzessive Umstellung auf Mischzüge ist es gelungen, hier zu Optimierungen zu kommen. Das bringt enorme Vorteile, da das Personal einerseits effizienter eingesetzt werden kann und auch Kilometer eingespart werden können. Die eingesparten Kilometer haben es allein in den bisherigen 4 Mischzugsgebieten zu einer CO₂-Reduktion von 245 Tonnen gebracht.

Es wurde aber auch sehr viel Zeit und Energie in die Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Verankerung einer sauberen Stadt auch in den Köpfen der Bevölkerung gesteckt. Es ist ganz wichtig, dass jeder Einzelne erkennt, welchen Anteil er daran hat, dass diese Stadt sauber ist, sauber bleibt. Im Jahr 2010 wurde deshalb seitens der MA 48 die Kampagne „Du hast es in der Hand!“ durchgeführt. Dieser Slogan appelliert an das Verantwortungsgefühl der Bevölkerung, einen Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität zu leisten. Der Schwerpunkt dabei lag bei Sperrmüll, bei Zigarettenstummeln und bei Hundekot.

Ebenso gibt es die Aktion „Saubere Stadt“ in „wien.at“. Hier werden alle öffentlichen Altstoffsammelbehälter, sämtliche Mistplätze, die Problemsammelstellen der Stadt Wien, die Hundesackerlautomaten und die WC-Anlagen aufgelistet, zusammengefasst und als Serviceleistung der MA 48 ins Internet gestellt. All das ist somit für jede Wienerin, jeden Wiener und jeden, der diese Stadt besucht, auch abrufbar.

Über die Aktion „Gelber Sack“ ist heute schon gesprochen worden, dass es angeblich keine effiziente Möglichkeit gibt, auch Plastikmüll zu entsorgen. Hier hat es in den zwei Pilotprojekten in Einfamilienhausgegenden im Jahr 2009 sehr gute Erfahrungen gegeben. Deshalb wurde diese Aktion im Jahr 2010 auch ausgeweitet. Im Versuchsgebiet hat man durch eine Befragung erkannt, wie positiv die Resonanz war. Diese Elemente werden weitergeführt.

Die Aufstellung von Hundekotsackerlspendern wurde im Rahmen einer Abfallanalyse erhoben. Das Ergebnis besagt, dass der überwiegende Teil der bereitgestellten Sackerln auch in den dafür vorgesehenen Müllbehältern gelandet ist. Das sind täglich etwa 47 000 Sackerln, die

auf diese Weise entsorgt werden können. Dafür hat die Stadt Wien den Kommunikationspreis der International Solid Waste Association erhalten.

Die Umsetzung von Abfallvermeidungsprojekten ist aber einer der wesentlichsten Punkte der Umweltpolitik der Stadt Wien, einerseits die Abfallmengen zu reduzieren und andererseits das Bewusstsein für das nachhaltige Handeln generell zu fördern, wie einige der eben genannten Aktivitäten und Maßnahmen für Privathaushalte. Aber auch für Institutionen und Unternehmungen gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die zur Müllvermeidung und zur Reduktion der CO₂-Belastung führen können. Hier möchte ich einerseits ÖkoKauf Wien und den ÖkoBusinessPlan als zwei höchst erfolgreiche Bausteine der Wiener Umweltpolitik nennen. Die Arbeitsbilanz von ÖkoKauf Wien in den letzten zehn Jahren ist beträchtlich. 25 Arbeitsgruppen und rund 180 ExpertInnen haben 76 Kriterienkataloge für Waren, Produkte und Leistungen, die seitens der Stadt Wien angekauft werden, erstellt. Sie haben darüber hinaus Positionspapiere, Richtlinien und auch eine Desinfektionsdatenbank eingerichtet. Bisher wurden über ÖkoKauf Wien 135 Tonnen Kohlendioxid und etwa 63 Millionen EUR eingespart. Das ist eine Bilanz, die äußerst sehenswert ist, beispielsweise 1,5 Millionen EUR durch die Installation von Wasserspararmaturen in Amtsgebäuden, in öffentlichen Schulen und auch in Kindergärten. Und weil der Prophet im eigenen Land nichts gilt, möchte ich erwähnen, dass ÖkoKauf Wien einen Award gewonnen hat, und zwar mit dem Dubai Award ausgezeichnet worden ist. Das ist ein weltweiter Award, der an zehn innovative Projekte in der ganzen Welt vergeben wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Beim Lebensmitteleinkauf wird der Einsatz von biologischen Produkten in Pensionistenwohnhäusern, im Wiener Krankenanstaltenverbund und natürlich auch in den Kindertagesheimen und Schulen laufend gesteigert und liegt derzeit sogar schon bei 51 Prozent. Auch das ist eine Bilanz, die äußerst sehenswert ist.

Dann wollte ich noch den ÖkoBusinessPlan erwähnen: Den Kern des ÖkoBusinessPlans bilden die sogenannten Module, wobei ein passgenauer Zuschnitt auf Unternehmen möglich ist. Mit dem neuen Pilotprojekt „Green IT“ steht allen Wiener Betrieben ein Beratungsangebot zur Verfügung, wo sie ihre Server und Computer hinterfragen und entsprechende Maßnahmen beim Energieverbrauch setzen können. Das ist eine neue Innovation, die durchgeführt wird.

Diese Umweltbilanz zeigt, dass der wahre Gewinner des ÖkoBusinessPlanes unsere Umwelt ist. Die 817 Betriebe, die von 1998 bis einschließlich 2010 den ÖkoBusinessPlan durchlaufen haben, haben Folgendes erreicht:

118 000 Tonnen weniger Abfälle. Das entspricht 1,48 Mal dem Ernst-Happel-Stadion. Alle Fußballbegeisterten werden wissen, welche Dimension das tatsächlich hat.

241 Millionen Kilowattstunden weniger Energieverbrauch. Das entspricht dem Jahresverbrauch von 80 000 Wiener Haushalten.

Wir haben 90 416 Tonnen weniger Kohlendioxid. Das entspricht einem Volumen von über 15 000 Heißluftbal-

lons.

Wir haben 105 Millionen eingesparte Transportkilometer. Das entspricht über 2 500 Erdumrundungen.

Nicht zuletzt haben wir den Trinkwasserverbrauch gesenkt, und zwar um über 2 Millionen Kubikmeter. Das entspricht dem Volumen von etwa 960 olympischen Sportbecken.

Das sind alles plakative Vergleiche, aber das sind Vergleiche, mit denen wir etwas anfangen können.

All diese angesprochenen Themen decken nur einen Bruchteil der Leistungen des Umweltressorts ab. Kein Schlechtreden und keine Falschmeldungen können daran etwas ändern. Die Zahlen und die Auszeichnungen sprechen für sich.

Ich möchte zum Schluss allen Mitarbeitern des Ressorts für ihre innovativen Ideen und für ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr danken. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau Amtsf StRin Mag Sima. – Bitte schön.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte wie jedes Jahr auch heuer wieder die Gelegenheit nutzen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen Abteilungen der Geschäftsgruppe Umwelt wirklich meinen sehr herzlichen Dank auszusprechen, natürlich auch den Abteilungsleitern und speziell den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Büros für die wirklich unermüdliche Arbeit und den unermüdlichen Einsatz im Auftrag der Umwelt und für die Wienerinnen und Wiener. Herzlichen Dank! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

73 Prozent der Anträge im Umweltausschuss wurden einstimmig angenommen, und das, obwohl 2010 ein Wahljahr war, wo es meistens doch mehr Divergenzen als sonst gibt. Von 184 Anträgen wurden nur 10 alleine von der SPÖ beschlossen, alle anderen entweder einstimmig oder mit einer Oppositionspartei. Ich glaube, das ist schon ein Zeichen dafür, dass wir grundsätzlich im Umweltausschuss doch einen breiteren Konsens haben, als es jetzt in den Reden angedeutet worden ist, auch über die Fraktionsgrenzen hinweg.

Ich möchte jetzt noch auf ein paar Themenbereiche eingehen, die heute angesprochen worden sind:

Der Kollege Stiftner hat sich zum Thema Feinstaub geäußert. Ich kann Sie wirklich nur bitten, da auch ein bisschen vor der eigenen Tür zu kehren. Möglicherweise können Sie Ihre ÖVP ersuchen, dass sie keine Sonnwendfeuer mehr in Wien abhält. Diese sind nämlich verboten und für die Feinstaubproduktion nicht wahnsinnig förderlich. *(GR Mag Wolfgang Jung: Radfahren, das ist es!)* Wir haben Sie heuer darauf aufmerksam gemacht, dass es für solche Feuer Verbote gibt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das gilt auch für die Kollegen der FPÖ. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, auch wenn Ihnen das nicht in den Kram passt, man kann nicht Wasser predigen und Wein trinken, meine Damen und Herren! *(GR Mag Wolfgang Jung: Das darf doch nicht wahr sein!)* Ich verstehe,

dass Sie das aufregt. Das wäre mir auch sehr peinlich, wenn das in der Debatte ans Tageslicht kommt.

Zum Thema der Wasserleitungen: Das ist wirklich ganz typisch für die ÖVP. Zuerst meckern Sie, dass wir zu wenig sanieren. Dann sanieren wir und Sie meckern über die Baustellen. Das ist halt Ihre Politik. Egal, was gemacht wird, Sie finden immer ein Haar in der Suppe. Ich kann Ihnen auch sagen, Wien ist so sauber, wie es nie zuvor war. Diesen Vergleich kann ich anstellen. Der Kollege Valentin hat schon einige wirklich sehr unverdächtige Auszeichnungen genannt. Ich möchte eine weitere hinzufügen: Wir haben nämlich eine Auszeichnung von den Fremdenführerinnen und Fremdenführern dieser Stadt bekommen, die den Dank der vielen Touristen und Touristinnen, die sie immer durch Wien führen, an uns, an die MA 48, weitergeben wollten, weil sie sagen, Wien ist die sauberste Stadt, die sie kennen und eine wunderbare Stadt. So viele positive Rückmeldungen bekommen wir zu diesem Thema. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber die ÖVP bleibt scheinbar bei ihrer Strategie des Schlechtredens von Wien. Ich kann Sie nur darauf aufmerksam machen, Sie sind schon einmal von den Wählerinnen und Wählern dafür abgestraft worden. Scheinbar wollen Sie noch eine zweite Runde oder einen Nachschlag in diesem Bereich haben. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Die SPÖ hat die absolute Mehrheit verloren!)* Aber um Sie zu zitieren, Sie haben gesagt: „Wir haben ja noch ein bisschen Zeit bis zum nächsten Rechnungsabschluss.“ – Auch Sie haben noch ein bisschen Zeit, vielleicht auch die schönen Seiten der Stadt zu entdecken.

Die Copa Cagrana ist von der Kollegin Schütz angesprochen worden. Im Übrigen möchte ich Ihnen sagen, Sie haben so viele Themen angesprochen, die überhaupt nicht in meiner Geschäftsgruppe verankert sind, dass ich Ihnen wirklich nur empfehlen kann, sich ein bisschen die Geschäftseinteilung des Magistrats anzusehen. Wir können natürlich über Themen reden, für die ich nicht zuständig bin, zum Beispiel über das Kühlschrankschrankpickerl, eine eindeutige Bundesangelegenheit. Oder, Sie haben mir vorgeworfen, wir hätten die erneuerbaren Energien leichtfertig an die GRÜNEN abgegeben. Ich kann Ihnen nur sagen, dieses Thema war nie in meiner Geschäftsgruppe. Deswegen habe ich es auch nicht leichtfertig, an wen auch immer, abgeben können.

Zum Thema Copa Cagrana muss ich schon sagen, Sie haben gesagt: „Wer schweigt, stimmt zu.“ Von der FPÖ habe ich in all den Jahren zum Thema Copa Cagrana nichts gehört, kein einziges Wort. Offensichtlich waren Sie mit dem Zustand dort sehr zufrieden, bis wir die Räumungsklage eingebracht haben. Und jetzt werfen Sie uns Versäumnisse vor. Sie haben aber selbst vorher dort offensichtlich auch kein Versäumnis entdecken können. Das muss man schon auch einmal sagen.

Beim Donauinselfest, meine sehr geehrten Damen und Herren, spricht ein bisschen der Neid aus Ihnen. Wenn HC Strache einlädt, kommt eine Handvoll Leute. Wenn der Herr Bürgermeister einlädt, kommen 2,8 Millionen Menschen. Das ist halt der Unterschied! *(Beifall bei der SPÖ. – Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Der Hundeführschein ist angesprochen worden. Auch

da, glaube ich, haben Sie noch an einem großen Knochen zu knabbern, wenn ich jetzt diesen Vergleich nehmen darf. Sie haben eine Klage beim Verfassungsgerichtshof eingebracht, der in seinem Urteil vollinhaltlich unser Gesetz bestätigt hat. Das ist natürlich eine harte Sache und das schmerzt Sie scheinbar, weil das immer wieder kommt. 2 300 Menschen haben ihn bereits absolviert. Zur Zeit haben wir einen richtigen Run auf den Hundeführschein. Das ist ein Konzept, das gut funktioniert, das in Städten wie Berlin oder Hamburg erprobt ist und das sich auch in Wien gut bewähren wird.

Zu Antiatom muss ich Sie schon einmal fragen: Was haben Sie eigentlich schon jemals konkret zu Antiatom gemacht? (*GR Rudolf Stark: Wir waren schon dagegen, bevor Zwentendorf überhaupt gebaut wurde!*) Sie stellen sich hier hin und sagen, wir schwingen groß die Worte. Aber was haben Sie schon konkret gemacht? Ich werde Ihnen einmal sagen, was wir konkret gemacht haben. Wir haben ein Einwendungsverfahren gegen Mochovce initiiert, wo 200 000 WienerInnen unterschrieben haben. Das hat Gewicht. Das ist nicht irgendetwas, das man vom Tisch wischen kann. Wir haben eine Klage gegen Mochovce eingebracht, die jetzt vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt wird. Hier wird man sich damit auseinandersetzen müssen, dass die Europäische Kommission für die vielen Sicherheitsdefizite endlich Verantwortung übernehmen muss. Wir haben gemeinsam mit den NGOs die Mängel im Behördenverfahren der Slowakei betreffend Espoo-Konvention, betreffend Aarhus-Konvention aufgezeigt. Wir haben das erfolgreich aufgezeigt. Wir haben recht bekommen. Das sind konkrete, auch rechtswirksame Dinge, die wir gemacht haben. Was haben Sie eigentlich gemacht, außer ein paar Aussendungen zu dem Thema zu schreiben? Überhaupt nichts! Ich könnte diese Liste wirklich noch ganz lange fortsetzen. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, Sie sind die Antiatompartei, ist wirklich nur lächerlich!

Ich möchte zum Schluss natürlich noch einen positiven Abschluss finden: die vielen Projekte, die wir im Jahr 2010 mit den Abteilungen der Geschäftsgruppe Umwelt zustande gebracht haben. Ich will hier nur einige stellvertretend nennen, weil es doch Meilensteine in vielen Bereichen sind.

Zum Beispiel haben wir mit dem Ausbau des Kanalnetzes im 22. Bezirk 14 neue Projekte begonnen. 1 200 Haushalte werden künftig zusätzlich an das Kanalnetz angeschlossen sein. Wir nähern uns der 100-Prozent-Marke asymptotisch an.

30 Millionen EUR haben wir in die Rohrnetzernuerung gesteckt.

Der Neubau des Wasserbehälters Wienerberg, das ist einer der vielen Wasserbehälter, die wir trotz der strengen Auflagen, die wir von vielen Seiten und von Seiten des Denkmalschutzes haben, erneuern.

Natürlich der neue, sehr gut angenommene Wasserspielplatz am Wienerberg, den wir kürzlich eröffnet haben, der eine schöne Koproduktion von zwei Abteilungen meiner Geschäftsgruppe ist.

Viele neue Parkanlagen, 2010 waren es unter anderem der Yppenplatz oder der Park beim Schloss Neuge-

bäude, auch eine schöne Bereicherung für Simmering.

Die vielen Donauhochwasserschutzmaßnahmen, die wir umgesetzt haben. Wir werden das erste Bundesland sein, das in wenigen Jahren bereits 100 Prozent des Hochwasserschutzes erledigt hat, eine wirkliche Vorreiterrolle in diesem Bereich.

Unser neues Abfalllogistikzentrum, wo wir den Spatenstich vornehmen konnten.

Die Neugestaltung der Deponie Rautenweg.

Die erfolgreiche Umsetzung des Hundeführscheins.

Die Erfolgsgeschichte des Nationalparkhauses mit zig Tausenden Besuchern. (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Das ist eine Erfolgs-Story nach der anderen!*) Und vieles mehr.

Wir werden diese Erfolgsbilanz weiter fortsetzen, gemeinsam mit unseren grünen Partnerinnen und Partnern, und auch im nächsten Jahr eine gute Bilanz vorweisen können. – Herzlichen Dank! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: In dieser Geschäftsgruppe hat sich nachträglich noch Herr GR Jung gemeldet. Sie haben 20 Minuten. Ich erteile Ihnen das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich habe jetzt, gerade hereinkommend, Ihre Suada über die Sonnwendfeuer gehört. Jetzt werde ich Ihnen etwas dazu sagen. Ich frage mich: Was haben Sie daran auszusetzen? Es gab keine Anzeige. Es gab keine Amtshandlung gegen irgendeinen von uns wegen der Sonnwendfeuer. Ich habe zum Beispiel bei mir im Bezirk eine Feier als Lagerfeuer gehalten. Das geht komischerweise. Nicht nur ich, auch andere, das geht. Es geht auch ganz problemlos, Frau Stadträtin, wenn man auf der Donauinsel Hammel brät, dass die schwarzen Rauchwolken zum Himmel steigen. Aber ein harmloses Feuer, das bei trockenem Holz weniger Rauch macht als jeder Griller, wird verboten. Warum, frage ich mich. Ist es wirklich CO₂, was das ausgelöst hat? Oder ist das Ihre Ideologie, die dahintersteckt? Nichts anderes, Frau Stadträtin, das ist wirklich erbärmlich! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Sie haben einen tollen Vorläufer beim Verbot von Sonnwendfeuern. (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das ist ein Bundesgesetz!*) – Ich komme noch darauf. Es ist ein Bundesgesetz und darin steht hinten ausdrücklich, der Landeshauptmann kann dazu eine Verordnung erlassen, die Brauchtumsfeuer erlaubt. So ist es! Nur der Häupl hat es bisher nicht getan. Aber er fährt schon mit seinem niederösterreichischen Kollegen mit, wenn man auf der Donau mit dem Schiff gondelt und links und rechts die Sonnwendfeuer sieht. Da hat er nichts dagegen, Frau Kollegin! Das ist es, nichts anderes, als dass der Herr Landeshauptmann noch nicht die Ausführungsverordnung dazu erlassen hat. Informieren Sie sich erst einmal bei Ihren Beamten!

Aber ich komme zurück zu dem, was ich vorher gesagt habe. Wer hat als Erster in Wien ein Sonnwendfeuer verboten? Bgm Lueger, den die Linken jetzt gerne um 17 Grad versetzen würden, weil er gemeint hat, es ist

heidnisch. Er hat sich nicht halten können. Wissen Sie, wer sich unter anderem nicht daran gehalten hat? Die Sozialdemokraten. Sie haben nämlich früher am Rathausplatz ihre Sonnwendfeier gehabt, als sie noch Sozialisten waren und nicht die Sozialdemokraten und Bobos, die sie hier verkörpern. Das ist der Unterschied zu früher! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir haben unsere Sonnwendfeier als Lagerfeuer in Ruhe abgehalten. Wir haben sie auch am Cobenzl abgehalten. Es wurden im Übrigen x Sonnwendfeuer durchgeführt. Ich weiß eine ganze Menge von Plätzen in Wien. Die Einzigen, die ernsthaft Probleme gehabt haben, waren die Leute der ÖVP im 13. Bezirk, wie ich gehört habe.

Frau Stadträtin, Sie werden mit diesen kleingeistigen Maßnahmen nicht verhindern, dass wir an unserem Brauchtum festhalten! – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Stadträtin, wollen Sie zur Geschäftsgruppe Umwelt und zum Jahresabschluss 2010 noch einmal das Wort? (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Nein!*) – Nein. (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Ich will nur wissen, ob das der letzte Redner war.*) – Das wollte ich gerade sagen.

Zum Jahresabschluss 2010 der Unternehmung Wien Kanal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Daher kommen wir nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft. Als erste Rednerin in dieser Geschäftsgruppe zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Die ersten 4 Redner haben wieder 40 Minuten.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte heute vielleicht damit beginnen, womit alle anderen bis jetzt geschlossen haben. Ich möchte mich bei den Mitarbeitern der Geschäftsgruppe bedanken, denen dem Vernehmen nach die Arbeit auch nicht immer ganz einfach fällt. Aber vor allem möchte ich mich bei den Kulturschaffenden Wiens bedanken, die trotz nicht vorhandener kulturpolitischer Visionen und oft prekärer Situation all jener, die nicht zum SPÖ-Wien-Freundeskreis gehören, durchhalten.

Die Stadt Wien gibt sehr viel Geld im Bereich der Kultur aus. Das ist gut so. Kultur macht das Leben in dieser Stadt erst lebenswert, ist Lebensmittelpunkt und Lebensmittel für die Seele. Kultur stiftet Identität, rüttelt auf, unterhält und ist manchmal unbequem. Kultur bildet, und das ist auch nicht zu vernachlässigen, einen ganz wichtigen Faktor und Motor für die die Wiener Wirtschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber jetzt kommen wir doch bitte zu dem Punkt, um den es sich heute dreht: das viele Geld. Wie wird das in Wien ausgegeben? Wie schaut die Kulturpolitik dazu aus, die Kulturstadtrat Andres Mailath-Pokorny seit mehr als zehn Jahren hier umsetzt?

Schauen wir uns also den Rechnungsabschluss an, so finden sich die üblichen gleichen, aber intransparenten Zahlen, die wenig bis gar nichts darüber aussagen, wie die Summen denn wirklich verwendet werden. Ich möchte nur ein paar Punkte beispielhaft herausnehmen.

So finden sich im Kulturbudget, wie übrigens jedes Jahr, 800 000 EUR Überschreitung für die Kunst im öffentlichen Raum, die aus anderen Ressorts, wie Wohnbau und Stadtentwicklung, gespeist wird. Warum das immer als Überschreitung im Kulturbereich dargestellt werden muss, wird uns wahrscheinlich ewig ein Rätsel bleiben.

Dann finden sich die seit Jahren gleichen Summen für die Bezirksmuseen, 364 000 EUR für alle, seit Jahren nicht angehoben, obwohl jedem klar ist, dass die Bezirksmuseen ohne Einsatz und teilweise auch Selbstausbeutung der dort beschäftigten Freiwilligen gar nicht mehr aufrechterhalten werden könnten.

Gleichzeitig wird in den Medien aber immer wieder gerne verkündet, dass beispielsweise die Millionensubventionen für die Vereinigten Bühnen Wien, ein besonderes Lieblingkind der Wiener Kulturpolitik, zurückgefahren werden, was einfach falsch ist. Denn wenn man sich die jährlichen Kulturberichte ansieht, die wie jedes Jahr natürlich erst kurz vor der Rechnungsabschlussdebatte – wir haben den Kulturbericht erst gestern auf unserem Platz vorgefunden – zur Verfügung gestellt werden und die Summen zusammenzählt, kommt man für 2010 nicht auf 37,3 Millionen EUR, die immer gerne publiziert werden, sondern kommt man auf 44 352 931,08 EUR.

Sicherheitshalber hat man aber im vergangenen halben Jahr gleich einmal eine Studie über die Umwegrentabilität der Vereinigten Bühnen Wien in Auftrag gegeben. Diese Studie hat herausgefunden, die Vereinigten Bühnen stellen einen Wirtschaftsmotor für Wien dar, die Vereinigten Bühnen sichern Arbeitsplätze. Das ist in Ordnung, aber in anderen Städten gibt es Musical-Bühnen, die nicht subventioniert werden müssen und die auch ein Wirtschaftsfaktor und ein wichtiger Motor sind. Auch dort werden Arbeitsplätze geschaffen, nicht für 220 EUR pro Sitzplatzkarte, wie man sie in Wien sponsern muss. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir haben deshalb, weil dieser Kulturbericht immer schön pünktlich kommt, wieder einen Antrag dabei. Und zwar stellen wir den Antrag:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft möge den jährlichen Kultur- und Wissenschaftsbericht bereits zum Zeitpunkt der Vorlage des Rechnungsabschlusses veröffentlichen, um eine seriöse Bewertung der kulturpolitischen Maßnahmen, die in diesem Bericht dargestellt sind, rechtzeitig zur Rechnungsabschlussdebatte im Wiener Gemeinderat zu gewährleisten.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Damit sind wir schon beim eigentlichen Kritikpunkt: die Verschleierung der tatsächlichen Ausgaben, nicht nachvollziehbare Quersubventionen, verdeckte Unterstützung von Freunden und SPÖ-nahen Institutionen. Darüber sagt der Rechnungsabschluss aber auch im vorliegenden Jahr und im vorliegenden Kulturbericht praktisch gar nichts aus.

Aus diesem Grund bringen wir einen Antrag auf einen ausführlichen Subventionsbericht ein – wieder nicht zum ersten Mal –, der eine genaue Darstellung der Transferleistungen aus allen Ressorts der Stadt Wien darstellen soll. – Auch hier wird in formeller Hinsicht die

sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dass Sie sich von der SPÖ auch diesmal wieder nicht diesem Antrag anschließen werden, ist mir schon klar. Denn wir haben es erst kürzlich im Gemeinderatsausschuss für Kultur erlebt, als einem SPÖ-nahen Verein, und zwar dem Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung, als Abordnung gleich drei Vertragsbedienstete der Stadt Wien kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Das ist auch Subventionierung. Diese wird aber im nächsten Jahr nirgendwo aufscheinen. Ich bin mir sicher, dass im nächsten Kulturbericht kein Absatz darüber erwähnt werden wird, schon gar nicht der pekuniäre Gegenwert irgendwo aufscheinen wird. Es sind aber trotzdem Steuergelder. Es sind Steuergelder, die dafür aufgewendet werden. Die Wienerinnen und Wiener haben ein Recht zu erfahren, was mit ihren Geldern passiert. *(GRin Hannelore Reischl: Die erfahren es eh!)*

Aber auch wie mit bereits vergebenen Steuergeldern gewirtschaftet wird, scheint dem verantwortlichen Kulturstadtrat offenbar vollkommen gleichgültig zu sein. Ich kann es Ihnen heute nicht ersparen, ich muss zum Thema Kunsthalle kommen, zum Thema Kunsthalle, zum Vorstand und dem vollkommen zu Recht in die Kritik geratenen Direktor. An diesem Beispiel kann man ganz deutlich sehen, dass in Wien nichts geschieht, zumindest nicht im Bereich der Kultur.

Da tauchen Medienberichte über Verwendungen von Mitarbeitern für private Projekte des Direktors auf. Den Kulturstadtrat interessiert das nicht.

Da gibt es einen Dienstvertrag für diesen Direktor, der offenbar ganz unglaubliche Privilegien enthält. Sie, Herr Kulturstadtrat, reden sich darauf aus, dass das ein privater Verein ist, auf dessen Handlungsweise die Stadt Wien keinen Einfluss nehmen kann. Warum können Sie das nicht? Weil Sie selbst einen Kontrollamtsbericht, der bereits acht Jahre zurückliegt und in dem bereits damals bemängelt wurde, dass die neuerliche Bestellung des Direktors ohne Befassung des verantwortlichen Kulturstadtrates vorgenommen wurde, ignorieren. Der Umstand ist also seit acht Jahren bekannt. Passiert ist nichts. Niemand, Herr Kulturstadtrat, verlangt, dass Sie sich in kulturelle, künstlerische Belange der Kunsthalle einmischen. Aber da bin ich schon ein bisschen konservativ. Wenn ich der Hauptsubventionsgeber bin und überhaupt keinen Einfluss darauf habe, welche Verträge dort abgeschlossen werden, dann hört sich der Spaß für mich auf! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da wurden Verträge unter zwei Freunden abgeschlossen und ein Dritter zahlt. Der Dritte sind wir. Sollten Sie jetzt behaupten, vor zehn, zwölf Jahren gab es eine Tendenz, dass sich die Politik überall heraushält, wie letztens in einem „Kurier“-Interview, dann ist das schon richtig. Die Politik soll sich nicht in kulturelle Belange einmischen, aber die Kontrolle über die Verwendung der Steuermittel der Wienerinnen und Wiener war immer schon Aufgabe der Politik und wird es auch in Zukunft bleiben müssen.

Wir werden daher heute zwei Anträge einbringen, die auch der sofortigen Abstimmung zugewiesen werden.

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich gegen eine Verlängerung des Vertrages von Kunsthallendirektor Gerald Matt aus.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite, wesentlichere Antrag in meinen Augen, weil die Zeiten des Herrn Matt sind meines Erachtens nach Gott sei Dank gezählt:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft wird als zuständiger Vertreter der Stadt Wien als Subventionsgeber der Kunsthalle Wien aufgefordert, im Sinne der Empfehlung des Kontrollamtes und der Zusage der MA 7 beziehungsweise seines Ressorts beim Abschluss einer neuen Dreijahresförderungsvereinbarung auf eine Statutenänderung hinzuwirken, die vorsieht, dass jede Änderung des Vertrages des Direktors und der Führungsebene nur mit dem Einverständnis des Subventionsgebers erfolgen kann.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie werden jetzt sicher sagen, dass Sie den Direktor gar nicht kündigen können. Das ist richtig. Aber Sie können sich die Herrschaften einmal in Ihr Büro bestellen und Sie können ihnen erklären, was zu tun wäre, welche Konsequenzen zu ziehen sind und dass allenfalls und gegebenenfalls auch die Subventionen eingestellt und nicht mehr ausbezahlt werden. So einfach kann das sein, wenn man will!

Wenn Sie in den Medien behaupten, dass Intrige und Denunziation die Kulturpolitik nicht ersetzen dürfen, dann stimme ich Ihnen zu. Tatsache ist aber, dass eine unangefochten angesehene Institution wie das Parlament den Aussagen des Direktors der Kunsthalle klar widersprochen hat.

Hier finden nicht Intrige und Denunziation statt, hier haben Medien sehr genau recherchiert und Tatsachen berichtet, die zu höchst fragwürdigen und widersprüchlichen Dementis geführt haben und die noch dazu dann mit noch fragwürdigeren, selbst in Auftrag gegebenen Gutachten, und zwar von der Kunsthalle wieder aus Steuermitteln in Auftrag gegebenen Gutachten, widerlegt werden sollen.

Ich möchte auch die GRÜNEN in diesem Bereich nicht ganz aus ihrer Verantwortung entlassen, weil Sie diesen Rechnungsabschluss, so nehme ich an, auch annehmen und mitstimmen werden. Gehen wir einmal davon aus. Sie sehen dem Treiben zu und erheben kein Wort der Entrüstung darüber. Ich möchte Ihnen jetzt gar nicht alles aufzählen, was wir in den vergangenen Jahren alles an Vorwürfen erhoben haben, nur beispielhaft: Subventionshöhe Vereinigte Bühnen, Kritik an den Festwochen, unverschämte Genehmigungssubventionen an SPÖ-nahe Vereine, völlig unzureichende Ausstattung der Stadt Wien mit Musikschulen. Das kann man unendlich fortsetzen. Meine Redezeit reicht nicht aus.

Wir haben, glaube ich, schon sehr viel Zeit hier verbracht. Deswegen kommen wir zu einem Ende. Es hat sich in der Kulturpolitik nichts geändert, auch nicht, seit Sie dabei sind, Missstände, Verschwendung, Verschleierung! Was von Ihnen kommt, ist bestenfalls lautes Schweigen. Ja, lautes Schweigen! Denn, und das ist immer die schönste Erklärung, Sie können jetzt zustim-

men, weil Sie es jetzt genau wissen, man es Ihnen jetzt erklärt hat.

Nicht ersparen möchte ich Ihnen in diesem Zusammenhang auch die neu errichtete Stabsstelle Van der Bellen, die auch in diesen Bereich hineinfällt. Eine Stabsstelle für Tätigkeiten, die in den vergangenen Jahren selbstverständlich auch von StR Mailath-Pokorny und seinem Team ausgeführt hätten werden müssen. Van der Bellen hat ein Direktmandat errungen. Er könnte diese Leistung auch als Abgeordneter dieses Hauses erbringen. Er hat erst letzte Woche wieder gesagt, er ist eigentlich froh, dass er es nicht muss. Es ist natürlich schicker, wenn man sich für viel Steuergeld eine eigene Stabsstelle einrichten lässt und von dort aus dann Tätigkeiten macht, die die Stadt eigentlich schon jahrzehntelang erbringen hätte müssen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das Phantom im Rathaus!)*

Seit zehn Jahren, Herr Kulturstadtrat Mailath-Pokorny, sind Sie nun im Amt. Seit zehn Jahren werden regelmäßig Kontrollamtsberichte veröffentlicht, die Missstände und die Verschwendung von Steuermitteln in ihrem Ressort aufzeigen, wahrlich kein Ruhmesblatt! Ich bin mir sicher, dass auch der Kontrollamtsbericht zur Kunsthalle ähnlich aussehen wird wie alle anderen. Genauso sicher, Herr Stadtrat, bin ich mir, dass Sie auch diesmal nichts unternehmen werden, um diese Missstände abzustellen. Sie verbreiten weder Feuer noch Interesse für die Kulturpolitik dieser Stadt. Die Künstler und Kulturschaffenden in Wien haben diese Form der mut-, farb- und ideenlosen Politik nicht verdient. Und Sie haben vor allem weitestgehend das Vertrauen in Sie verloren. Hier im Hause sind Sie auf dem besten Weg dorthin. „Kultur braucht bunte Vögel“, meinten Sie in einem „Kurier“-Interview. Sie treten bestenfalls als Grauerher in Erscheinung! - Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist als nächster Redner Herr GR Mag Werner-Lobo. Ich erteile es ihm.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Verehrte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen!

Dass wir dem Rechnungsabschluss selbstverständlich zustimmen, ist eh klar. *(GR Mag Wolfgang Jung: Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig!)* Wir sind in der Regierung und jeder andere von Ihnen, der in einer Regierung wäre, würde das auch tun. Alles andere wäre fahrlässig. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wieso? Für das Vorjahr könnt ihr ja nichts dafür!)* Es ist irgendwie völlig lächerlich, was Sie da aufführen! Seit Beginn unserer Regierungstätigkeit hat die Opposition nichts anderes zustande gebracht, als Anträge, die wir in der Opposition gestellt haben, wieder zu formulieren oder zu kopieren. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das haben wir für Sie wahrgenommen!)* – Ich kann mir vorstellen, dass Sie sich unwohl in Ihrer Rolle fühlen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein, wir sind sehr zufrieden!)* Sie werden aber in dieser Rolle bleiben. Sie werden da auf Ewigkeiten Opposition machen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Von Ewigkeiten sollte man nicht so*

groß reden!) Sie werden wahrscheinlich beim nächsten Mal auch verlieren.

Jetzt arbeiten Sie wenigstens vier Tage in diesem Monat *(GR Mag Wolfgang Jung: Und ihr regt euch auf, dass ihr arbeiten müsst!)*, zugegebenermaßen auch lang, also gestern bis 4 Uhr Früh. Ich verstehe auch, dass Sie müde sind. Ich möchte Ihnen, auch den Damen und Herren von den Oppositionsparteien und auch den Regierungsparteien, die größte Anerkennung dafür aussprechen, dass man da von 9 in der Früh bis 4 in der Früh sitzt. Das ist eine große Leistung. Das zeigt, dass Politiker und Politikerinnen tatsächlich ihr Amt ernst nehmen. Ich habe auch gestern in der Nacht noch gesehen, dass das alle von Ihnen tun. Dafür kriegen Sie auch meine Anerkennung. *(Beifall bei GR David Ellensohn.)*

Was wir allerdings wieder sehen und was ich schon öfters gesagt habe, ist, dass wir uns als GRÜNE, seit wir in der Regierung sind, überlegen müssen, wer eigentlich die Oppositionspolitik in dieser Stadt macht. Vielleicht müssen wir uns jetzt irgendwie halbezeitteilen, dass wir Halbzeitoppositionspolitik oder sonst irgendetwas machen. Oder wir machen Workshops für Sie. Wir werden uns irgendetwas einfallen lassen. Jedenfalls ist es für die Demokratie natürlich bedenklich, dass es keine Oppositionspolitik mehr gibt. *(Beifall bei GR David Ellensohn.)*

Das ganze Material, das die Frau Kollegin Leeb hier an Kritiken, auch an richtigen Kritiken, muss ich dazusagen, vorbringt, hat sie von einem grünen Oppositionspolitiker im Bund. Etwas Eigenes bringen Sie ja nicht zustande mit Ihrer Kritik gegen die Kunsthalle. Wir, Rot und Grün, haben unsere Verantwortung als Regierungsparteien auch insofern wahrgenommen, als wir diese Dinge prüfen lassen. Wir werden das prüfen. Wir werden nicht auf einen Verdacht hin irgendetwelche Dinge veranlassen.

Was ich Ihnen allerdings schon als grüne Position sagen kann, ist, für uns ist es grundsätzlich notwendig, und da sind wir uns mit dem Herrn Stadtrat einig, dass es bei Institutionen, die von der Stadt zu 100 Prozent subventioniert werden, auch einen politischen Einfluss geben muss. Da geht es, wie Sie richtig sagen, nicht um einen Einfluss auf das künstlerische Schaffen, sondern dass es einen politischen Einfluss geben muss, institutionell, weil wir politisch die Verantwortung dafür tragen. Wir sind dabei, uns nicht nur für die Kunsthalle, sondern grundsätzlich für alle Institutionen, die zu 100 Prozent von der Stadt subventioniert werden, Gedanken darüber zu machen, ob die Laufzeiten von den Leitern und Leiterinnen von Kulturinstitutionen in dieser Länge gut für die Stadt, gut für das Innovationspotenzial von solchen Institutionen sind. Auch darüber denken wir nach.

Wir haben hier auch einen ersten Schritt gesetzt. Nach einer sehr langen Intendanz bei den Festwochen sind jetzt die Intendanzlaufzeiten bei den Festwochen auf vorläufig einmal drei Jahre begrenzt. Ich finde das einen sehr guten Schritt, den der Aufsichtsratspräsident der Festwochen gemeinsam mit dem Stadtrat gesetzt hat. Ich begrüße das sehr. Wir wollen auch in anderen Institutionen darüber nachdenken, ob es nicht für das Innovationspotenzial besser wäre, wenn Leute nicht mehr womöglich 15 bis 20 Jahre im Amt bleiben, weil

das der Kunst insgesamt nicht gut tut.

Die GRÜNEN werden diese Vorwürfe, die unter anderem auch vom grünen Oppositionspolitiker Zinggl erhoben wurden, wo Sie nichts Eigenes recherchiert, sondern diese aufgegriffen haben, sehr ernst nehmen. Wir werden die Prüfungen abwarten. Ich kann ihnen auch sagen, wenn diese Prüfungen dazu führen, dass hier etwas Unrechtmäßiges oder aber auch, und da geht es nicht nur um Rechtsverletzungen, Dinge ergeben, die wir kulturpolitisch nicht verantworten können, dann werden die GRÜNEN einer Subvention an diesen Verein in dieser Höhe beim nächsten Mal nicht mehr zustimmen. Das ist völlig klar. *(GRin Ing Isabella Leeb: Wir werden Sie beim Wort nehmen, Herr Mag Werner-Lobo!)* Wir werden natürlich nicht einen laufenden, funktionierenden guten Betrieb zerstören, wie Sie das fordern. Sie wollen das Ganze zerschlagen und die Kunsthalle zerstören. Sie haben überhaupt mit Ihrer konservativen Haltung ein Problem damit, dass innovative Avantgardekunst in Wien passiert. Das ist Ihr eigentliches Problem, das Sie haben. Das ist das Eigentliche, was Sie stört. In der Kunsthalle wurde und wird nach wie vor erfolgreich Avantgardekunst gezeigt. Das werden wir ganz sicher nicht zerstören.

Der Unterschied zwischen einer Regierung und einer Oppositionspartei ist halt auch, wir haben Verantwortung für alle Menschen in dieser Stadt. Wir müssen die Verantwortung tragen. Sie können sich aufs Herumkeppeln beschränken. Das können wir halt nicht. Sie keppeln halt herum. Wir sind aber dann letztendlich verantwortlich. Sie wollen einfach die Kunsthalle zusperrern und überhaupt alles zusperrern, was nicht aus dem 19. Jahrhundert kommt. *(GRin Ing Isabella Leeb: Übernehmen Sie Verantwortung!)* Das können wir halt nicht machen! Das wollen wir auch nicht machen, sondern wir wollen eine Kulturpolitik betreiben, die Neues schafft, die Neues zulässt, die Innovation bringt, die auch eine Kultur des Zusammenlebens fördert. Ganz genau das ist es, was wir gemeinsam mit der SPÖ in dieses Koalitionspapier hineinverhandelt haben. - Es stimmt, davon gibt es bis jetzt noch nicht viel herzuzeigen.

Wir haben die ganz großen Leuchttürme beziehungsweise die ganz großen Sprünge in diesen Punkten, die wir uns vorgenommen haben, im ersten halben Jahr noch nicht hergezeigt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das werden Sie auch nicht erleben!)* Das neue Wien Museum steht noch immer nicht, auch wenn Sie geglaubt hätten, dass man dieses jetzt am gescheitesten innerhalb eines halben Jahres baut. Auch der postmigrantische Kulturraum, den wir schaffen wollen, steht noch immer nicht, weder da vor der Haustür noch sonst irgendwo. All diese Dinge sind noch nicht zu besichtigen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Revolution ist erst in den Köpfen!)*

Warum nicht? – Weil wir das gescheit und unter Beteiligung aller davon Betroffenen machen, weil wir mit den Leuten reden, die davon betroffen sind, und zwar sowohl mit den Kulturschaffenden als auch mit den Menschen, die wir dazu bringen und die wir dabei unterstützen wollen, dass sie sich für Kultur interessieren. Es gibt sehr viele Menschen, die überhaupt keinen Zugang zur

Kultur haben, und wir reden mit ihnen, wir gehen zu ihnen, wir schauen uns im In- und Ausland Best-Practice-Beispiele an. Wir versuchen, hier mit allen zu reden und das gemeinsam zu machen.

Das tun wir, und das braucht Zeit. Für Sie reicht es, sich zwei Tage im Monat hier hinzustellen und zu keppeln. Ich weiß nicht, was Sie die restliche Zeit machen! *(Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)* Wir sind hingegen von früh bis spät unterwegs, reden mit den Leuten, schauen uns gute und auch negative Beispiele an, damit wir auch wissen, wie wir es nicht machen wollen. Und damit sind wir sehr beschäftigt, und das wird fortzusetzen sein.

Diese Legislaturperiode dauert fünf Jahre, von jetzt ab also noch viereinhalb Jahre. Und Sie können ganz sicher sein, dass Sie in dieser Legislaturperiode so viel zu sehen bekommen werden, wie Sie selten innerhalb von fünf Jahren zu sehen bekommen haben, denn wir haben ein ganz tolles Programm mit entsprechenden Schwerpunkten! *(Ironische Heiterkeit von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Der ganz große Schwerpunkt, auf den ich ganz besonders stolz bin, ist, dass wir es endlich schaffen werden – und das stört Sie wahrscheinlich –, einen großen Teil jener Menschen, die in dieser Stadt leben, die zum Wohlstand und zur Vielfalt dieser Stadt und mit ihrem kulturellen Reichtum zum Reichtum dieser Stadt beitragen, auf die Bühne zu bringen und diesen Reichtum sichtbar zu machen. Das betrifft zu einem sehr großen Teil jene 44 Prozent Wienerinnen und Wiener mit sogenanntem Migrationshintergrund.

Ich nenne das lieber Migrationserfahrung, denn diese Erfahrung bringt einen wichtigen Beitrag zu einer Stadt. Shermin Langhoff, die ab 2013 neue Festwochenintendantin sein wird, hat einen sehr schönen Ausdruck dafür geprägt, nämlich den Ausdruck der Mehrheimischen. Es gibt in dieser Stadt mindestens 44 Prozent Menschen, die Mehrheimische sind. Sie sind keine sogenannten Einheimischen – in dem Sinn, wie Sie sich das wünschen, dass jemand überhaupt nur eine Heimat hat –, sondern das sind Menschen, die mehrere Heimaten haben. Sie würden aus diesen Menschen am liebsten Heimatlose machen.

Es gibt diese drei Kategorien von Menschen, und wir wollen den Reichtum der Mehrheimischen zeigen und auf die Bühne bringen. Dafür werden wir uns mit diesen Menschen treffen beziehungsweise tun es bereits. Es gibt hier ganz großartige Leute. Sie sollten sich das einmal anschauen!

Frau Kollegin Leeb! Schauen Sie sich zum Beispiel das Theaterstück „Insel X“ im Dschungel an, das Asli Kislal gemacht hat. Es ist phantastisch gespielt mit einer unglaublichen künstlerischen Qualität. „Insel X“ wurde nach der Vorlage von „Herr der Fliegen“ gemacht.

30 Kinder – alle aus der Karl-Popper-Schule aus dem 15. Bezirk, und das ist keine Elitenschule, sie sind aus dem 15. Bezirk aus einem Viertel mit sehr hohem MigrantInnenanteil – landen auf einer Insel. Lauter 13-Jährige wachen dort auf, und sie reden zunächst einmal alle in ihrer Herkunftssprache. Man kommt drauf, dass

nur eines dieser Kinder Deutsch als Herkunftssprache hat und alle anderen die Sprache der Herkunftsländer ihrer Eltern sprechen. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Horchen Sie zu, ich erzähle es Ihnen kurz! Ich bin sehr viel im Theater, aber ich sehe Sie nie, deswegen erzähle ich Ihnen das Theaterstück!

Ich bin sehr viel im Theater, und ich sehe niemanden! Herrn Dworak sehe ich manchmal bei den Symphonikern, aber sonst sehe ich niemanden von Ihnen jemals in einem Theater in Wien! Deswegen erzähle ich Ihnen das jetzt! (*Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.*) Na eben! Sie interessieren sich auch nicht für Kunst! Das einzige Theater, das Sie machen, ist zwei Tage im Monat im Gemeinderat! (*Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Ich möchte Ihnen daher jetzt das Stück erzählen, das ist mir ein Anliegen. Das ist nämlich ein richtig gutes Stück, und Sie versäumen etwas!

Die Kinder wachen also auf und kommen dann drauf, dass sie eine gemeinsame Sprache haben, nämlich Deutsch. Und dann versuchen sie auf dieser Insel mit dieser gemeinsamen Sprache Deutsch so etwas wie eine Ethik des Zusammenlebens zu entwickeln. Das spielen lauter 13-Jährige 2 Stunden lang im Dschungel, das Stück heißt „Insel X“, inszeniert ist es von Asli Kislal, und gefördert ist es vom Verein Wirtschaft für Integration.

Und ich sage Ihnen: Ich habe mir sehr viel angeschaut, ich habe sehr viele gute Sachen gesehen, ich habe auch einige mittelmäßige Sachen und auch schlechte Sachen gesehen. Bei diesem Stück sind mir als einzigem Stück während der Aufführung die Tränen gekommen, weil es so ergreifend ist! (*GRin Henriette Frank: Ich freue mich für Sie!*) Ja, das ist schön! Das kann Kunst, dass einem gestandenen Politiker die Tränen kommen! Und das ist gut so! Das soll Kunst können. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Diese Kinder, die ihre Geschichte erzählt haben, und diese Geschichten von Kindern aus unterschiedlichsten Herkunftsländern, von Menschen, die Wiener und Wienerinnen sind, für die wir die verdammte politische Verantwortung haben, dass sie gut miteinander leben können, sollen auf die Bühne gebracht werden, und wir werden das ermöglichen, ob Ihnen das passt oder nicht! Wir werden diese Menschen unterschiedlichster Herkunftsländer auf die Bühne bringen, sichtbar machen und ihre Geschichten aufgreifen.

Meine Damen und Herren! Das ist es, was Kultur und Kunst können, und das fördern wir. Nach diesem Stück ist ein 13-jähriges Mädchen türkischer Herkunft aufgestanden. Sie war relativ dick und hat gesagt: Ich habe mich noch nie getraut, irgendwo öffentlich zu reden, ich bin überhaupt wahnsinnig schüchtern, ich habe mit den meisten Klassenkameraden noch kaum geredet, geschweige denn, dass ich einmal vor einer Klasse aufgetreten wäre. Jetzt aber, nachdem wir dieses Stück gemacht haben und ich hier Theater spielen durfte, kann ich mich auf die Bühne stellen und sagen: Jetzt stehe ich da und kann mich zeigen, und ich habe keine Angst mehr vor euch, sondern ich zeige mich so, wie ich bin!

Das, meine Damen und Herren, kann Kunst, das

kann Kultur, und das ist genau die Art von Kultur, die wir fördern wollen, anstatt irgendeines Rückgriffs auf das 19. Jahrhundert, so wie Sie das gerne hätten. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Und in diesem Sinne werden wir auch in allen anderen Bereichen vorgehen. In diesem Sinn haben wir mit der Bestellung von Markus Hinterhäuser und Shermin Langhoff für die neue Festwochenintendanz ein sehr deutliches Signal gesetzt.

In diesem Sinne werden wir demnächst auch die Evaluierung der Theaterreform vorantreiben, und zwar auch gemeinsam mit den Menschen. In diesem Sinne werden wir diesen ganzen Komplex postmigrantischer Kultur angehen. Wir werden eine Person für den kulturellen Brückenbau bestellen. Wir werden uns um all diese Dinge kümmern.

Ich teile ja zu einem großen Teil Ihre Kritik. Sie wissen das! Ja. Ich teile zu einem großen Teil auch Ihre Kritik an den Vereinigten Bühnen. Hier wurden lange Zeit für zu viel Geld Dinge gemacht, die nicht zu 100 Prozent einen kulturpolitischen Anspruch oder einen sonstigen künstlerischen Anspruch erfüllen. Und deswegen ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Kritisieren Sie den Koalitionspartner!*) Ja! Natürlich kritisieren wir auch den Koalitionspartner. Ich kritisiere sogar meine Parteikollegen und Parteikolleginnen, und ich werde Ihnen etwas verraten: Manchmal streite ich sogar mit meiner Frau! (*Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN.*)

Wir schätzen und respektieren einander, und wir kritisieren einander auf Augenhöhe, offen, ehrlich und mit Respekt. Und das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns! Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns! (*Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.*) Selbstverständlich tun wir das! Gerade auf Grund dieser Kritikfähigkeit und dieser großartigen Zusammenarbeit, die wir unserer Kritikfähigkeit und unserem Anspruch verdanken, dass wir miteinander etwas bewegen wollen, entsteht in dieser Stadt etwas!

Ich kann Ihnen sagen: Auch die Vereinigten Bühnen Wien stehen selbstverständlich unter unserem kritischen Auge, und zwar nicht nur unter unserem kritischen Auge! – Sie haben gesagt, kritisieren Sie den Koalitionspartner: Fragen Sie einmal in der Stadt! Dann werden Sie erfahren, wie oft Ernst Woller und ich herumrennen und versuchen, uns zu informieren, Dinge anzuregen und aufzugreifen. Wir werden gemeinsam gesehen, und manchmal streiten wir auch mit den Institutionen. Fragen Sie einmal herum! Aber Sie gehen ja nirgends hin! Sie kennen sich ja nicht aus!

Fragen Sie einmal herum! Ernst Woller und ich rennen die ganze Zeit durch die Stadt und versuchen, gemeinsam mit den Leuten die Dinge besser zu machen. Und so werden wir auch bei den Vereinigten Bühnen vorgehen: Wir werden uns gemeinsam mit sehr kompetenten Menschen anschauen, wie man auch bei den Vereinigten Bühnen den kulturpolitischen Auftrag nachjustieren kann.

Und ich kann Ihnen noch etwas sagen: Was im Koalitionspapier steht, ist für uns Gesetz. (*Ironische Heiterkeit von GR Mag Wolfgang Jung.*) Und in diesem Gesetz

steht, dass eine schrittweise Kostenreduktion bei den Vereinigten Bühnen anzustreben ist. Punkt. Und da können Sie ... (GRin Henriette Frank: Ja, sie ist anzustreben!) Ja, genau!

Reden wir darüber nach der nächsten Subvention. Schauen wir uns dann an, ob es weniger geworden ist oder ob es mehr geworden ist. Ich werde hier sein und Ihnen Rede und Antwort stehen! Aber Sie fürchten sich vor irgendetwas! Ich weiß nicht: Vielleicht haben Sie zu oft „Tanz der Vampire“ gesehen, wenn Sie sich so vor den Geistern fürchten! (GR Mag Wolfgang Jung: Wer fürchtet sich vor Werner-Lobo? – Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)

Frau GRin Leeb hat sich die ganze Zeit auch schon in der Zeitung gefürchtet. Da wurde sie zitiert: Um Gottes Willen! Die Vereinigten Bühnen werden mehr Geld verlangen! Die Subvention wird steigen! – Sie können sich gerne fürchten, aber das macht nichts besser! Wir fürchten uns nicht, sondern wir werden dafür sorgen, dass die Subventionen nicht steigen. Sie fürchten sich und meckern ein bisschen herum, während wir gemeinsam mit den Leuten arbeiten und versuchen, es besser zu machen.

In diesem Sinne, weil wir konstruktiv sind, stimmen wir selbstverständlich dem Rechnungsabschluss zu! Und Sie sind herzlich eingeladen: Schauen Sie sich doch hin und wieder einmal ein Theaterstück an! Das bildet und macht vielleicht ein bisschen weltoffener. Wenn nicht, dann ist es auch wurscht! Ich kann mich gerne das nächste Mal, wenn mir ein Stück gut gefällt, wieder hierher stellen und es Ihnen erzählen. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Ing Leeb gemeldet. Sie hat drei Minuten.

GRin Ing Isabella **Leeb** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Lobo!

Sie reden von Respekt und Augenhöhe. – Ich verwahre mich hier ausdrücklich dagegen, dass Sie sich darüber auslassen, wie ich meine Zeit verbringe! Das geht Sie erstens einmal nichts an! Im Unterschied zu Ihnen bin ich bereits ins Theater gegangen, als Sie das Wort Theater wahrscheinlich noch nicht einmal buchstabieren konnten! (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Zweitens gibt es noch einen Unterschied: Ich zahle für meine Karten! Ich gehe nicht mit Gratiskarten ins Theater, weil ich Regierungsmitglied bin, und darauf bin ich stolz, und ich bin froh, dass ich nicht dort bin, wenn Sie dort sind! (Beifall bei der ÖVP. – GR Ernst Nevrivy: Die mag dich nicht!)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ich glaube, ich muss jetzt ein bisschen als Mediator auftreten! (Heiterkeit bei der FPÖ.) Das ist für mich eine ungewohnte Rolle.

Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Meine Vorredner haben jetzt schon so viele Punkte zur Diskussion gestellt, dass ich eigentlich nicht weiß, wo

ich anfangen soll. – Ich möchte kurz vorausschicken, dass ich hier gestern als Kultursprecher schon etwas Grundsätzliches über die Kulturpolitik dieser Stadt gesagt habe, und zwar relativ ausführlich, wie ich glaube. Kollege Werner-Lobo, Frau Kollegin Leeb und – ich glaube – auch Kollegin Ludwig-Faymann, die heute noch reden wird, waren anwesend. Der Herr Stadtrat war nicht da, er hat das also nicht gehört. Ich weiß nicht, ob er mir jetzt zuhört, ein paar Punkte werde ich aber jetzt noch erwähnen.

Die meisten kennen meine Intention. Die Aussage meiner gestrigen Rede war mehr oder weniger, dass ich nicht wirklich sehen kann, dass sich hier etwas tut!

Ich höre von Streitkultur. – Es ist aber sehr schwer, jetzt wirkliche, echte Streitigkeiten zu finden! Ich höre von großen architektonischen Projekten. – Diese sind alle noch nicht da! Wir beklagen also diesen Stillstand, der unserer Meinung nach in dieser Stadt im Kulturbereich eingetreten ist.

Jetzt hat hier eine kleine Auseinandersetzung begonnen, und eigentlich kann man meinem Vorredner gar nicht böse sein, wenn er die Offenheit hat zu sagen: Sie alle erwarten von uns diese Projekte, aber wir haben noch nichts erreicht! Und wenn man da hinten sitzt wie ich und gleichzeitig das Gesicht des Herrn Stadtrats sieht, dann fragt man sich: Was sagt er dazu? – Es gibt ja schon eine Feststellung unseres Herrn Stadtrats, was alles geschehen ist, aber das darf man, glaube ich, erst um 17 Uhr zitieren, deswegen muss man das jetzt ein bisschen umschreiben.

Es wurde also noch nichts erreicht. – Ja. Ich glaube dir auch sehr gerne, dass das ernsthaft gemeint ist und dass diese ganzen Vorhaben kommen! Faktum ist aber eben: Bis jetzt sind sie wirklich noch nicht da!

Es ist auch nicht ganz gerecht, Frau Kollegin Leeb vorzuwerfen, dass sie die Kunsthalle zerstören will. Ich habe mir die Museumspläne für das neue Wien Museum angeschaut, und in diesem Zusammenhang steht zum Beispiel im „Kurier“, wo ein Neubau künftig Platz finden könnte, und da wird unter anderem der Karlsplatz an Stelle der Kunsthalle genannt. – Ganz offensichtlich gibt es also auch die Diskussion, die Kunsthalle durch das Wien Museum zu ersetzen. Somit wäre das dann auch eine Zerstörung, also darf man das nicht Frau Kollegin Leeb direkt vorhalten!

Ich habe gestern beziehungsweise heute in der Früh – ich habe so wenig geschlafen, dass ich es nicht mehr genau weiß! – schon einmal Nestroy zitiert, und zwar im Hinblick auf die wunderbare Wandlung der Frau Kollegin Pilz, die sozusagen der Dorn im Fuße des Gesundheitsausschusses war und immer etwas zu kritisieren gehabt hat und jetzt mit allem so glücklich ist und gesagt hat, wir sind leidenschaftlich bei der Sache. – Also: Einmal so und einmal so! Davor hat Frau Kollegin Korosec schon Kollegen Margulies zitiert, der früher ein glühender Gegner der Wirtschaftspolitik war und jetzt ein glühender Anhänger der Wirtschaftspolitik ist.

Jetzt gibt es die weitere skurrile Variante, dass Herr Kollege Zinggl, Kultursprecher der GRÜNEN im Nationalrat, diese Geschichte mit der Kunsthalle aufgreift, die

grünen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat aber sagen: Das ist alles nicht so! – Das erinnert mich wieder an Nestroy, der übrigens 1801 ... (*Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.*) Ja! Den Ausspruch „Das wird geprüft!“ kennen wir schon von der SPÖ! Nestroy ist übrigens 1801 geboren, also 210 ... (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Das wurde einstimmig beschlossen!*)

Ich weiß schon, dass wir das mit beschlossen haben! Es ist aber trotzdem skurril, dass die GRÜNEN im Nationalrat etwas aufdecken und im Gemeinderat zudecken oder nicht ganz so aufdecken! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Ich meine, es gibt ja auch jede Menge Kontrollamtsberichte!

Nestroy, der übrigens den 210. Geburtstag hat, hat auch hierauf eine Antwort. Er hat einmal gesagt: Jetzt bin ich wirklich neugierig, wer stärker ist, ich oder ich?! (*GR Mag Klaus Werner-Lobo: Er sagt: I oder i!*) Nein! Er sagt: Ich oder ich! Ich habe zuerst nachgeschaut. Das wird vielleicht auch irgendwo falsch zitiert, aber lassen wir es einmal dabei.

Jetzt zu dem Programm unseres Herrn StR Mailath-Pokorny. Wie gesagt: Ich kenne es noch nicht offiziell, weil es erst um 17 Uhr mehr oder weniger freigegeben wird. Aber ich könnte mir vorstellen, dass darin etwas von der Erleichterung des Zuganges zu Kunst und Kultur steht. Diese Hubbühne beim Theater an der Wien wird sicherlich als Leistung erwähnt, desgleichen der Umbau des Bühnenbereiches und kleine Umbauten im Ensemble und Theater am Spittelberg und natürlich das Jüdische Museum.

All das ist okay, das meiste haben wir eh auch mitgetragen, die Hubbühne aber nicht, weil es da um das Gesamtbudget der Vereinigten Bühnen gegangen ist. Weiters wird von einer Renovierung der jüdischen Ehrengräber sowie von den Projekten „Go for Culture“ und „Cash for Culture“ die Rede sein.

Außerdem könnte ich mir vorstellen, dass vielleicht auch die KulturlotsInnen erwähnt sind. Ich habe diese schon das letzte Mal erwähnt, möchte das aber trotzdem noch einmal ganz kurz sagen, weil es auch ein lustiger Akt ist. Das wird natürlich dann immer lustiger, wenn das in einem Bericht, den wir klarerweise noch nicht zitieren dürfen, als große kulturelle Leistung erwähnt sein sollte.

Ich habe mir den Akt genauer angeschaut, und in diesem Akt wird groß geschrieben, dass bisher 7 000 ArbeitnehmerInnen zu 380 Kulturveranstaltungen vermittelt wurden, und zwar von Anfang an, also in zwei Jahren. Kollege Troch muss jetzt mitschreiben, weil er dann versuchen wird, das wieder zu entkräften. Das wird er sicherlich tun! Und das ist ja das Neuartige an Herrn Werner-Lobo, dass er irgendetwas zugibt, denn wir sind ja nur gewohnt, dass sowieso alles mit einem Heiligenschein glorifiziert wird und es nichts gibt, was irgendwie zu Kritik Anlass geben könnte.

Zum Mitschreiben: 7 000 ArbeitnehmerInnen sind seit Beginn dieses Projektes KulturlotsInnen bis jetzt vermittelt worden. Und monatlich besuchen über 700 Personen die Homepage. Bitte nicht verwechseln: Sie besuchen die Homepage, nicht die Kulturveranstaltung! Und künftig

sollen weitere Betriebsräte und Personalvertreter für das Projekt gewonnen werden. – Das ist der erste interessante Punkt! Die Personalvertreter sind nicht einmal überzeugt, dass sie da mitmachen sollen! Betroffen ist eine halbe Million Menschen, 340 000 ÖGB-Mitglieder in Wien und zirka 200 000 weitere Arbeitnehmer. (*GR Dr Harald Troch: Nicht nur ÖGB-Mitglieder in Wien!*) Das steht aber so im Akt! Dann müsst ihr einen anderen Akt schreiben! Im Akt steht ausdrücklich, dass 500 000 Menschen betroffen sind.

Es gibt ein flächendeckendes Netz von Betriebsräten, Personalvertretern und Jugendvertrauensräten in ganz Wien, nämlich 18 000, das sind sozusagen die Multiplikatoren. Ein weiterer Multiplikator sind die Gewerkschaftsmedien „Solidarität“ mit 1,2 Millionen Lesern und die Zeitschrift „Cult & Card“ mit 100 000 Lesern.

Was heißt das? – Das heißt, meine sehr geehrte Damen und Herren, dass mit den Subventionen, die die KulturlotsInnen bis jetzt bekommen haben, 7 000 Personen veranlasst wurden, eine Kulturveranstaltung zu besuchen. Gleichzeitig gibt es 18 000 Multiplikatoren. Das heißt: Nicht einmal jeder dritte Multiplikator besucht das selbst, wenn man davon ausgeht, dass kein anderer außer den Multiplikatoren davon Gebrauch macht! Wie soll ich mir das jetzt vorstellen? – Wenn das eine so tolle Sache ist, dass etwas beispielsweise in einen Bericht um 17 Uhr als besondere kulturelle Leistung gelobt wird und dann nicht einmal die Multiplikatoren selbst hingehen, sondern notige 7 000 Leute, also 3 500 im Jahr, was überhaupt nur ein Sechstel der Multiplikatoren ist, dann kann ich das schwerlich als Erfolg hinstellen!

Wir haben auch gestern gesagt: Unsere grundsätzlich negative Meinung resultiert daraus, dass das irgendwie die Vergewerkschaftlichung der Kultur ist. Da sagt dann der Betriebsrat zu denjenigen wenigen, die sich dafür wirklich interessieren: Also weißt du, für dich ist das nichts! Du schaffst maximal den „Tanz der Vampire“ oder „Ich war noch niemals in New York“, aber irgendein Tanzfestival oder so etwas schaust du dir lieber nicht an!

Das ist unsere grundsätzliche Kritik. Aber offensichtlich funktioniert das System ja eh nicht, denn wenn man nicht einmal die Multiplikatoren dazu bringen kann, dass jeder einmal selber zu einer Veranstaltung geht, dann kann man das schwerlich als Erfolg darstellen! Und wenn man sich das anschaut, dann kann man noch etwas feststellen. Herr Kollege Troch! Ich muss ein bisschen langsamer werden, weil er so langsam schreibt! Von den zwei KulturlotsInnen ist jetzt allerdings eine in Karenz. Da wird der Erfolg wahrscheinlich noch einmal halbiert werden! – Man würde ja nichts sagen, wenn das nicht in diesen Bericht, der jetzt irgendwann gleich in den Medien erscheinen wird, als besonderes Projekt aufgezeigt werden würde!

Uns ist das, was hier geboten wird, jedenfalls zu wenig. Wir wünschen uns auch einen Streit. Ich wünsche mir nichts mehr, als mit Enthusiasmus über jeden Kulturpunkt mit der Regierung – wie auch immer – eine Diskussion zu führen! Ich mag auch die Worte von Klaus Werner-Lobo. Der Begriff Mehrheimische ist nett! Ich bin

gerne bereit, über all diese Dinge zu reden, und ich mag auch diese Zugänge. Ich meine, die GRÜNEN haben überhaupt einen netten Zugang. Da ist einmal dieser Universitätsbeauftragte, den wir Phantom des Rathauses nennen. Ich habe außerdem gelesen, dass es jetzt bald einen Fahrradbeauftragten geben wird. Und jetzt haben wir gerade gehört, dass es auch noch einen Beauftragten für kulturellen Brückenbau geben wird. Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir dann eine Heerschar von Beauftragten haben!

Beim Universitätsbeauftragten waren wir neulich sogar zur Eröffnung des Büros eingeladen. Es hat ungefähr ein halbes Jahr gedauert, bis das Büro eröffnet wurde. Kollege Frigo war dort: Vielleicht kannst du dann nachher noch ganz kurz darauf eingehen!

Wie gesagt: Uns sind die Aktivitäten bis dato eindeutig zu wenig. Ich habe das gestern gesagt: Es gibt in gewisser Weise einen Stillstand. Das ist traurig! Ich würde gerne streiten und über irgendwelche Ideologien und Förderungen und nicht immer nur über Hubschrauber reden – die Hand beißt eh nur uns und sonst niemanden! –, sondern auch über wichtigere Dinge! Aber leider ist nur wenig zum Streiten da!

Man kann sich vielleicht formalistisch in irgendwelche Akte hineinarbeiten ... (GRin Martina Ludwig-Faymann: Was wollen Sie? Es gibt ja keine Konzepte von Ihnen!) Fragt uns denn jemals jemand um unsere Konzepte? Das ist aber witzig! Das gefällt mir gut! (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Wenn wir eingeladen werden zur Mitarbeit, dann sind wir die Ersten, die mitarbeiten! (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

In Wien wird doch sowieso jedes andere Konzept weggewischt! Deswegen bin ich sehr neugierig, was die GRÜNEN in Wien wirklich bewegen werden! In Wien gibt es ja auch kaum einen Verein, der nicht sozialistisch beziehungsweise sozialdemokratisch gelenkt ist, weil jede anders denkende Initiative von Grund auf suspekt ist. Das ist in der Kultur so. Das geht so weit, dass man Herrn Kramar oder Herrn Martin zu Kulturdiskussionen ins Fernsehen schickt, weil der Herr Stadtrat selbst, wenn er mit mir diskutiert, mir in der Kulturdiskussion nur die Hypo Alpe-Adria vorwirft und sonst nix. (Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.)

Nein, nein, nein! Sie spielen Demokratie nach dem Motto „Wir tun doch alle zusammenarbeiten!“, aber das geschieht in Wirklichkeit nicht! – Wir sind gerne bereit, Vorschläge zu machen. Laden Sie uns ein! (GRin Martina Ludwig-Faymann: Ja bitte!)

Ein Beispiel: Es hat geheißen, dass es einen partizipatorischen Prozess beim Wien Museum gibt. Dann haben wir irgendwann einmal vor einem Jahr oder länger einen Zettel bekommen, ob wir sozusagen Befürworter des neuen Wien Museums sind. – Soll ich einen solchen Zettel unterschreiben? Ich weiß ja nicht, wo eigentlich was geplant ist! Und dann hat es nie wieder etwas gegeben außer dem Hinweis, dass nach ökologischen Kriterien gebaut werden soll und dass das ein architektonisches Signal ist. Mehr wissen wir nicht! Wir sind in keine Art des Prozessplans eingebunden! Wahrscheinlich wird man uns am Schluss präsentieren: Das ist der Plan. Das

wird dann die partizipatorische Beteiligung aus eurer Sicht gewesen sein! Es ist doch illusorisch, dass wir da irgendwo mitdiskutieren können! Wir würden gerne mitdiskutieren, aber bislang sind wir dazu nicht eingeladen worden.

Ich habe eigentlich noch Zeit, aber ich will sie heute nicht unbedingt ausnützen. Daher werde ich in diesem Sinne meine Rede beenden. Den Rechnungsabschluss werden wir ablehnen. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid Pilz: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Troch. Ich erteile es ihm.

GR Dr. Harald Troch (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Ing. Leeb ist hier kräftig aufgetreten und hat sozusagen auch kräftig auf den Tisch gehaut. Wenn sie allerdings behauptet, dass in Wien zumindest in der Kultur nichts geschieht, dann denke ich mir: Sie leben anderswo! Sie leben nicht in dieser Stadt! Ich kann auch nur bestätigen: Ich treffe Herrn Dworak manchmal bei Kulturveranstaltungen. Aber Sie treffe ich tatsächlich nicht! Dort, wo sich die Wiener Kunst- und Kulturszene trifft, sind Sie, Frau Leeb, tatsächlich nicht. Das ist eine Beobachtung. Das ist nicht einmal was Privates. Das sind ja öffentliche Veranstaltungen, und man trifft sich dort und spricht über das Kulturelle, was man gerade gesehen und erlebt hat.

Allerdings möchte ich festhalten, dass in der Art, wie Sie hier auftreten und Wien als kulturelles Jammertal darstellen, sicherlich keiner der Millionen Touristen denkt, die hier sind. Es gibt ja Untersuchungen der Wirtschaftskammer und des Tourismusverband Wien und Österreich, warum die Menschen nach Wien kommen.

Was glauben Sie, Frau Leeb? Sie werden diese Studien wahrscheinlich nicht kennen, denn sonst hätten Sie nicht diese Rede hier gehalten! Das ist nicht möglich, das lässt sich nicht auf einen Punkt bringen! – Ich sage Ihnen: Die Menschen kommen wegen der Kultur und zunehmend auch wegen der zeitgenössischen Kultur hierher! (GR Mag Gerald Ebinger: Und wegen des imperialen Erbes!)

Ja, aber auch das imperiale Erbe muss man erhalten! Dafür gibt es zum Beispiel den Altstadtfonds. Über diesen darf ich später noch sprechen, dieser ist zum Beispiel einer der Mechanismen der Stadt, um kulturelles Erbe für die Gegenwart und die Zukunft zu sichern. Aber dazu später.

Frau Leeb! Ich kann nur sagen: Sie spielen eine sehr fundamentalistische Rolle! Sie sagen ein kategorisches Njet. Sie nehmen hier eine ausgesprochen destruktive Rolle ein, Ihre Kritik verharrt aber im Punktuellen. Da gibt es nichts Strukturelles und keine Auseinandersetzung um Inhalte.

Zum Beispiel: Warum werden drei Bedienstete der Stadt Wien in ein für die Stadt bedeutendes Archiv abgeordnet? – Sie waren dort nicht einmal! Sie haben dort nicht angerufen. Sie haben sich um nichts erkundigt. Es wird aber punktuell etwas lanciert, und das auf Kosten auch von Menschen, die dort arbeiten.

Ähnlich ist die Kritik der ÖVP bei den Symphonikern. Man kann zu Direktor Matt einiges sagen. Faktum ist aber, dass das Kontrollamt in Bewegung gesetzt wurde, und wir warten jetzt einmal ab, was der Kontrollamtsbericht bringt. Das Kontrollamt hat immer wieder auch kritische Töne gefunden und kritische Aussagen getroffen, und das wird auch von der Mehrheitspartei beziehungsweise der Koalition in Wien respektiert.

Dazu, dass die Kunst- und Kulturberichte kurz vor der Rechnungsabschlussdebatte erscheinen: Na, ich möchte Sie hier erleben bei der nächsten Sitzung, wenn der Kunst- und Kulturbericht nach der Rechnungsdebatte erscheint! Gewiss erscheint er vor der Rechnungsabschlussdebatte! Er erscheint vielleicht knapp vorher, das mag ein Punkt sein, den Sie kritisieren. Ich betone aber, dass das ein anständiges Kompendium ist, und dieser Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsbericht kann natürlich nicht im Vorjahr erstellt werden, sondern erst dann, wenn das Vorjahr vorbei ist. Und dann braucht es schon einige Monate, damit ein dermaßen anständiges Kompendium, das auch reich illustriert ist, um es noch leserlicher zu machen, fehlerfrei gedruckt und vorgelegt wird. Und es ist hier und steht zur Verfügung.

Man kann auf diese Punkte aber auch im Gemeinderatsausschuss eingehen, man muss das ja nicht genau heute hier machen! Kulturpolitik wird in jeder Gemeinderatssitzung und in jeder Gemeinderatsausschusssitzung diskutiert.

Ich habe es als spannend empfunden, dass Kollege Ebinger sich sehr stark mit Kulturvermittlung auseinandergesetzt hat. Das ist eigentlich auch heute mein Wunschthema hier, nämlich sich den Zugang zur Kulturpolitik und zur Kulturarbeit in Wien aus der Sicht der Vermittlung der Begeisterung und des Gewinnens neuer Menschen für die Kultur anzuschauen.

Demokratie erschöpft sich nicht im allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Demokratie erschöpft sich nicht in der Teilnahme an Wahlen. Vielmehr ist Demokratie die Möglichkeit zur umfassenden Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, und dabei ist Kultur ein ganz ein zentraler Punkt: Es muss kulturelles Leben und Kunst für all geben, diesfalls für alle Menschen in Wien. Das ist eine Utopie und gleichzeitig ein kulturpolitisches Ziel.

Manche sprechen davon, dass das ein Bürgerrecht sei. Andere bezeichnen Kunst und Kultur als Grundnahrungsmittel. Damit stellt sich aber die Frage nach der Zugänglichkeit der Kultur und der Offenheit kultureller Einrichtungen und auch die einfache Frage nach der Finanzierbarkeit von Eintrittskarten für manche Menschen in dieser Stadt.

Wie viel Kulturleben findet im öffentlichen Bereich statt? Welche Barrieren zum Zugang zur Kultur gibt es in Wien? Diese Fragen möchte ich am Beginn hier einmal stellen und mich damit auseinandersetzen.

Meiner Meinung nach können daher Kultur und Kulturpolitik in der Stadt nicht bloß am technischen Funktionieren von Kultureinrichtungen gemessen werden. Das wäre zu mechanisch. Kulturpolitik soll aber auch nicht ausschließlich nach dem kreativen Ergebnis künstlerischer Schöpfung beurteilt werden. Ich möchte daher

fragen: Wie viele Wienerinnen und Wiener erreichen wir mit dem Kulturangebot in dieser Stadt? Und welche Wienerinnen und Wiener erreichen wir noch nicht? Was kann die Stadtpolitik tun, um noch mehr Menschen zur Teilnahme an kulturellem Leben zu gewinnen, und warum ist das ganz einfach wichtig für eine moderne demokratische Gesellschaft?

Ganz offensichtlich gibt es diese Barrieren zum Zugang und zur Teilhabe am Kulturleben und zum Genießen der Kunst. Dabei geht es ganz einfach um Vorbereitung und Bildung zum Verstehen nicht nur der zeitgenössischen Kunst. Dabei geht es darum, Interesse zu wecken und Lust zu schaffen, zu einer Kulturveranstaltung zu gehen. Es soll Lust auf die Auseinandersetzung mit Formen und Inhalten gerade natürlich auch zeitgenössischer Kunst geschaffen werden. Dabei geht es aber auch um die materielle Seite. Wie schon gesagt: Was kostet eine Eintrittskarte?

Wenn wir also einen Wiener Kulturhaushalt 2010 in der Höhe von über 246 Millionen EUR diskutieren und dann beschließen, dann ist es legitim, diese kulturpolitischen Fragen zu stellen. Ich möchte die Wiener Kulturpolitik daran messen, wie erreichbar sie das Kulturleben für den durchschnittlichen Steuerzahler macht. Es ist allerdings auch wichtig, wie erreichbar das Kulturleben für Menschen ist, die auf Grund ihres geringen Einkommens wenig oder gar keine Steuern zahlen, wie erreichbar es für sozial schwache, sozial benachteiligte Wienerinnen und Wiener ist.

Unmittelbar erlebbar sind Kunst und Kultur im öffentlichen Raum, auf den Straßen und Plätzen oder in den U-Bahn-Stationen. Das hat in Wien eine lange Tradition. Die Kunst im öffentlichen Raum ist breit angelegt, und das geht in Ansätzen auf das 19. Jahrhundert oder sogar noch weiter zurück. Diesfalls ist die Kunst völlig öffentlich und für alle erlebbar.

Auch da sehe ich diesen angeblichen Stillstand, den die Opposition herbeisingen will, überhaupt nicht! Kunst im öffentlichen Raum ist ein absoluter Aktivposten der Kulturpolitik in dieser Stadt. Besonders stark frequentiert wird natürlich der öffentliche Raum im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Die Wiener Linien haben die stolze Bilanz von 2,9 Millionen Fahrgästen pro Tag, im Jahr 2010 waren das insgesamt 836 Millionen. Und die Stadt und die Wiener Linien kooperieren in dieser Hinsicht auch sehr prächtig. Viele U-Bahn-Stationen sind von Wiener und teilweise auch von internationalen Künstlern sehr interessant und auch aktuell ausgestaltet, und das findet ganz einfach guten Anklang!

Die Kunst im öffentlichen Raum ist die wohl niederschwelligste Form, um die Begegnung von Menschen und dem Kunstschaffen zu ermöglichen. Die Niederschwelligkeit des Kulturschaffens oder des Erlebens des Kulturschaffens ist wohl der magische Begriff im Zusammenhang mit der Erreichung einer höheren Teilnahme von Menschen am Wiener Kulturleben. Die Frage ist: Was kann die Stadt jetzt tun, damit weitere Menschen an Kunst und Kultur herangeführt werden, um neue Zielgruppen zu gewinnen, die bisher wenig Interesse gezeigt haben?

Ein relativ junges Projekt ist die Weiterentwicklung der Bezirksfestwochen zum Festival der Bezirke. Bei diesem wird lokale Kultur an der Basis präsentiert. Hierbei geht es vor allem – und das ist auch ein wichtiger Punkt – nicht nur um das passive Erleben von Kultur, sondern darum, in einem wesentlich weitergehenden Schritt Menschen zum aktiven Kulturleben zu gewinnen. Und dabei ist die Förderung ehrenamtlicher Kulturvereine, etwa ihnen eine Bühne zu geben, von ganz zentraler Bedeutung.

Das ist natürlich umso wichtiger, je stärker die Zentrumslastigkeit der kulturellen Einrichtungen in Wien ist, gegen welche es schwer ist, politisch zu steuern, wiewohl man sich darum bemüht. Die Niederschwelligkeit von Kultur wird genau dann erreicht, wenn wir Kultur vor Ort in der unmittelbaren Nachbarschaft leicht erreichbar in den Wiener Vorstädten oder Außenbezirken anbieten. Da sehe ich überhaupt keinen Stillstand. Den von Ihnen herbeigesungenen Stillstand gibt es in dieser belebenden Politik der Außenbezirke und Vorstädte überhaupt nicht! Davon zeugt auch das Festival der Bezirke.

Ein Beispiel aus meinem Bezirk, aus Simmering: Das neue Bildungszentrum liegt am Simmeringer Markt. Einige von Ihnen waren vielleicht schon dort. Die Architektur ist sehr gelungen, wenn das allein auch noch nicht garantiert, dass die Menschen kommen und teilnehmen.

Das Bildungszentrum am ehemaligen Simmeringer Markt ist mittlerweile schon das eigentliche Kulturzentrum des Bezirks geworden. Und ich sehe auch hier keinen Stillstand! Die geplante Bausumme von über 16 Millionen EUR wurde vom Bauherrn, der Stadt Wien, exakt eingehalten, es hat keine Überschreitungen in den Budgets gegeben, und es wurde eine wunderbare, schöne Sache in einer Wiener Vorstadt, in diesem Fall in Simmering, vor der Stadt Wien gemacht. Da gibt es keinen Stillstand! Im Gegenteil! Es sind dort drei Bildungsinstitutionen beziehungsweise Kultureinrichtungen eingezogen, nämlich die Volkshochschule Simmering, die Musikschule und die öffentliche Bücherei.

Was dort geboten wird, konnte man sich bei verschiedenen Veranstaltungen schon anschauen. Alles ist sehr niederschwellig unter Einbeziehung zahlreicher Kulturvereine des Bezirkes. Von der Architektur her liegt es zentral auf einem offenen Platz, den man bei entsprechender Witterung auch wunderbar für Open-Air-Veranstaltungen, wie das so schön heißt, nützen kann.

Der eigentliche Wert der Kultureinrichtungen Volkshochschule, Musikschule und städtische Bücherei liegt darin, dass Menschen, die wir zur Teilnahme gewinnen können, nicht passiv etwas genießen, sondern in diesen Institutionen zu aktivem Kulturschaffen ermuntert und weitergebildet werden. Und das ist das Wesentliche. Wir leben in einem Zeitalter des Fernsehens: Es gibt inzwischen Generationen, die mit dem Fernsehen aufgewachsen sind. Der Computer ist etwas dialogischer und aktivierender als das Fernsehen. Es gibt aber auch Menschen, die fernsehsüchtig sind und völlig zur Passivität neigen, und da gilt es gegenzusteuern!

Und genau diese Institutionen der Stadt Wien, näm-

lich Volksschulen, Musikschulen und Bibliotheken, bieten die kulturelle Infrastruktur, damit Menschen aktiviert werden, aktiv ihr Leben gestalten, und kulturell aktive Menschen sind auf jeden Fall auch ein Gewinn für die Demokratie in dieser Stadt und das Mitgestaltenwollen in Wien.

Als ein spannendes wie innovatives Projekt würde ich genau die KulturlotsInnen, wie sie sich nennen, bezeichnen. Mein blauer Vorredner ist auf diesen Punkt schon ausführlich eingegangen. Kollege Ebinger! Ich glaube, das war Ihr ausführlichster Punkt überhaupt. Sie haben das durchaus kritisch, aber nicht unkonstruktiv beleuchtet, wenn ich Ihnen dieses Kompliment machen darf, das Ihnen in Ihrer Fraktion hoffentlich nicht schadet! Ich setze mich gerne damit auseinander, weil ich an dieses Projekt wirklich glaube! Die Zahlen, die Sie genannt haben, sind tatsächlich nicht ganz richtig, und daher gehen Sie jetzt anscheinend! Kein Problem, Sie müssen sich das nicht unbedingt anhören, es ist im Protokoll nachzulesen!

Ich möchte zuerst einmal grundsätzlich auf das Projektziel eingehen. Das Projektziel der KulturlotsInnen ist es tatsächlich, Lust auf Kunst und Kultur zu machen. Hemmschwellen im Zusammenhang mit der Teilnahme an Kunst und Kultur sollen gerade bei Menschen im Arbeitsprozess abgebaut werden, die – wie Sie richtig erkannt haben – bislang am Kulturleben wenig, kaum oder gar nicht teilgenommen haben. Und damit will das Projekt nicht mehr und nicht weniger erreichen als die Demokratisierung des Kulturlebens. Ich denke, das ist mutig und in Zeiten wie diesen wahrscheinlich auch notwendig.

Das Projekt selbst bedient sich der Strukturen von Gewerkschaft und Personalvertretung, also der betrieblichen Strukturen, um Erwachsene an ihrem Arbeitsplatz zu erreichen. Das heißt, es soll das, was es an betrieblichen, gewerkschaftlichen und betriebsrätlichen Strukturen gibt, im Interesse der Teilnahme beziehungsweise Teilhabe an Kultur genützt werden.

Ich glaube, dass Sie die Rolle von Betriebsräten etwas überbewerten. Natürlich spielen die Personalvertreter hierbei eine konstruktive Rolle, und sie sollen für dieses Projekt gewonnen werden. Die Zahl von 18 000, die Sie nennen, ist aber natürlich eine Utopie! Es ist das Ziel, alle Personalvertreter und alle Menschen, die sich auf betrieblicher Ebene für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen, zum Mitmachen zu gewinnen. Manche werden kein Interesse haben, andere haben keine Zeit, andere haben einen Pflegefall zu Hause, das ist ja bekannt. Aber schon die jetzigen Zahlen aus der beginnenden Projektphase – und es liegt jetzt der erste Abschlussbericht vor – sind eigentlich erfreulich.

In den ersten 23 Monaten der ausgewerteten Projektphase haben – da muss ich Sie korrigieren! – laut den ganz offiziellen Zahlen 8 348 Menschen daran teilgenommen, und zwar an 387 Veranstaltungen, diesbezüglich sind Sie richtig gelegen. Die Sache ist spannend. Wichtig sind für mich nicht nur diese Zahlen, sondern vor allem die Tatsache, dass diese Gruppe von an Kultur teilnehmenden Menschen – und diese Zahl möchte ich Ihnen genau nennen – das Eintrittsgeld von 100 489

EUR selbst aufgebracht hat.

Was geschieht mit diesen Eintrittsgeldern, die hier außertourlich extra durch Kulturveranstaltungen lukriert wurden? – Diese Gelder fließen natürlich in die entsprechenden kulturellen Institutionen der Stadt Wien. Das heißt, man kann effektiv von einer ganz spannenden und produktiven Umwegrentabilität im Kulturbereich sprechen: Mehr als 100 000 EUR fließen in Form von Eintrittsgeldern wieder in diese Kulturinstitutionen. – Dazu kann ich dem Projektteam, jenen Gewerkschaftern, die mitspielen, und natürlich den Kolleginnen und Kollegen der Stadt Wien, die das ermöglicht haben, nur herzlich gratulieren und sie zum Weitermachen ermuntern! Das ist eine gute Basis, auf der man aufbauen kann.

Gefördert wurde das Projekt mit 160 000 EUR. Wir sehen also, wie positiverweise mit diesen Eintrittsgeldern auch etwas Zusätzliches erreicht wird.

Was sagt die FPÖ zu den KulturlotsInnen? – Einiges haben wir jetzt vom Kollegen gehört. Im Gemeinderatsausschuss stimmt die FPÖ kulturpolitisch blind und ignorant dagegen, anstatt dieses Projekt produktiv zu diskutieren, sich einmal anzuschauen, wie es läuft, und sich die Zahlen genau anzuschauen, zum Beispiel eben diese Umwegrentabilität im Zusammenhang mit den Eintrittsgeldern.

Ich denke mir, das ist auf jeden Fall eine Initialzündung, um Menschen erstmals dazu zu bringen, zu Kulturveranstaltungen zu gehen. Menschen, die sich mitunter auch scheuen, einzeln und allein zu einer Kulturveranstaltung zu gehen, schätzen das Organisierte und dass sich jemand um Karten kümmert. Sie schätzen es, dass es eine Kulturexpertin oder einen Kulturexperten gibt, der ihnen vor der Veranstaltung zum Inhalt, zur Form und vielleicht auch zu den Darstellern etwas erklärt. Das ist höchst willkommen, und daher nehmen Menschen diese Möglichkeit gerne an. Ich schätze diese Initialzündung über alle Maßen! Ich denke mir, das ist ein Beitrag dazu, dass Kulturleben in Wien tatsächlich ein Massenphänomen bleibt.

Die Vermittlung von Kunst und Kultur setzt in Wien allerdings schon sehr früh an, nämlich selbstverständlich bei den Kindern. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Einrichtung verweisen, die es auch erst seit ein paar Jahren gibt, bei der ich den Stillstand auch nicht merke: Es ist dies das MUSA, das Museum auf Abruf, ein neues Museum.

Andere Städte in Europa schließen Museen. Ich möchte Sie etwa daran erinnern: Die Hamburger CDU wollte bekannterweise das Altonaer Museum schließen. Daraufhin gab es eine große Protestwelle. Die neue SPD-Regierung der Stadt garantierte dann aber das Altonaer Museum, das einen Teil von Heimatgeschichte präsentiert. Altona ist ein sehr traditioneller Stadtteil von Hamburg, und das Altonaer Museum wird dank des Wahlsiegs der Sozialdemokraten erhalten bleiben.

Daran sieht man den Unterschied: Sozialdemokraten bemühen sich, die Kulturbudgets stabil zu halten. Sozialdemokraten bemühen sich, dass Kulturpolitik nicht von Profitdenken und von der Privatisierung bestimmt ist, sondern dass entsprechende öffentliche Gelder für Kultur

zur Verfügung stehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich komme zurück auf das Museum auf Abruf: Die Stadt zeigt hier ihre angekaufte Kunstsammlung. Diese ist mit mehr als 20 000 Werken von über 3 500 Kunstschaffenden sehr ansehnlich, und diese Sammlung wächst. Herr Ebinger! Ich kann Ihnen versichern: Auch bei dieser Sammlung im MUSA gibt es keinen Stillstand! Und diesbezüglich ist auch die Bezeichnung Jammertal von Frau Ing Leeb nicht angebracht! Diese Sammlung der Stadt wächst weiter, das ist einerseits aktive Nachwuchsförderung, aber nicht nur Nachwuchsförderung, sondern Künstler- und Künstlerinnenförderung. Die Sammlung wächst, und das, was die Stadt ankauft, macht sie auch transparent und öffentlich, damit die Wiener sehen, dass kein Unsinn angekauft wird, sondern dass damit eine Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Kultur und zeitgenössischem Kunstschaffen geschaffen werden soll. *(Zwischenruf von GR Mag Gerald Ebinger.)* Sie reden von Stillstand, ich kann diesen Stillstand aber auch im Bereich des MUSA nicht im Leisesten erkennen!

Die Mannschaft des Museums setzt auch auf Kulturvermittlung mit speziellen Führungen – das ist heute mein Spezialthema – etwa für Schulkinder, um sie für zeitgenössische Kunst zu begeistern und um sie dialogfähig zu machen. Und es gibt auch Angebote von Führungen in Gebärdensprache. Uns geht es darum, dass auch sogenannte gesellschaftliche Nischen, also auch kleine Gruppen von Menschen, von Kunst und Kultur nicht ausgeschlossen sind. Daher gibt es auch Führungen in Gebärdensprache. Das wird natürlich öffentlich finanziert, das ist klar. Das wird aus dem Kunst- und Kulturbudget der Stadt Wien finanziert, und ich bin ganz einfach stolz darauf, dass man diese Gruppe von Menschen, die auf Gebärdensprache angewiesen sind, in Wien nicht vergisst. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Bei Kulturvermittlung geht es aber auch um die Weitergabe von Identität und Geschichte. In Zeiten der Globalisierung ist das für mich ein sehr hoher Wert. Wir werden auch von internationalen Angeboten überschwemmt, die nicht immer die beste Qualität haben. Ich wehre mich überhaupt nicht gegen internationale Angebote! In Kunst und Kultur ist das selbstverständlich, dieser moderne Gedankenaustausch ist befruchtend, wie er immer schon in der Kunst war. Es kommt aber durchaus auf Qualität an.

Es gibt in Wien ein ganz klares Bekenntnis zum Erhalt des kulturellen Erbes, und auf dessen Stellenwert möchte ich jetzt eingehen: Was tut Wien für sein kulturelles Erbe? – Seitens der Opposition wurde vorhin gesagt, dass die Leute wegen des imperialen Wien kommen. Aber das imperiale Wien ist ja nicht genau das, was 1918 hier zurückgelassen wurde, ohne dass wir etwas gemacht hätten. Es gibt viel zu tun, um dieses bauliche Erbe zu erhalten, zu pflegen und manches sogar wiederherzustellen. Und das geschieht in Wien! In Wien arbeitet – und ich betone: arbeitet – der Altstadterhaltungsfonds. Diesen gibt es nicht einfach, sondern dieser arbeitet, und auch beim Altstadterhaltungsfonds sehe ich keinen Stillstand!

2010 wurde – und auch hier gibt es keinen Stillstand – die Kirche St Rochus und Sebastian im 3. Bezirk restauriert. Ferner wurden das Innere der Jubiläumskirche auf dem Mexikoplatz und der Bergkirche Rodaun, das Dach der Pfarrkirche Am Tabor sowie Dach und Fassade der Kirche St Georg im 19. Bezirk restauriert. – So viel zu den Kirchen. Wie Sie sehen, hat das rote Wien auch keine Berührungängste mit Kirchen! Kirchen sind ein wertvolles Bauerbe, das für Wien gesichert und erhalten wird, das ist völlig klar.

Zu den Profanbauten: Ich nenne zunächst die alten Gruftarkaden auf dem Zentralfriedhof in Simmering. Deren Restaurierung war mir ein besonderes Anliegen. Wer kürzlich auf dem Zentralfriedhof war, konnte diese Gruftarkaden besichtigen: Es handelt sich um wunderbare Backsteinbauten, die hier zu finden sind. Weiters erfolgte die Wiederherstellung von Fassaden einer Jugendstilvilla in Hietzing, eines Biedermeierhauses in Döbling und einer Gebäudeindustriearchitektur auf dem ehemaligen Schlachthof St Marx. Außerdem nenne ich die Wiederherstellung von Originalfassaden in der Loos-Siedlung im 17. Bezirk und die Renovierung von Außenfassaden und des bedeutenden Deckenfreskos im Baumgartner Casino im 14. Bezirk.

Herr Ebinger! Das nennen Sie Stillstand? – Sie mögen sich vielleicht den Kulturlotsenbericht durchgelesen haben, aber das, was der Altstadterhaltungsfonds für Wien leistet, haben Sie sicherlich nicht durchgelesen, denn sonst könnten Sie nie und nimmer von einem Stillstand sprechen!

Über den Altstadterhaltungsfonds konnten seit 1972 über 215 Millionen EUR für 4 200 Objekte in Wien zur Verfügung gestellt werden. Dazu zählen selbstverständlich auch kleine Objekte. Es geht in diesem Zusammenhang aber auf jeden Fall um den Erhalt von Kulturgut im öffentlichen Raum, wo all die Ästhetik und das traditionelle Bauerbe dieser Stadt erleben können. Es geht also um die Sichtbarmachung der reichen Wiener Baukultur der verschiedensten Epochen. Dazu zählen auch die Sicherung zahlreicher Denkmäler, Ehrengräber, jüdischer Gräber und Gedenktafeln.

Die Erinnerungskultur in Wien findet allerdings nicht nur über den Altstadterhaltungsfonds statt, sondern auch über die Bezirksmuseen. Erfreulich ist etwa auch für den Bezirk Simmering, dass das Bezirksmuseum in einer gemeinsamen Anstrengung von Stadt und Bezirk jetzt generalsaniert wird. Ich glaube, die Zeit ist schon sehr reif dafür, man mag diese Generalsanierung auch als überfällig bezeichnen.

Auch wir kochen nur mit Wasser, es wird in Wien eben eines nach dem anderen finanziert. Gott sie Dank haben wir in Wien keine Hypo Alpe-Adria! Wir haben saubere Stadtkassen. In Wien wird auf das Geld der Steuerzahler geschaut, und daher ist das Bezirksmuseum Simmering eben erst jetzt an der Reihe. Das ist keine Utopie, das nimmt heuer noch ganz klare Formen an, und das ist erfreulich! Ich bin schon neugierig, wer von Ihnen bei der Eröffnung des Bezirksmuseums mit dabei sein wird, vielleicht kommt auch Frau Leeb doch einmal zu einer Kulturveranstaltung! Ich werde die Ehre haben,

Sie persönlich zur Eröffnung des Bezirksmuseums Simmering einladen zu dürfen, vielleicht haben Sie doch Interesse! Man soll die Hoffnung nicht aufgeben!

Ein weiterer bedeutender Aspekt von Kultursicherung ist die Wiener Straßenbenennung. Diese erfüllt nicht nur den Zweck einer eindeutigen und klaren Orientierung in dieser Stadt, sondern das ist auch gelebte Erinnerungskultur. Man erinnert sich an Ereignisse, an Stadtgeographie, an Flurnahmen und Heimat, besonders aber auch an verdiente Wienerinnen und Wiener, an Menschen, die sich für diese Stadt eingesetzt haben, also auch an Wiener Lebensgeschichten.

Wenn wir aber von Teilnahme am Kultur- und Wissenschaftsleben in der Stadt sprechen, dann darf eine Einrichtung nicht übersehen werden, die es schon seit knapp 25 Jahren gibt, nämlich die Wiener Vorlesungen. Mit den Wiener Vorlesungen zeigt Wien, wie die Vermittlung von Wissen und Wissenschaft auf anspruchsvolle und gleichzeitig niederschwellige Weise stattfinden kann.

Christian Ehalt hat die Wiener Vorlesungen vor 25 Jahren gestartet. Seitdem waren über 3 000 Personen aus Wissenschaft und Fachbereichen bei über 1 100 Veranstaltungen. Diese sind offen für alle, und der Eintritt ist frei. Das nennen Sie Stillstand, Herr Ebinger? Diese klaren Zahlen der Wiener Vorlesungen bezeichnen für mich keinen Stillstand! Ich nenne die Wiener Vorlesungen ein Dialogforum von Wissenschaft, Fachbereichen und Bevölkerung, welches das Wiener Klima der Offenheit und der gelebten Auseinandersetzung mit Wissenschaft und geistigem Fortschritt nachhaltig prägt. Der Leiter des Wissenschaftsreferates der Kulturabteilung, Kollege Ehalt, sei – wie bereits geschehen – stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kulturabteilungen der Stadt, die sich darum verdient machen, erwähnt. Nicht nur dafür, dass Kulturpolitik umgesetzt und Kulturarbeit geleistet wird, sondern auch für das herzliche Engagement und die soziale Einstellung, dass Kultur auch sozial unterprivilegierten Schichten offen stehen soll, bedanke ich mich vielmals. Dieses Verständnis ist bei den Mitarbeitern der Kulturinstitutionen der Stadt sehr groß, und für diesen Einsatz und diese Haltung möchte ich ein ausgesprochenes Dankeschön aussprechen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich komme nun noch zu einem Punkt, zum Finanziellen: Das Finanzielle kann oft eine Barriere für Menschen sein, um kulturell aktiv zu werden. Das möchte ich jetzt noch ansprechen. Es gibt viele Menschen, die schon Interesse an Kultur entwickelt haben, die Kunstverständnis haben und gern aktiv sein wollen, bei denen also der Hunger auf Kunst und Kultur sozusagen schon gegeben ist, bei denen dann aber die Eintrittspreise doch eine Barriere darstellen. Im Hinblick darauf hat die Stadt Wien schon vor einigen Jahren den Kulturpass für sozial Benachteiligte eingeführt. Ich möchte daran erinnern, dass das Schauspielhaus und die Armutskonferenz diesbezüglich eine beispielhafte Aktion gesetzt haben. Das war ursprünglich nicht die Idee der Wiener Kulturpolitik, aber die Wiener Kulturpolitik und StR Andreas Mailath-Pokorny waren so offen und flexibel, diese Idee aufzugreifen, für die Stadt zu gewinnen und umzusetzen.

Das ist intelligent, das ist politisch klug, und das war sozialpolitisch im Sinne von Kulturpolitik für alle eine wunderbare Sache!

Ausgegangen ist diese Initiative „Hunger auf Kunst und Kultur“, wie gesagt, vom Schauspielhaus und von der Armutskonferenz, und diese Aktion wurde ausgeweitet. Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze mit einer Mindestsicherung oder einer Mindestpension leben, können diesen Kulturpass beantragen und damit kostenlose Karten beziehen. Zirka 25 000 Karten werden pro Jahr in Wien ausgegeben.

Ich nenne das keinen Stillstand in der Wiener Kulturpolitik, sondern ich meine, dass auf diese Weise Sozial- und Kulturpolitik auf einen Nenner gebracht wurden. Auch diesfalls wird Kulturpolitik gemacht, die nicht einem Gewinndenken unterworfen ist, sondern von sozialem Denken und Offenheit geleitet wird. Es ist dies ganz einfach Kultur für alle.

Das ist eine Erfolgsgeschichte, die übrigens von anderen Bundesländern kopiert wurde. Diese sehen das also nicht als Stillstand, sondern sie sehen – im Unterschied zu Ihnen, Frau Ing Leeb! –, welche Innovationen es in Wien gibt, und kopieren das. Diese sehen Wien offenbar nicht als das kulturelle Jammertal, wie Sie es darstellen! Um das zu belegen, sage ich Ihnen: Salzburg, Steiermark, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg haben bis jetzt diese Wiener Erfolgsgeschichte für ihren Bereich kopiert. – Es lebe der Wiener Kulturpass!

Kultur und Veranstaltungen im öffentlichen Raum bei freiem Eintritt sind eine besondere Wiener Spezialität. Ich möchte jetzt nur auf einen Höhepunkt eingehen, nämlich auf die Eröffnung der Wiener Festwochen auf dem Rathausplatz. Das ist traditionell immer eine sehr gelungene Veranstaltung, der Rathausplatz ist stets bummvoll. Es kommen immer auch viele Gäste aus dem Ausland, die, wie auch tausende, um nicht zu sagen, zehntausende Wiener mobilisiert werden, die künstlerische Schaffenskraft dieser Stadt und auch einen Ideenwettbewerb mit internationaler Kultur hier zu erleben.

Abschließend nun auch zu Wien als Standort von Wissenschaft und Forschung: Wien ist Standort von 21 Universitäten und Hochschulen. Die Wiener Wissenschaftsförderung ist mehr als das Bedienen von bestehenden Einrichtungen. Darauf legen wir Wert. Und auch in diesem Bereich gibt es keinen Stillstand. Es geht um Nachwuchsförderung, und ich darf Ihnen hier ein völlig neues Impulsprogramm nennen, nämlich das Impulsprogramm Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften. Dieses wurde neu eingeführt, um den Wissenschaften, die in Wien eine starke traditionelle Position haben, einen neuen Impuls zu geben und auch Nachwuchs zu fördern. In einer Kombination aus Projekt- und Personenförderung werden Themen unterstützt, die für unsere Stadt Relevanz besitzen.

Große Bedeutung für Wien in Bezug auf Forschungsförderung haben aber auch die Bereiche Naturwissenschaften und Medizin, beispielsweise die Krebsforschung, die aus den Mitteln des Wiener Wissenschaftsförderungsfonds unterstützt wird. Auch hier gibt es keinen Stillstand, das kann ich Ihnen versichern!

Wien ist weltberühmt für sein kulturelles Klima und die sympathische Atmosphäre einer blühenden Kulturmetropole. Das offene Klima Wiens wird von Wissenschaftlern, Forschern und Forscherinnen sehr geschätzt. Es sind ganz einfach die Freiheit von Kunst und Wissenschaft und ein Klima der Offenheit und der Neugierde, die Wien prägen, die für Kunstschaffende und Forscher spannend sind und sie zum Hierbleiben einladen. Und Wien braucht diese zugewanderten Forscherinnen und Forscher und Kunstschaffenden, um am Ball zu bleiben. Diese Menschen, die nach Wien gekommen sind, um hier das Kulturleben zu bereichern, sind höchst willkommen und haben auch schon einen bedeutenden Mehrwert hier gelassen.

Die Stimmung in Wien, die von der Kultur geprägt wird, schafft ein lebendiges Klima. Sie zieht interessante Menschen an und sorgt für Lebensqualität. Wien ist, wie gesagt, eine Stadt, wo es Kultur auch ohne Profitdenken und Privatisierung von Museen und Theatern gibt. Hier ist Kultur von Freiheit, Kreativität und Offenheit gesteuert.

Ich sage, Freiheit, und möchte jetzt noch eine Replik auf die FPÖ machen. Die FPÖ nennt sich zwar plakativ Freiheitliche Partei, ich glaube aber, ihr Zugang zur Kunst ist doch sehr kleinkariert, rückwärts gewandt und traditionalistisch. Das sehen wir oft an Ihrem Abstimmungsverhalten!

Ich sage: Um einen echten Freiheitsbegriff und nicht Ihren plakativen Namensbestandteil zu verwenden, darf ich mich mit dem Motto der Wiener Sezession empfehlen: „Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit!“ – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich teile mit, dass die Redezeit ab nun 20 Minuten beträgt.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Kollege Troch hat der ÖVP beziehungsweise meiner Kollegin vorgeworfen, dass sie jammere beziehungsweise Wien als ein Jammertal bezeichne. – Wien ist kein Jammertal! Es geht aber jetzt um politische Verantwortung in dieser Stadt, und darum kritisieren wir und sagen, was Sache ist.

Mein Bekenntnis zur Kultur dieser Stadt war immer, dass wir uns nie in die Arbeit der Künstler eingemischt haben. Es gibt allerdings auch Grenzen! Ich denke jetzt an die Ehrung von Hubsli Kramar in der vergangenen Woche, die selbst dem Herrn Stadtrat hinter mir einen gewissen Eiertanz abverlangt hat, weil die Art und Weise, wie dort sozusagen mit der Öffentlichkeit umgegangen wurde, wirklich alles andere als leicht zu verstehen war!

Wenn Klaus Werner-Lobo die Migranten als seine wichtigste Gruppe sieht, dann ist das seine Sache! Für uns, meine Damen und Herren, sind alle Wienerinnen und Wiener im Bereich der Kunst und Kultur gleichwertig. Für alle soll der Zugang leicht sein. Das ist unser Kulturbegriff. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Ernst Woller: Was*

sagt eigentlich der Integrationsstaatssekretär zu einem solchen Schwachsinn?)

Ich rede jetzt einmal vom Budget und vom Rechnungsabschluss und von den Zahlen! Mit einem überzogenen Budget von 12,75 Millionen EUR reiht sich der Rechnungsabschluss der Gruppe Kultur und Wissenschaft in die Reihe der anderen Ressorts ein, die ihr Budget überzogen haben. Als Begründung wird angeführt, dass 5,3 Millionen EUR mehr für Forschung und Wissenschaft, 3,9 Millionen EUR mehr für das Jüdische Museum sowie 1,7 Millionen EUR mehr für andere Wiener Museen ausgegeben wurden.

Offenbar wurde der Voranschlag bewusst zu niedrig angesetzt, um Sparsamkeit vorzutäuschen, und im Hinblick darauf stellt sich für mich schon die Frage, was ein solcher Voranschlag überhaupt wert ist, wenn das Budget dann nicht rigoros eingehalten wird! Offenbar gibt es im ganzen Magistrat der Stadt Wien keine Konsequenzen, wenn Budgets maßlos überzogen werden! Somit bestätigt sich jetzt abermals, dass das Budget der Stadt Wien ein Traumbüchl ist, wie ich an dieser Stelle schon einige Male gesagt habe.

Nun zu meiner inhaltlichen Kritik am Kulturstadtrat: Es gibt offene Baustellen, Probleme mit Künstlerinnen und Künstlern und keine Entscheidungen oder kaum Entscheidungen.

Kommen wir zunächst zu den offenen Baustellen: Das Projekt, einen andauernden Dialog mit den Künstlern in Wien zu schaffen, ist auf der Strecke geblieben, denn dieses Projekt, das offenbar nur zur Beruhigung der Kunstschaffenden vor der Wahl gedacht war, schlummert oder ist – besser gesagt – offenbar beendet, meine Damen und Herren! Auf der Homepage „Wien denkt weiter“ wird nicht mehr weitergedacht.

Einer von jenen, die das Projekt unterstützt haben, war Gerald Matt, Chef der Kunsthalle. Und wenn Sie, Herr Stadtrat, im „Kurier“ vom 18. Juni von Intrige in der Kulturpolitik sprechen, dann müssen Sie anerkennen, dass die Konstruktion der Kunsthalle mitsamt der – unter Anführungszeichen – Vorarlberg Connection alles andere als besonders klug war! Als praktisch alleiniger Subventionsgeber behaupten Sie, dass Sie seit nunmehr elf Jahren und trotz zweimaliger Wiederbestellung von Gerald Matt als Kunsthallenchef keine Handhabe gegen dessen Bestellung und gegen sein Wirken haben, obwohl Sie wussten, wie sich Herr Matt persönlich gab, wie er seine Mitarbeiter für sich sozusagen in Gutsherrenmentalität einsetzte und dass er sich selbst fast 50 Prozent seiner theoretischen Anwesenheitszeit im MAK auf Reisen befand. Solange er gute Kontakte zu den entscheidenden Personen in der SPÖ pflegte, hielt man die schützende Hand über ihn.

Wir werden sehen, wie der Kontrollamtsbericht ausschauen wird, aber zu befürchten ist jedenfalls, wie wir aus den diversen Gutachten vorher wissen, dass darin stehen wird, dass alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Das ist das wirklich Gefährliche in dieser Stadt, und ich hoffe, dass endlich einmal ein Exempel statuiert werden wird! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine andere Baustelle im Kulturressort sind die Wie-

ner Festwochen: Es ist dies ein leider in die Jahre gekommenes Festival, das mit 10,9 Millionen EUR subventioniert wird und dessen Chef gerne zwischen Wien und Paris pendelt.

Die neuen Chefs Markus Hinterhäuser und Shermin Langhoff sind vorerst einmal auf drei Jahre bestellt. Übrigens: Diese einmalige Bestellung ist eine Erfüllung der Wünsche der Wiener ÖVP für die Wiener Kulturpolitik: Wir haben eine Chance verdient, dass die Festwochen anders werden, als dies bis 2013 der Fall sein wird! Wir wünschen uns weniger Action, mehr Qualität und mehr von jenen Stücken, zu welchen die Wienerinnen und Wiener gerne hingehen. Wenn Barbara Petsch in der „Presse“ von mehr Humor beim Festwochenangebot spricht, dann kann ich ihr nur recht geben, meine Damen und Herren, denn ich frage Sie, Hand aufs Herz: Muss Kunst ständig weh tun?

Abschließend komme ich zu meinem oft wiederholten Lieblingsthema. *(Zwischenruf von GR Ernst Woller.)* Ich nehme es an!

Mein Lieblingsthema sind das Wien Museum und sein Depot. Als bekannt setze ich voraus, dass es äußerst unklug von StR Mailath-Pokorny war, eine Investitionssumme von 30 bis 70 Millionen für den Neubau des Wien Museums und eventuell auch des Museumsdepots zu nennen. Das Kontrollamt sprach bereits im Jahre 2006 im Zusammenhang mit dem Zustand des Depots von – unter Anführungszeichen – Gefahr in Verzug.

Erheiternd finde ich schön langsam die Diskussion über den Standort des zukünftigen Museums, ohne dass die Inhalte des Wien Museums wirklich diskutiert werden. Gerade in der inhaltlichen Diskussion wäre es wichtig, zu definieren, was ein Wien Museum neu sein soll. Geht man nämlich durch die derzeitige Dauerausstellung auf dem Karlsplatz, dann stellt man fest, dass Wiens Geschichte 1910 im Museum zu Ende ist. Man findet auf den drei Ebenen kaum einen Ausstellungsgegenstand, der mit einer späteren Zeit zu tun hat. Weit und breit gibt es keinen Gegenstand, der die Entwicklung in Wien seit 1918 zeigt und erklärt. Die letzten 100 Jahre fanden offensichtlich nicht statt.

Offenbar macht nämlich die vielfältige Förderung der SPÖ-Geschichte unter diesem Aspekt Sinn. Ich erinnere an den Verein Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung, den auch Herr Kollege Troch und meine Kollegin Isabella Leeb heute schon angesprochen haben, wo Subventionen von über 105 000 EUR in Personalsubventionen für drei Personen unter Führung des erwähnten Gemeinderates umgewandelt wurden. Ungeniert stimmte dieser Gemeinderat nämlich in eigener Sache ab. Meine Damen und Herren! Das ist das Demokratieverständnis der SPÖ hier in Wien! Und der grüne Kulturvertreter machte gute Miene zum bösen Spiel und stimmte zu. Pro forma wurde diese Abstimmung dann nach unserem Hinweis, dass sich das nicht gehört, wiederholt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun aber zurück zum Wien Museum und seinem Depot: Vor einigen Tagen – Herr Kollege Troch hat davon gesprochen – wurde im Altstadterhaltungsfonds mit Mehrheit beschlossen, 355 000 EUR in die Sanierung

von Schloss Neugebäude zu investieren, ohne allerdings, meine Damen und Herren, ein Konzept zu haben und ohne zu wissen, wie die Zukunft des Schlosses aussehen wird. Sie alle kennen das Schloss. Ein Teil dieses Schlosses wurde für den Bau von Schloss Schönbrunn verwendet und findet sich heute noch dort in der römischen Ruine. Dieses Schloss ist seit 1909 im Besitz der Stadt Wien, und man weiß bis heute nicht, was damit geschehen soll.

Hier ergäbe sich unserer Meinung nach eine Chance für das neue Depot des Wien Museums. Neben der kulturellen Nutzung des Schlosses könnte dort auch das Depot untergebracht werden. Gleichzeitig könnte in einem Teil des Schlosses eine Dauerausstellung wie zum Beispiel die Sammlung der Steinskulpturen der Stadt Wien untergebracht werden. Wir stellen daher folgenden Antrag:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft möge dafür sorgen, dass die Errichtung eines ausreichend dimensionierten Depots für das Wien Museum im Schloss Neugebäude eingerichtet wird und das Gebäude in das zukünftige Nutzungskonzept eines neuen Wien Museums als Skulpturenmuseum eingebettet wird.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft beantragt.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abschließend darf ich zum Kultur- und Wissenschaftsrechnungsabschluss sagen: Es gibt viele offene Baustellen und ein personales Chaos, und das Budget wurde massiv überzogen. Dem werden wir nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Frigo. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich fasse mich kurz. Zuerst möchte ich sagen: Ich selbst interessiere mich sehr für Literatur, ich habe auch schon Rezensionen für die Ingeborg Bachmann Gesellschaft geschrieben, und es tut mir weh, wenn ich höre, dass das, was im Dschungeltheater – oder was immer das sein soll – geboten wird, Kultur ist. Und dass „Lord of the Flies“ zum Migrationsopus gemacht wird, hat meiner Meinung nach auch eine persönliche Note, die mich nicht anspricht!

Insgesamt möchte ich jetzt aber über den Wissenschaftsbericht, der Ihnen allen vorliegt, kurz ein Statement abgeben. Warum? – Das ist einfach mein Thema, weil ich an einer Hochschule tätig bin.

Gleich auf dem Einband finden Sie Slogans wie „Wissenschaft und Forschung fördern“. – Nun es ist natürlich auch so, dass die Wissenschaft oft politisch missbraucht wird und derzeit eigentlich auf Sparflamme gehalten wird, und die Förderung ist eben hier zu diskutieren.

In diesem Bericht geben viele bekannte Persönlichkeiten, deren politische Zuteilung leicht fällt, positive Meldungen ab. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir ein massives Wissenschaftsbudgetprob-

lem haben.

Meine Damen und Herren! Allein der Wiener Medizinischen Universität fehlen 50 Millionen im Budget, so dass Planstellen nicht nachbesetzt werden und Probleme wie zum Beispiel die Besetzung der Notfallambulanz evident werden. Ich will das jetzt nicht dauernd referieren, aber ich muss es nach wie vor betonen. Auch die Akademie der Wissenschaften musste, wie wir wissen, auf Grund von Sparmaßnahmen bereits Institute schließen.

Dem gegenüber stehen das maximale Werbebudget von 80 Millionen und andere Verschwendungen. Wie soll hier eigentlich ein ernsthafter internationaler Standard gehalten und ausgebaut werden? – Ich habe mir jetzt im Internet die neuesten Rankings der Uni Wien angeschaut und finde sie an 91. bis 100. Stelle. Vorne sind praktisch nur amerikanische Universitäten und dementsprechend auch deren Budgets, die sicherlich um einiges größer sind.

Was gibt es nun zu kritisieren? – Prinzipiell fördert die Stadt Wien Wissenschaft und Forschung. Das muss ich an dieser Stelle natürlich sagen. Ich selbst war einmal Bezieher von Jubiläumsfonds und Bürgermeisterfonds. Dementsprechend möchte ich hier feststellen, dass auch wir Freiheitliche nicht nur negativ reden, sondern durchaus auch Anerkennung zeigen können.

Schauen wir uns aber das Sponsoring einmal an! So geht zum Beispiel aus diesem Bericht hervor, dass bestimmte Vereine wie der Verein für homo- und bisexuelle Führungskräfte gefördert wird. Offenbar wird hier Wissenschaft und Forschung als politisches Instrument verwendet, und das kann ja nur Schiffbruch erleiden, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Hunderte Vereine werden aus diesem Grund gefördert, doch zumeist – Gott sei Dank! – mit insuffizienten Mitteln. Hören Sie mit diesem Unsinn auf! Lieber wenige und gesunde, weil ordentlich gesponserte Projekte als eine Vielfalt von insuffizienten Förderungen von ein paar Tausend Euro.

Insgesamt erinnert der Wissenschaftsbericht – das ist halt meine persönliche Meinung – an den Jahresbericht einer Schulklasse. Allerdings enthält Letzterer mehr Zahlen. Ich finde in diesem Bericht zwar schöne Artikel – eine Art Erlebnisberichte mit Themen wie: „Ich war im Wald und habe Wildtiere beobachtet.“ oder: „Wir haben ein schönes Projekt gehabt, und das Wetter war schön.“ –, aber es finden sich darin keine Zahlen. Und wieso fehlen diese Zahlen? Oft wird der Opposition vorgeworfen, dass wir nicht ins Detail gehen, aber wir haben auch einfach keine Zahlen!

Ich kann Ihnen sagen: Es gibt hier keine Transparenz. Transparenz ist die große Unbekannte. Ich glaube, Kollegin Pilz hat das heute schon erwähnt, dass Transparenz wichtig ist. Und ich möchte das Ganze ein bisschen transparenter und ein bisschen übersichtlicher in Zahlen sehen, denn wenn diese Zahlen fehlen, dann öffnet das Korruption und Misswirtschaft Tür und Tor. Ich will gar nicht an die endlose Liste von Skandalen erinnern.

Im Hinblick darauf kann ich diesen Bericht nicht wirk-

lich ernst nehmen und erkenne daran, dass das Thema Wissenschaft sicherlich nur ein Stiefkind ist.

Wenn wir literarisch bleiben, dann fällt mir dazu Oscar Werner ein. Er hat die Situation der Wissenschaft in der heutigen Zeit beschrieben. In seinem letzten Interview hat Oscar Werner gesagt: „Ich fühle mich durch die Bürokratie immer mehr in meiner Kreativität eingeschränkt und eigentlich vergewaltigt.“ – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ludwig-Faymann. Ich erteile es ihr.

GRin Martina **Ludwig-Faymann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte an meinen Kollegen Troch anschließen. Auch er hat darauf verwiesen, dass offenbar das Wort Stillstand das Lieblingswort der Opposition geworden zu sein scheint. Das haben wir vor allem bei der Reden des Kollegen Ebinger – ich sehe ihn jetzt gerade nicht – oder der Kollegin Leeb gehört. Ich vermute, das kommt immer dann, wenn die Argumente ausgehen.

Wenn immer gesagt wird, dass nichts geschieht, dann möchte ich auf diesen für mich sehr einzigartigen Kunst- und Kulturbericht 2010 verweisen. Es stimmt, dass wir diesen noch nicht sehr lange haben, aber ich meine, gerade gestern war vielleicht doch schon die eine oder andere Minute Zeit dafür, hineinzublicken und sich diesen sehr spannenden Bericht anzusehen. Dieser ist wirklich ein unglaublich toll aufbereitetes Dokument darüber, welche und wie viele großartigen Kulturleistungen es in dieser Stadt im letzten Jahr gegeben hat.

Mir ist gleich, als ich den Bericht gesehen habe, das Wort Transparenz eingefallen, und ich habe mir das aufgeschrieben, bevor Sie, Kollege Frigo, das Wort Transparenz in den Mund genommen haben. Transparenz ist in Zeiten wie diesen zu Recht ein wichtiges Thema in der Politik, und ich meine, dieser Kunst- und Kulturbericht ist ein sehr gelungenes Beispiel für Transparenz in der Politik. Der Bericht verdeutlicht, dass wir pro Jahr immerhin 20 Millionen zufriedene Kulturkundinnen und –kunden haben, die unsere Kultureinrichtungen in Anspruch nehmen und zufrieden sind. Das ist keine Selbstverständlichkeit!

Ich möchte mich am Anfang vor allem für diesen tollen Bericht bei all jenen Menschen bedanken, die es möglich machen, dass wir in dieser Stadt diese Kultur haben, die wir letztendlich – seien Sie doch ehrlich! – alle so schätzen und lieben und die Wien auch so liebenswert macht. Mit dieser Kultur werden nicht nur die Wienerinnen und Wiener täglich auf Schritt und Tritt konfrontiert, sondern es kommen auch viele zu uns in diese Stadt, weil wir diese tollen Kultureinrichtungen haben, die auch permanent ausgebaut werden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber selbst Kollegin Leeb hat zugegeben, dass nicht nur unser Leben in der Stadt täglich durch all das, was wir hier an Kunst und Kultur bekommen, bereichert wird, sondern dass davon auch die Wirtschaft profitiert. Jeder in Kultur investierte Euro kommt zweieinhalbfach zurück.

Das ist toll, und darauf können wir auch stolz sein!

Ich möchte jetzt nicht noch mehr Zahlen anführen, sondern möchte nur ein Beispiel nennen, das mir im Kulturausschuss besonders imponiert und mich fasziniert hat: Wir bieten in dieser Stadt täglich 70 000 Plätze für Kulturgenuss an! Das ist wirklich eine sehr tolle Zahl! Es sind tatsächlich 70 000 Plätze, wenn man alles zusammenzählt. Das hat nicht jede Stadt! Darauf kann man wirklich sehr stolz sein!

Ich möchte am Anfang zusammenfassend sagen: Wir haben natürlich seit Langem einen traditionsreichen Ruf als Kulturmetropole, aber wir tragen nicht nur diesem Ruf hier jährlich Rechnung, sondern wir investieren auch sehr viel in neue Bereiche.

Wien hat in seine Kulturstätten investiert, und ich möchte jetzt auf meinen Zwischenruf zurückkommen. Das war nämlich nicht nur gestern ein Problem, sondern das war in den letzten Jahren in der politischen Auseinandersetzung oft ein Problem. Aber gerade gestern war es wieder einmal ganz offensichtlich.

Es wird hier sehr viele Stunden geredet, aber mir ist, ehrlich gesagt, nicht klar, was Sie eigentlich wollen. Sie haben gesagt, dass Sie keine Gelegenheit dazu gehabt haben, das zu sagen. – Ich meine: Sie hatten gestern Gelegenheit dazu, und Sie haben heute Gelegenheit dazu! Sie haben in jedem Kulturausschuss Gelegenheit dazu!

Mir ist wirklich nicht klar: Was wollen Sie? Wir sind jetzt im Kulturbereich, aber für mich ist das auch in der Generaldebatte generell immer offen geblieben. Ich höre zwar viele Worte, aber ich frage mich: Für welche Stadt treten Sie ein? Was sind Ihre ganz konkreten kulturpolitischen Ziele? – Sie sind in Opposition. Das liegt es klarer Weise in der Natur der Sache, dass Sie auch sehr kritisch auftreten und natürlich auch schauen, wo Sie eventuell das eine oder andere aufzeigen können. Aber Sie sind doch letztlich Politikerinnen und Politiker, und was ich so vermisse, wenn wir zum Beispiel eine kulturpolitische Debatte führen, sind Antworten auf die Fragen: Was sind eigentlich Ihre Konzepte für diese Stadt? Welche politischen Ziele haben Sie generell und insbesondere in der Kulturpolitik? Welche Kulturpolitik wollen Sie? Wofür treten Sie ein? Was sind Ihre Ziele für diese Stadt?

Ich nenne Ihnen meine beziehungsweise unsere Ziele, über die wir uns – oder zumindest ich mich als Politikerin – auseinandersetzen können. Dafür werden wir gewählt, denn die Menschen wollen Politiker, die für etwas stehen, die Ziele haben und dafür arbeiten. Mit Ihren Zielen kann ich mich aber nicht auseinandersetzen, weil ich sie nicht kenne.

Welche sind unsere Ziele? – Ich denke, dieser Bericht, so weit ich ihn bisher durchsehen konnte, aber auch andere Werke – auf eines komme ich jetzt gleich zu sprechen – beinhalten das und stellen das sehr schön dar.

In Wien – das wurde heute auch schon gesagt, und das ist keine Selbstverständlichkeit – werden keine Theater oder andere Einrichtungen geschlossen. Nein! In Wien werden sie saniert, beziehungsweise es werden

sogar einige neu eröffnet, und das in Zeiten wie diesen! Die Wiener Theaterszene erlebt überhaupt einen Boom, von dem andere Städte nur träumen können.

Wenn man sich das Buch „Wien Kultur. Die Geschichte wird weiter erzählt“, das es übrigens schon länger gibt als den Bericht über das vergangene Jahr, wirklich einmal genau durchschaut – und ich habe das getan, als ich in den Kulturausschuss gekommen bin –, dann fällt vor allem die Vielfalt sofort auf, und wir stehen für diese Vielfalt. Wenn man das Buch durchliest, dann findet man – quasi unter Anführungszeichen – fast auf jeder zweiten Seite Begrifflichkeiten wie Sanierung, Erweiterung, Ausweitung, steigende Zuschauerzahlen und, und, und. Und das ist es, was Wien so besonders macht!

Es gibt meiner Meinung nach aber auch noch etwas anderes, was Wien so besonders macht, was Kulturpolitik betrifft. Wien ist sicherlich besonders, wir haben mittlerweile schon mehrere Opernhäuser, wir haben die großen Museen und die großen Theater und vieles mehr. Das gibt es aber vielleicht auch anderswo. Wir bieten im Hinblick auf unsere Tradition und unser Erbe jedoch auch eine sehr hohe Qualität. Diese hohe Qualität hatten wir in dieser Stadt schon immer, und darauf sind wir sehr stolz, und dieser tragen wir auch Rechnung.

Aber da ist noch etwas: In Wien begegnet man Kultur auf Schritt und Tritt. Mein Kollege Troch hat das heute schon sehr ausführlich und anschaulich beschrieben. Das ist einfach etwas Besonderes: Wenn man durch diese Stadt geht, begegnet man Kunst und Kultur auf Schritt und Tritt. Kultur für alle ist beispielsweise ein politisches Ziel, welches wir haben und welches wir verfolgen wollen, und ich denke, Wien ist damit auch schon sehr gut angekommen. Kultur für alle ist nicht nur eine kulturpolitische Vision, sondern ein echtes Ziel.

In Wien soll sich jeder Kultur leisten können. Ich möchte nur ein Beispiel erwähnen, weil das mittlerweile auch schon völlig selbstverständlich ist, nämlich den freien Eintritt für Kinder und Jugendliche in Wiener Museen. Wir stehen für niederschwellige Kulturräume, denn wir wollen einen egalitären Zugang zur Kultur für alle. In Wien werden Kinder, egal, in welche Schule sie gehen, sehr früh in das Kulturleben mit einbezogen und mit dem Wiener Kulturleben vertraut gemacht. Harry Troch hat das auch schon angesprochen, und ich kann das gerade sehr gut beurteilen, denn meine Tochter geht in die 2. Klasse einer öffentlichen Volksschule. Es gibt sehr viele Kooperationen von Wiener Schulen mit Wiener Kultureinrichtungen. Ich habe das, ehrlich gesagt, vorher in dieser Konkretheit auch nicht gewusst, aber man erlebt so etwas, wenn man selbst betroffen ist, noch um ein Stückchen mehr. Und ich kann Ihnen sagen: Es ist etwas ganz Besonderes – und darauf können wir sehr stolz sein –, dass unsere Kinder in dieser Stadt, und zwar alle Kinder, diese Möglichkeit haben! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich denke, in Wien spürt man das gerade dieser Tage wieder. Ich glaube, eine Mehrzahl hier herinnen spürt das. Ich weiß nicht, warum Sie, Kollegin Leeb, das nicht spüren! Sie sagen, es geschieht nichts. Ich meine aber, gerade dieser Tage spürt man das kulturelle Leben in

dieser Stadt, das wirklich alle mit einbezieht, egal, woher sie kommen, ob sie alt oder jung sind oder wo sie wohnen. Alle kommen irgendwie mit Kultur in Berührung. Und das finde ich sehr schön!

Auch das ist etwas, wofür wir stehen, und in diesem Punkt unterscheiden wir uns in vielen Bereichen: Wir bekennen uns zur öffentlichen Förderung von Kultur, und wir sehen kulturelle Vielfalt als Bereicherung für diese Stadt und nicht als Bedrohung. Wien hat seine Bedeutung als Weltkulturstadt nämlich ganz wesentlich diesen vielfältigen Kulturkreisen in dieser Stadt, die hier gelebt und gearbeitet haben und die hier leben und arbeiten, zu verdanken. Darauf sind wir sehr stolz, und darauf müssen wir weiter aufbauen.

Gerade die von Kollegen Ebinger kurz erwähnten Initiativen wie „Cash for Culture“, „Go for Culture“ oder die „Street Academy“ sind einige Beispiele dafür, wie junge WienerInnen sehr niederschwellig mit einbezogen werden und wie ihnen Kultur vor Ort geboten wird. Es wird ihnen aber nicht nur Kultur geboten, sondern sie werden auch selbst als ExpertInnen und VermittlerInnen ihrer eigenen Kultur unterstützt.

Ich kenne einige dieser Projekte auch vor Ort, zum Beispiel jenes in einem großen Favoritner Gemeindebau. Kollegin Frank! Schauen Sie sich das einmal an, damit Sie einmal wirklich sehen, was Sie hier kritisieren! Im Karl-Wrba-Hof läuft beispielsweise ein solches Projekt, und ich bin sehr stolz, dass es das gibt. Ich halte sehr viel von diesen Projekten. Vielleicht schauen wir uns das einmal gemeinsam an, und vielleicht sehen Sie das nächstes Jahr beim Rechnungsabschluss dann doch ein bisschen anders!

Genau das ist ein gewisses Problem, dass Sie diese Projekte gar nicht kennen. Gehen Sie doch hin, und schauen Sie sich diese doch einmal an! Vielleicht stimmen Sie dann auch dagegen, aber ich bin mir sicher, dass Ihnen das nachher ein bisschen schwerer fällt, denn ich kann nicht glauben, dass Sie dann viele dieser Projekte immer noch so schlecht finden! In Favoriten gibt es Gott sei Dank sehr viele davon, und ich bin sehr stolz, dass wir diese haben!

Ein Projekt, das ich mir letzte Woche selbst vor Ort angesehen habe, ist das Festival der Bezirke, das auch schon angesprochen wurde. Ich möchte es heute noch einmal erwähnen, weil ich dabei auch das Gefühl hatte, dass das ganz toll war. Kultur soll ja auch Gefühle vermitteln, wie wir heute schon gehört haben. Das Festival der Bezirke „Wir sind Wien“ ist vorige Woche zu Ende gegangen. Ich war dort und habe das mir angeschaut. Und ich muss ehrlich sagen: Ich war sehr fasziniert! Für mich persönlich bestand der Höhepunkt darin, dass das Wienerlied gemeinsam gesungen wurde. Es wurden dort auch Texte an jene verteilt, die – wie beispielsweise auch ich – nicht so firm sind. Bei dieser Veranstaltung wurde den Menschen gemeinsam Kultur vermittelt, und sie konnten diese auch betreiben. Das ist etwas Besonderes! Diesbezüglich hat sich viel weiterentwickelt, und deshalb halte ich gerade dieses Festival der Bezirke für ganz toll. Es bereichert unsere Stadt. Da gibt es Initiativen, die relativ jung sind, da tut sich etwas, und es gibt

keinen Stillstand.

Gerade jetzt im Sommer kann man es wieder erleben. Das „Kino unter Sternen“ und ähnliche Filmveranstaltungen gibt es mittlerweile auf mehreren Plätzen in Wien. Und selbstverständlich ist das Rathausplatzfestival etwas Einzigartiges. Ich bin jedes Jahr dort, weil man dort gemeinsam ein Stadtgefühl erlebt, und das ist toll! Das hat es nicht immer gegeben. Initiativen wie diese Freiluftkinos oder auch die Weiterentwicklung des Rathausfilmfestivals sind erst in den letzten Jahren gekommen. Und dieses ganz besondere Gefühl empfinden nicht nur die Wienerinnen und Wiener, sondern das beeindruckt auch viele BesucherInnen unserer Stadt ganz gewaltig.

Wenn ich schon beim Film bin: Wien ist schon lange Musik-, Kunst-, Tanz-, Theater-, Opern- und Musical-Hauptstadt, aber Wien ist mittlerweile auch Filmhauptstadt. Das ist auch ein Argument, wenn Sie von Stillstand reden! Die Filmförderung wurde in den letzten 2 Jahren um ein Viertel auf 16 Millionen EUR erhöht. Das ist nicht irgendetwas! Gerade Filmförderung wird immer dann angesprochen, wenn Österreicherinnen und Österreicher internationale Preise erringen. Dann heißt es: Wo ist die Filmförderung? – Wien hat die Filmförderung wirklich sehr stark auf 16 Millionen EUR erhöht, und man kann feststellen, dass die Region Wien mittlerweile die höchste regionale Filmförderung in Europa hat. Das ist doch nicht irgendetwas! Gemeinsam mit der neuen Film Commission und dem Film- und Fernsehfonds haben wir die höchste regionale Filmförderung. Darauf sind wir sehr stolz! Wir haben auch viele Erfolge. Österreichische Filmschaffende werden zu internationalen Festivals eingeladen, und es gibt auch diese internationalen Auszeichnungen, über die wir uns dann immer gemeinsam sehr freuen.

Wenn ich schon die Wiener Film Commission erwähnt habe, möchte ich auch noch zu einem Bereich des Kunst- und Kulturberichtes kommen, der mir persönlich – aber nicht nur mir, sondern ganz vielen hier in diesem Raum – sehr wichtig ist. Beispielsweise haben wir mit Marijana Stoisits eine Frau an der Spitze der Wiener Film Commission, und das ist gerade in letzter Zeit eine von vielen Neusetzungen mit Frauen.

Lassen Sie mich meine restliche Redezeit, die ich anscheinend jetzt doch ausgenutzt habe, dafür verwenden, zu betonen, dass es mir auch darum geht, die Rolle sichtbar zu machen, die Frauen in diesem Bereich einnehmen. Lassen Sie mich nur ein paar Beispiele einer ganz langen Liste von Besetzungen mit Frauen, die in letzter Zeit erfolgten, anführen: Dr Brigitte Rigele, seit 2010 Leiterin der MA 8 – Stadt- und Landesarchiv, Dr Danielle Spera, seit 2010 Direktorin des Jüdischen Museums, Mag Gerlinde Seitner, neue Geschäftsführerin des Filmfonds, Sabine Reiter, Geschäftsführende Direktorin im MICA, Lilli Hollein, Vorsitzende der KöR-Jury.

Ein ganz besonderer großer Wurf – das wurde an dieser Stelle schon erwähnt – ist unserem Stadtrat mit der Besetzung der künftigen Intendanz der Wiener Festwochen gelungen. Es ist ihm gelungen, mit Shermin Langhoff als stellvertretender Intendantin ab 2013 einen

echten Superstar der deutschen Theaterszene nach Wien zu holen. Dafür muss man unserem Stadtrat echt gratulieren, denn das hätten andere Städte auch gerne! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der Frauenbericht ist auch ein tolles Dokument. Er ist ein Beispiel auch für andere Bereiche, wie wir im Sinne des Gender Mainstreaming Frauenförderung aufzeigen können.

Zwei Sätze noch zu den Vereinigten Bühnen. 2010 war ein absolutes Erfolgjahr für die Vereinigten Bühnen Wien mit „Ich war noch niemals in New York“ und „Tanz der Vampire“ als absoluten Publikumsmagneten. Und ich lade Sie heute schon zu „Sister Act“ ein, das ab September 2011 läuft. Sichern Sie sich jetzt schon Ihre Karten, denn darauf ist jetzt schon ein Run!

Es ist gelungen, dass die Vereinigten Bühnen durch höhere Einnahmen, neues Management und Einsparungen – wenn man einen ehrlichen Vergleich anstellt – jetzt sicherlich mit weniger Förderungen auskommen als damals zur Zeit des ÖVP-Kulturstadtrates. Die Erfolgsgeschichte des Opernhauses der Stadt Wien möchte ich jetzt nicht noch mal ausführen, sie ist von dieser Stelle schon oft erwähnt worden. Ich kann nur sagen: Ich war selbst dort, und ich war auch mit internationalen Gästen im Theater an der Wien, und diese sind hellauf begeistert. Sie bestätigen die Kritiken, die wir auch von internationalen Medien bekommen.

Auch wenn Sie es nicht hören wollen – es wurde auch gestern schon gesagt –, halte ich fest: Tatsache ist, dass die Subvention für die Vereinigten Bühnen Wiens in 2,4-facher Höhe in die Wiener Wirtschaft zurückfließt.

Es war dies meine erste Rede als Kulturausschussmitglied. Und ich habe dazu gelernt und auch heute wieder gesehen: Es gehört sich offensichtlich irgendwie, dass eine Rede zur Kultur nicht ohne Zitat abgehen darf. – Ich möchte heute auch eines bringen, dieses Mal von Goethe, und zwar speziell für Sie von der FPÖ: „Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, ein vernünftiges Wort sprechen.“ – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Univ-Prof Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Vielen Dank.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder ich halte mich einigermaßen kurz, oder ich sage etwas zu meinen Vorrednern, aber dann würde ich wesentlich länger als 20 Minuten brauchen. – Ich treffe jetzt eine Entscheidung: Ich halte mich eher kurz. *(Beifall bei FPÖ, SPÖ und GRÜNEN.)* Danke für den parteiübergreifenden Applaus!

Wir lehnen den Budgetteilrechnungsabschluss 2010 der Gruppe Kunst, Kultur und Kultus ab, und zwar wegen – und ich mache das jetzt wirklich nur plakativ, bin aber gerne bereit, auch im Nachhinein dazu Stellung zu neh-

men! – der fehlenden Details, der fehlenden Aufschlüsselungen, was, wie ich schon gestern in einem anderem Zusammenhang gesagt habe, im Wesen der Kameralistik liegt, und wegen zu wenig vorausschauender Ansätze: Die Transferzahlungen sind in einzelnen Teilbereichen doch wesentlich höher, als man offensichtlich gedacht hat. Ferner stimmt meine Fraktion wegen der Überschreitungen im Rechnungsabschluss und wegen der Subventionen, die letzten Endes beinhaltet sind, nicht zu.

Um jetzt nur ein konkretes Projekt zu nennen, spreche ich auch, wie schon manche Vorredner, das Wien Museum an. Dazu gibt es den schönen Pressedienst des Herrn GR Woller vom 18. Juni, in welchem Sie von der Neupositionierung des Wien Museums – wann, wo und mit welchem Inhalt – gesprochen beziehungsweise geschrieben haben. Diese Fragen wurden heute ohnehin schon gestellt, aber bisher nicht beantwortet.

Ich möchte jetzt aber doch eine Antwort geben, weil ich glaube, diese geben zu müssen. Frau Kollegin Ludwig-Faymann hat mich auf die Idee gebracht, diese Antwort jetzt zu geben: Sie haben gefragt – entschuldigen Sie, wenn ich das jetzt schmissig sage! –: Was wollt ihr eigentlich? Wofür steht ihr eigentlich? (*Zwischenruf von GRin Kathrin Gaal.*) Ja, ja! Ich sage das nur so schmissig!

Ich möchte daher einige allgemeine Betrachtungen zur Kulturpolitik aus meiner Sicht, zur Kulturpolitik im Allgemeinen und zur Wiener Kulturpolitik im Besonderen anstellen. – Ich gestehe selbstverständlich grundsätzlich zu, dass Kunst, künstlerische Ausformungen und Darstellungen als kultureller Ausdruck vollkommen unbeschränkt sind. Das möchte ich ganz deutlich festgestellt haben.

Ich stelle aber auch fest, dass die Betrachtungsweise von Kunst und so weiter und so weiter und so weiter nicht unbedingt immer gleich sein muss, sondern dass man an Einzelnes jeweils auch mit einer verschiedenen Betrachtungsweise herangehen kann. Ich gestehe das jedem Menschen zu. Ich erwarte mir aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass man mir mein Kunstverständnis zugesteht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Mir persönlich ist es wichtig, eine kulturelle Identität zu haben und in einer kulturellen Identität zu leben, die bewahrt wird, und zu dieser gehört zum Beispiel auch die Tradition und ganz wesentlich auch die Sprache, womit ich jetzt die Muttersprache und alle kulturellen Werte meine, die letzten Endes aus ihr geschöpft werden. Und meine Muttersprache ist durch den Zufall der Geburt halt Deutsch.

Natürlich können Kultur und Kunst sehr vielfältig sein, sie können auch sehr vielsprachig sein oder aber auch sprachlos sein, sie werden jedoch immer in irgendeiner Form ausdrucksvoll sein. Das ist schon klar. Aber: Geborgenheit, Verständnis und Zugehörigkeit kann ich am ehesten in meiner eigenen Tradition und in meiner eigenen Sprache entwickeln. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich für mich selber – und jetzt habe ich eh schon 100 Mal gesagt, dass ich für mich selber spreche – brauche sozusagen ein Leitbild,

um damit mir selber und auch meinen Kindern und zukünftigen Generationen Halt, kulturellen Sinn und kulturelle Zugehörigkeit zu haben, zu geben und zu gewährleisten.

Daraus folgt jetzt natürlich einiges: Ich stehe für die Pflege und Entwicklung meiner eigenen Sprache. Diese hat für mein Kunst- und Kulturverständnis einen ganz besonders zentralen Stellenwert, und ich meine, dass man den Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes in Österreich ganz besonders fördern soll.

Kollege Troch! Wo immer Sie gerade sein mögen: Es geht nicht nur um das imperiale kulturelle Erbe, es gibt auch ein anderes! Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang möchte ich bemerken: Ich schließe natürlich ganz dezidiert die Zeit des unseligen Nationalsozialismus aus. Ich habe das jetzt festgestellt, und ich möchte nicht noch fünf Mal danach gefragt werden, ob ich das eh ausschließe. Selbstverständlich schließe ich diese Zeit aus!

Es ist auch relativ belanglos, ob es sich dabei um das handelt, was man gemeinhin als Hochkultur – wobei man darüber streiten kann, ob es so etwas überhaupt gibt – oder als Volkskultur beziehungsweise Volkskulturen bezeichnet. Das ist beim Erhalt und bei der Pflege des kulturellen Erbes relativ belanglos.

Daher – und das ist jetzt schon die dritte Schlussfolgerung hintereinander – sehe ich die vordringliche Aufgabe in unserem Fall der Stadt Wien in der Bewahrung dieser Form des Erbes in all seinen Bereichen von Musik über Film, Tanz und so weiter. Und selbstverständlich, meine Damen und Herren, schließe ich auch die Kulturen und die Förderung der Kulturen anerkannter Volksgruppen beziehungsweise Minderheiten in Österreich ein.

Herr StR Mailath-Pokorny hat in einem Pressedienst der SPÖ vor einem Monat, am 28.5.2011, gemeint – Zitat: „Wien befindet sich auf einer Entwicklung von der Kulturhauptstadt zur Hauptstadt der Kulturen.“ – Ich weiß nicht, ob das wirklich der richtige Weg ist! Und ich weiß nicht, ob man vermehrt Kulturförderung für nichtösterreichische Kultur geben sollte! Diese kann meiner Meinung nach durchaus gegeben werden, darf aber keinerlei Priorität genießen!

Wir dürfen natürlich beim Bewahren nicht stehen bleiben. Wir müssen auch für eine Entwicklung von Sprache und Kultur in all ihren Facetten und Ausdrucksformen et cetera stehen. Wir müssen Begabungen und Talente fördern. Kreative Personen sind ganz einfach zu fördern und zu unterstützen, und sie sind nicht nur zu fördern, sondern sie sind auch zu suchen und dann zu ermutigen.

Ich komme ohnehin schon zum Schluss, damit es wirklich kurz bleibt. – Ich darf noch einmal Herrn StR Mailath-Pokorny zitieren. Das ist jetzt ein bisschen ein älteres Zitat, es stammt aus dem vergangenen Wahlkampf. Der Herr Stadtrat hat damals festgestellt und – ich möchte das jetzt einmal so interpretieren – ein bisschen beklagt, dass Kunst in Wahlzeiten so gut wie gar keine Rolle spiele, dass das Interesse an der kulturpolitischen Diskussion oder Debatte schwinde und dass es auch

wenig nennenswerte kulturpolitische Akteure gebe. – Dieses Zitat stand seinerzeit Ende September 2010 im „profil“ und auch in der „Presse“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Wir Freiheitlichen und selbstverständlich auch ich sind sehr gerne bereit, im Rahmen der Gesellschaft oder im Rahmen der Gemeinde, wo immer Sie es haben wollen, mitzuwirken, um diese zu verbessern und um auch die Positionen zu verbessern. Aber Sie müssen schon zur Kenntnis nehmen, dass – und jetzt spreche ich wieder von mir – ich meine Prioritäten und meine klaren Positionen habe und aus meinen klaren Positionen mein Kunst- und Kulturverständnis heraus destilliere. Ich bekenne mich dazu, auch wenn das vielleicht nicht immer oder ganz sogar sicher nicht dem Zeitgeist entsprechen mag.

Wenn Herr GR Woller in einem Pressedienst vom 15.6. das heurigen Jahres meint, die FPÖ wäre kunst- und kulturfeindlich, dann verstehe ich das nicht und weise ich das auch wirklich zurück! Warum das so ist, habe ich gerade erklärt. – Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Meyer. Ich erteile es ihr.

GRin Uta **Meyer** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

„Kultur für alle!“, höre ich aus aller Munde. – Das ist gut, das wollen wir auch. Wenn Sie aber im selben Atemzug sagen, dass die Freiheitliche Partei einen klein-karierten Zugang zur Kulturpolitik hat, denn erwidere ich: Das ist hinlänglich falsch!

Wir haben einen Zugang ... *(Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.)* Ich habe Ihnen zugehört, hören Sie mir daher jetzt bitte auch zu! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich beschränke mich jetzt auf ein Beispiel, nämlich auf die Wiener Festwochen. Die Wiener Festwochen bestehen seit Jahrzehnten und sind – das muss ich sagen – heuer sehr ausgeüfert. Das fängt beim Programmheft der Wiener Festwochen an. Dieses sollte so etwas wie eine Orientierungshilfe im künstlerischen Alltag der Festwochen sein.

Das Motto des diesjährigen Künstlertreffens findet sich gleich zu Beginn der Programmatik, und zwar im Leitartikel. Dort liest man: „Die Wüste ist ein Ort des Fremden, der Erinnerungslosigkeit.“ – Dieser Satz soll das Motto der Festwochen charakterisieren, ist aber gleichzeitig wohl auch das Eingeständnis einer Orientierungslosigkeit! Genau genommen kann man diesen Satz auch als Warnung verstehen, denn wo an kulturellen Wurzeln gesägt und austauschbare Importware gepflanzt wird, stirbt die Lebenskraft einer Stadt, ihrer Menschen und ihrer Kultur.

Damit sind wir schon beim ersten Problem: Diese Festwochen sind keine Wiener Festwochen, sondern bestenfalls Festwochen, die in Wien stattfinden. Dazu sei ein Blick in die Vergangenheit gestattet. Ähnlich wie Salzburg war auch die Bundeshauptstadt Wien in den schrecklichen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg be-

müht, den Menschen die kulturelle Kraft unseres Landes wieder deutlich vor Augen zu führen und zu zeigen, womit dieses Österreich mit Musik, Theater, Literatur, Architektur Weltruhm und Anerkennung erzielen kann.

So wie 1920 die Festspiele in Salzburg gegründet wurden, wurden 1927 in der Bundeshauptstadt Wien die Wiener Festwochen gegründet. Das Ziel war klar: Weltweit zu dokumentieren und klarzustellen, welchen Stellenwert Kunst und Kultur in unserem Land haben. Es galt, eine Art Visitenkarte abzulegen, wozu das kleine Österreich und seine Hauptstadt kulturell in der Lage sind. Und diese Rechnung ging auf.

Was war das Besondere daran? Diese Stadt war in der Lage, auf allen künstlerischen Gebieten Einzigartiges zu bieten und damit ihre Vormachtstellung unter den Kulturmetropolen zu festigen. Aber was war mit den Wiener Festwochen 2011? Leider nichts mehr, und zwar deshalb, weil diese Festwochen, wie sie in den letzten Jahren und ganz besonders heuer abgehalten wurden, nichts mehr mit der Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit Wiens zu tun haben! Die heurigen Festwochen – sehen Sie sich das Programm an! – könnten überall stattfinden: in Lissabon, in Paris, im norwegischen Bergen, in Oranje, in Krakau oder in Dubrovnik et cetera, und das, meine Damen und Herren, ist das Schlimme oder – besser gesagt – das Traurige. Diese Festwochen ... *(GR Mag Werner-Lobo: Was haben Sie sich angeschaut? Welche Produktionen haben Sie gesehen?)* Ich beschreibe Ihnen gleich, was ich gesehen habe!

Diese Festwochen, so wie sie heuer abgehalten wurden, sind nicht mehr unverwechselbar. Sie haben nicht mehr den Wiener Charakter, den Charme der Donau-stadt oder die Wärme und Herzlichkeit der Wiener Seele. Das müssen Sie doch zugeben! Und das ist nicht nur meine persönliche Meinung und Ansicht, sondern auch die Ansicht meiner freiheitlichen Freunde. Haben Sie außerdem in den letzten Wochen aufmerksam die Wiener Kulturberichterstattung verfolgt, auch jene in den Printmedien und anderer öffentlicher Meinungsträger?

Nehmen wir ein Beispiel: In den vergangenen Wochen gab es im Rahmen der Festwochen auch sogenannte Installationen. Was heißt das? Ich kann es Ihnen leider nicht sagen! Aber auch viele Menschen, die ich beobachtet habe, und insbesondere auch viele Fremde, mit denen ich gesprochen habe, wussten es nicht! Wir alle standen vor dem Parlament in Wien und mussten zur Kenntnis nehmen, dass dieser normalerweise von der Polizei und von Sicherheitskräften geschützte Platz–Stichwort: Bannmeile – zur Baustelle des sogenannten Projektes „Into the City“ umgestaltet wurde.

Dort konnten sich Roma-Familien und andere selbst-ernannte Verwirklicher präsentieren, und niemand konnte erklären, worum es dort gegangen ist. Weder kopfschüttelnde Fremde noch verwunderte Wienerinnen und Wiener wussten damit etwas anzufangen, außer kritische Worte zu finden. Auch dieses Projekt wurde von der Festwochenleitung in Zeiten wie diesen – Stichwort: Sparen! – mit vielen Tausend Euro unterstützt. Aber Sie kennen ja das Sprichwort: Hätten wir es net, dann täten wir es net!

Nun aber zurück zum konkreten Programm: Die diesjährigen Festwochen haben 26 Bühnenprogramme aufgeboden, und jetzt kommt es: Nur fünf davon waren in deutscher Sprache, und vier waren nur teilweise in Deutsch. Dazu ein Beispiel, nämlich die Produktion von Christoph Marthaler: Sie haben sie gesehen, und ich habe sie gesehen: „+0. Ein subpolares Basislager“ war fünfsprachig, und um dem Inhalt folgen zu können, hätte man Grönländisch, Dänisch, Französisch, Englisch und – ach ja! – teilweise auch Deutsch verstehen müssen. – Überhaupt nicht eingehen möchte ich auf die diversen Kritiken zu diesem Experiment. Ich erlaube mir aber zusammenzufassen, und Sie können versichert sein: Die Kritiken waren überwiegend sehr negativ.

Apropos Kritik: Die Bilanz dieses Festivals der Beliebigkeit und Austauschbarkeit war höchst widersprüchlich. Und besonders fällt auf, dass man immer wieder auf jene Namen beziehungsweise Personen in der Kulturszene stößt, die der Welt und den zahlenden Zuschauern beweisen wollen, wie rückständig alle und vor allem wir, das Publikum, sind.

Was außerdem auffällt und zunehmend zum Ärgernis wird: Seit Jahren gibt es immer wieder dieselben Stilmittel. Es gibt kaum eine Aufführung ohne Video und ohne Leinwand. Die Sprache ist Nebensache. Die Verständlichkeit vieler Schauspieler ist nicht mehr gegeben, es wird geschrien, und man wälzt sich auf dem Boden herum. (*GRin Martina Ludwig-Faymann. Was ist mit der italienischen Oper?*)

Moment! Was heißt, italienische Oper? – Es ist ja nicht alles schlecht! Aber wir subventionieren ein Projekt mit 10 Millionen EUR, bei dem das die Hauptsache war! (*GRin Martina Ludwig-Faymann: In der Oper wird auch nicht Deutsch gesprochen!*)

Das können Sie aber nicht vergleichen! Das ist etwas anderes, als wenn ich ein Theaterstück sehe, in dem man sich auf dem Boden herumrollt und bei dem ich die Sprache nicht verstehe! In der Oper verstehe und liebe ich die Musik! Das können Sie wirklich nicht vergleichen! (*GRin Mag Sybille Straubinger: Das ist Bildsprache!*)

Dazu lese ich Ihnen jetzt eine Kritik vom 20.6. aus einer Zeitung vor – ich zitiere: „Aber was war auch von Besuchern der Festwochen heuer zu hören? Gelegentlich hätten wir auch gerne einmal etwas anderes gesehen und gehört, ganz normalen Shakespeare, Schiller oder Goethe ohne Gebrüll und ohne Popmusikgedröhne. Das wäre doch einmal eine tolle Abwechslung!“ – Zitat Ende. Das schreibt der „Falter“. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Damit sind wir bei einem Thema, das ganz besonders in der Öffentlichkeit steht, nämlich bei den Führungspersonlichkeiten beziehungsweise Kulturverantwortlichen des Kulturfestivals.

Ich sage etwas zu Beginn, damit sie unsere Kritik besser verstehen können. Unsere Kritik gilt vor allem dem System, das Sie, Herr Stadtrat, und nicht ausschließlich die Organisatoren zu verantworten haben! Wir befinden uns seit Jahren in einer Phase der dramatischen Notwendigkeit des Sparens, und dabei fällt auf, dass sie sich als kulturpolitisch Letztverantwortlicher seit Jahr und Tag weigern, die Verträge und insbesondere

die Höhe und Form der finanziellen Abgeltung des Direktoriums der Festwochen zu veröffentlichen.

Warum wollen wir das wissen? – Weil es viele Unklarheiten gibt! Erlauben Sie mir dazu bitte ein paar Fragen, die Sie mir vielleicht beantworten werden!

Die Wiener Festwochen dauern in der Regel vier bis sechs Wochen. Da wir leider nicht Bescheid wissen, stellt sich die Frage, wie sich zum Beispiel die Bezahlung der Festspielleitung gestaltet: wie viele Monatsgehälter, welche Zulagen, welchen Urlaubsanspruch, welche sonstigen Benefizien?

Warum frage ich das? – Ich gehe davon aus, dass der Beruf eines Intendanten ein Fulltimejob ist, das heißt: 12 Monate Arbeit, 12 Monate Bezahlung – oder es gibt über die gesetzlichen Bestimmungen noch mehr Gehälter – und, so nehme ich auch an, maximal sechs Wochen Urlaub. Wie ist es dann möglich, dass der Intendant mehrere Monate abwesend ist und währenddessen in anderen europäischen Städten beziehungsweise Städten der USA gleichzeitig inszeniert? Das sollte nur möglich sein, wenn es für ihn weniger als 12 Monatsgehälter gibt, also weniger Anwesenheitsverpflichtung. Daher wäre uns dieser Vertrag, ein Einblick in diesen Vertrag eigentlich sehr wichtig.

Und noch eine andere Frage: Herr Intendant Luc Bondy inszeniert zum Beispiel in London Schnitzler. Und er bringt dann diese Inszenierung zu den Festwochen. Ich frage Sie dazu: Gibt es hier eine gesonderte finanzielle Abgeltung?

Eine nächste Frage: Ich sagte schon, die Festwochen dauern maximal sechs Wochen. Wozu braucht man extra einen Intendanten für das Musikprogramm? Das wird ohnehin mehrheitlich vom Musikverein oder Konzerthaus abgewickelt. Wozu eine Schauspieldirektorin bei so gut wie keinen Eigenproduktionen? Es gibt dazu ohnedies einen Geschäftsführer. Das wäre sicherlich auch ein Bereich, wo der Sparstift angesetzt werden könnte und der als Tätigkeit allein vom Intendanten wahrgenommen werden könnte.

Und jetzt kommt noch eine Konstruktion, die den Steuerzahler nochmals Geld kostet: Luc Bondy ist bis 2013 Intendant der Wiener Festwochen, und ab 2012 ist er aber auch Direktor des Pariser Odeon Theaters. Wie geht das? Bekommt Herr Bondy jetzt weniger Gehalt in Wien – da sparen wir uns ja dann eine Menge ein –, da er sicherlich viel abwesend sein wird, oder zahlt Wien weiter sein volles Gehalt? Wie geht das alles?

Könnte eigentlich der Wiener Magistratsdirektor gleichzeitig Beamter, höchster Beamter der Stadt Linz sein? – Das geht ja auch nicht. Wie wollen Sie diesen Zustand dem Steuerzahler erklären?

Das ist aber kein Einzelfall, denn den Direktor des Theaters an der Wien, Roland Geyer, den schicken Sie nach Bregenz. In Wien ist er aber vertraglich bis 2016 gebunden. Die Seebühne kann aber nicht warten, sie muss vorplanen und vorarbeiten. Also bekommt der Herr Direktor zusätzlich einen Werkvertrag für Bregenz und wird somit zwischen Bodensee und Wien pendeln. Das heißt, seine Anwesenheit reduziert sich in Wien sicherlich deutlich. Bekommt er jetzt auch weniger Geld aus

der Stadtkasse? - Aber das Kulturleben war schon immer großzügig bei den Gagen der Direktoren.

Es ist zwar nicht Ihr Verantwortungsbereich, aber ein gewisser Klaus Bachler war auch gleichzeitig Burgtheaterdirektor und Direktor des Münchner Nationaltheaters der Bayerischen Staatsoper bei doppelter Gage. Nur möglich durch ein sozialistisch verwaltetes Unterrichtsministerium! Hier sieht man: Böse Beispiele verderben die Sitten. (*Beifall bei der FPÖ.*) - Wie auch immer. Alles zu Lasten des Steuerzahlers und des kleinen Mannes. Der freut sich schon auf Oktober 2013, wenn es überhaupt noch so lange dauert.

Um eines klarzustellen: Wir Freiheitlichen haben dem Bereich Kunst und Kultur immer große Aufmerksamkeit geschenkt. Wir haben dem Budgetvoranschlag 2010 zugestimmt und bekennen uns nach wie vor zu den Wiener Festwochen. Ich hoffe, die neue Bestellung wird etwas Gutes bringen.

Aber in Zeiten wie diesen einen Peter Sellars nach Mali zu schicken, damit er die dortige Musik erforscht, um sie dann in das Stück des „Desdemona“-Projekts einfließen zu lassen, ist eine Arroganz und eine Geldverschwendung ohnegleichen! Dafür haben wir Wiener Freiheitlichen nicht das geringste Verständnis, und sicher auch nicht die Mindestrentner in Wien. (*GRin Mag Sybille Straubinger: Ich hab gedacht, Sie mischen sich nicht ein in Inhalte?*)

Übrigens: Was darf uns die Musik in Mali interessieren, wenn junge Menschen im Rahmen der Wiener Festwochen die Namen unserer Kulturhelden Goethe und Schiller seit Jahren vermissen? - Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny. Ich erteile es ihm.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Frau Gemeinderätin!

Da ist Ihnen unterwegs der Shakespeare dann noch abhanden gekommen als Kulturheroe - aber wahrscheinlich deshalb, weil das ein gebürtiger Engländer ist -, und dazwischen haben Sie ihn noch genannt. Also sozusagen eine ordentliche Shakespeare-Aufführung, so wie man sie aus den einschlägigen kulturhistorischen Werken kennt - das weiß ich nicht, ob Ihnen das gefallen hätte, denn da ist es ziemlich wild zugegangen. - Wo ist denn jetzt die Frau Gemeinderätin? (*GRin Uta Meyer winkt, hinter den Bankreihen der ÖVP-Fraktion entlanggehend, dem Redner zu.*) Ah, da! Ja, ja. - Da ist es ziemlich wild zugegangen, auch mit sehr unterschiedlichen sozialen Schichten, durchaus auch mit unterschiedlichen Sprachen. Und wenn Sie sich ein bisschen die Shakespeare-Stücke anschauen, zum Beispiel auch das, das in Wien spielt, „Maß für Maß“ - ich glaube, das würde wahrscheinlich jetzt alles unter das fallen, was Sie hier kritisieren. Ich nehme zur Kenntnis, dass das unter Umständen einer Ihrer Kulturhelden sein könnte, aber ganz sicher bin ich mir nicht.

Was nun die verschiedenen Fragen betreffend die Wiener Festwochen anbelangt, so beantworte ich Ihnen

alles gerne. Lassen Sie mich nur eines sagen: Die Arbeit eines Intendanten oder einer Intendantin, gerade für ein Festival, wie die Wiener Festwochen eines sind, besteht ja gerade darin, dass sie versuchen, sich auch internationale Entwicklungen anzuschauen, diese einzuschätzen, nach Wien zu bringen. Also ich würde sagen, es ist geradezu der kulturpolitische Auftrag, dass sie sich auch umschauen, dass sie sich auch außerhalb deutschsprachiger Gebiete bewegen, dass sie vielleicht auch die eine oder andere nichtdeutsche Sprache sprechen und verstehen, dass sie Stücke nach Wien bringen, die vielleicht nicht notwendigerweise dem deutschsprachigen Kulturraum angehören. Aber da werden wir uns wahrscheinlich nie verstehen. Das ist auch der Unterschied. Das ist ja auch okay so.

Ich glaube, dass es einer Stadt wie Wien - und gerade einer Stadt wie Wien, die sehr viel slawischen, magyrischen Einfluss hat, italienischen Einfluss hat, die deutschen Einfluss hat, die ganz unterschiedlichen Einfluss hat, so wie jede Stadt auf der Welt - gut tut, nicht nur der deutschsprachigen Kultur anzugehören, nicht nur das Deutsche zu pflegen, das natürlich unsere Mutter- oder Vatersprache ist, aber natürlich auch schon wiederum nicht von allen. Also das Miteinander, die Verschiedenartigkeit der Kulturen ist ja gerade das, worauf Sie, glaube ich, heute als österreichische oder Wiener Kultur so stolz sind. Und das werden Sie halt auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Wiener Blut ein sehr gemischtes ist. Das ist im Übrigen auch genetisch gesund; ich glaube, da legen Sie auch großen Wert darauf.

Also man sollte diese große Vielfalt und Unterschiedlichkeit eher unterstützen, als verhindern. Und ich glaube, dass die Wiener Festwochen gerade auch ein Festival sind, das diese verschiedenartigen Kulturen nach Wien bringt und im Übrigen damit großen Erfolg hat. Wir haben wieder mehr Zuschauerinnen und Zuschauer. Sie haben auch international großen Erfolg.

Eine der Produktionen, die mir heuer wirklich sehr beeindruckend erschienen sind, und ich möchte diese als eine für viele nennen und geradezu auch als beispielhaft für die Kulturpolitik dieser Stadt bezeichnen: Es gab im Donau Zentrum eine Produktion im Rahmen von „Into the City“, wo sich das RSO zusammengetan hat mit jungen Leuten aus der Hip-Hop-Szene, und das ergab eine ganz faszinierende und interessante Mischung. Die Leute, die teilgenommen haben, die hat es sehr fasziniert. Die Orchestermusiker haben gesagt, ja, für uns ist das auch eine Herausforderung, einmal mit jungen Menschen zusammenzukommen und zu arbeiten, für die nicht das Präzise und das Wiederholende und das möglichst präzise Wiederholen, sondern das spontane Kunstmachen eine interessante Erfahrung ist. Und das war auch ein großer Erfolg und hat auch einen großen Kritikerzuspruch, im Übrigen international, gefunden. Und ich denke mir, dass das auch ein gutes Beispiel dafür ist, wie an unterschiedlichen Orten, an Orten, wo sonst nicht die Kultur die Oberhand hat, mit Menschen, die vielleicht sonst nicht damit in Berührung kommen, aber hochqualitative Kunst produziert wird. Das ist, glaube ich, in diesem Fall auch gelungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir besprechen ja hier den Rechnungsabschluss 2010, was die Kultur anbelangt, und ich glaube, vieles von dem, was hier gesagt wurde, hat schon auch gezeigt, was in diesem Jahr in der Kultur geschehen ist. Es hat sich die Kultur in Wien in einem atemberaubenden Ausmaß weiterentwickelt. Das ist natürlich und vor allem einmal das Ergebnis der Künstlerinnen und Künstler und dessen, was sie produziert haben, aber es gehören natürlich auch die Rahmenbedingungen dazu. Und das muss man schon auch sagen: dass es in einer Zeit zunehmender finanzieller Schwierigkeiten, in einer Zeit, wo in fast allen europäischen Ländern an der Kultur gekürzt wird - ob das nun Großbritannien ist, ob das Holland ist, ob das die deutschen Kommunen sind, ob das Italien ist, ob das all die südlichen Länder, von denen will ich ja gar nicht sprechen, sind -, uns gelungen ist, das Niveau zu halten, ein sehr hohes Niveau, sowohl an finanzieller Zuwendung, aber auch an politischer Bedeutung, die diese Kultur in der Stadt hat. Und die Zahlen wurden ja genannt, nicht nur die zig Tausenden Besucherinnen und Besucher, die Abend für Abend hier sind, die insgesamt 20 Millionen Besucher, die Kultureinrichtungen besuchen, sondern, was natürlich genauso bedeutend ist, jeder zweite ausländische Medienbericht über Wien hat die Kultur zum Inhalt.

Und, offen gestanden - ich meine, ich komme ja auch viel herum, eigentlich jeden Abend zu mehreren Veranstaltungen, und ich habe langjährigen intensiven Kontakt mit den Kulturschaffenden in Wien: Es gibt einige, die sagen, sie bekommen zu wenig Förderung - das wird es immer geben und das ist auch bedauerlich, und ich bin der Erste, der gerne noch mehr Förderung zuwenden würde -, aber ich kenne niemanden, der das Bild so darstellt, wie Sie das als Opposition tun. Ich kenne niemanden, der ernsthaft behauptet, in dieser Stadt ist die Kultur so schlecht, wie Sie es behaupten! (*GRin Uta Meyer: Lesen Sie die ...*) Ja, ich lese alles, ich lese sehr viel, und vor allem, ich spreche mit den Leuten! Ich kenne niemanden, der sagt, die Kultur wäre in dieser Stadt schlecht, sie würde schlecht verwaltet werden. Und ich kenne schon gar niemanden, der sagt, es gibt einen Stillstand in der Stadt. (*GRin Uta Meyer: Ich rede von den Wiener Festwochen!*)

Ja, es wird Kritik geben, ja, es wird den einen oder anderen geben, der unzufrieden ist, ja, es wird Auseinandersetzungen geben - na hoffentlich und Gott sei Dank wird es das geben! -, aber dass jemand ernsthaft aufsteht und sagt, die Stadt ist kulturell schlecht aufgestellt und daran ist die Politik schuld, da kenne ich genau - wie viele seid ihr zusammen? - 30 Leute, die das behaupten, und zwar ein Mal im Jahr hier, wenn der Rechnungsabschluss, und ein zweites Mal im Jahr, wenn das Budget diskutiert wird. Ansonsten kenne ich niemanden.

Das ist nicht etwas, wo ich sage, da berühme ich mich jetzt selbst oder die Kulturverwaltung oder sonst etwas, sondern man muss ja anerkennen, dass es wenige Gebiete gibt, wo die Stadt Wien tatsächlich, weltweit gesehen, an oberster Stelle mitspielt, wo wir weltmeisterlich sind, ganz wenige Gebiete, wo wir wirklich herausra-

gend sind, wo man nach Tokyo, nach Buenos Aires, nach Los Angeles fahren kann und die Leute werden sagen: Ja, toll, was ihr dort macht! - Und dann stellen Sie sich hier her und sagen: Mein Gott, das ist alles viel zu fremdsprachig, und zu wenig Deutsch wird gesprochen bei den Aufführungen, und es ist der Stillstand ausgedroht!

Also ich muss sagen, der Vergleich macht mich, ehrlich gesagt, auch sicher. Dort, wo ihr verantwortlich seid für Kulturpolitik, in Kärnten zum Beispiel, na gute Nacht! Dort sagen tatsächlich die Kulturschaffenden, wenn ich mit ihnen spreche: „Um Gottes, Himmels willen, was dort passiert, das ist alles ein Wahnsinn!“ (*GR Mag Wolfgang Jung: Was passiert dort, zum Beispiel?*) - Und ÖVP-Kulturpolitik habe ich selber genossen unter dem Herrn Staatssekretär Morak. Also ich weiß, wovon ich spreche, was da passiert ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was für ein Glück, dass wir Sie haben!*) Na ja, nicht dass wir mich haben, aber: Was für ein Glück, dass wir eine sozialdemokratische Kulturpolitik in der Stadt haben! - Das ist kein Glück, sondern das ist harte politische Arbeit! (*GR Mag Wolfgang Jung: Da haben Sie recht: Sozialdemokratische Kulturpolitik ...*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wird natürlich auch grundlegend anerkannt, weltweit anerkannt und auch geschätzt. Und ich denke mir, dass man sich über einzelne Punkte selbstverständlich auseinandersetzen kann und dass man bei einzelnen Punkten auch Kritik üben kann; niemand ist fehlerlos, auch ich bin nicht fehlerlos, nur: Sich herzustellen und zu sagen, es geht nichts weiter, ist ja auch sachlich grundlegend falsch. In den letzten zehn Jahren haben sich wahnsinnig viele neue Szenen in Wien entwickelt, neue, junge Gebiete wurden erschlossen, die wir vorher nicht gehabt haben, ob das nun Tanzperformance ist, ob das die ganze neue Musikszene ist, ob das Design, Architektur und Mode sind, um nur einiges zu nennen. Also da ist ja ganz, ganz viel weitergegangen, auch in Gebieten, die nicht traditionell das sind, womit man Wien verbindet - die Musik, die darstellende Kunst. Und, was noch viel wichtiger ist: Die einzelnen Gruppen und Initiativen und die Kulturschaffenden vernetzen sich sehr viel stärker, und das ergibt zusätzlich eine interessante Entwicklung.

Anderswo, meine Damen und Herren - und das muss man ja sehen -, gibt es einen kulturellen Kahlschlag in dramatischem Ausmaß. Nicht nur, dass es das hier in Wien nicht gibt, sondern es gibt auch eine Wertschätzung der Kultur, es gibt eine Wertschätzung der Kulturschaffenden, es gibt eine kenntnisreiche Kulturverwaltung, die auch entsprechend mit den Kulturschaffenden in einem Dialog steht. Das ist, glaube ich, etwas, das man auch immer wieder in den Vordergrund stellen sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, wir sind in einer Koalitionsregierung, und ich stehe nicht an zu sagen, dass wir in einem sehr konstruktiven, durchaus auch kritischen Dialog miteinander sind, die SPÖ und die GRÜNEN, wie die jeweilige Entwicklung weitergeht. Wir haben uns ein sehr ambitioniertes Programm gesetzt, und ich glaube im Übrigen, dass wir schon auch einiges

gemacht haben im vergangenen halben Jahr. Denn man soll ja nicht unterschätzen, dass wir verschiedene Initiativen gesetzt haben, sei es, was die bauliche Weiterentwicklung des Jüdischen Museums anbelangt, sei es, dass wir versuchen, nicht nur das ewig lange Problem der Sophiensäle zu lösen, sondern dass wir das auch kulturell bespielen wollen, dass wir uns die verschiedenen Neubesetzungen sehr gut auch gemeinsam überlegt haben, ob das nun der Filmfonds war, ob das die Nachbesetzung der Wiener Festwochen ist, aber auch, dass wir auf dem Gebiet beispielsweise der Erweiterung der Restitutionsbestimmungen tatsächlich auch schon einiges erledigen konnten, was im Koalitionsabkommen steht. Ich glaube, dass das eine sehr gute, konstruktive Zusammenarbeit ist. Wir haben uns noch sehr, sehr viel vorgenommen, und ich denke, dass wir das in den nächsten Monaten, jedenfalls in dieser Legislaturperiode auch abarbeiten werden und können.

Im Übrigen, weil hier immer wieder gesagt wurde, insbesondere bei der Opposition, man hätte sie nicht gesehen bei den verschiedenen Kulturveranstaltungen: Ich glaube, dass das nicht das Primäre ist. Wir werden da sozusagen keine Anwesenheitslisten ausstellen und Stricherlisten führen. Auch ich wäre oftmals froh, wenn ich einmal zu Hause bleiben könnte und ein gutes Buch lesen könnte, weil das ja zumindest genauso wichtig ist wie die Anwesenheit bei Kulturveranstaltungen. Ich denke mir nur, wir sollten über das nicht vergessen, dass wir durchaus auch gemeinsam für die Kultur in dieser Stadt verantwortlich sind. Also ich freue mich, wenn ich Sie sehe, wo immer Sie sind, und freue mich umso mehr, weil ich mir dann denke, dass es da auch eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung gibt mit dem, was in der Stadt Wien stattfindet. Und je mehr Sie sich da auch einbringen können, desto lieber ist es mir.

Zum einem der vielen, vielen Dinge, die gefallen sind - ich kann aus Zeitgründen nicht auf alles antworten, aber eines möchte ich schon sagen:

Lieber GR Ebinger! Sie wissen, in vielen Dingen schätze ich Sie auch als sozusagen Kooperationspartner - er ist gar nicht da; o ja, da hinten steht er -, aber, offen gesprochen, Sie waren auch schon sehr viel inhaltsreicher und besser. Sich lustig zu machen über verschiedene Initiativen, die sehr ernst gemeint sind und die auch in einem oftmals sehr berührenden Ausmaß viel bringen, wie zum Beispiel die KulturlotsInnen, wo wir versuchen, mit durchaus beschränkten finanziellen Mitteln, aber, wie wir meinen, zunehmend erfolgreich, Menschen zur Kultur zu bringen, die diesen Zugang vielleicht, aus welchen Gründen auch immer, nicht haben - sei es aus materiellen Gründen, sei es aus Informationsgründen, sei es aus sozialen Gründen -, und sich dann vielleicht auch noch in einem Nebenschlenker lustig zu machen, dass eine der KollegInnen in Karenz ist, das halte ich für tief, für nicht einmal Ihrer würdig. Ich meine, dass man gewisse Dinge durchaus auch inhaltlich diskutieren kann, nur: Sich schlicht und einfach nur darüber lustig zu machen, ist dem Ernst des Anliegens, das die KulturlotsInnen und viele, viele andere Initiativen verfolgen, aus meiner Sicht nicht angemessen und ist nicht angebracht.

Ich möchte auch noch ein, zwei Worte sagen zu Bereichen, die auch zu meiner Geschäftsgruppe gehören, die nicht weniger wichtig sind als die - unter Führungszeichen - glamourösen Bereiche wie Theater und Musik, die aber natürlich ungeheuer viel für das kulturelle Bewusstsein und die Identität der Stadt leisten.

Das ist einerseits die Bibliothek und das ist andererseits auch das Archiv, beides im großen Sinne sozusagen die Gedächtnisspeicher der Stadt, wo ganz, ganz viel von hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgearbeitet, archiviert, wissenschaftlich bearbeitet wird. Die Bibliothek hat nicht nur, was die Handschriften, die Bücher, die Druckschriften anbelangt, sondern eine der bedeutendsten Musiksammlungen, die mit großer Kenntnis gepflegt wird, die weiterentwickelt wird, die erweitert wird, aber auch etwa die Plakatsammlung, die weltweit berühmt ist.

Jetzt können Sie sagen: Na ja, das war immer schon so da, und das ist auch ein Stillstand! - Ich sage Ihnen, das ist Tag für Tag eine wesentliche Arbeit, die geleistet wird; genauso wie im Archiv, wo hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Tag für Tag auch dieses Gedächtnis der Stadt weiterentwickeln. Das ist vielleicht nicht jeden Tag wahnsinnig spektakulär, aber es ist im Ergebnis spektakulär, und ab und zu können wir dann der Öffentlichkeit auch Dinge präsentieren. Ich glaube, dass diese kontinuierliche Arbeit, auch das Bekenntnis zu diesen Einrichtungen - zu einem Archiv, zu einer Bibliothek, zu einer städtischen Bibliothek - etwas ganz, ganz Wesentliches ist.

Das gilt natürlich auch für den Bereich des Museums. Dieses Museum, das sich in den letzten Jahren ganz erstaunlich entwickelt hat, war vorher zwar den Kennerinnen und Kennern bekannt, aber jetzt ist es einer sehr viel größeren Besucherschar bekannt. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Wir haben im Übrigen auch - wenn Sie das lustig finden - eine große Steigerung von jungen Besucherinnen und Besuchern, nicht zuletzt durch die Tatsache, dass wir den freien Eintritt für Jugendliche in den Museen der Stadt ermöglicht haben. Ein großer Bereich, wie zum Beispiel das Museum auf Abruf, ist überhaupt bei freiem Eintritt zu besuchen.

Und diese tolle Entwicklung des Museums, die Aufarbeitung der Alltagskultur, die Tatsache, dass wir hier in Wien auch ein Museum haben, das nicht nur die Geschichte der Herrschenden, nicht nur die Kunst- und Kulturgeschichte der Hochkultur wiedergibt, sondern auf eine sehr, sehr interessante Weise tatsächlich die Wiener Alltagskultur erzählt, wo es möglich ist, Wien tatsächlich auf die Spur zu kommen und nicht nur sozusagen die gehobenen Kunstobjekte zu sehen, berechtigt natürlich auch zu dem Vorhaben, das jedenfalls ein mittelfristiges, aber bedeutendes Vorhaben der Wiener Kulturpolitik ist, nämlich dieses Museum nicht nur inhaltlich neu zu positionieren, sondern ihm auch die Möglichkeit zu geben, in einem neuen Haus neue Zuschauer zu gewinnen, sich auch entsprechend zu präsentieren und damit auch die sehr lebendige Kulturszene in Wien zu repräsentieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte

mich auch sehr herzlich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl der Kulturabteilung als auch des Stadt- und Landesarchivs und der Bibliothek, die auch in dem zur Debatte stehenden Jahr hervorragende Arbeit geleistet haben.

Und lassen Sie mich vielleicht auch Folgendes dazu sagen, denn das sollte man auch erwähnen: Der Verwaltungsaufwand, also die Kosten, die diese hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verursachen, steht jedenfalls in keiner Relation zu dem, was sie tatsächlich auch bewirken. Der Verwaltungsaufwand ist extrem niedrig. Wir könnten uns mit jedem schlank sanierten Privatunternehmen ungeschaut messen und würden immer noch besser aussteigen. Also die Relation zwischen dem, was hier an Geldmenge, an Kontakten, an Arbeit geleistet wird, um dieses Gedächtnis der Stadt aufzuarbeiten, aber auch Kulturförderung zu betreiben, und dem, was tatsächlich hierfür die Kosten sind, ist eine beeindruckende, eine positiv beeindruckende. Auch aus dieser Sicht möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die das alles mit sehr großem Engagement machen.

In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung zu diesem Rechnungsabschluss. – Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Dass wir den Rechnungsabschluss ablehnen, ist ja mittlerweile kein Geheimnis mehr. Wir lehnen ihn nicht nur deshalb ab, weil man glauben könnte, eine Oppositionspartei lehnt nun einmal einen Rechnungsabschluss einfach ab, nein, sondern bei uns hat sich eine gewisse Betroffenheit breit gemacht, dass Wien trotz der unglaublichen Chancen, die es im letzten Jahrzehnt gegeben hat, dort steht, wo es steht, dass die Vision einer boomenden Metropole nicht eingetreten ist, dass man im Herzen Europas liegend kein Magnet für Headquarters geworden ist, dass der Wiener Flughafen kein internationaler „hub“ geworden ist, dass wir auch nicht die frauenfreundlichste Stadt sind, mit den besten Rahmenbedingungen für Frauen, für Frauen im Job oder für Frauen, die Familie und Beruf vereinbaren müssen oder wollen.

Wien hat eine einmalige Chance gehabt, und diese Chance haben Sie den Wienerinnen und Wienern genommen. Sie haben der nächsten Generation eine Zukunft genommen.

Was ist stattdessen passiert? - Die Verschuldung hat sich verdoppelt. Es hat Misswirtschaft gegeben, Fehlplanungen, Kostenexplosionen, intransparentes Budget, überhaupt keine Kostenoptimierungsprogramme, schon gar keine Einsparungsmaßnahmen. Sie haben die Wirtschaftsförderung reduziert, und die Investitionsquote

sinkt.

Das heißt, Sie machen eigentlich zwei Dinge: Einerseits fahren Sie eine überbordende Schuldenpolitik, denken überhaupt nicht daran einzusparen, belasten die Steuerzahler in unangemessenem Ausmaß mit zu viel an Gebühren - und auf der anderen Seite setzen Sie die vorhandenen Mittel falsch und unproduktiv ein.

Sie weigern sich, effizient vorzugehen oder zu sparen und geben besonders viel für Werbung und Inserate aus - wobei ich das wieder verstehen kann, denn vermutlich ahnen Sie bereits, dass diese Art der Politik in den Abgrund führt.

Und auch wenn Sie immer wieder behaupten, wie gut Wien dasteht: Erstens einmal steht es nicht so gut da, weder im Vergleich zu den anderen Bundesländern und schon gar nicht im Vergleich mit anderen Metropolen. Da sind wir dann doch meist am letzten oder vorletzten Platz.

Womit haben wir jetzt also zu kämpfen, statt eine boomende Metropole zu sein? - Dass es weniger Jobs gibt, um 3 Prozent seit Amtsantritt von Bgm Häupl, und 21,5 Prozent mehr Arbeitslose.

Die Frauenbeschäftigung. - Wir haben generell im Mai 2011 in der Arbeitslosenquote wieder den Spitzenplatz erreicht. Zuletzt lagen wir immerhin am zweiten, also vorletzten Platz, jetzt sind wir wieder am schlechtesten Platz mit 8,3 Prozent. Das heißt, Wien ist der Verlierer. Der Bund hat 6,1 Prozent, Oberösterreich 3,4 Prozent.

Und wie schaut es aus mit der Arbeitslosenquote der Frauen? - Wien hat den dritten Platz. Das ist ja auch nicht gerade rühmlich, denn normalerweise hat eine Großstadt weniger Arbeitslosigkeit als der gesamte ländliche Raum.

Dabei ist der Inhalt des Regierungsübereinkommens, beschäftigungsintensive Betriebe nach Wien zu holen. Die wandern aber eher ab, als hier zu bleiben, wie jetzt zum Beispiel Nespresso - wieder 265 Arbeitsplätze weniger -, weil die Standortfaktoren hier einfach nicht ausreichend sind und nicht gut genug sind, dass Betriebe sich ansiedeln oder bleiben würden.

Das heißt, internationale Städte haben mehr Wachstumspotenzial zusammengebracht und bessere Standortfaktoren als Wien. Und es ist Aufgabe der Stadtregierung, diese Standortfaktoren zu schaffen!

Vielleicht an den Kollegen Margulies und auch an den Kollegen Ellensohn: Statt darüber nachzudenken, was man wem wegnehmen kann - wie Sie sich ausdrücken -, lassen Sie doch einmal diesen Wegnehmgedanken probeweise weg, und, schauen wir einmal, vielleicht kommt so ein Funke des Schaffens, des Kreativwerdens, des Leistens in Ihrer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, um die Arbeitslosigkeit zu senken?

Frau Dr Vana, für Sie habe ich jetzt auch eine Anmerkung - ich werde es jetzt so machen, dass ich immer Idee dazusage; Sie erkennen nicht, dass unsere vorgeschlagenen, sogar punktuell aufgeführten Kataloge Ideen sind, deshalb sage ich es jetzt einfach dazu; und für sämtliche andere Kolleginnen und Kollegen der Stadtpolitik ebenfalls:

Jetzt sagen wir einmal: Was macht Wien im Vergleich unattraktiv? Warum ist die Arbeitslosigkeit, die Frauenarbeitslosigkeit so hoch? - Die Erwerbsquote ist schlechter. - Idee? - Betriebe ansiedeln! Wie? - Die Standortfaktoren erfüllen!

Es gibt eine schlechte Bildungspolitik, die Bildungsstruktur ist schlechter als anderswo. Es ist klar, das schafft schlechte Voraussetzungen für einen Arbeitsmarkt. Was ist die Idee? - Leistungsorientiert fördern, Begabtenförderung! Nicht nach unten orientieren, sondern nach oben!

Als besonderes Hemmnis für die Unternehmensansiedlung in Wien sind weiters die administrativen Barrieren zu nennen. Idee? - Die Dauer der Betriebsgenehmigungen verkürzen! Diese beträgt in Wien 90 Tage, im Vergleich zu Oberösterreich, wo es 40 Tage sind.

Es gibt zu wenig Gründerzentren und Technologieparks. Idee? - In die Forschung und Entwicklung investieren!

Es gibt hohe Arbeitskosten für wenig qualifizierte Arbeitskräfte und Defizite in der Qualifikationsstruktur. Idee? - Die Idee hatten wir schon: In die Bildung investieren!

Es gibt eine schlechte Verkehrsanbindung in die EU-Staaten. Da habe ich eine besondere Idee: Wir legen jetzt den Fokus auf wirtschaftsorientierte Infrastruktur statt auf Radwege und einen Radfahrbeauftragten. Das würde zum Beispiel die Arbeitslosigkeit senken - also viele Jobs im Vergleich zu einem.

Für Frauen, die berufstätig sind, bringe ich nachher noch Anträge ein. Da habe ich dann auch die Punkte untereinander angeführt. Die brauchen Sie dann nur zu erfüllen, und schon wird Wien tatsächlich zur frauenfreundlichsten Stadt.

Sie sagen, Wien hat die höchste Frauenbeschäftigungsquote. - Das stimmt schon einmal nicht, denn wahr ist, dass wir hinsichtlich der Erwerbsquote auf dem vorletzten Platz liegen. Bitte, das sind Zahlen aus 2011 von der Statistik Austria. Ich weiß nicht, wo Sie Ihre Zahlen herhaben. Aber der vorletzte Platz ist tatsächlich nicht etwas, was erfreulich ist.

Weiters sagen Sie, es gibt einen deutlich geringeren Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen. - Das stimmt auch nicht! Die Einkommensschere ist noch immer alarmierend, sie liegt bei 25 Prozent.

Sie sagen, es ist für Frauen wichtig, ökonomisch unabhängig zu sein und ein eigenes Einkommen und eine eigene Pension zu haben. - Ja, das stimmt. Ich stimme zu. Aber wie schaut es wirklich aus? - Schauen wir uns die Armutsgefährdung an! Raten Sie, welchen Platz Wien im gesamtösterreichischen Vergleich hat! - Den ersten! Aber in diesem Fall den traurigen ersten, denn die Armutsgefährdung liegt bei 17,4 Prozent. Im Durchschnitt Österreichs liegt sie bei 12 Prozent. Die Armutsgefährdung von Kindern unter 19 Jahren liegt überhaupt bei tragischen 26 Prozent, wobei das nächstfolgende Land das Burgenland mit 17 Prozent ist. Das heißt, Wien liegt noch um 9 Prozent höher als das Land, das den vorletzten Platz einnimmt, also unfassbar hoch. Besonders armutsgefährdet sind Ein-Eltern-Familien mit Kin-

dern unter 19 Jahren, da liegt die Quote bei 35 Prozent. Das sind 54 200 Frauen, die alleinerziehend sind, die davon betroffen sind. Das muss man sich wirklich einmal vorstellen!

Sie haben im Rechnungsabschluss für 2010 8,7 Millionen EUR für Frauenförderung ausgegeben. Das brauche ich, glaube ich, nicht wirklich zu erklären, dass das angesichts der unbefriedigenden Situation eine traurig geringe Summe ist. Es zeigt schon insgesamt vom Budget, vom Rechnungsabschluss her gesehen, was es für einen Stellenwert einnimmt. Allein für Werbung, für den PID, haben Sie sechs Mal so viel ausgegeben.

Ich bringe einen Antrag ein betreffend Maßnahmen für den Wirtschaftsstandort Wien zur Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für Frauen, an die amtsführende Stadträtin für Integration und Frauenfragen, die aufgefordert wird, in Zusammenarbeit mit der Stadträtin für Finanzen und Wirtschaftspolitik für den Wirtschaftsstandort Wien ein Maßnahmenpaket für Arbeitsplätze zu schaffen, unter besonderer Berücksichtigung der Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen sowie der dazugehörigen Rahmenbedingungen.

Ein paar Eckpunkte - um nicht alle zu nennen, denn ich habe schon einiges genannt: Investition in Bildung, Sanierung von Schulen, in Forschung, Entwicklung, infrastrukturelle Maßnahmen, Erhöhung des Budgets für Wirtschaftsförderung statt Kürzung, Aufstockung der Mittel des Arbeitsmarktbudgets, Reduktion der administrativen Hemmnisse, Nachmittagsbetreuung. Oder zum Beispiel: Unternehmen fördern, die Kinderbetreuung anbieten - auch eine Variante, die hilft. Oder: 50 Prozent der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik an frauenspezifische Arbeitsmarktpolitik binden. Oder: Dass man bei Qualifikations- und Ausbildungsmaßnahmen 50 Prozent davon Frauen zugute kommen lässt. Oder: Die Kopplung von Förderungen und Vergünstigungen im Rahmen von Betriebsansiedelungen an die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen für Frauen.

Das sind Ideen über Ideen. Es ist eine Fülle! Sie können sich an die Arbeit machen. Ich glaube, dass Sie wirklich gut beschäftigt sein werden, wenn Sie das tatsächlich umsetzen wollen. Und es ist wirklich dringend an der Zeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte einen weiteren Resolutionsantrag einbringen, und zwar zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es fehlen in Wien tausende Kindergartenplätze. Es fehlen 600 KindergartenpädagogInnen. Die Ausbildung von Betreuungspersonal ist mangelhaft. Die Öffnungszeiten sind unzureichend. Das heißt, hier ist ein absoluter Optimierungsbedarf vorhanden. Es gibt, wenn man kurzfristig einen Betreuungsplatz braucht - egal, für welchen Zweck, sagen wir einmal für Schulungsmaßnahmen, Ausbildungsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen -, keinen Platz, es steht keiner zur Verfügung.

Gehen wir zur Nachmittagsbetreuung bei Pflichtschulen. Wie hoch ist die Quote dort? - 37 Prozent. Sagen Sie mir, bitte: Was, stellen Sie sich vor, macht eine Mutter, die in den Job glücklich wieder eingegliedert ist, falls das gelungen ist - immerhin gelingt es ja in Wien nur 50 Prozent der Wiedereinsteigerinnen, einen Job zu be-

kommen, aber sagen wir einmal, es ist geglückt -, und das Kind wird sechs Jahre? Was macht es jetzt? - Es hat keine Nachmittagsbetreuung! 35 Prozent, das ist so deprimierend - ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie noch lachen können.

Das heißt, all diese Faktoren erschweren Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich bitte daher, folgende Ideen in meinem Beschlussantrag zur Kenntnis zu nehmen oder umzusetzen: Die Versorgungsquote in städtischen Kindertagesheimen für Kinder von null bis drei Jahren ausbauen - dasselbe gilt für Drei- bis Sechsjährige -; die Öffnungszeiten anpassen; für kurzfristige Plätze, die gesucht werden, Möglichkeiten schaffen; bei den Pflichtschulen endlich ein ausreichendes Betreuungsangebot machen; und auch eine qualitative Lernunterstützung in der Nachmittagsbetreuung anbieten. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Antrag - ich sage auch wieder Idee dazu -, betreffend Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen mit 24-Stunden-Betreuung. Das ist ja sowieso fast eine Utopie, denn wir schaffen ja nicht einmal ausreichende Nachmittagsbetreuung oder Öffnungszeiten, die ausreichend lang sind. Aber man gibt die Hoffnung nicht auf.

Es gibt Berufe - mit Schichtdienst, Spätdienst, Nachtdienst, Überstunden et cetera -, die erfordern einfach eine andere Öffnungszeitenregelung beziehungsweise überhaupt eine andere Form des Kindergartens. Denn wenn eine Frau Nachtdienst hat - Krankenschwester, Ärztin et cetera - und alleinerziehend ist, wird sie ihr Kind irgendwo unterbringen müssen, außer sie hat Eltern, die dies tun, was ja nicht zu 100 Prozent gegeben ist.

In Deutschland ist der 24-Stunden-Kindergarten Nidulus in Schwerin eingerichtet worden. Dieser ist besonders erfolgreich und hat lange, lange Wartezeiten. Selbstverständlich muss man einen Nachweis bringen über die individuellen Arbeitszeitmodelle beziehungsweise die Notwendigkeit. Er ist, wie gesagt, äußerst erfolgreich. Das gibt es in anderen Ländern, in anderen Kontinenten schon längst, aber in Deutschland ist es bereits eingeführt und es gibt den Plan, weitere einzuführen.

Die zuständige Stadträtin wird daher aufgefordert, auch in Wien ein entsprechendes Angebot zu schaffen, einen Kindergarten mit 24-Stunden-Betreuung, insbesondere im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. - In formeller Hinsicht wird die Zuweisung verlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sehen also, Wien hat ein unglaubliches Potenzial. Ideen können wir Ihnen geben, gratis, und wir versuchen es auch ständig. Leider werden weder unsere Ideen noch das unglaubliche Potenzial genutzt. Daher stimmen wir dem Rechnungsabschluss nicht zu. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte KollegInnen!

Wir sind jetzt bei einem Geschäftsbereich, in dem

sehr viele Aufgabenbereiche behandelt werden. Dazu gehören Frauen, Konsumentenschutz, Personal, Integration, Märkte und so weiter. Ich möchte zunächst einmal damit beginnen, wie es um die Frauenpolitik in unserem Land steht und wie wir dahin gekommen sind, wo wir sind.

Die Auseinandersetzung um die Frauengleichberechtigung ist nicht eine Erfindung der ÖVP, ist auch nicht eine Erfindung der Freiheitlichen Partei. Der Gleichberechtigungskampf von Frauen ist hauptsächlich ein Leitmotiv und ein Kampf der feministischen Bewegung gewesen. Und diese feministische Bewegung - erlauben Sie mir diesen historischen Rückblick - hat sich zunächst einmal für die Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen eingesetzt, dann für das Wahlrecht und dann auch für den Aufstieg in der Gesellschaft. *(GRin Christine Marek: Haben Sie eine Ahnung, wie die bürgerlichen Frauen gekämpft haben! - Ruf bei der ÖVP: Die werden selbiger gesprochen!)*

Wir haben nicht nur in Österreich, sondern weltweit durch die feministische Frauenbewegung die Dominanz des Patriarchats zurückgedrängt, und es sind heutzutage Gott sei Dank sehr viele Frauen hier im Raum, die Politik betreiben, und es sind sehr viele Frauen, die Verantwortung übernehmen und auch die Linie vorgeben. - Nicht bei Ihnen, meinen Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei! Wenn ich mir Sie so anschau: sechs Frauen und der Rest Männer, oder fünf Frauen und der Rest Männer, also zahlenmäßige Unterlegenheit der Frauen. Das ist ein Gesellschaftsbild. *(StRin Veronika Matiassek: Das bestimmen wir selbst, wie viele Frauen ...)*

Frau Feldmann! Lassen Sie mich eines sagen: Die neoliberale Entwicklung hat ein neues Bild von Männern und Frauen geschaffen. *(GR Mag Wolfgang Jung: ... die Welt mittels Quoten verteilen!)* Der Begriff Androzentrismus wird Ihnen bewusst sein. Der Androzentrismus hat dazu geführt, dass es immer mehr Männer, starke Männer gibt, die sich durchsetzen, und der Konkurrenzkampf unter Menschen, die im Arbeitsprozess stehen, immer höher wird. Dieser Druck ist weitergegeben worden in Form von Deregulierung auf den Arbeitsmärkten, die hauptsächlich dazu geführt hat, dass prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen worden sind. Die Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt bedeutete letztendlich, dass sehr viele Teilzeitjobs geschaffen worden sind. Und die Teilzeitjobs wurden hauptsächlich - so das Diktat des Neoliberalismus - mit Frauen besetzt.

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, führt nicht zu einer Emanzipation von Frauen, sondern reproduziert das alte Frauenbild in der Gesellschaft in Form von: Frauen müssen nicht nur stark sein, sondern auch schön sein. Das ist das Bild des Neoliberalismus, das wir heute vor allem in der sexistischen Werbung zu beobachten haben, sodass sehr viele junge Mädchen sich noch immer nicht in der Gesellschaft ... *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* - was ist denn los? - was ist los? -, dass sehr viele junge Mädchen in einer politischen Auseinandersetzung damit kämpfen: Wie setze ich mich in der Gesellschaft durch?

Die Bilder, die vom Fernsehen und von den Lein-

wänden produziert werden und an die Gesellschaft transportiert werden, schreien: Mädchen müssen schön sein, sie müssen Haare entfernen, sie dürfen nicht zunehmen, sie müssen dünn sein, und so weiter und so fort. - Das ist das Bild des Neoliberalismus, das geschaffen wurde. Das ist das Bild des Neoliberalismus, deren Vertreter ihr beide (*in Richtung FPÖ und ÖVP*) seid. Ihr zwei seid die Vertreter des Neoliberalismus! Durch Schwarz-Blau habt ihr die Politik des Neoliberalismus umgesetzt, indem ihr auch die Frauen wieder zurück an den Herd treiben wolltet. (*GR Mag Wolfgang Jung: Also, das ist ja empörend! Das ist echt empörend!*) Das ist nämlich eure Einstellung zur Frauenpolitik! (*Beifall bei den GRÜNEN. – GRin Christine Marek: Das, was Sie transportieren, das ist doch nicht Neoliberalismus!*)

Und dann kommen Sie daher und sagen, wir wollen Frauen befreien und wir schützen freie Frauen. - Also bitte schön! (*GRin Christine Marek: Das glauben Sie doch selber nicht, was Sie jetzt sagen!*)

Ich glaube, dass wir hier Handlungsbedarf haben, und es steht auch im rot-grünen Koalitionsübereinkommen drinnen, dass wir hier eine „Gender Watch Group“ errichten werden, die die sexistische Werbung genauestens beobachten wird und gezielt anprangern wird. Wir werden durch dieses Instrument, das wir hier schaffen werden, auch das Bewusstsein, das feministische Bewusstsein in der Gesellschaft noch mehr stärken und das Patriarchat zurückdrängen. Das ist unsere Politik. (*Beifall bei den GRÜNEN. – Ruf bei der FPÖ: Werbeplakate, alles verbieten!*)

Eine der Grundsäulen der Frauenemanzipation ist auch die Kinderbetreuung. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass es flächendeckende Kinderbetreuung gibt, und wir werden jetzt einen Papa-Karenzmonat in Wien umsetzen. Das ist sehr wichtig, meine Damen und Herren. Kinderbetreuung, Begleitung eines Kindes im Leben ist nicht nur die Aufgabe der Frauen. Wir haben in Österreich nach wie vor ein Bild, wo nur 3 Prozent Männer, glaube ich, in Papa-Karenz gehen. Das kann es ja nicht sein. (*GRin Christine Marek: Das stimmt ja überhaupt nicht! Schauen Sie sich die Kinderbetreuungszahlen an!*)

Wir sind der Überzeugung, dass die Kindererziehung auch eine Sache von emanzipierten Männern ist. (*GRin Christine Marek: Deswegen gibt es das einkommensabhängige Kindergeld mit 17 Prozent Väterbeteiligung!*) Emanzipierte Männer springen über ihren Schatten drüber und sorgen auch für ihr Kind und setzen sich auch für ihr eigenes Kind ein. Das hat eine gesellschaftspolitische Auswirkung, nämlich dass das Kind sich auch daran gewöhnt (*GRin Christine Marek: Ja, genau! Deshalb hat die ÖVP das umgesetzt, Herr Kollege!*), dass Männer sehr wohl auch in der Kinderbetreuung ankommen können, dass Kinder zukunftsweisend denken können. Wenn die Eltern diese Aufgabe der Kinderbetreuung untereinander teilen können, dann entsteht eben dieses Gesellschaftsbild, wo das Kind auch lernt, in Zukunft auch in der Hausarbeit, auch in der Kinderbetreuung dieses Verständnis von Halbe-Halbe zu seinem Selbstverständnis zu machen.

Dafür setzen wir uns ein, und dafür unternehmen wir auch konkrete Schritte. Das ist Rot-Grün! Das ist nicht Stillstand, da wird etwas getan! (*GRin Christine Marek: Was zum Beispiel? – Ruf bei der ÖVP: Beispiele?*) Wir arbeiten fleißig daran. Wir machen keinen Dampf und wir machen auch keine Hetze, sondern wir arbeiten fleißig daran, um diese zukunftssträchtigen Projekte umzusetzen. (*GRin Christine Marek: ... dass Kinder auch Väter haben! Das sehen Sie bei der Obsorgedebatte!*)

Frau Marek! Entschuldigung, Sie stimmen doch mit dem, was ich bis jetzt erzählt habe, überein: dass Mädchen emanzipierter sein sollen, dass der feministische Ansatz gestärkt werden soll. (*GRin Christine Marek: Aber anhand der Maßnahmen sehen wir es nicht!*) Entschuldigen Sie, wenn ich mich nicht irre, sind Sie einmal Staatssekretärin für Familienangelegenheiten gewesen. Was hat diese Bundesregierung weitergebracht in Ihrer Zeit? Was hat Ihr Ministerium weitergebracht in Ihrer Zeit? Entschuldigung! (*GRin Christine Marek: Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld! Väterbeteiligung 17Prozent!*)

Dieser Papa-Monat ist ein erster Schritt, aber ein sehr wichtiger Schritt, der von der öffentlichen Hand kommt, der der Gesellschaft Mut machen wird, um unser Gesellschaftsbild, unser Bild von der Männer- und Frauenrolle nochmals zu definieren, nochmals auf die Beine zu stellen, damit hier der Androzentrismus zurückgedrängt wird. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Lassen Sie mich zu einem anderen Thema kommen. (*GRin Mag Barbara Feldmann: Ja, das wird besser sein!*) In Zeiten der Finanzkrise haben wir ja seit gestern darüber diskutiert, wie Wien „Gelder verschleudert“, wie Wien „Gelder hinauswirft“ - so ist die Bezeichnung der Freiheitlichen Partei für Entwicklungszusammenarbeit gewesen.

Entwicklungszusammenarbeit - jetzt bin ich bei einem internationalen Bereich. Die Magistratsabteilung für Außenbeziehungen ist dafür errichtet worden im Bewusstsein, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht nur eine nationale Sache ist, sondern dass sehr viele Kommunen, nicht nur in Österreich - wenn Sie über Österreich drüberschauen: in Deutschland, aber auch in anderen Ländern -, Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Städten leisten. Das nicht nur deswegen, weil wir das Leid und die Schmerzen der Menschen in den armen Regionen der Welt lindern wollen, sondern auch deshalb, weil wir den Horizont der Stadtpolitik erweitern wollen, weil wir wissen, dass eine Interaktion zwischen unterschiedlichen Städten und unterschiedlichen Regionen das Wissen eines Menschen erweitert.

In diesem Zusammenhang möchte ich einmal ein bisschen in der Geschichte zurückgehen und ein Abbild geben von dem, was passiert ist.

Wenn wir heute über Griechenland reden, heißt es immer wieder: Das ist ein Pleitestaat, und wir haben kein Geld. Unser Geld für unsere Leute! - Mein Kollege Margulies hat gestern den Sinn dieses Spruches von Ihnen, „unser Geld für unsere Leute“, entlarvt. „Unsere Leute“, das heißt ja in Ihrem Sinn wirklich nur: die eigenen Leute, also Meischberger & Co. - ich möchte das nicht län-

ger ausführen -, es also in die eigene Tasche zu stecken. Aber Sie wissen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg ganz Europa sehr viel durchgemacht hat, dass ganz Europa in diesem Aufbauprozess auf internationale Hilfe angewiesen war. Und Sie kennen den Marshallplan.

Der Marshallplan hat dazu verholfen, dass Europa sich wieder auf die Beine stellen konnte, und hat weitreichende politische Auswirkungen bis heute. Durch den Marshallplan in den Jahren 1948 bis 1952 hat Österreich im Jahre 1948/49 280 Millionen Dollar, im Jahre 1949/50 166,5 Millionen Dollar, im Jahre 1950/51, 114,3 Millionen Dollar, 1951/52 116 Millionen Dollar, 1952/53 35 Millionen Dollar bekommen - insgesamt 711 Millionen Dollar von den USA, damit Österreich sich wieder erlangen kann, damit Österreich sich wieder auf die Beine stellen kann, damit das Land sich wieder entwickeln kann.

In diesem Sinne hat sich die Entwicklungszusammenarbeit im Laufe der Zeit weiterentwickelt, wobei damit begonnen wurde, dass Kommunen mit anderen Kommunen in Kontakt getreten sind, um die Zusammenarbeit zu entwickeln. Warum? - Das ist sehr wichtig. Sie wissen ganz genau, dass in nationalstaatlichen Beziehungen die Regierungen die Hilfsmittel hauptsächlich den Regierungen zur Verfügung stellen, wobei die Regierungen das Geld nicht unbedingt dort ankommen lassen, wo es ankommen sollte, nämlich in unterschiedlichen Kommunen. Das heißt, die Regierungen dieser Länder sind sicherlich auch aus politischen Überlegungen wählerisch und versuchen auch, ihre Macht dort aufzubauen. Die Entwicklungszusammenarbeit, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht es uns, dass wir jene Regionen, die auf Unterstützung angewiesen sind, aber von ihren Regierungen vernachlässigt werden, unterstützen.

Und das, meine Damen und Herren, hat im Kalten Krieg eine wesentliche Rolle gespielt. Sie wissen ganz genau, dass sehr viele deutsche Städte mit den Städten in den ehemaligen Ostblockstaaten Kontakte gepflegt haben und dadurch auch mitgeholfen haben, den Aufbau einer Opposition zu ermöglichen. Und wir wissen heutzutage auch ganz genau, dass durch diese Entwicklungszusammenarbeit auch jene Kräfte in diesen Ländern gestärkt werden, die ein anderes Bild von der Gesellschaft haben, die von der Unterjochung wegkommen können, damit sie sich auf die eigenen Beine stellen können, damit sie von der Armut wegkommen können, damit Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden kann.

Während wir das gemacht haben, ist Ihr Idol, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei - ich spreche von Jörg Haider und nicht von jemand anderem -, in den Irak gereist und hat sich, glaube ich, mit dem Doubleur von Saddam getroffen, mit Diktatoren, ist nach Libyen gereist und hat sich mit Gaddafi getroffen. Das ist ja alles, meine Damen und Herren, eine falsche Politik. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das hat der Kreisky schon gemacht! - GR Mag Wolfgang Jung: Die Stadt Wien war stolz auf die Kontakte ...)* Wir aber sagen, die kommunale Zusammenarbeit dient dazu, dass eben Kräfte, die von ihren Diktatoren unterjocht werden, auf eigenen Beinen

stehen können.

Wenn man Ihren Gedanken „unser Geld für unsere Leute“ weiterverfolgt und wenn wir das runterbrechen auf „mein Geld für mich“, dann verliert ihr Ansatz jede solidarische Grundlage. Das heißt, wenn Sie einmal viel Geld haben und ein anderer nicht, Sie müssen aber ein Haus bauen und der andere verhungert, dann werden Sie sagen: Ich bin damit beschäftigt, mein Haus zu bauen, also verhungere! Mein Geld mir! - Wir denken nicht so. Wir denken, das, was wir haben, können wir durchaus gerecht untereinander teilen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein, Sie geben unser Geld her! - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Nehmen Sie privat Asylwerber auf! Nehmen Sie privat arme Menschen zu Hause auf! Tun Sie das! Die GRÜNEN sollten das tun! Tun Sie das!)*

Schauen Sie, „Verteidiger des Abendlandes“, ich erzähle Ihnen vielleicht einmal eine Geschichte vom alten Testament. „Verteidiger des Abendlandes“! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie verschleudern unser Geld!)* Im Alten Testament wird erzählt, wie die sieben mageren Jahre ausgebrochen sind. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie haben ja keine Ahnung, was Sie reden! Ist ja unglaublich! Steht draußen und redet irgendwas!)* Schauen Sie, ich erzähle Ihnen das in einer solchen Sprache, damit Sie das verstehen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ahnungslosigkeit!)*

Als die sieben mageren Jahre ausgebrochen sind, schickte Jakob seine Kinder nach Ägypten zu Josef. Josef war damals der Schatzkanzler des Pharaos. Da hätte der Josef sagen können: „Entschuldige, wir haben sieben magere Jahre! Jetzt willst du noch das haben, was wir da in der Hand haben? Das geben wir nicht her!“ - Also Sie haben nicht einmal den Sinn von dem, was Sie gelesen haben, verstanden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Weil die in den fetten Jahren gespart haben und die anderen nicht! Das ist das Problem!)*

Was hat Josef gemacht? - Josef hat das geteilt, hat seinen Brüdern auch Nahrung gegeben, hat sie sogar nachher aufgenommen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Tun Sie das, bitte! Tun Sie das privat!)* - Wie die Geschichte dann weitergegangen ist, erzähle ich Ihnen ein anderes Mal. *(Beifall bei den GRÜNEN. - Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Oder: Was halten Sie von Jesus? Wie halten Sie es mit Jesus und mit dem einen Fisch? *(StR DDr Eduard Schock: Der Heilige Akkilic spricht!)* Sie wissen, 5 000 Leute hatten nichts zu essen. Dann kam ein Fisch, und mit diesem Fisch wurden die 5 000 Leute ernährt.

Ich sage jetzt einmal *(GR Mag Dietbert Kowarik: Zur Geschäftsgruppe was sagen! - StR DDr Eduard Schock: Sie sollten in die Kirche predigen gehen! Sie sind falsch hier!)*, diese Wunderkräfte habe ich nicht. Wenn Jesus sie gehabt hat, ist das eine andere Sache. Aber der Gedanke dahinter, Verteidiger des christlichen Abendlandes, der Gedanke dahinter ist sehr wichtig. Sie wissen ganz genau, dass man mit einem Fisch - einer Forelle, einem Karpfen, oder was weiß ich - 5 000 Leute nicht ernähren kann. Der Gedanke dahinter ist: Lerne teilen! Teile! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Teilen Sie einmal! Teilen Sie! Tun Sie das!)* Sei nicht geizig! Teilen ist

geill, und nicht: Geiz ist geil! - Wir sind bereit zu teilen. *(Beifall bei den GRÜNEN. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Teilen Sie Ihr Geld, nicht unseres! Sie alle sollen teilen! Teilen Sie!)*

Ja, ich weiß, es gefällt Ihnen überhaupt nicht, dass jemand aus dem Orient kommt und Ihnen solche Sachen erzählt. Das weiß ich, aber Sie werden noch lernen, das zu verkraften, Herr Gudenus. *(GR Mag Rüdiger Maresch, auf die FPÖ-Fraktionweisend: Geizig sind sie!)*

Ich freue mich ja, dass Sie so aufgeregt sind, wenn ich rede. Da kommt ein bisschen Stimmung in die Diskussion. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: ... fremdes Geld verteilen!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Ich darf mich kurz in die Diskussion einmengen: Ein bisschen mehr Disziplin, bitte! – Herr Akkilic, darf ich Sie auch bitten *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Bibelstunde zu beenden!)*, ein bisschen mehr zur Geschäftsgruppe zu sprechen!

GR Senol **Akkilic** *(fortsetzend)*: Ich bin ja eh freundlich. - Die Logik der Entwicklungszusammenarbeit ist nach unserer Auffassung, Leuten, die Hilfe brauchen, zu helfen *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Tun Sie es einmal! Sie tun es ja nicht!)* – nach unseren Möglichkeiten *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie haben eh genug Geld!)* - und sie nicht im Stich zu lassen.

So, jetzt komme ich zu einem anderen Thema, und zwar zur Integration. - Was für eine Überraschung, dass ich gegen Ende meiner Rede bei der Integrationspolitik lande!

Sie haben einen Antrag eingebracht, beziehungsweise haben auch früher einmal einen Antrag eingebracht, wo es darum ging, dass Ihr Wohnbaustadtrat in Oberösterreich eine Studie in Auftrag gegeben hat, die belegt, dass jemand, bevor er eine Sozialwohnung bekommt, Deutsch lernen muss beziehungsweise Deutsch können muss. - Habe ich das richtig verstanden?

In Ihrem Parteiprogramm, im frischen Programm der Freiheitlichen Partei, steht – eine Seitenzahl ist nicht angeführt – unter dem Punkt Recht und Gerechtigkeit: „Der soziale Wohnbau dient vor allem der Abdeckung des Wohnbedarfs österreichischer Staatsbürger.“ Punkt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Was dagegen?)* Da geht es nicht weiter „mit Deutschkenntnissen“, „mit ausreichenden Deutschkenntnissen“, „ohne ausreichende Deutschkenntnisse“. Also stellen wir einmal fest: Ihre Position, nämlich Ihre Wiener Position, ist nicht die Position der Freiheitlichen Partei. Ist das okay so? *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Geben Sie es zu, Sie haben eine schöne Wohnung, Sie haben eine sehr schöne Wohnung!)*

Zweitens: Ich denke, dass es keinen Zusammenhang zwischen Wohnen und Sprache gibt. Jeder Mensch, der irgendwo hinzieht, braucht eine Bleibe, braucht eine Wohnung *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das wird der Akkilic entscheiden!)*, damit dieser Mensch den weiteren Verlauf seines Lebens dort organisieren kann. Denn wenn jemand keine Bleibe hat, keine Wohnung hat, wo er auch seine Kinder und seine Familie unterbringen kann, dann kann diese Person auch nicht in einen Integrationsprozess eintreten.

Wenn zu uns Leute kommen und wenn wir der Ansicht sind, dass diese Leute sich auch integrieren sollen, dann müssen wir und sollen wir auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Menschen hier einen ersten Schritt setzen können, damit sie weiterkommen können.

Ich sage nicht, dass ein Manager in eine Sozialwohnung hineingehen soll. Dieser Manager kann auch Ausländer sein, aber wenn er ein ausreichendes Einkommen hat, dann bin ich dafür, dass ein Antrag auf Gemeindeförderung abgelehnt wird. Das ist mein Zugang. *(GRin Henriette Frank: Na also!)* Aber wenn jemand zu uns kommt, der noch kein ausreichendes Einkommen hat, dann soll dieser Person auch ermöglicht werden, dass sie sich einmal niederlassen und weitere Schritte setzen kann.

Außerdem, meine Damen und Herren, wissen Sie ganz genau, dass der Zugang zum Gemeindebau in Wien so geregelt ist, dass die Menschen erst, nachdem sie sich fünf Jahre lang in Wien aufgehalten haben, den Zugang zum Gemeindebau bekommen. Diese Regelung ist festgehalten durch eine Richtlinie der Europäischen Union aus dem Jahr 2006, in der es heißt, dass die Situation der Drittstaatsangehörigen schrittweise an die Situation der EWR-Bürger herangeführt werden muss.

Also wenn sich jemand fünf Jahre lang in Österreich aufgehalten hat, dann hat er Zugang zum Gemeindebau, dann kann er in die Gemeindeförderung hinein. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Lesen Sie das Gutachten!)* Die Voraussetzung von Sprache ist hier nirgends gefragt. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Es gibt ein Rechtsgutachten!)* Das ist nur Ihre Vorstellung, die Sie auch in der Kulturdebatte zum Ausdruck gebracht haben. Sie wollen keine fremde Musik hören, Sie wollen keine fremdländische Oper hören, Sie wollen ja alles nur deutsch, deutsch, deutsch. Ihr Kulturverständnis ist sehr eingengt, es ist deutschnational. Sie fühlen sich deutschnational, deshalb haben Sie diesen Begriff auch in das Programm hineingenommen. Sind Sie jetzt Österreicher oder sind Sie Deutschnationalisten? *(Zwischenruhe bei der FPÖ.)* Ich frage nur.

Mein Kulturbegriff ist ein viel weiterer Kulturbegriff. Für mich ist Kultur nicht nur Musik und Sprache, für mich ist Kultur das Handeln der Menschen miteinander, für mich hat Wirtschaft eine Kultur, für mich hat Geschichte eine Kultur, für mich hat Politik eine Kultur und für mich haben die Geschlechterbeziehungen eine Kultur. Kultur ist etwas viel Umfassenderes, das in meinem Verständnis dazu führt, dass die Menschen Grenzen überwinden und nicht Grenzen einziehen.

Diese Politik der Grenzziehung hat oft dazu geführt, dass die Menschen sich verfeindet angeschaut haben und nicht freundschaftlich miteinander umgegangen sind. Daher denke ich mir, in der Integrationsdebatte diese Deutschtümelei in den Vordergrund zu stellen, führt dazu, dass Menschen ausgegrenzt werden und nicht hereingeholt werden. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Aber sie sollen Deutsch reden!)*

Im Integrationsprozess einerseits Integration abverlangt, auf der anderen Seite aber ständig Hürden auf-

bauen, ständig sagen, du gehörst ja nicht zu uns – das ist Ihre Einstellung zu diesen Menschen. Die gehören nicht zu uns, die sind artfremd, die haben mit unserer Kultur nichts zu tun und so weiter und so fort.

Na, wie wollen Sie denn die Leute integrieren? Die Antwort auf diese Frage sind Sie uns schuldig geblieben, wie bei anderen Fragen auch. Ständig Luftblasen, ständig Seifenblasen, ständig Dampfplauderei, aber keine konkreten Schritte.

Hier, meine Damen und Herren, denke ich mir, dass das rot-grüne Projekt Signale in die Gesellschaft hineinsetzt, indem wir sagen, ja, selbstverständlich, wir leben in einer komplizierten Gesellschaft, in einer kosmopolitischen Gesellschaft. Die Kosmopolitik ist nicht nur durch den EU-Beitritt Österreichs gegeben, sie ist nicht nur durch die Zuwanderung gegeben, sondern sie ist auch durch die technologische Entwicklung auf der Welt gegeben. Die Jugend von heute bezieht derzeit so viele kulturelle Strömungen, egal, ob aus dem Orient oder aus Amerika oder sonstigen Teilen der Welt. Das heißt, wir haben eine kosmopolitische Jugend, die Eindimensionalität ablehnt und Vielfältigkeit zu ihrer Eigenheit gemacht hat.

Dieses rot-grüne Projekt versteht natürlich auch, dass ein Teil der Bevölkerung verwirrt ist. Ich glaube, dass viele von Ihnen auch verwirrt sind (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) und diese Entwicklung nicht verstehen, diese Entwicklung nicht wahrnehmen können und nicht wahrnehmen wollen, weil es eine komplizierte Materie ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das glauben Sie aber selber nicht, was Sie da daherfaseln!*) Die Herausforderung für die Politik ist es auch, sich mit dieser Kompliziertheit der Dinge auseinanderzusetzen, damit wir langfristige Lösungen vorschlagen können und damit wir an langfristigen Lösungen arbeiten können.

Deshalb sagen wir, wir werden mit dem Charta-Prozess, mit der Wiener Charta des Zusammenlebens, versuchen, mit allen Menschen in Wien in Kontakt zu treten. Ich bin selber sehr daran interessiert, denn auch ich habe das schon des Öfteren gehört und bin beschimpft worden (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) – das glauben Sie oder nicht –, ich bin auf der Straße beschimpft worden auf Grund meines Aussehens oder wegen sonstiger Dinge. Aber es führt kein Weg daran vorbei, dass wir miteinander kommunizieren müssen. Wir werden daher die Kommunikation mit der Wiener Bevölkerung suchen, wir werden die Kommunikation auch mit den verunsicherten 25 Prozent suchen. Wir lassen nicht locker, und wir geben nicht so schnell auf, weil wir wissen, dass wir durch Argumentationen und im Gespräch zueinander finden werden. Das ist Rot-Grün und nicht Blau-Schwarz, meine Damen und Herren. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Wir werden jenen Menschen Mut zusprechen und jene Menschen unterstützen, die sich in dieser interkulturellen Welt auskennen wollen, die sich in dieser interkulturellen Welt, in der wir uns jetzt befinden, Eigenschaften, Kompetenzen aneignen wollen, die auch auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden können und brauchbar sind.

Wir haben derzeit auf dem Arbeitsmarkt eine Entwicklung, wo ein Sektor entstanden ist, wo Mehrsprachigkeit gefragt ist, wo das Verständnis für Kulturen gefragt ist und wo sich die Kompetenz, sich mit diesen Kulturen auszukennen, bezahlt macht.

Ich gebe Ihnen ein einfaches Beispiel aus meinem Alltag. In meiner Arbeit als mobiler Jugendarbeiter hat sich eine Szene im Bacherpark entwickelt, das waren neue tschetschenische Flüchtlinge, junge Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind. Viele waren anerkannte Flüchtlinge, und wir sind vor der Frage gestanden: Wie können wir mit diesen Jugendlichen Kontakt aufnehmen? Sie sind ja schließlich in Wien und sie sind anerkannte Flüchtlinge in diesem Land, also haben wir die Aufgabe, mit diesen Leuten in Kontakt zu treten. Ich kann nicht Russisch, ich kann nicht Tschetschenisch, ich kenne auch die Gepflogenheiten einer tschetschenischen Kultur nicht. Was war die Herausforderung? Die Herausforderung war: Herr Akkilic, in dieser Arbeit musst du deine Kompetenzen erweitern. Also streng dich an! Eigne dir Wissen über Tschetschenien an, eigne dir Wissen über deren Gepflogenheiten, über deren Kultur an.

Was hat mir das geholfen? Das hat erstens meine Sichtweise erweitert, zweitens habe ich durch meinen Einblick in diesen Raum mit diesen Jugendlichen Kontakt aufnehmen können. Das ist der neue Bereich, das ist der Bereich, wo ich sage, hier zahlt es sich aus zu lernen, hier zahlt es sich aus, einen Einblick in die unterschiedlichsten Kulturen, die es in Wien gibt, zu gewinnen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Herr Akkilic! Sie erzählen das mir von den Tschetschenen?*)

Ich möchte niemanden belehren, aber ich denke, Lebenserfahrungen sind wichtig. Ich würde gerne aus Ihren Lebenserfahrungen lernen wollen, Herr Gudenus, was Sie bis jetzt mit MigrantInnen erlebt haben. Sie können herkommen und das erzählen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Dann lassen Sie sich von mir belehren!*) Ja, ich finde nichts Schlechtes daran. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie haben keine Ahnung!*) Ich will ja auch mit Ihnen kommunizieren, ich will ja mit Ihnen Argumente austauschen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie wollen gar nicht mir über die Tschetschenen reden!*) Wieso sind wir in diesem Haus? Damit wir Argumente austauschen können, damit wir niveauvoll miteinander reden können. (*Neuerlicher Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Null-Komma-null Untergriffe von mir. Also bleiben wir sachlich und bleiben wir auf dem Boden der Tatsachen.

Hier denke ich, ist es auch sehr wichtig, dass wir in der öffentlichen Struktur, in der Verwaltung einige Änderungen anstreben sollten. Wir müssen schauen, wie schaut es in unseren Spitälern aus, wir müssen schauen, wie schaut es in unseren Schulen aus, wir müssen schauen, wie schaut es in sämtlichen Magistratsabteilungen aus. Es ist, glaube ich, sehr wichtig, dass wir Menschen mit interkulturellen Kompetenzen auch in der Verwaltung heranziehen können, damit sie auch das Spiegelbild der Gesellschaft sein können. Wir haben derzeit eine demographische Struktur, wo 44 Prozent der Menschen Migrationshintergrund haben, wir haben aber

in der öffentlichen Verwaltung nicht so viele Menschen mit Migrationshintergrund.

Ich habe gestern dem Herrn Aichinger erzählt, mit welchen Menschen ich spreche. Das sind Jugendliche, junge Menschen, die in Wien geboren sind, die hier zur Schule gegangen sind, die Zertifikate in der Hand haben, die Diplome in der Hand haben, die hier Universitäten abgeschlossen haben, aber leider am Arbeitsmarkt nicht zum Zug kommen. Ich glaube, dass wir durch die öffentliche Hand hier ein bisschen nachhelfen können, wenn wir unsere Strukturen öffnen können, wenn wir unsere Gehirne öffnen können, damit diese Menschen auch in der Gesellschaft eine Chance bekommen.

Warum? – Das würde dazu verhelfen, dass viele Menschen sich in der Stadt noch wohler fühlen, das würde dazu führen, dass die Produktivität in der Stadt steigt, und das würde dazu führen, dass das Zusammenleben in der Gesellschaft besser funktioniert.

Das ist unser Ziel. Wir wollen ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft fördern, wir wollen nicht die Leute gegeneinander hetzen, und ich hoffe und wünsche mir, dass wir uns in Zukunft auch in persönlichen Gesprächen austauschen. Einige haben wir ja geführt. Wo ist der Herr Aichinger? Mit dem Herrn Frigo haben wir im Pausenraum gesprochen. Ich finde, diese Gespräche sind notwendig.

Treten wir einmal vor Ihren Wählern und Wählerinnen gemeinsam auf und diskutieren wir einmal über Zuwanderung und über Integration. Ich bin gerne bereit, zu den Moscheebaugegnern oder Moscheevereingegnern zu gehen, um mich mit ihnen zu unterhalten. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja, jeder kann Ihrem Geschwätz zuhören!*) Ich war in der Rappgasse, ich war in der Dammstraße und werde auch gerne hingehen. Warum? – Weil es in den Köpfen der Menschen eine eindimensionale Einstellung zu bestimmten Herkunftspersonen gibt. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist ja unglaublich!*) Das müssen wir durchbrechen.

Das müssen wir durchbrechen, aber Sie fördern das ja, Herr Gudenus. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Viele Menschen verstehen, was Sie für eindimensionale Gedanken haben! Das ist ja unglaublich!*) Sie fördern das, Herr Gudenus, und wir sind dazu da, dass diese Stereotypen nicht gefördert, sondern abgebaut werden. Und Sie können sicher sein, dass wir, die rot-grüne Koalition, in diesem Punkt entschlossen vorgehen werden. – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das waren die schlimmsten 40 Minuten meines Lebens!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bevor der nächste Redner zu Wort gelangt, darf ich noch zwei Mitteilungen nachholen. Es ist noch bekannt zu geben, dass Frau Kollegin Wurzer auf Grund von Krankheit den ganzen Tag entschuldigt ist und dass Frau Kollegin Hebin ab 18.30 Uhr für zirka drei Stunden entschuldigt ist.

Zur einer tatsächlichen Berichtigung hat sich nunmehr Frau Mag Feldmann gemeldet. Sie haben drei Minuten.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Vielen Dank. – Herr Kollege Akkilic,

bevor ich Ihnen meine tatsächliche Berichtigung erkläre, möchte ich nur sagen, wir neoliberalen Frauen haben uns abgesprochen, dass wir uns bereiterklären würden, den männlichen Kollegen ein paar Schönheitstipps zu geben. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Unabhängig davon ist es sehr schade, dass Sie nichts Praktisches gesagt haben, nichts, was man umsetzen kann, sondern nur theoretisiert und abgelenkt haben.

Aber gehen wir zu den Teilzeitjobs. Ja, die Frauen haben viele Teilzeitjobs, anders geht es nicht. Laut SO-RA-Barometer und anderen Umfragen würden sehr viele gerne einen Vollzeitjob haben, wenn in Wien die Rahmenbedingungen – Nachmittagsbetreuung – passen würden. – Danke. (*Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Martin Margulies, in Richtung des Vorsitzenden: Ihre Vorsitzführung ist furchtbar schlecht! Was wurde eigentlich tatsächlich berichtigt?*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wenn ich das richtig mitbekommen habe, hat sich auch die Frau Klubvorsitzende Marek zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. – Bitte schön. Sie haben auch drei Minuten.

GRin Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Der Herr Kollege Akkilic, meine Damen und Herren, hat behauptet, die Väterbeteiligung liegt derzeit bei 3 Prozent.

Tatsächlich, meine Damen und Herren, zählt es sich aus, sich die Fakten anzusehen. Bei den Kurzvarianten liegt die Väterbeteiligung mittlerweile bei 31 Prozent. Ein Drittel ist viel, meine Damen und Herren. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Aber doch nicht Väterkarenz! Das ist nicht wahr!*) In den Kurzvarianten sind es 31 Prozent. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Akkilic, eine weitere Behauptung, die Sie aufgestellt haben: Sie haben gesagt, während meiner Zeit als Familienstaatssekretärin ist nichts weitergegangen. Sie haben nur den Papa-Monat angesprochen. Ich erinnere an die Weiterentwicklungen beim Kinderbetreuungsgeld zum einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld und an den verpflichtenden Gratiskindergarten, mit dem sich Wien auch durchaus rühmt. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: In Wien ist er tatsächlich gratis! Das ist der Unterschied zwischen Wien und Vorarlberg!*)

Das sind zwei Projekte, die hier unter anderem weitergegangen sind. Der verpflichtende Gratiskindergarten ist auch ein Projekt aus meiner Zeit als Familienstaatssekretärin. – Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Dem Vernehmen nach hat sich auch Herr Kollege Akkilic zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet.

Ich darf nur zur Geschäftsordnung sagen: Tatsächlich Berichtigungen können grundsätzlich außerhalb der Redezeit und außerhalb der Tagesordnung gemacht werden. Also wir können uns auch den ganzen Abend mit tatsächlichen Berichtigungen unterhalten. – Bitte schön. Drei Minuten. (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das haben Sie bei den anderen nicht vorausgeschickt!*)

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke

für die Schönheitstipps. Die werde ich mir nachher holen. Aber ich habe nicht gesagt, Frauen wollen teilzeitbeschäftigt sein, ich habe gesagt, der Neoliberalismus hat dazu geführt, dass Frauen in den Teilzeitjob gedrängt worden sind. Das sind zwei verschiedene Sachen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir gehen jetzt weiter in der Rednerliste. Zu Wort gemeldet ist als nächster Redner Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Eigentlich will ich mich ja mit den Fehlern der Regierungspartei befassen und nicht mit ihrem Anhängsel, aber der Kollege Akkilic lässt einem fast keine Möglichkeit, als das eine oder andere auch zu seinen Ausführungen zu sagen.

Wie hat er vorher gesagt? So ähnlich wie Rot-Grün ist das große Signal der Hoffnung an die Zukunft. Na ja, die Farbe der Hoffnung ist blau, Herr Kollege, und grün ist die Farbe des Propheten. *(Beifall bei der FPÖ. – Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Ihre Bibelstunde oder diese Märchen aus Tausend und einer Nacht waren ja kurzfristig ganz interessant. Viel weitergebracht haben sie uns aber nicht. Ich bin ja nur froh, dass Sie mich nicht als Manchesterliberalisten bezeichnet haben, sondern nur als irgendeinen Liberalen. Einen Liberalismus würde ich Ihnen ja zugestehen, den eines Altliberalen von 1848. Von da kamen auch die Urväter der Sozialdemokraten, als sie noch wirkliche Sozialisten waren. Das lasse ich mir sagen, aber das andere nicht, Herr Kollege. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben uns beibringen wollen, dass wir das Patriarchat zurückdrängen sollen. Da stimme ich Ihnen zu, aber da haben wir viel zu tun, gerade unter unseren Zuwanderern, denn dort ist das Patriarchat wirklich dominant, Herr Kollege. *(Beifall bei der FPÖ)*

Wir haben jetzt gerade im Klub drei junge Väter, die sich alle um ihre Kinder kümmern. Wir haben einen darunter, der ist gestern zum vierten Mal Vater geworden. Er befindet sich gerade im Papa-Monat, und er hat drei seiner Kinder, weil die Frau gestorben ist, alleine aufgezogen, Herr Kollege.

Sie versuchen hier nur Ihre eigenen Vorurteile, die Sie dauernd vor sich hertragen, zu bestätigen und sich was einzureden über die anderen Parteien, was nicht der Realität entspricht. Sie bedienen Ihre Vorurteile. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe auch zwei Kinder, Herr Kollege, und ich habe mich sehr um sie gekümmert, tue es heute noch, wo sie größer sind und einen nicht mehr so brauchen. Mein Vater, der wirklich aus einer anderen Generation war, der ist noch mit sechs Enkelkindern unter zehn Jahren alleine auf Urlaub gefahren. Also Sie liegen hier wirklich am falschen Dampfer.

So, aber jetzt kommen wir zum eigentlichen Thema, nämlich zum Rechnungsabschluss der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Personal, Konsumentenschutz. Familie spielt natürlich da keine Rolle. Das ist bei den Sozialdemokraten nicht so ungewöhnlich.

Nach den bisherigen Ausschusssitzungen, die ich seit dem Regierungswechsel miterleben durfte, muss „Mensch“ allerdings feststellen, dass der KonsumentInnenenschutz in diesem mit Ideologie weit überfrachteten Referat – die neueste Wortschöpfung im Prostitutionsgesetz sind die FreierInnen – nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Und auch der Bereich Personal, Herr Kollege Akkilic, kam bisher überwiegend dann zum Tragen, wenn es um die Versorgung ehemaliger grüner Mandatäre und Parteimitarbeiter ging. Da hat die Saubermannpartei sehr schnell die Vorzüge einer Regierungsbeteiligung erkannt und genutzt, Herr Kollege Ellensohn. Die eine oder andere dieser Personen wurde sogar auffällig gut versorgt.

Betreffend neue Jobs und Versorgung gleich einmal auch wieder nebenher die Frage nach dem Phantom in der Oper, ah, im Rathaus. Die ist heute schon angesprochen worden. Er ist jetzt bald sechs Monate im Amt, hat angeblich eine Funktion, aber was hat er bisher getan? Was war denn, würden Sie sagen, ist seine Leistung? Abgesehen davon, dass er jüngst seine Chefin – richtigerweise – wegen ihrer Regulierungswut kritisiert hat?

Auch im Bereich Frauen geht es Ihnen – und das ist das Falsche, wie wir es sehen, in Ihrem Bereich – eher um Randgruppenthemen als um die Probleme der Durchschnittswienerin. Das ist auch der Grund, warum Sie die Wähler verlieren.

Wir werden später oder morgen noch ausreichend Zeit haben, uns mit dem missglückten Prostitutionsgesetz und seiner Entstehungsgeschichte zu befassen, ich komme daher gleich zum Hauptbereich, nämlich zum Thema Integration. Wobei das offizielle Wien ja so stolz auf seine Integrationserfolge ist. Aber wenn man die Bürger fragt – und da meine ich nicht diejenigen aus der Mercer-Studie und auch nicht die von Ihnen genannten im 7. Bezirk, sondern ich meine jene, die direkt damit befasst sind im 14., im 15., im 11. Bezirk und so weiter und neuerdings auch in meinem Bezirk –, so fällt deren Antwort auf die Frage, ob die Integration geglückt ist, ganz anders aus. Das kann ich Ihnen sagen. Die Abstimmung dieser Leute erfolgt mit den Füßen, indem sie aus den traditionellen Arbeiterbezirken hinausziehen und dort auch die Gemeindebauten, wo sie können, fluchtartig verlassen und in die Randbezirke und ins Umland ziehen. Einer der Gründe übrigens auch, warum wir so ein hohes Verkehrsaufkommen haben. Das allerdings können sie nur dann tun, wenn sie es sich leisten können und wenn sie nicht zu alt sind, um das noch vorzunehmen. Und gerade für unsere älteren Mitbürger ist das ein großes Problem.

Und wenn sie Kinder haben, dann drängen sie in die wenigen guten Schulen mit niedrigem Ausländeranteil oder aber, weil es ja wiederum eine Geldfrage ist, in Privatschulen. Aber auch dort muss man den Nachwuchs schon fast bei der Zeugungsabsicht anmelden, so groß ist das Gedränge.

Besonders groß ist der Ärger, ich würde sogar sagen, die Verbitterung, über die unregelmäßige Zuwanderungswelle daher bei jenen, die sich beides nicht leisten können, weder den Wohnungswechsel noch die gute Aus-

bildung für ihre Kinder. Die sind im ständigen Kleinkrieg im Gemeindebau um Waschküche, Lärm, Verunreinigung und andere Probleme unterschiedlicher Kultur mit allen Begleitumständen. Sie sind dem ausgeliefert.

Ihre Kinder gehen in Pflichtschulen, deren Absolventen teilweise nach acht Jahren noch nicht sinnerfassend lesen können und deren berufliche Zukunft von vornhin schon schwierigere Startbedingungen hat. Es sind dies Schulen, in denen Gewalt, Mobbing und kleinere Eigentumsdelikte ebenso auf der Tagesordnung stehen wie die Briefe von der Schulverwaltung, man möge doch die Kinder auf Kopfläuse untersuchen. Das ist leider auch keine Seltenheit.

Wundern Sie sich dann, wenn Ihnen diese Menschen, die einstigen SPÖ-Wähler, davonlaufen? Ja, es stimmt schon, Sie haben recht, Herr Kollege, man darf und soll nicht alle Zuwanderer in einen Topf werfen. Jetzt rede ich nicht davon, alle Touristen und alle Fremden in einen Topf zu werfen, ich rede nicht von Touristen, und ich weiß auch, dass nicht alle Fremden Zuwanderer sind. Aber man kann nicht erwarten, dass die breite Masse der Wiener diese Gruppe jeweils im Einzelfall differenziert oder die Aufenthaltsbestätigung überprüft, wenn es Probleme gibt. Die Wiener tun das, was alle Menschen tun, wenn sie mit einer großen Gruppe zu tun haben, nämlich verallgemeinern. Das ist nicht vermeidbar. Es gibt eben Stereotype, und mit denen muss man rechnen und umgehen.

Es gibt verschiedene Gruppen. Da ist einmal die lästige Gruppe der Kriminaltouristen, die zuschlagen und nach kurzer Beutetour wieder über die Grenze verschwinden. Die sind für uns im Wiener Raum ein besonderes Problem, weil ja gerade die slowakische Grenze und auch die ungarische Grenze nicht weit sind. Eine dreiviertel Stunde nach dem Einbruch kann man in der Slowakei sein. Und wenn dann die Bewohner des 23. Bezirks mit einer Steigerung der Einbrüche um 100 Prozent im vergangenen Jahr konfrontiert waren, dann können Sie ihnen über das sichere Wien sagen, was Sie wollen, die sind nicht Ihrer Meinung. Die hätten liebend gern die Schengen-Kontrolle wieder zurück, über die in letzter Zeit viel diskutiert wurde und zu der mir jemand gesagt hat, nachdem er kritisch darauf angesprochen wurde: Wenn ich vom Urlaub zurückkomme, dann stehe ich lieber eine Zeitlang wartend vor der leeren Grenze und der Passkontrolle, als ich stehe nachher, wenn ich heimkomme, vor meiner leeren Wohnung.

Wenn sich dann zweifelhafte Gestalten – und das ist auch keine Erfindung, sondern das sind alles Beispiele aus meinem Bezirk – in leeren Häusern einrichten, dort tagsüber schlafen und nächtens herumschwirren und die Anwohner vergeblich die Polizei und die Bezirksvorstehung zu Hilfe rufen und nichts geschieht, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn diese verbittert werden. Erst wenn sie uns dann zu Hilfe rufen und wir über den Weg der Medien die Öffentlichkeit alarmieren können, dann bequemt man sich überaus widerwillig, aber doch, zu Aktionen. Und dann wundern Sie sich, meine Damen und Herren von den Sozialisten, warum die Leute zu uns kommen.

Zur Einbruchskriminalität kommt noch der tägliche Ärger mit dem Diebstahl auf öffentlichen Plätzen und in den Verkehrsmitteln. Ich gebe Ihnen ein im ersten Moment komisch klingendes, aber recht bezeichnendes Beispiel, wie es aussieht. Einer unserer Mitarbeiter ist vor einigen Tagen an seinem Schreibtisch gesessen, hat ein Telefonat geführt. Ich war gerade hinter ihm, und auf einmal sagt er: Heute ist mein Glückstag! Es ist ein guter Tag. Da habe ich ihn gefragt, was ist los, und er sagt: Man hat mir vor zwei Tagen meine Brieftasche gestohlen und jetzt ist sie wenigstens leer wieder gefunden worden.

In Österreich ist es schon ein Glückstag, wenn man nur bestohlen wird und die Dokumente wieder zurückbekommt. Und das war kein Einzelfall. Am gleichen Tag wurden aus unserer Gruppe insgesamt drei Leute bestohlen. So schaut es mit der Sicherheit in unserem Österreich aus!

Dazu kommt dann Belästigung durch aufdringliche Bettlerbanden vor Einkaufszentren – das kennen Sie alle –, in den Bahnhöfen und in den Öffis, manchmal auch mit Musikuntermalung. Alle bisherigen Regelungsversuche der Stadt sind da in Wirklichkeit fehlgeschlagen.

Sie können es auch nicht leugnen, dass der Rauschgiftmarkt durch afrikanische Gruppen beherrscht wird und dass ein hoher Prozentsatz von Asylbewerbern gerade in diesem Bereich Aktivitäten entfaltet. Das ist ja alles statistisch nachweisbar. Wer es nicht glaubt, dem sei ein Besuch in der Justizanstalt Josefstadt empfohlen, oder er hört sich das Interview an, das neulich der Direktor – ich glaube, er war von Suben – gegeben hat, der gesagt hat, dass die Anzahl der Asylanter in seinem Gefängnis fast 50 Prozent erreicht.

An die 50 Prozent der in österreichischen Gefängnissen Einsitzenden sind überhaupt Ausländer, und jeder kostet uns ungefähr 100 EUR am Tag, das sind also rund 3 000 EUR im Monat. Erklären Sie das bitte einer Mindestrentnerin oder selbst einem gut verdienenden Facharbeiter, der mit seinem Einkommen aber dann schon längst im Höchststeuersatz liegt. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Das ist ein Blödsinn!)*

Dazu kommt – hier sind die Tschetschenen führend – die zunehmende Gewaltbereitschaft und der Waffengebrauch bei kriminellen Aktionen. Aber auch bei harmloseren Fällen ist der Ausländeranteil unverhältnismäßig hoch. Wenn Sie am Montag die Zeitung aufschlagen und von Messerstechereien lesen, dann verschweigen die meisten Medien jetzt schon aus gutem Grund die Vornamen der Täter.

Ein signifikantes Beispiel dafür – es wird ja immer Mitleid aufgebracht für solche Betreuungsexzesse: Ein 14-jähriger Türke, kein österreichischer Staatsbürger, er wurde aber nicht abgeschoben, sondern er kam wegen der Schwere der Delikte in U-Haft. Was er begangen hat, waren bewaffnete Überfälle, vorwiegend auf Jugendliche, Verurteilung wegen Raubes, schwerer Erpressung, Nötigung, Körperverletzung und so weiter, und so weiter. 18 Monate teilbedingte Haft. Teilbedingt deswegen, weil er die Verpflichtung zur Resozialisierung auf einer Schule in den USA auf sich genommen hat. In den USA, bitte, auf österreichische Kosten wohlgermerkt, obwohl kein

Staatsbürger! Man wolle ihm eine zweite Chance geben, erklärt das Jugendamt. Ich glaube nicht, dass seine Opfer ihm eine zweite Chance geben wollen.

Er war dort in der Glenn-Miller-Schule in Pennsylvania, und das kostete lächerliche 150 EUR pro Tag. Dazu kamen die Nebenkosten. Eine Sozialpädagogin, die ihn betreut, flog einmal im Monat nach Pennsylvania, um zu überprüfen, ob es dem Armen auch gut geht. – Wir haben's ja, aber nicht für die Mindestrentner.

Der Bevölkerung fehlt das Verständnis für solche Sonder- und Spezialbehandlungen für Nichtstaatsbürger. Sie meint, wer zu uns kommt, will etwas, will Arbeit, will ein besseres Leben. Niemand wird gezwungen, hierher zu kommen, und es wird auch niemand gezwungen, hier zu bleiben. Wer hier leben will, der soll, nein, der muss sich an unsere Lebensformen und an unsere Kulturen anpassen und nicht umgekehrt, Herr Kollege Akkilic. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Senol Akkilic.*) Bitte? Ich habe Sie nicht verstanden. Ich verstehe Sie wirklich in vielem nicht, da haben sie recht.

In unsrem Multikulti-Wahn kommt es aber ganz im Gegenteil zu Forderungen, wir hätten aus Rücksicht auf andere Kulturen unsere Lebensformen anzupassen. Das gilt nicht nur für die Halal-Speisepläne, kein Schweinefleisch in Horten oder Schulen, für den leuchtenden Turban beim Bundesheer, während die anderen mit dem getarnten Helm herumlaufen müssen, für Burka-Schwimmen in den Schulen. Diese Liste ließe sich beliebig lange ergänzen.

Es kommt dann zu wahren Toleranzexzessen. Väter erklären den Lehrerinnen, dass Frauen von ihren Söhnen natürlich nicht als Autoritätspersonen akzeptiert werden können, es gibt tätliche Angriffe, auch auf Elternsprechtagen, und in Deutschland wurden heuer in Berlin bei über hundert Schulen im Vorfeld der Maturaprüfungen bei den Direktoren im Direktorenzimmer Notrufknöpfe installiert, weil die Direktoren sich über die häufigen Übergriffe und Angriffe beschwert haben. – Weit sind wir gekommen mit der Integrationspolitik! (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Wo ist das?*) In der „Frankfurter Allgemeinen“ zum Beispiel war in der vorigen Woche auch ein Bericht darüber, Herr Kollege. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Wo ist das? Reden wir jetzt über Wien oder über Deutschland?*)

Herr Kollege, jetzt werde ich Ihnen etwas sagen. Sie haben uns vor 15 Jahren auch gesagt, die Kriminalität wird nicht steigen, doch wir haben sie jetzt. Sie haben gesagt, der Schilling wird bleiben. Wir haben ihn nicht mehr. Sie haben uns gesagt, der Euro wird eine harte Währung. Es ist nicht so geworden. Immer, wenn wir Sie auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen, die auf uns zukommen, dann sagen Sie, das ist ja nicht bei uns. Es kommt alles mit leichter Verspätung, Herr Kollege. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Diese Sonderbehandlungen, die den Zuwanderern hier zugestanden werden, führen zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Wir haben in Wien einen islamischen Verein, der hat im Jahr 2003 35 000 m² Grund von der Stadt Wien für einen Friedhof geschenkt bekommen. Dazu kamen die Aufschließungskosten, der Bau einer

Mauer und, und, und. Seither ist – Sie können es sich anschauen – eine Handvoll von Beerdigungen erfolgt. Eine Menge Geld, das hier investiert wurde. Manche Wiener zahlen ihr Leben lang für eine würdige Grabstätte ein, und die Nachfahren müssen sie alle zehn Jahre neu kaufen. Den Muslimen wird der Grund gratis zur Verfügung gestellt und sie bekommen ewige Ruhezeit. – Das ist den Wienern nicht verständlich zu machen.

Manchen dieser Integrationsapostel wird förmlich Narrenfreiheit gewährt. So war vor wenigen Tagen im ORF in dem Magazin „Heimat, fremde Heimat“ eine Sendung, in der ein Projekt vorgestellt wurde, das ungeachtet seiner relativ geringen Bekanntheit den Geist der neuen Integrationspolitik von Wien widerspiegelt. Im gegenständlichen Fall wurde dafür geworben, dass Deutsche im Schriftbild ins Türkische umzuwandeln, damit unsere Zuwanderer das leichter und besser verstehen könnten. Sie würden sich schwertun mit dem Lesen der deutschen Sprache.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Aus dem schönen Wiener Wort fesch, würde dann „feš“. Bei anderen Worten (*Der Redner zeigt jeweils Blätter mit der geänderten Schreibweise.*), zum Beispiel aus dem Wiener Schmäh, würde dann so etwas („*Viner Şme*“), aus integrationswillig würde das hier („*integracionsviliig*“).

Das wurde aber allen Ernstes – das war kein Fäschingsscherz – in einer Rundfunksendung des ORF von einem Herren Goran Novaković gefordert, der der Hauptprotagonist dieser Aktion war und der mit einem Verein Leiberl drucken ließ, unter anderem mit diesen Aufschriften. Die Internetseite des Vereins hat als Sponsoren unter anderem auch das Kulturstadamt der Stadt Wien, und der Lehrer – er ist Sprachlehrer, bitte, an einer Wiener Schule –, der auf diese tolle Idee gekommen ist, ist auch Bediensteter der MA 17, Integration und Diversität. Da sieht man, man hat offenbar dort sehr viel Zeit, über abstruse Ideen nachzudenken.

Das passt also alles nahtlos hier hinein in die Probleme, die uns bereitet werden, und auch zu den Äußerungen des Herrn Ahmet Hamidi, der ja kürzlich zurückgetreten ist und der gemeint hat, Sport wäre ungesund für Frauen.

Übrigens, weil Sie sagen, wir behaupten immer etwas von woanders. Wir haben immer gesagt, wir werden die Probleme der gewalttätigen Islamisten auch in Österreich zu spüren bekommen. Sie haben uns immer versichert, das wird nicht sein. In der vorigen Woche haben wir schon die ersten Vorfälle und Verhaftungen in diesem Bereich gehabt, Herr Kollege Stürzenbecher. Das sollten Sie vielleicht bedenken, wenn Sie leichtfertig immer sagen, wir ziehen etwas an den Haaren herbei. Das ist die Realität, die leider auf uns zukommt.

Integrationspolitik in den Wiener städtischen Einrichtungen: Ein Vater wollte nach der Operation bei seiner Tochter bleiben. Es wurde ihm verwehrt, weil sich die islamischen Mütter dagegen verwahrt haben, dass ein Vater in der Nacht dort anwesend ist.

In Deutschland geht man jetzt schon weiter, da wird sogar die Scharia bereits als Minderungsgrund bei Straftaten berücksichtigt. In Duisburg wurde kürzlich der Ver-

gewaltiger eines elfjährigen Mädchens auf drei Jahre, und zwar nur deshalb auf drei Jahre mit Bewährung verurteilt, weil er nämlich mit dem Mädchen verheiratet war. Ein elfjähriges Mädchen! Dem Kind, dem es gelang, sich von dieser Heirat – zwischen Anführungszeichen; es war nur eine Heirat nach der Scharia – freizumachen, wurde nach dem Urteil ein Schmerzensgeld verweigert, weil – und da hören Sie bitte hin! – der Täter von der Sozialhilfe lebt, von der ihm ja nichts abgezogen werden kann. Auch eine Verurteilung zu Sozialdiensten wurde abgelehnt, denn er könnte sonst eventuelle Arbeitsangebote nicht annehmen. – So weit sind wir!

In Frankreich werden mittlerweile Vielehen akzeptiert, in anderen Staaten soll es auch schon solche Beispiele geben.

Auch Finanz- und Nachbarschaftsstreitigkeiten unter Muslimen werden teilweise durch Nachbarschaftsgerichte nach der Scharia und nach eigenem Recht geregelt. Das spielt sich alles in unserem unmittelbaren Umfeld ab. Der sanfte Druck bei diesen Nachbarschaftsgerichten soll dabei, wie man hört, auch nicht fehlen. Die „Ehrenmorde“ fallen noch nicht unter deren Kompetenz.

Wir in Wien glauben aber immer noch, dass Integration völlig ohne Nachdruck zur Anpassung an unsere Lebensformen geschehen kann. Der Herr Chorherr will zwar sogar die Bürger zum Radfahren zwingen, aber bei der Integration darf kein Druck ausgeübt werden. „Mama lernt Deutsch“ bei Kaffee und Kuchen. In Paris, in Marseille, in Straßburg, aber auch schon Göteborg, Berlin, Hamburg und anderen Städten sind nach solchen hilflosen Versuchen ganze Stadtteile verslumpet und der öffentlichen Kontrolle entglitten. Die Polizei fährt da nur noch mit Zweierstreifen, die Feuerwehr weigert sich, ohne Polizeischutz die dort gelegten Brände zu löschen, weil auf sie zum Teil geschossen wird. Auch in dem friedlichen Schweden. – So sieht die Realität aus.

In Paris brennen in der Nacht oft Autos ab, manchmal sogar in zweistelligen Zahlen. Auch in Berlin und Hamburg ist es so weit. Und wer es nicht glaubt, dem empfehle ich die Internetseite „www.brennendeautos.de“. Herr Kollege, Sie können sich das gerne anschauen. Bei der Nummer 633 hat der Betreuer der Seite seit dem Jahr 2010 entnervt aufgegeben weiterzuzählen. – Es ist nur eine Frage der Zeit, wann es in Wien so weit ist, wenn wir so weitermachen.

Sie haben auch, ich habe es schon gesagt, vor 10, 15 Jahren geleugnet, dass die Kriminalität steigen würde. Wir Freiheitlichen seien die Schwarzseher, Herr Kollege Stürzenbecher. – Unsere Prophezeiungen haben uns leider eingeholt.

In Wien, hat der Herr Bürgermeister gesagt – jetzt bin ich wieder beim Thema, wie man die Bevölkerung an der Nase herumführt –, wird Bildung großgeschrieben. Es ist sichergestellt, dass kein Kind ohne entsprechende Deutschkenntnisse in die Schule wechselt. Geh bitte, gehen Sie doch einmal hinaus und fragen Sie die Volksschullehrer. Wir haben Kinder, die die Pflichtschule ohne Deutschkenntnisse entsprechender Art verlassen. nicht hineinkommen. Glauben Sie wirklich, dass diese Geschichte, die der Herr Bürgermeister in einer der Be-

zirkszeitungen veröffentlichen hat lassen, von irgendjemandem, der wirklich Kontakte zur Realität hat, noch geglaubt wird? Das ist keine Beschwichtigung, das ist eine Form der Volksverdummung. – Kein Wunder, wie gesagt, dass die Wähler Sie verlassen.

Ihre Integrationspolitik ist nicht nur falsch, sondern auf lange Sicht sogar gefährlich für diese Stadt und für dieses Land. Ich habe schon davon gesprochen, die ersten Terrorpläne sind kürzlich aufgefliegen, und die Terroristen haben eine Vielzahl von Sympathisanten.

In Frankreich erfolgte die Ausweisung von an die 30 000 Kriminellen und Illegalen nach Rumänien. Man schert sich nicht um das Gezeter aus Brüssel.

Die Niederlande verschärfen die Zuwanderungsregeln und Ausweisungsmöglichkeiten. Der schärfste Islamkritiker wurde kürzlich von einem Gericht triumphal freigesprochen, begrüßt von der Regierung der Niederlande.

Statt Gelder an Selbstversorgervereine und unkontrollierbare Projekte im Ausland – über die werden wir ja noch zu reden haben – zu überweisen, sollten Sie sich daher, Frau Stadträtin, lieber Dänemark zum Vorbild nehmen.

Ich habe einen schönen Artikel vor mir: „Dänen lügen nicht: Deutschlands nördlicher Nachbar hat vorbildlich die Kosten der Zuwanderung bilanziert. Der dänische Integrationsminister Soren Pind hat etwas getan, was die meisten europäischen Politiker sich nicht trauen und was in Deutschland umgehend eine Anzeige wegen ‚Volksverhetzung‘ nach sich zöge: Er hat eine ehrliche Rechnung über die Kosten der Zuwanderung aufgemacht. Um zu Ergebnissen zu kommen, die effektive politische Entscheidungen erlauben, war es nötig, zwischen ‚westlichen‘ und ‚nichtwestlichen‘ Zuwanderern zu unterscheiden.“ – Sie sagen uns ja auch immer, die Deutschen sind so eine große Zuwanderergruppe. – „Während erstere für Dänemark“ – nämlich die westeuropäischen Zuwanderer – „einen Nettogewinn von 2,2 Milliarden Kronen erwirtschafteten, verursachten die anderen – Araber und Afrikaner – eine Kostenbelastung von 15,7 Milliarden Kronen,“ – vor allem vorwiegend durch Sozialleistungen – „sodass der Negativsaldo rund 1,8 Milliarden EUR“ – in dem Fall; das ist eine andere Währung – „beträgt.“

Um weiteren Schaden von seinem Volk abzuwenden, folgt Pind seinem gesunden Menschenverstand und schiebt die Eine-Welt-Ideologie beiseite.“

Der dänische Minister sagt wörtlich: „Ich habe keine Skrupel, das Land noch weitergehend vor denen dichtzumachen, die man verdächtigen könnte, dass sie Dänemark zur Last fallen wollen.“

„Laut dem Beamtenbericht seines Ministeriums hat die schrittweise Verschärfung der Zuwanderungsbegrenzungen die Staatskasse seit 2002 bereits um jährlich 683 Millionen EUR entlastet. Im November 2010 wurden die Zuwanderungsregeln noch weiter verschärft.“

Dieser dänische Minister sagt genau das, was wir sagen: „Unser Geld für unser Land!“ (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Unsere Regierung wird das auch noch begreifen

müssen, oder sie wird sehr, sehr bitteres Lehrgeld zahlen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht zuerst zu meinen Vorrednern, wobei mich die Rede der Kollegin Feldmann noch mehr gewundert hat als die des Kollegen Jung und ich mich bei der Kollegin Feldmann schon frage, in welcher Stadt sie eigentlich lebt, wenn sie sagt, Wien steht fürchterlich schlecht da, überall am letzten und am vorletzten Platz.

Wenn man so etwas hört, glaubt man, vielleicht reist die Kollegin immer nur zum Gemeinderat oder vielleicht noch zum Ausschuss an und lebt in einer ganz anderen Stadt und hat hohe Reisekosten.

Aber Faktum ist schon, dass Wien in allen Rankings auf guten Plätzen liegt, und ich möchte jetzt durchaus noch einmal die Mercer-Studie erwähnen. Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen, denn alles, wo Wien gut vorkommt, das ignorieren Sie. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Sie erinnern mich jetzt an die ÖVP in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Da hat es einen gewissen Hahn gegeben – ich habe das selbst nur als Kind erlebt, aber das spricht sich ja herum –, und der hat gesagt, Wien ist krank. Dauernd hat er gesagt, Wien ist krank, Wien ist krank. Was war die Folge? Bei der nächsten Wahl hat die SPÖ den größten Erfolg gehabt, und die ÖVP ist hinuntergesackt. So wird es bei Ihnen weitergehen – 13 Mandate haben Sie noch –, wenn Sie diese Strategie weiterverfolgen.

Das ist eine Strategie, die wir zutiefst ablehnen, denn es ist einfach nicht richtig, auch wenn man Oppositionspartei ist, alles schlechtzumachen und mit wirklich absurden Einschätzungen der eigenen Heimatstadt daherzukommen, wo man übrigens sogar einmal fünf Jahre mitregiert hat. Lange ist es her. Damals, nach dieser fulminanten Wahlniederlage, hat es einen gewissen Busek in der ÖVP gegeben, der durchaus eine komplett andere Oppositionspolitik verfolgt hat als die jetzige ÖVP, der selbst Vorschläge eingebracht hat, Ideen eingebracht hat, wo es einen intelligenten Dialog zwischen Regierung und Opposition gegeben hat. Das hat letztlich der Stadt genützt.

Die ÖVP, wie sie jetzt ist, ist wieder bei diesen „Wien ist krank“-Behauptungen. Das ist etwas, was die Wienerinnen und Wiener nicht wollen. Die matschkern mitunter, sie kritisieren etwas, manchmal zu Recht, manchmal zu Unrecht, aber dass man ihre Stadt immer nur schlechtmacht, wie es die ÖVP tut, das wollen die Wienerinnen und Wiener nicht. Deshalb werden Sie weiter so erfolglos sein, wie Sie sind. *(Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Ja, da spricht ein ganz besonders Erfolgreicher!)* Ja, da spricht ein besonders Erfolgreicher, weil wir die erfolgreichste Partei sind. Wir haben seit 1919 bei allen Wahlen die relative Mehrheit, oft die absolute Mehrheit erhalten, und wir haben noch immer sehr viel

mehr Stimmen als Sie. Wir sind eine sehr erfolgreiche Partei, da haben Sie durchaus recht, und diesen Weg des Dialogs und der konstruktiven Politik werden wir fortsetzen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, machen Sie nur so weiter!)*

Weiters noch zur Kollegin Feldmann, die also der Meinung ist, Wien ist überall an letzter Stelle. In der Mercer-Studie ist Bagdad letzte und Wien erste von 220 Städten. Also das muss man schon auch noch einmal dazusagen.

Sie hat auch von der Bildungspolitik gesprochen. Genau die ÖVP hat mir ihrer Bildungspolitik jede moderne Schulform, wie sie in England, in Finnland, in Schweden, in Frankreich seit Jahrzehnten gang und gäbe ist, verhindert. Weil Sie eben reaktionär und ewiggestrig sind.

Die ÖVP-Steiermark ist durchaus der Auffassung, dass man das Androsch-Bildungs-Volksbegehren unterschreiben kann. In der ÖVP-Steiermark hat sich das schon durchgesetzt, in der ÖVP-Wien mit 13 von 100 Mandaten findet man das noch immer für zutiefst ablehnungswürdig. – So stehen Sie da. Sie werden zu einer Randgröße, wenn Sie weiterhin nur diese vorgestrigte Bildungspolitik vertreten.

Und Beruf und Familie als ÖVP-Wien überhaupt noch in den Mund zu nehmen, ist schon relativ mutig, wenn man bedenkt, dass durch die jahrzehntelange falsche ideologische Festlegung der ÖVP Beruf und Familie in Österreich eben nicht wirklich leicht vereinbar waren, weil man jahrzehntelang die Ansicht vertreten hat, die Frau gehört zu Kindern, Küche, Herd, gehört nicht in den Beruf oder soll vielleicht ein bisschen dazuverdienen, aber dass alle Frauen berufstätig sein sollen, hat man vom Grundsatz her nicht wirklich akzeptiert, wie es in Frankreich oder Schweden der Fall ist. Dort gibt es auch ganz andere Verhältnisse, und das hängt mit dem Familienbild zusammen.

Auch Andreas Khol, der diese falsche Politik immer mitgetragen hat, hat jetzt als Seniorenobmann immerhin irgendwann in einem „profil“-Interview gesagt: Wir sind da falsch gelegen, wir müssen in der Familienpolitik – er meint mit mir die ÖVP – umdenken, denn sonst werden wir nie zu einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie kommen. Nehmen Sie Seniorenobmann Andreas Khol als Vorbild und schauen Sie, dass Sie nicht uns etwas vorwerfen, was Sie verursacht haben. Das soll Ihnen einmal ins Stammbuch geschrieben sein.

Weiters würde ich manches sagen können, möchte aber kurz nur auf den Kollegen Jung eingehen. Ich könnte natürlich mit Karl Kraus sagen, dazu fällt mir nichts ein, ich gehe aber doch auf zwei, drei Punkte ein.

Einmal die Einbrüche. Es gibt Einbrüche in Wien. Leider! Wir leiden alle darunter. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, da haben Sie recht!)* Nur: Erstens kenne ich keine westeuropäische Stadt, in der es keine Einbrüche gibt – die müssten Sie mir einmal nennen –, aber dass in Österreich die Sicherheitssituation zwischendurch schlechter geworden ist, hat einen Namen: Schwarz-Blau. *(GR Mag Johannes Gudenus, MAIS: Natürlich! Schwarz-Blau!)* Kollege Gudenus, richtig erkannt! Aber

das kann man auch in den Statistiken nachlesen, dass zwischen 2000 und 2006 der Polizeiapparat zerschlagen worden ist – aus parteipolitischen Gründen, von einem gewissen Minister Strasser (*Beifall bei der SPÖ.*), der uns jetzt ja wieder einmal gezeigt hat, wes Geistes Kind er ist, der Herr Strasser, Ihr Vorbild, Ihr berühmter Polizeiminister. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie von Kärnten auch noch! Davon haben wir noch gar nichts gehört! Was ist mit Kärnten?*)

Strasser hat diese Polizeizerschlagung durchgeführt mit Unterstützung der FPÖ. Das war eine Zerschlagung. Reden Sie mit Max Edelbacher. Wirklich, Kollege Gudenus, vielleicht haben Sie einen guten Zugang zu ihm. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie von Kärnten!*) Reden Sie einmal mit dem Kollegen Max Edelbacher, ein international renommierter, ausgezeichnete Polizist. Der ist auch kaltgestellt worden von Strasser, und er hat auch gesagt, dass diese sogenannte Polizeireform nichts anderes war als eine parteipolitische Aktion, die der Sicherheit sehr geschadet hat. – Also wirklich vor der eigenen Tür kehren, Kollege Jung!

Ein bisschen ernster ist das mit den Friedhöfen. Dass Sie den islamischen Mitbürgern missgönnen, dass sie jetzt einen eigenen Friedhof haben, finde ich nicht okay. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ich missgönne ihnen nicht den Friedhof, aber man muss ihnen das Grundstück nicht schenken!*) Ich danke nach wie vor unserem Freund Omar Al-Rawi, dass er sich da so eingesetzt hat und dass es nicht mehr notwendig ist, dass viele islamische Mitbürger und Familien, bei denen ein Familienmitglied stirbt, gezwungen sind, unter hohen Kosten dann praktisch den Leichnam in ein fernes Heimatland zu bringen (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie tun es wahrscheinlich trotzdem, denn der Friedhof ist nicht voll!*), sondern dass man in Würde die Menschen bei uns bestatten kann, egal, welcher Religion. Und das ist richtig so. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Man könnte etwas dafür verlangen! Aber man tut es nicht!*)

Sie erzählen immer irgendwas von anderen Städten, beispielsweise Paris. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und Sie reden immer von Kärnten!*) Was ist in Paris los? In Paris und Umgebung gibt es keinen sozialen Wohnbau. Sie waren ja mit bei unserer Ausschussreise. Dort hat man genau das gemacht, was wir nie machen werden: Es gibt dort keine Gemeindebauten in unserem Sinn, keinen sozialen Wohnbau in unserem Sinn.

Sie haben vorgeschlagen, dass man die Gemeindebauten verkauft. Genau dann hätten wir Verhältnisse wie in Paris. Das machen wir nicht! Wir setzen den sozialen Wohnbau fort und sind damit erfolgreich. – Das jetzt einmal zu meinen beiden Vorrednern.

Weiters sei schon gesagt, dass wir die Integrationspolitik, zu der ich jetzt auch noch einige Ausführungen machen möchte, auf eine sehr breite Basis stellen wollen, dass wir alle einbeziehen wollen. Es war auch eine ausgezeichnete Idee der Frau StRin Frauenberger seinerzeit im Jahr 2009, die Zuwanderungskommission einzurichten, in der sehr, sehr viele Experten mitgewirkt haben, drei der vier Rathausparteien mitgewirkt haben und man unter dem Vorsitz eines früheren Vertreters der

Industriellenvereinigung wirklich Ergebnisse erzielt hat, die Navigationsinstrumente für die nächsten zehn Jahre sind, auf denen wir jetzt aufbauen. Denn Integrationspolitik muss man mit klugem Sachverstand machen und auf Basis wirklich breiter Zustimmung von Experten und natürlich auch den Betroffenen.

In dem Sinn haben wir die Potenziale genutzt. Wir schauen, dass die besten Köpfe und Hände in die richtigen Positionen kommen, und haben auch in dieser Zuwanderungskommission viele positive Ergebnisse, beispielsweise dass wir bei der EU-Zuwanderung eher noch eine Verstärkung haben werden, dass wir bei der Drittstaatzuwanderung eher weniger zu erwarten haben, und uns darauf einstellen müssen.

Wir haben deshalb auch schon vor längerer Zeit das Projekt „Start Wien“ gestartet, und dieses „Start Wien“ bemüht sich, dass man ab dem Tag der Einwanderung begleitet und sinnvoll unterstützt wird, dass die Sprache möglichst rasch erlernt wird, dass die Bildung für die Kinder gewährleistet ist, dass ein Jobeinstieg möglich ist, dass die Wohnsituation akzeptabel ist und das Zusammenleben im Interesse aller gestaltet wird. Also das ist ein ausgezeichnete Beitrag zur Förderung eines guten Zusammenlebens. Das Wort ausgezeichnet ist jetzt in der doppelten Bedeutung zu verstehen, einerseits im Sinn von sehr gut, andererseits hat dieses Projekt „Start Wien“ eine sehr renommierte Auszeichnung bekommen.

Es ist auch so, dass im Jahr 2010 fast 90 Prozent der Betroffenen von „Start Wien“ erreicht wurden mit Bildungspass oder Startcoaching oder Info-Modulen oder anderen Dingen, und es ist auch wichtig festzustellen, dass bei dieser Zuwanderungskommission bei den Ergebnissen herausgekommen ist, dass 60 Prozent der Zuwanderer, die wir haben, doch recht gut ausgebildet sind und nur 40 Prozent eher schlecht. Das heißt, dass wir natürlich die Potenziale, die da sind, nützen, und es ist auch sehr begrüßenswert, dass jetzt auf Bundeseite die Anerkennung von Diplomen und so weiter vorangetrieben wird und wir nicht höchstqualifizierte Taxifahrer haben. Taxifahren ist nichts Schlechtes, aber wenn jemand eine ganz langwierige, intensive Ausbildung hatte, dann soll jemand auch, wenn er hier legal aufhältig ist, in dieser sich erfüllen können und nicht Taxi fahren.

Sehr wichtig ist auch das Empowerment von Migrantinnen, das vorangetrieben wird von Frau Stadträtin mit dem „Frauen College“. Hier haben wir wirklich gute Erfolge. Es ist auch wichtig, dass Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften, EDV und Kultur den Schwerpunkt bilden und nicht, wie Sie es wahrscheinlich machen würden, Häkeln und Kochen.

In dem Sinn haben wir erkannt, dass relativ viele Menschen aus der sogenannten Gastarbeitergeneration jetzt ins Pensionsalter kommen. Deshalb gibt es als nächstes Projekt Sommerdeutschkurse für ältere Menschen im Park, weil natürlich das Deutschlernen niemals aufhören soll und weil man auch im Alter, wenn man dann Zeit hat, durchaus die Möglichkeit hat, seine Sprachkenntnisse zu verbessern.

Wir haben regelmäßig immer diese Feste der Zuwanderer im Rathaus, wo wir praktisch die neuen

Staatsbürger begrüßen. 400 waren es das letzte Mal. Man konnte wirklich sehen, wie positiv diese Zuwanderer ihrer neuen Heimat gegenüberstehen.

Worin ich dem Staatssekretär Kurz zum Beispiel zustimme, ist, dass es durchaus wichtig ist, dass aus dieser formalen Zugehörigkeit zu Österreich auch eine vom Herzen wird, aber da müssen, meine ich, immer beide Teile mitwirken. Wenn nur ein Teil mitwirkt, wird es meistens nicht wirklich funktionieren, wenn beide Teile mitwirken, dann wird es funktionieren.

„Mama lernt Deutsch“, diese wichtige Sache hat Kollege Jung dankenswerterweise schon erwähnt, wenn auch natürlich mit negativer Konnotation, aber in Wirklichkeit sind da mehr als 5 000 Frauen tatsächlich einen sehr guten Weg gegangen und konnten Deutsch lernen und damit ihre Lebenssituation wesentlich verbessern.

Wichtig ist vielleicht auch, darauf hinzuweisen, dass wir in Wien ein Plus an Geburten haben. Das haben nicht sehr viele Großstädte, die vergleichsweise reich sind, sondern meistens ist das Gegenteil der Fall. Das ist sicher auch der Zuwanderung zu verdanken, die auf eine kontrollierte und sinnvolle Art bei uns passiert.

Wir haben die „Wiener Charta des Zusammenlebens“ schon mehrmals in diesem Haus diskutiert, und ich will sie jetzt nur mehr ganz kurz anreißen. Ich glaube aber wirklich, wie es auch Kollege Akkilić schon richtig ausgedrückt hat, dass das ein ganz, ganz wichtiges Projekt ist, das wir starten.

In der ersten Phase lassen wir eher durch Experten erheben, was ist in der Verfassung, was in der Rechtsordnung, was in sonstigen Normen drinnen, was dem Zusammenleben dient, und das tragen wir einmal zusammen.

Das Zweite noch Wichtigere ist, dass dann alle Betroffenen, die Wienerinnen und Wiener zu drei bis sechs Themenfeldern sagen, was ihnen wichtig ist, sozusagen über das Verfassungsmäßige und Rechtliche hinaus, zum Beispiel ab 22 Uhr echte Zimmerlautstärke, Müll gehört in den Mistkübel und ähnliche Sachen, was eben außerordentlich wichtig ist.

Wir werden diese Charta des Zusammenlebens, wie wir es im gemeinsamen Regierungsübereinkommen festgeschrieben haben, bestmöglich mit Leben erfüllen, und ich glaube wirklich, dass der Mehrwert der Lohn dafür sein wird, nämlich eine bürgernahe Stadtgesellschaft, die Förderung von Verständnis für Vorstellungen, Erwartungen und Anliegen des jeweils anderen, Einbeziehung natürlich auch der verunsicherten Teile der Bevölkerung. Das wird ganz wichtig sein. Das ist immer so gewesen, dass Zuwanderung auch eine gewisse Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung hervorgerufen hat, und das gilt es, konstruktiv zu lösen, indem die Spielregeln festgelegt werden. Noch wichtiger ist aber natürlich, dass auch dafür gesorgt wird, dass die Spielregeln eingehalten werden.

Weiters ist es wichtig, dass das alles in einer Kampagne der Stadt Wien wirklich möglichst flächendeckend durchgeführt wird. Ebenso ist die Integration im Wohnbezirk, im Wohnbereich natürlich auch ein ganz wichtiges Thema.

Da kann man wirklich sagen, der Fürst Bismarck, den Sie sicher kennen, hat einmal gesagt, nie wird soviel an Unwahrheit gesagt wie vor einem Krieg und nach einer Jagd. Da hat er aber noch die FPÖ-Propaganda nicht gekannt, die natürlich eine reine Desinformationspolitik betreibt. Die beispielsweise bei der Integrationsfrage im Wohnbereich immer behauptet, Zuwanderer würden bei der Wohnungsvergabe bevorzugt, was ein absoluter Unsinn ist. Es gelten für alle die gleichen Kriterien. Für alle, die mindestens fünf Jahre hier sind und die Kriterien erfüllt, der kriegt die Gemeindewohnung, wer sie nicht erfüllt, kriegt sie nicht. Und dass es zu dieser EU-Richtlinie gekommen ist, die uns gezwungen hat, sogar auf genau diese Art und Weise den sozialen Wohnbau zu eröffnen - grundsätzlich ist es integrationspolitisch natürlich wichtig zu öffnen - das wissen Sie ja, wer das war. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das war unter Schwarz-Blau!*) ja, aber welcher Minister? Ja, Böhmdorfer, ein FPÖ-Minister, und Strasser natürlich wieder dabei. Also das soll man natürlich schon wissen, Strasser und Böhmdorfer haben das gemacht in trauter Zweisamkeit und (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und Kärnten ist auch schuld!*) ich bin ja für sachliche Diskussionen, das haben Sie ja hoffentlich schon mitgekriegt.

Also die EU-Richtlinie ist jedenfalls etwas, das wir als Basis nehmen und die für uns gültig ist und wir werden schauen, dass wir natürlich auch im Wohnbereich weiterhin diese Politik fortsetzen, wie wir sie in der Vergangenheit gemacht haben.

Zum Wahlrecht möchte ich nur ganz kurz ausführen: Wir werden natürlich die sinnvollen Bestimmungen, die im Bund jetzt beschlossen worden sind, vermutlich nachvollziehen. Wir haben da die Arbeitsgruppen, da will ich das jetzt nicht vorwegnehmen, zum einen natürlich mit unserem Koalitionspartner, aber dann zum Zweiten mit allen anderen, aber ich persönlich, das sage ich schon, plädiere sehr dafür, dass wir diese Stichtagsregelung ändern, sodass man nicht noch acht Tage nachwählen kann, sondern dass es am Sonntag um 17 Uhr aus ist. Das ist durchaus sinnvoll. Ich weiß nicht, ob Frau Klubobfrau Marek auch dieser Meinung ist, aber ich jedenfalls bin durchaus dieser Auffassung.

Weiters wird natürlich das moderne Verhältniswahlrecht behandelt, da stehen wir in einem sehr konstruktiven Dialog, wobei natürlich letztlich herauskommen wird, was ein modernes Verhältniswahlrecht ist, nämlich jenes Wahlrecht, das am meisten dem Gerechtigkeitsprinzip entspricht.

Zum zweiten Wahltag, der teilweise verlangt wird: Es ist die Frage, ob dieser, wenn es die Briefwahl auch gibt, wirklich notwendig ist, weil man kann ja durch die Briefwahl ohnehin, wenn man ein paar Tage auf Urlaub ist, oder irgend sonst was eintritt, dem Problem, wie man nun wählen kann, entkommen. Ob man da jetzt wirklich noch einen zweiten Wahltag einführt, ist meiner persönlichen Meinung nach nicht unbedingt notwendig. Aber das, wie gesagt, zum Wahlrecht.

Einige Worte noch zur Gleichberechtigung und Antidiskriminierung: Hier haben wir ja wirklich in Wien, das kann man mit Fug und Recht sagen, das Optimum und

das Maximum herausgeholt, was wir als Landesgesetzgeber und als Kommune machen können. Wir haben schon sehr früh die Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ins Leben gerufen, wir haben alle Gesetze, die wir im Land haben, absolut diskriminierungsfrei gestaltet, wir haben das Eingetragene Partnerschaftsgesetz des Bundes - das etwa zu 85 Prozent Fairness bringt, nicht zu 100, aber zu 85 Prozent - soweit wir es in Wien können, auf die bestmögliche Art und Weise umgesetzt. Wir haben in einer Präambel hineingeschrieben, dass natürlich für uns lesbische oder schwule Paare Familie sind, genauso wie die heterosexuelle Familie. Wir haben alle Novellen gestaltet, wir versuchen auch im Alltag immer Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft zu schaffen, weil das ist sozusagen das Zweite. Das Gesetzliche haben wir mehr oder weniger erledigt, wir haben sehr viele schöne Events wie den Lifeball, die Regenbogenparade und der Welt-Aids-Tag wird von uns auch sehr würdig begangen.

Und worum es jetzt sozusagen geht, das sind, wie ich immer sage, die Mühen der Ebenen. Bei den Mühen der Gebirge, was die Gesetzgebung gegen Diskriminierung betrifft, haben wir in Wien alles erreicht. Jetzt haben wir die Mühen der Ebene, dass wir das, was manchmal noch in manchen Köpfen an diskriminierendem, an menschenverachtendem Gedankengut vorhanden ist, mit der Kraft der Argumente und dem besseren Vorbild bekämpfen.

Und in dem Sinn meine ich, dass wir in Wien uns bestmöglich anstrengen, gemeinsam die rot-grüne Regierung, dass alle Menschen die hier leben, so würdig leben können, wie es nur möglich ist und dass niemand auf Grund von Alter, Geschlecht, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Religion oder Ähnlichem diskriminiert wird.

Es ist dafür hart zu arbeiten, und das wirklich umzusetzen, ist außerordentlich schwierig und im Alltag immer natürlich mit großen Anstrengungen verbunden. Dass wir das überhaupt können, danken wir auch den unzähligen fleißigen und engagierten Bediensteten in allen Abteilungen des Ressorts und im Stadtratbüro. Unsere Erfolge wären nicht möglich, wenn nicht überdurchschnittlicher Einsatz und Engagement der Bediensteten da wäre, wofür wir ihnen sehr herzlich danken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

In diesem Sinn meine ich, schauen wir, dass Wien für alle Menschen, die hier wohnen, eine wirklich gute Heimat ist und dass wir als rot-grüne Regierung hier ein Vorbild für andere Städte sein können. Und in dem Sinne, glaube ich, kann man dem Rechnungsabschluss mit bestem Gewissen zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Feldmann gemeldet. Bitte schön, Sie haben drei Minuten Redezeit.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr GR Stürzenbecher!

Bezüglich krankreden. Trennen wir es. Sie sponsern eine sogenannte Stadt der Seligen durch Wegnehmen.

Da ist es schön, Happiness and Fun-Festerln, Paraden, 6 Uhr Früh Sperrstunde, alles, was so richtig „fun“ ist.

Gleichzeitig jedoch, auf der wirtschaftlichen Ebene in allen Rankings, der schlechteste Platz. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist ja nicht wahr!)* Ja, das ist interessant, AMS, IHS und Statistik Austria. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Beweisen Sie mir das!)* Sie können das ja gerne prüfen. Nun sagen Sie, es ist nicht wahr, weil die Politik des Schönredens garantiert euch vielleicht noch ein bisschen die Macht, aber die nächsten Generationen, die werden einfach hier nicht mehr gut leben, weil ihr keine wirtschaftlich zukunftsorientierte Situation schafft. Wir haben die höchste Arbeitslosenquote, bitte, Kinder sind bis zu 26 Prozent armutsgefährdet. Das können Sie doch nicht ignorieren, das können Sie doch nicht ganz einfach auch wollen.

Aber bitte, es bringt ein bisschen Macht, ich sehe es ein, aber ich sage Ihnen, es ist verantwortungslos. Und wenn Sie die Statistiken haben wollen, ich gebe sie Ihnen gerne. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr die Frau GRin Ing Leeb. Ich weise darauf hin, dass die Redner ab jetzt 20 Minuten Redezeit haben. Bitte sehr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Die werde ich nicht brauchen. Es ist jetzt beim Kollegen Stürzenbecher wieder ein bisschen Stimmung aufgekommen, das hat mir wirklich gut gefallen. Sie haben die schönen Events angesprochen, ich würde Ihnen vorschlagen, führen Sie auch noch einen Heiligen Mercer Tag ein, dann können Sie sich einmal im Jahr an den Heiligen Mercer erinnern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und noch einen Tag empfehle ich Ihnen, den Angst vor Schwarz-Blau Tag. Das ist ganz wichtig, weil das ist Ihre Angst, von den Futtertrögen in der Stadt vertrieben zu werden. Und eines sage ich Ihnen, diese Angst ist berechtigt. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)* Es geht Ihnen nicht um Wien, es geht Ihnen um den Machterhalt. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ganz ehrlich, um das geht es jetzt nicht, jetzt reden wir um das, worum es geht, um den Geschäftsbereich Integration, Frauenfragen, Personal. Aber wenn du mich schon ansprichst, lieber Senol, du weißt, ich schätze dich. Ich habe mir ein paar Stichworte von deinem Redebeitrag aufgeschrieben.

Das erste Thema, das du angesprochen hast, war die Entwicklungszusammenarbeit. Ich habe es im Ausschuss schon gesagt, es gibt ein klares Ja der ÖVP zur Entwicklungszusammenarbeit, zu sinnvollen Projekten. Ich glaube, von der F wird heute noch was kommen, die sehen das ein bisschen anders.

Es gab nur einen Akt und ich bin davon überzeugt, das wird nicht wieder passieren. Da ist euch was hineingerutscht. Da ist in einem Akt versteckt, wo man in Namibia Frauen qualifiziert, ein zweiter Teil und dort steht dann drinnen, es soll in weiterer Folge die Gründung einer Gewerkschaft in Namibia gesponsert werden.

Gut, also ich bin für alles zu haben, wir können Alphabetisierungskurse machen, wir können Kurse für Frauen machen, die von häuslicher Gewalt in Albanien

bedroht sind, alles gut und schön, aber es ist nicht Aufgabe einer Kommune, Gewerkschaftsgründungen in Namibia oder sonst irgendwo zu unterstützen. Dafür gibt es den ÖGB, dafür gibt es andere Gewerkschaften, und die machen das auch. Das ist auch in Ordnung so, aber es ist nicht Aufgabe der Stadt Wien, Gewerkschaftsgründungen irgendwo auf der Welt zu unterstützen. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Und Senol, noch einmal, ich schätze dich, ich mag dich, du bist voll Ambition da in den Gemeinderat gekommen, so wie wir alle, du hast gesprochen von „Wir müssen schauen auf die Spitäler, auf die Schulen, auf die Straßen“. Du musst schauen, dass du nicht unterbuttert wirst von der SPÖ in ihre Integrationspolitik. Du hast hehre Ziele, die Ziele der SPÖ liegen klar auf der Hand. Hier sollen mit Geld in der Integration Stimmen gekauft werden und zwar Stimmen, die sie in den roten Hochburgen in den letzten Jahrzehnten durch Zuschauen verloren haben. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Wo bleibt der Beifall dafür!)* Ja, Ihr dürft ruhig applaudieren, es ist ja so. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wer es nicht glaubt, der kann ganz unverdächtig einen Artikel des „Kurier“ vom 19.6. zur Hand nehmen, wo die Zustände, nämlich die tatsächlichen Zustände in Favoriten, sehr schön beschrieben werden. Ich wohne nicht weit von dort, ich kenne das sehr gut, ich bin in Simmering aufgewachsen, ich habe mich in meiner Kindheit viel in Favoriten aufgehalten, ich kenne das gut und ich weiß auch, wie es jetzt dort aussieht. „Tote Auslagen, Sexshops, Wettbüros, Schmutz und Tristesse. Willkommen auf der Laxenburger Straße in einem der Glasscherbenviertel Wiens. Nur drei U-Bahn-Stationen von der Innenstadt entfernt, wo der Heilige Mercer regiert, Wien-Favoriten, viertgrößte Stadt Österreichs, scheint ein von der Magistratsbürokratie aufgegebenes Gebiet zu sein. Die Stadt-SPÖ lässt ihre ureigene Klientel im Stich. Favoriten ist multikulti, aber im gescheiterten Sinn.“ Und wie ist das passiert? Es ist jahrzehntelang nichts passiert, es ist zugeschaut worden. Der Herr Kollege Stürzenbecher erklärt uns jetzt, jetzt haben wir dann eh die Charta des Zusammenlebens, die Zuwanderungskommission, wo aber noch nicht wirklich viel weitergegangen ist. Das Integrationskonzept ist ein Jahr vor der Wahl landauf, landab gefeiert worden, ich habe aber noch keine Ergebnisse gesehen. „Start Wien“, gut viel zu spät.

Ja, und den Lesetest, den können wir auch gleich hernehmen. Die Ergebnisse des Lesetests in Wien, wo jedes vierte Kind, das aus der Volksschule kommt, nicht lesen kann, ist auch ein Ergebnis der verfehlten Integrationspolitik in dieser Stadt. Und bevor mir jetzt irgendwer vorwirft, ich mache Migrantenkinder dafür verantwortlich, dass alle anderen nicht lesen können: Die können gar nichts dafür, die werden genauso ihrer Chancen beraubt wie unsere Kinder. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt mache ich auch schon Schluss, weil wir wissen ohnedies alle, wie es in Wien aussieht. Nur eines wollte ich dem Herrn Kollegen Stürzenbecher noch mitgeben, weil er sich einen intelligenten Dialog wünscht. Im März hat hier im Gemeinderat die ÖVP auf meine Initiati-

ve hin einen Antrag eingebracht, der zufälligerweise auch ins Frauenberger-Ressort fällt. Freilich nicht zufällig, sondern weil das Ressort zuständig ist für Vergaben. Ich habe einen Antrag eingebracht, mit dem die Vergabe von Leistungen der Stadt Wien an Berufs- und Lehrlingsausbildung geknüpft werden soll. Ich will Sie jetzt nicht damit langweilen, wir haben es im Ausschuss schon besprochen, was zurückgekommen ist von euch. Herr Kollege Strobl hat mir angeboten, wir werden darüber reden, ich werde Sie beim Wort nehmen, lassen Sie uns den intelligenten Dialog führen, selbst Ihr sozialdemokratischer Wirtschaftsverband steht 100-prozentig hinter mir, und das wissen Sie. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr.

GRin Angela **Schütz** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Vieles ist heute schon gesagt worden und ich möchte nicht wiederholen, was die Kollegen Mag Jung und Mag Barbara Feldmann schon gesagt haben, vielmehr möchte ich noch ein paar Punkte ergänzen.

Schade ist es, dass der Geschäftsbereich oder die Geschäftsgruppe für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal das Wort Frauen zwar beinhaltet, aber relativ wenig zur Problemlösung unserer Wiener Frauen und Familien unternimmt.

Letztes Jahr ist der vierte Frauenbericht herausgekommen vom Bundeskanzleramt, immerhin nach 15 Jahren, muss man schon sagen, wieder ein Frauenbericht, ja, tolle Leistung. Ja, er enthält viele schöne Worte, sagt wenig aus und zeigt kaum Wege auf, *(GRin Nurten Yilmaz: Der Minister Haupt hat das damals gemacht!)* aber Frau StRin Frauenberger hat da drinnen Analyse-Tools und Instrumente entdeckt zur Gleichstellungspolitik. Ich kann ihr da nicht ganz zustimmen, weil ich muss ehrlich sagen, außer Phrasen, die gedroschen worden sind, ist darin nicht viel zu sehen und es ist auch nicht viel passiert.

Gleichberechtigung bekommt man nicht durch Worte, sondern nur durch Taten, und da sind die Sozialdemokraten seit Jahren säumig. Die Sozialdemokraten hätten, wenn ihnen das Thema wirklich so wichtig gewesen wäre, die Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Bereichen der Stadt Wien schon seit Jahren in die Tat umsetzen können. Und es ist halt schon leichter, ein Thema am Köcheln zu halten, als es auch anzupacken.

Nun zum Schwerpunkt dieses Geschäftsbereiches: Der liegt wohl ausschließlich oder fast ausschließlich in der Förderung von Migrationsvereinen, die sich und ihre Mitarbeiter damit erhalten und auf die Subventionsannahme ausgerichtet sind. Offensichtlich haben die Wiener Frauen und Mädchen keine anderen Sorgen. Ich habe nur ganz wenige Beispiele der Subventionen der letzten Zeit herausgegriffen, aber da gibt es zum Beispiel die Förderung zur Beratung, Bildung und Begleitung für MigrantInnen für den Arbeitsbereich „Frauenhandel-

Expertise für Sexarbeiterinnen“ oder die „Mama lernt Deutsch“-Kurse in türkischen Vereinen, die Nachmittagsbetreuung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Stuwerviertel und in anderen Vierteln. Bei dieser Gelegenheit fällt mir ein, dass es wirklich schade ist, und wir es auch sehr schade finden, dass von unserer StRin Frauenberger zu der Entgleisung des Vizes der türkischen Glaubensgemeinschaft Frauen gegenüber keine Worte gefunden worden sind.

Es ist heute auch schon angesprochen worden, dass nicht nur Wiener Vereine gefördert werden, sondern auch andere, ja, unter dem Deckmäntelchen „Wir haben ja in Wien auch eine internationale Verantwortung“ fördert man in Wien wirklich alles. Da kann ich nur sagen, das freut sicher ganz besonders sehr viele alleinerziehende Frauen, die oft nicht wissen, wie sie ihre Miete oder den Bedarf ihrer Kinder erwirtschaften sollen.

Und auch da habe ich mir so ein paar Beispiele - alle zähle ich nicht auf, denn wir haben ja das Ganze morgen sowieso auf der Tagesordnung, und da gibt es dann auch noch was zum Sagen – herausgepickt, und da wären halt diese Schulungen über Frauen- und Kinderrechte in Dörfern von Benin und Ruanda, Prävention der Mutter-Kind-Übertragung von HIV in der Ukraine, zu nennen. Wer hilft aber unseren Frauen und Mädchen bei der Lösung ihrer Probleme? Und bitte nicht wieder mit dem Argument kommen, die können sich ja auch an diese Vereine wenden, weil viele von ihnen wissen nämlich nichts von den Vereinen, da sie nur in einschlägigen Medien publiziert sind, und viele von ihnen haben sicher andere Sorgen als „Mama lernt Deutsch“.

Wenn man nämlich zum Beispiel merkt, dass durch die falsche Reaktion der Stadt Wien auf die Krise, nämlich Sparen bei Investitionen zur falschen Zeit und am falschen Ort, 12 000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, dann darf man raten, wen es am meisten trifft. Da trifft es sicher zum größten Teil Frauen. Und ein Ende dieser Arbeitslosigkeit und dieser Arbeitsplatzvernichtung ist noch nicht erreicht. Und von diesen Frauen, die hier keinen Job haben, wird sicher kaum eine verstehen, wofür das Geld hier ausgegeben wird.

Und es gibt noch ein anderes Thema, das ich hier anschneiden möchte und das uns am Herzen liegt, das ist die Personalvergabepolitik des Geschäftsbereiches. Es ist nachvollziehbar und auch verständlich, dass persönliche Mitarbeiter von Stadträten und Stadträtinnen ein Vertrauensverhältnis genießen und daher persönlich ausgesucht werden. Dagegen ist auch nichts zu sagen. Was nicht verständlich und nicht akzeptabel ist, das ist, dass Jobs, die ausgeschrieben und über ein Assessment ermittelt werden müssen, da sie finanziell etwa einem A7-Posten oder mehr entsprechen, nicht ausgeschrieben, sondern persönlich vergeben werden.

Von den weiteren Sonderdotierung und Valorisierung will ich gar nicht erst reden.

Wenn man die betroffenen Verantwortlichen dann darauf anspricht, finden sie gar nichts dabei, wozu auch, sie finden's okay. Böse Zungen könnten hier fast sagen, vielleicht wurde hier jemand versorgt, und das macht man in Wien wohl auf diese Art und Weise. Schade ist

nur, dass die Sozialdemokraten offensichtlich nicht einmal mehr die notwendigen Formen einer Ausschreibung wahren.

Das ist für uns ein Grund mehr, warum wir diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Rubik. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Silvia **Rubik** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Kurz noch einmal zurückkommend auf meine Vordnerinnen. Frau Kollegin Marek dürfte jetzt nicht im Saal sein, aber ich wollte ihr schon noch einmal auf den Weg geben, weil sie in ihrer Wortmeldung erwähnt hat, dass nur durch sie der Gratiskindergarten in Wien eingeführt wurde und dass sie mitverantwortlich ist für diesen Meilenstein. Das möchte ich schon korrigieren und sagen, dass nicht Frau Marek, nicht die ÖVP, die Einführung des Gratiskinder Gartens bewirkt hat, sondern dass die Idee und die Ausführung ausschließlich von der SPÖ stammt, und dass wir Grund haben, auf diesen Meilenstein stolz zu sein, und nicht Frau Marek. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Frau Kollegin Feldmann, bei Ihnen war ich ein bisschen verwundert, denn Sie sind immer so sehr für Frauenprojekte, Sie sind immer sehr dafür, dass wir solche Frauenprojekte fördern, gleichzeitig sind Sie aber dagegen und stimmen diesem Rechnungsabschluss nicht zu und das heißt auch für mich, dass Sie den Frauenprojekten, die wir jetzt alle geplant haben und die es teilweise schon gibt, nicht zustimmen, und das ist für mich ein eigenartiges Verständnis von Frauenpolitik, das ich nicht ganz nachvollziehen kann.

Lieber Kollege Akkilic, ich habe dir zugehört, du hast in deiner Rede ausgeführt, dass es bei den Freiheitlichen sechs Frauen sind, die ihre Partei im Gemeinderat vertreten. Ich muss dich enttäuschen, es sind nur fünf, *(GR Mag Wolfgang Jung: 44 Prozent!)* aber der Herr Kollege Jung hat ja Blau als eine Hoffnungsfarbe dargestellt und das gibt mir die Hoffnung, dass vielleicht irgendwann auch die Freiheitliche Partei 50 Prozent Frauenanteil in ihrem Gemeinderat und in ihrer Vertretung hat *(StRin Veronika Matiasek: Das werden aber wir selber entscheiden!)* und das würde mich freuen, denn das wäre ein Wunsch, wenn Blau die Hoffnungsfarbe ist, die wir tragen und haben. *(StRin Veronika Matiasek: Ja, wenn wir wollen!)* Man kann Wünsche haben, auch an die Hoffnungsfarbe Blau.

Lieber Herr Kollege Jung, Sie haben auch heute in Ihrer Wortmeldung so ein bisschen die weibliche Seite durchblicken lassen in Ihnen und darum will ich Ihnen, und ich bin gerne dazu bereit, auch gleich ein paar Informationen zur Frauenpolitik geben, die vielleicht noch nicht ganz durchgedrungen sind.

In unserem Ressort ist es uns wichtig, dass die Frauenabteilung noch mehr und verstärkt Öffentlichkeitsarbeit macht. Und deswegen tourt ab sofort ein Frauenbus

durch die Stadt, der bietet österreichweit das einzige Netz an Unterstützung, Hilfe und Beratung.

Und gerade in der Wirtschaftskrise, die wir noch nicht ganz hinter uns gebracht haben, (*GR Mag Wolfgang Jung lächelt vielsagend.*) ist es ganz, ganz wichtig, den Frauen unter die Armen zu greifen. Denn leider hat dadurch auch die häusliche Gewalt zugenommen. Wir haben darauf reagiert, wir haben diesen neuen Frauenbus eingeführt.

In diesem Bus sind Expertinnen mit verschiedenen Themenschwerpunkten unterwegs, und es gilt, den Frauen mit professionellem Rat und Tat zur Seite zu stehen, zum Beispiel sind dies Beraterinnen des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, sprich, dem WAFF, oder ExpertInnen von Schuldnerberatungen oder auch Expertinnen gegen Gewaltschutz. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Gegen Gewalt!*) Eine leicht zugängliche Möglichkeit für Frauen, sich zu informieren, damit Frauen weiterhin in dieser Stadt sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte aber auch noch auf die Veranstaltung „Offenes Rathaus“ am Internationalen Frauentag aufmerksam machen. Es gab eine Menge Beratungen und Informationen bei über 50 Einrichtungen, wo man sich informieren konnte zum Beispiel über Themen Arbeit, Gesundheit, Geldsorgen, Wohnen, Kinderbetreuung, Weiterbildung oder Gewalt in der Familie. Alles Themen, die von Frauen sehr intensiv in Anspruch genommen wurden, und die sehr interessiert bei diesem Informativtag waren.

Es gab aber auch Workshops zum Thema Chancen am Arbeitsmarkt für Frauen 50+, oder wie eine Frau zu ihrem Recht kommt, Unterhalt und Alimente zu beziehen.

Es gibt auch noch viele weitere Frauenangebote, wie das Mädchentelefon, das Frauentelefon, den 24-Stunden-Frauennotruf, um nur einen kleinen Teil, und das sind wirklich nur Bruchstücke der Hilfsangebote für Frauen, zu erwähnen.

Beim Frauentelefon gab es 12 130 Kontakte. Beim Mädchentelefon waren es 2 418 und 7 800 Anruferinnen kontaktierten den 24-Stunden-Frauennotruf.

Mit den unterschiedlichsten Problemen und Frauenfragen zeigte sich, wie viele Frauen in Hilfe- und Notsituationen diese Hilfe brauchen, in Anspruch nehmen und dankbar sind, dass es diese Möglichkeit gibt, wo sie sich um Rat und Tat für ihre Fragen hinwenden können.

Es ist für uns eine zentrale Aufgabe, politisch verantwortlich zu handeln, und das beinhaltet auch, die ausreichende Versorgung von Opferschutzeinrichtungen sicherzustellen, das bedeutet für uns aber auch, rasche, unbürokratische Hilfe anzubieten und alles dafür zu tun, um bestmögliche Unterstützung und Schutz vor Gewaltakten zu gewährleisten. Und ich könnte jetzt noch sehr viele Projekte aufzählen und davon reden, was wir in dieser Stadt alles an Frauenaktivitäten und Hilfestellungen anbieten, aber ich wollte nur ein paar kleine Dinge beziehungsweise große Meilensteine, aber kleinere Projekte, erwähnen.

Wien ist sehr breit und sehr gut aufgestellt, Wien ist eine Vorzeigestadt, was breite und eng verwobene Ge-

waltschutznetze betrifft.

Ein weiterer Punkt, und mein Kollege, Herr Stürzenbecher, hat es schon erwähnt, aber ich will noch einmal kurz darauf einsteigen, weil es so wichtig ist, das ist die Gleichstellung.

Mit dem neuen Partnerschaftsgesetz ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung gesetzt worden, nämlich die Gleichstellung homosexueller Paare. Mitte 2010 haben sich schon 216 Paare für eine Eingetragene Partnerschaft entschieden.

Und noch ein Punkt soll erwähnt sein, ein Punkt, der sehr wichtig ist und der vielen gleichgeschlechtlichen Paaren in Zukunft eine Möglichkeit bietet, die sie bis jetzt nicht hatten: Im Wiener Dienstrecht sind gleichgeschlechtliche Paare und deren Kinder vollkommen gleichgestellt. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn es um Kinderzulagen oder Waisenrenten geht, dies gilt aber auch bei Pflegefreistellungen wie Familienhospizkarenz und kann in Wien für ein Kind der eingetragenen Partner beziehungsweise eingetragenen Partnerin in Anspruch genommen werden. Das ist eine neu geschaffene Möglichkeit, aber es ist bedauerlich, dass die konservativen Kräfte in Wien eine völlig rechtliche Gleichstellung mit der Ehe bis jetzt verhindert haben.

Nun zu einem ganz anderen Thema - denn auch das gehört zu unserer großen Geschäftsgruppe und ist derzeit ein sehr wesentliches und aktuelles Thema - nämlich die Lebensmittelsicherheit. Wir schauen darauf, Wien hat die strengsten Kontrollen im Handel und im Gastronomiegewerbe. Strenge Kontrollen garantieren hohe Lebensqualität, und es wurde eine neue kostenlose Lebensmittel-Hotline für Fragen der KonsumentInnen betreffend die Lebensmittelsicherheit und für Beschwerden, eingerichtet. Das Marktamt und die Lebensmitteluntersuchungsanstalt führen unangemeldete Hygienekontrollen im Handel und in der Gastronomie, aber auch in Krankenhäusern und Kindergärten durch und ziehen Proben der Lebensmittel. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt untersucht verdächtige Proben sensorisch, chemisch, aber auch bakteriologisch. In Wien gibt es 19 000 Lebensmittelbetriebe, und 2009 wurden von den MitarbeiterInnen 14 776 Kontrollen durchgeführt. In 261 Fällen wurden kostenpflichtige Nachkontrollen bei größeren Verstößen durchgeführt. Aber das muss man schon zur Kenntnis nehmen und auch die Opposition sollte das zur Kenntnis nehmen, dass diese Zahlen die überragende Lebensqualität und Lebensmittelqualität in Wien beweisen. Durch diese regelmäßigen Überprüfungen sind auch die Beanstandungen gesunken. 2008 gab es noch 103 Beanstandungen bei Fleischzubereitungen, 2009 waren es nur mehr 67. Bei Beanstandungen von Gemüse gab es 2007 noch 177 Beanstandungen, 2008 159 und 2009 sank die Zahl auf 110 Beanstandungen. Man sieht, mit regelmäßiger, konsequenter Kontrolle werden die Prüfstände immer besser und die Beanstandungen gehen zurück.

Es gab auch Schwerpunktkontrollen über Analog-Käse, Schummelschinken, Frittieröl, Maroni, Babynahrung und Gewürze. Alles Dinge, die wir in letzter Zeit ganz einfach in Wien zur Kenntnis nehmen, aber stolz

darauf sein können, dass wir nicht Auswirkungen wie in anderen Ländern haben, wo weder Gemüse, Lebensmittel noch sonstige Qualitätsprodukte so genau und so streng kontrolliert werden wie in Wien, und darauf können wir stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nochmals zurückkommend zur kostenlosen Lebensmittelhotline: Bei dieser Hotline unter der Nummer 4000-8090 - für alle Damen und Herren in diesem Haus, die es vielleicht noch nicht wissen - kann man sich kostenlos über die Zusammensetzung diverser Lebensmittel und Inhaltsstoffe informieren, man kann sich aber auch bei Verdacht von Lebensmittelvergiftungen informieren, aber auch über Beschwerden im Handel oder in der Gastronomie. Man kann sich aber auch informieren, wie gehe ich im täglichen Haushalt mit Lebensmitteln um und was muss ich berücksichtigen, und diese Hotline ist von Montag bis Sonntag besetzt. Das heißt, es ist eine durchgehende Informationsmöglichkeit für die Wienerinnen und Wiener, wo sie jederzeit kostenlos fragen können, wie sie mit Lebensmittel in Wien umgehen sollen und was sie tun können, dass sie nicht irgendwann eine Vergiftung erleiden oder ein schlechtes Produkt erhalten.

So, jetzt kommen wir zu meinem Lieblingsthema, das sind die Märkte. Ich kann es mir nicht verkneifen, ganz kurz darauf einzusteigen, denn wir haben mit den Märkten einen Meilenstein gelegt. Wir sind dabei, die Märkte nach einem Jahr intensivster Gruppenarbeit - auch die Opposition wurde einbezogen - nach dem neuen Marktkonzept, das wir erstellt haben, fleißigst daran zu gehen, dieses auch umzusetzen. Das heißt rückblickend, am Brunnenmarkt, einem der beliebtesten und immerhin der größte Straßenmarkt Europas, ein Markt mit Herz und Offenheit, wurden 2005 die Umbauarbeiten begonnen und Mitte 2010 konnten wir den Brunnenmarkt fertigstellen. Die Kosten betragen, obwohl Wirtschaftskrise und immer darauf angesprochen, dass wir das Geld verschwenden, 2 295 000 EUR. Ich denke, ein gut investiertes Geld und nicht verschwendet, denn es wurden die Oberfläche, die Infrastruktur für Strom und Wasser aber auch für Abwasser, renoviert.

Nächster Markt Kutschkermarkt. Ein kleiner feiner Markt, besteht seit 130 Jahren, wurde mit neuen Stromleitungen, sprich Stromsäulen, und auch mit einem Slow-food-Eck neu adaptiert. Kostenpunkt: 300 000 EUR.

Nächster Markt Vorgartenmarkt. Dieser besteht seit 1912, vor 50 Jahren ist er schon einmal umgebaut worden, aber diese typischen Ladenzeilen sind jetzt nicht mehr modern, deshalb wird von den Ladenzeilen ein Teil abgebrochen und weggerissen, der Markt wird offener, es gibt ein neues Strom-, Wasser- und Kanalnetz, und auch da hat die Stadt Wien investiert, nämlich 2,3 Millionen EUR.

Und wir sind auch in unserer Geschäftsgruppe natürlich für den Naschmarkt zuständig, und da haben wir mit dem Spatenstich zur Gesamtsanierung und Schaffung einer Infrastruktur dieses Marktes ein großes Projekt in Angriff genommen, wo auf alle Fälle für neue Wasser-, Stromleitungen, Kanalisation sowie Behindertengerechtigkeit Sorge getragen wird, und da reden wir von einer Summe von 14,5 Millionen EUR.

Auch der Sonnbergmarkt mit der neuen Infrastruktur von 500 000 EUR soll erwähnt werden.

Also insgesamt gibt die Stadt Wien für die Märkte 23 Millionen EUR aus, denn uns sind die Märkte wichtig. Wir von der Sozialdemokratie fördern Märkte und leisten damit einen Beitrag zur Erhaltung der Nahversorgung und der Lebensqualität in Wien, die von den Wienerinnen und Wienern so hoch geschätzt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Büros der Frau StRin Frauenberger ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken, aber auch bei allen Magistratsabteilungen und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Magistratsstellen und wünsche auch von meiner Seite für die Sommermonate erholsame, ruhige Tage. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Ulm. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir nähern uns dem Ende der Rechnungsabschlussdebatte und ich möchte in den letzten Minuten dieser Debatte noch ganz gerne einmal den Finger in die Wunde legen. Dorthin, wo es wirklich weh tut, aber dorthin, wo diese Stadt auch sehr viel davon hätte, wenn man sich zu Reformen durchringen könnte.

Wir haben im vergangenen Jahr ein Budget und einen Rechnungsabschluss gehabt, wie ich es noch nie erlebt habe, mit einem Defizit von 600 Millionen EUR, mit einem Schuldenstand von 5 Milliarden EUR, mit Ausgabenüberschreitungen von 400 Millionen EUR.

Ich glaube, es ist notwendig, sich mit dem größten Posten in diesem Rechnungsabschluss noch auseinanderzusetzen, das ist das Personal, und das sind die Pensionen.

Wir haben ein Budget von etwa 11 Milliarden EUR, die Kosten für das Personal betragen in etwa ein Drittel, nämlich 3,6 Milliarden EUR, und für Pensionen werden 1,2 Milliarden EUR ausgegeben. Was würde also näher liegen, als sich mit diesem Posten ein bisschen intensiver auseinanderzusetzen. Ich werde daher diesbezüglich vier Anträge einbringen.

An diesen vier Anträgen würde ich dann auch ganz gerne den Lackmusestest vornehmen für die SPÖ und für die GRÜNEN. Ich kann mich nämlich noch genau erinnern, was Ellensohn und auch, was Brauner gesagt haben in der Generaldebatte. Ellensohn hat gesagt, nur herbei mit den Vorschlägen der Opposition, wir warten schon drauf, wo man einsparen kann. Wenn es irgendwo effizienter werden kann, dann sind wir sehr interessiert daran. Weniger kann ich mir das vorstellen bei Ausgaben, *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ja, ja!)* da wird es wohl schon notwendig sein, das auszugeben, aber wenn man etwas effizient einsparen kann, dann interessiert uns das.

Und Brauner, die Frau Vizebürgermeisterin, hat sich als die Haftlmacherin geriert, die auf jeden Euro schaut wie eine Haftlmacherin.

Sehr verehrte Damen und Herren, der Rechnungshof hat uns ein Einsparungspotenzial von alleine 350 Millionen EUR genannt, wenn wir das Pensionssystem der Stadt Wien dem Pensionssystem des Bundes anpassen würden. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: In 30 Jahren!)* Das hat auch ein großer SPÖ-Mann erkannt, nämlich Karl Blecha, der gemeint hat, man muss die Harmonisierung der Pensionssysteme endlich vorziehen. Wir haben in Wien das Jahr 2042 vorgesehen, ein bisschen eine Raumschiff-Enterprise-Lösung für die Harmonisierung der Pensionssysteme, Blecha meint, dass die Harmonisierung bis zum Jahr 2025 erfolgen sollte. Wir können uns dieser Meinung nur anschließen und stellen einen diesbezüglichen Beschluss- und Resolutionsantrag. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein unglaublicher großer Brocken liegt in den vorzeitigen Versetzungen in den Ruhestand. Sie wissen, sehr verehrte Damen und Herren, jährlich gehen etwa 900 bis 1 000 Beamte in Pension, davon 600 bis 700 vorzeitig, überwiegend aus gesundheitlichen Gründen. Das bedeutet, zwei von drei Wiener Beamten gehen in die Frühpension. Im Jahr 2008 waren es 582 aus gesundheitlichen Gründen, dann 614, im Jahr 2010 592 und im Jahr 2011 sieht es nicht viel besser aus. Arbeiten bei der Stadt Wien macht, so leid es mir tut, krank.

Ich werde leider Gottes bestätigt von der Personalvertretung der Hauptgruppe II, das ist die Personalvertretung im Wiener Krankenanstaltenverbund. Es gibt ein Briefertel - ich nehme an, dass auch andere Kollegen im Gemeinderat das bekommen haben - da schreibt die Gewerkschaft, dass jeder zweite Beschäftigte sich sehr stark belastet fühlt und jeder Dritte bereits von Burn-out bedroht ist. *(GR Ing. Christian Meidlinger: Haben Sie die gestrige Presse gelesen?)* Aufgefordert wird die Politik, in die Personalentwicklung zu investieren, altersgerechte Arbeitsplätze zu schaffen und die Bediensteten sollten in ihrer Persönlichkeitsbildung gestärkt werden, verlangt wird umfassende betriebliche Gesundheitsförderung. Das sagt niemand anderer als Bernhard Harreither, in diesem Raum, glaube ich, sehr vielen gut bekannt. Das wären Sie, sehr verehrte Frau Stadträtin, den Bediensteten schuldig, das wären Sie aber auch dem Steuerzahler schuldig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unglaubliche Gelder gehen hier verloren. Jahr für Jahr kosten uns die Frühpensionierungen, sehr konservativ geschätzt, 200 Millionen EUR. Wenn ich jetzt sage, ich würde es schaffen, durch entsprechende gesundheitsfördernde Maßnahmen hier eine 50-prozentige Verbesserung zu erzielen, so wären das 100 Millionen EUR im Jahr, wären 500 Millionen EUR in dieser Legislaturperiode. Ihnen ist leider Gottes überhaupt nichts gelungen, um die Bediensteten länger gesund an ihrem Arbeitsplatz zu erhalten.

Um das zu verbessern, stellen wir einen Beschluss- und Resolutionsantrag und laden Sie ein, diesem zuzustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Weil die ÖVP aus guten Gründen ein Geschäftsstück abgelehnt hat, sind Sie jetzt nicht mehr verantwortlich dafür, wie es um den Gesundheitszustand der Bediensteten bestellt ist. Das glauben Sie ja wohl selber nicht. Diese Verantwortung nimmt

Ihnen keiner ab, und diese Zahlen nimmt Ihnen keiner weg, und diese mangelnden Einsparungsmöglichkeiten, für die sind auch Sie ganz allein zuständig.

Jetzt kommen wir zum unglaublichsten Grund der Frühpensionierung, nämlich zur Frühpensionierung aus organisatorischen Gründen. Da geht es um Personen, die nicht unter Burn-out leiden, die pumperlgesund sind, denen es Gott sei Dank ausgezeichnet geht und die bei bester Gesundheit vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden, weil Sie sagen, Sie hätten keine Verwendung für diese Personen. Und dabei geht es um Personen die sehr gerne weiter arbeiten würden, weil so lustig ist es nicht, wenn man mit 55 Jahren erklärt bekommt, zum alten Eisen zu gehören und dass man überhaupt kein Interesse mehr an dieser Person hat. Es kostet natürlich auch ein wahnsinniges Geld. Würden wir es schaffen, in diesem Bereich eine Verbesserung zu erzielen, so wären auch hier sehr viele Millionen für das Budget zu finden. Wenn ich davon ausgehe, dass in den vergangenen Jahren immer 70 Personen aus organisatorischen Gründen in den Ruhestand geschickt wurden, dann belaufen sich die Kosten in etwa auf 17,5 Millionen EUR nur aus dem Titel der Frühpensionierung aus organisatorischen Gründen.

Sehr verehrte Damen und Herren, diese Frühpensionierung brauchen wir nicht, ohne diese Frühpensionierung müssten wir auskommen können. *(GR Ing. Christian Meidlinger: Der Bund macht das ständig!)* Okay, Sie sagen, der Bund macht das schlecht. Was hindert Sie daran, es in Wien besser zu machen, bitte! Millionen liegen auf der Straße, Ihre Mitarbeiter würden Sie besser damit bedienen, aber Sie machen es einfach nicht. Es fehlt Ihnen die politische Kraft, es fehlt Ihnen der politische Mut, machen Sie nur weiter so. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie unserem Antrag zustimmen werden, aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren. Mit diesem Beschlussantrag verlangen wir die Abschaffung des Ruhestandsgrundes aus organisatorischen Gründen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und zu guter Letzt noch ein Beispiel für Ihre geradezu desaströse Personalpolitik in einem Bereich, wo es um über 3 Milliarden EUR Jahr für Jahr geht. Leider Gottes ist es tatsächlich so, dass bei vielen Bediensteten die Dienstunfähigkeit eintritt und dass es daher zu Ruhestandsversetzungen aus gesundheitlichen Gründen kommt. Aber was Sie dann verabsäumen, das ist, weiterhin ein Auge auf diese Bediensteten zu haben und sich anzuschauen, ob sie nicht wieder reaktiviert werden könnten, denn sehr oft wird die Dienstfähigkeit wieder erlangt und sie könnten reaktiviert werden.

Tatsache ist, dass diese Bestimmung der Dienstordnung, § 69, totes Recht ist. Es gibt in Wien praktisch keine Reaktivierungen und das, obwohl wir tausende Frühpensionisten aus gesundheitlichen Gründen finanzieren müssen. Das ist absolut unverständlich, Sie greifen auf bestehende Ressourcen nicht zu, Sie sind so gut, Sie haben es nicht notwendig, hier etwas zu verbessern. Eine Anfrage hat erbracht, dass es in einem Zeitraum von drei Jahren ganze fünf Reaktivierungen gegeben hat. Da liegen wir, wenn überhaupt, im Promillebereich,

wenn nicht sogar darunter. Würden wir es schaffen, zu einer 5-prozentigen Reaktivierungsquote zu kommen, dann wären das 10 Millionen EUR Jahr für Jahr, die dieses Budget gut vertragen könnte.

Sehr geehrte Damen und Herren, tun Sie was, damit wir diesen Mitarbeitern helfen, damit wir auch etwas für das Staatssäckel und für die Steuerzahler machen und stimmen Sie diesem Beschlussantrag zu. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu guter Letzt möchte ich Sie aus ganzem Herzen auffordern, in der Personalpolitik endlich zu einer neuen, flexiblen und effizienten Verwaltung zu kommen, aber auch zu einer Wahrhaftigkeit und zu einer Ehrlichkeit, die Ihnen nicht schlecht anstehen würde. Wenn meine Vorednerin behauptet, und sich die SPÖ als Erfinderin des Gratiskindergartens geriert, dann ist das ja wirklich lachhaft. Die Frau Kollegin ist auch schon länger in diesem Hause. Seit dem Jahr 2002 hat die ÖVP nicht weniger als in 13 Beschlussanträgen den gebührenbefreiten Kindergarten verlangt, 13 Mal hat die SPÖ abgelehnt, zuletzt am 23. Februar 2009. Sehr geehrte Damen und Herren, nehmen Sie es sich zu Herzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Margulies. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren, in aller Kürze nur, ich werde Sie nicht lange aufhalten. Aber wenn man über Ernsthaftigkeit von Vorschlägen spricht, dann sollte man tatsächlich, wenn man über die Pensionen redet, einmal darüber nachdenken, was der Kollege Ulm gesagt hat, und dann noch einmal bewerten, ob es wirklich Sinn macht, sich mit der ÖVP auseinanderzusetzen.

Die Ausgaben für die Pensionisten der Stadt Wien, Magistrat, im Rechnungsabschluss ausgewiesen, betragen 2010 die durchaus stolze Summe von 717 Millionen EUR für ungefähr oder genau 21 480 Magistratspensionisten. Sie sagen, mit welcher Pensionsreform auch immer, ließen sich 350 Millionen EUR einsparen. Dann bleiben wir zunächst, sagt der Rechnungshof, dann bleiben wir und lassen wir einmal die Kirche im Dorf und sagen einmal, über welchen Zeitraum. Nun, im nächsten Jahr lassen sich dadurch einmal sicher keine Einsparungen erzielen. Wir wollen doch nicht die bestehenden Pensionen kürzen, das wollen wir nicht. Wir wollen auch nicht generell all jenen Menschen, die bei der Stadt Wien arbeiten, viele ihr ganzes Arbeitsleben, in letzter Zeit werden es weniger werden, und es wird auch temporär, aber wir wollen doch nicht den Menschen, die dann am Ende ihrer Laufbahn vielleicht 2 500 EUR, 3 000 EUR brutto verdienen, ihre Pensionen kürzen. Vor allem wollen wir ihnen nicht die Pensionen kürzen, solange die obersten Privatpensionen steuerlich bezuschusst werden und alles andere. Das wollen wir doch nicht. Wir müssen uns nicht immer, insbesondere im öffentlichen Bereich und insbesondere bei den kleineren und mittleren Pensionen am untersten Level orientieren, das ist nicht notwendig. Wir können Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, auch ihren wohlverdienten Ruhestand gönnen. *(GR Dr Wolfgang Ulm: Warum macht der Bund*

das?)

Nein, noch einmal, ich habe überhaupt nichts dagegen, ich sage es Ihnen gleich, ich habe nichts dagegen, dass wir uns darüber unterhalten, wie wir Menschen, die gerne wieder in den aktiven Dienst eintreten würden, reaktivieren. Ich habe nichts dagegen, mich mit Ihnen darüber zu unterhalten, wie wir auch im öffentlichen Dienst die Spitzenpensionen reduzieren. Ich habe nichts dagegen, mich mit Ihnen darüber zu unterhalten, wie wir es schaffen, präventive Maßnahmen gemeinsam für die hier Arbeitenden weiter auszubauen und vorzusorgen, damit weniger Menschen in den Krankenstand gehen, et cetera.

Aber, dann argumentieren Sie doch nicht mit Zahlen, die keinem Vergleich standhalten. 350 Millionen EUR Einsparungen, einfach so dahingesagt, kein Zeitraum. Nicht ein Zeitraum in den nächsten 50 Jahren, in den nächsten 30 Jahren. *(GR Dr Wolfgang Ulm: Der Rechnungshof sagt das aber!)* Aber es geht natürlich um die Darstellung.

Dann komme ich zu einer anderen konkreten Zahl, die Sie genannt haben: 500 Millionen EUR in 5 Jahren, 100 Millionen EUR einsparen. Sie wollen bei einer Pensionsbelastung der Stadt Wien von 717 Millionen EUR jährlich 100 Millionen EUR einsparen, Sie wollen den Menschen ihre Pension beschneiden, wenn ich Sie ernst nehme.

Nun, wie haben Sie es dann gemeint, ein Siebentel der gesamten Pension der Stadt Wien einzusparen. Sie haben sich herausgestellt und haben gesagt, das ginge. Nein, das geht nicht. Der Zuwachs ist bei Weitem keine 100 Millionen EUR im Jahr, das wissen Sie. *(GR Dr Wolfgang Ulm: Zwei von drei Pensionierungen erfolgen vorzeitig!)*

Zwei von drei Pensionierungen erfolgen vorzeitig, wobei auch vorzeitig ein sehr dehnbarer Begriff ist. Vorzeitig ist ein halbes Jahr vorher, genauso wie zehn Jahre vorher, das ist vorzeitig. Es gibt unterschiedliche Gründe und es gibt diese Gründe in der Privatwirtschaft genauso wie im öffentlichen Dienst. Sie tun so, als ob in der Privatwirtschaft das Pensionsantrittsalter soviel höher wäre als im öffentlichen Dienst. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Es ist höher!)* Es ist höher, weil sehr viele ältere Menschen, bevor sie in Pension gehen können, noch zwei, drei, vier, oftmals fünf Jahre in der Arbeitslosigkeit verbringen, bevor sie pensioniert werden. Das reale Pensionsalter zu ermitteln, da müssen sie halt einmal tatsächlich auch ein bisschen darüber nachdenken, wie in Österreich gewirtschaftet wird.

Auf der einen Seite gibt es hochqualifizierte Menschen, Gott sei Dank, wo eine Firma, ein Unternehmen, auch wenn dieser Mensch Jahre im Betrieb ist und sehr viel kostet, sagt, der ist mir das Unglaubliche wert, der oder die ist mir diese Summe wert, ich will ihn behalten, er oder sie besitzt so viel Know-how, keinesfalls würde ich diesen Menschen kündigen, es ist schade darum, wenn dieser Mensch in Pension geht. Aber dann gibt es leider auch sehr, sehr viele Unternehmen, die erkennen, dass es schwierig wird, wenn ein Mensch über 45 ist, diesen nachher auch noch zu kündigen, und was ma-

chen sie? Sie kündigen vorher, oder sie nutzen jede Gelegenheit, ältere Menschen aus dem Beruf zu drängen und sie durch jüngere, niedrig qualifizierte zu ersetzen.

Ja, in manchen Bereichen fehlen qualifizierte Arbeitskräfte, das stimmt, aber in vielen Bereichen ersetzen niedriger qualifizierte Arbeitskräfte höher qualifizierte, teurere, ältere Arbeitskräfte, damit für manche Betriebe - ich gestehe das zu insbesondere in der Wirtschaftskrise - auch das Überleben gesichert ist. In vielen Betrieben ist es aber auch so, und da sind nicht die Ein-Personen- und die kleinen und die mittleren Unternehmungen gemeint, sondern dort, wo es die Aktiengesellschaften sind, dort, wo die Großbetriebe den Reibach machen wollen, ist es tatsächlich so, dass ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einzig und allein deshalb gekündigt werden, um sie durch günstigere, jüngere ArbeitnehmerInnen zu ersetzen. Diese Menschen verbringen dann fünf, sechs, sieben Jahre in der Arbeitslosigkeit, bevor sie in Pension gehen. Also wenn man tatsächlich über das Pensionsantrittsalter redet, muss man wirklich beginnen zu vergleichen die realen Beendigungen von Karrieren in der Arbeitswelt.

Und der andere Punkt, und das ist immer das, wo ich sage, das ist Chuzpe schlechthin, nämlich, wenn die ÖVP beginnt, betriebsbedingte Kündigungen zu kritisieren.

Ich kann mich an die ÖBB unter Schwarz-Blau erinnern. Das war die größte betriebsbedingte Kündigungskaktion, die wir in Österreich je hatten. (GR Dr Wolfgang Ulm: Das ist Ihr Vorbild!) Nein, überhaupt nicht. Die Stadt Wien hat nicht so viele betriebsbedingte Kündigungen. Sie sagen selber, es gibt 70 Leute jährlich im Schnitt von rund 70 000 Beschäftigten, also so viele sind das bei der Stadt Wien tatsächlich nicht.

Aber kommen wir zurück: Sie sprechen bei 717 Millionen EUR Pensionsaufwand von 100 Millionen EUR an jährlichen Einsparungen. Sie wollen den Pensionisten 17, 18 Prozent ihres Einkommens wegnehmen und an diesem Pensionsklau der ÖVP werden wir uns sicher nicht beteiligen. Danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Meidlinger. Ich erteile es ihm.

GR Ing Christian **Meidlinger** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Eigentlich wollte ich mich nicht zum Wort melden, aber bei so viel immerwiederkehrender fokussierter Unvernunft ist es, glaube ich, notwendig, ein paar Zahlen noch einmal richtigzustellen und noch einmal ein paar Dinge klar zu sagen, worum es bei diesen Dingen auch geht. (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Blecha!)

Sie sprechen hier von 350 Millionen EUR Einsparungspotenzial und beziehen sich auf einen Rechnungshofbericht, der auf eine Zeit zurückgeht, wo die Langzeitenversichertenregelung im Bundesbeamtenbereich, aber auch im ASVG-Bereich, nämlich mit der Verlängerung auf 2014 und dem jetzigen, wie es aussieht, Aus-

laufen 2013 mit der Anhebung des Alters, noch nicht gesetzliche Grundlage war. Das heißt, es müsste hier eigentlich eine komplette Neuberechnung stattfinden. Diese Zahl würde dann ganz anders ausschauen. Warum sage ich das, dass diese Zahl ganz anders ausschauen würde? Weil wir nämlich bei den Beamtinnen und Beamten der Stadt Wien keine Langzeitenversichertenregelung kennen, so wie es sie im ASVG oder auch im Bundesbeamtenrecht oder auch in anderen Landes-pensionsrechten gibt.

Wenn Sie von Zahlen sprechen: Die Stadt Wien, glaube ich, und wir von der Sozialdemokratie wollen hier keine Akademiker, die mit einer Ersatzrate von 40 Prozent in den Ruhestand treten. Das heißt, dass man Akademiker in den Ruhestand schickt, die dann nur mehr 40 Prozent ihres Aktiveinkommens als Pensionshöhe haben. (GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Und wie ist es beim ASVG?) Das ist eine sozial ungerechte Maßnahme gewesen, die Sie unter Schwarz-Blau gesetzt haben. Diese werden wir in unserer Regierung als Sozialdemokraten hier sicher nicht mittragen und mitbeschließen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Lassen Sie sich das für später!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben natürlich, und ich komme schon dazu, hier Maßnahmen gesetzt, die vor allem frauenfreundlich sind, während Sie, als Schwarz-Blau im Bund war, eine Pensionsregelung geschaffen haben, die rückwirkend plötzlich Zeiten heranzieht, wo sich Frauen in Teilzeit, Frauen in Karenz nicht mehr helfen können, weil diese Zeiten brutal für die Pensionshöhe hinzugerechnet werden. Das haben wir in Wien nicht gemacht. Wir haben gesagt, wir wollen für unsere Kolleginnen, natürlich auch Kollegen, aber vor allem für unsere Kolleginnen, hier ein Pensionssystem haben, das berechenbar ist, wo sie keine Eingriffe mehr in die Vergangenheit haben, sondern wo sie die Zukunft selbst gestalten können. Ich denke, das sind wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch schuldig. Auch das wären Sie damals den Kolleginnen und Kollegen in Österreich schuldig gewesen! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe schon gesagt, wir haben in Wien keine Langzeitenversichertenregelung. Es gibt hier nach wie vor – auch Charly Blecha braucht manchmal einen Nachhilfeunterricht und wir werden ihm diesen geben – auch keine Abfertigung für Beamtinnen und Beamte. Wir haben hier in der Lebensverdienstsumme nach wie vor Benachteiligungen im Vergleich zu ASVG-versicherten KollegInnen im Privatbereich. Unsere Beamtinnen und Beamten im Aktiven zahlen höhere Pensionsbeiträge. Und wir zahlen viel höhere Pensionsbeiträge im Ruhestand plus die Solidarbeiträge, die anscheinend immer wieder vergessen werden.

Wenn man zur vorzeitigen Ruhestandsversetzung kommt, dann muss man sich leider auch einmal die Realität in der Privatwirtschaft vor Augen führen. Was macht denn dort ein Unternehmen? Die Unternehmen machen nichts anderes, als dass sie Kolleginnen und Kollegen, die länger krank sind, die vielleicht Probleme haben, entlassen, kündigen und damit sozusagen der

öffentlichen Hand überlassen. Sie stehen eben nicht zur sozialen Verantwortung. Das ist nicht das, was die Stadt Wien macht. Das ist nicht das, was wir hier als Arbeitgeberin mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern machen wollen. 40 Prozent derjenigen, die in eine Invaliditätspension gehen, tun das nicht aus einem Beschäftigungsverhältnis, sondern tun das aus Arbeitslosigkeit. Dort beträgt das durchschnittliche Alter 53 Jahre. Also hier der Stadt Wien ihre Sozialkompetenz vorzuwerfen und in Wirklichkeit dort, wo Sie es selbst machen können, nichts zu machen, ist sehr hochtrabend und sehr unfair!

Wenn Sie hier zitieren, dann möchte ich auch zitieren. Sie haben zuerst einen Brief vorgelesen. Ich darf Ihnen hier aus der gestrigen „Presse“ zitieren, einen Ihnen nicht Unbekannten: „FCG-Personalvertreter namens Kurt Obermüllner wehrt sich dagegen, von Pensionsprivilegien der Wiener Gemeindebeamten zu sprechen.“ Er verweist dort unter anderem auf die Berufsfeuerwehr, längere Lebensarbeitszeit als ASVG-Versicherte, verweist auf die Abfertigung und so weiter und so fort. Also wenn Sie schon vorlesen, dann lesen Sie auch das vor. Ich glaube, dass auch Ihr Parteikollege, der das geschrieben und in die Zeitung gegeben hat, mit dieser ganzen Angelegenheit nicht so unrecht hat und nicht so falsch liegt.

Zum Thema Gesundheitsförderung, weil dort wollen Sie auch Millionen einsparen und was weiß ich, was alles: Es freut mich, dass die ÖVP nach einigen Jahren des Themaschlafs auch zum Thema Gesundheitsförderung ein paar Ideen einbringen will, aber Sie sehen schon wieder das Geld und das, was man einsparen könnte. Es geht Ihnen nicht um die tatsächliche Gesundheitsförderung der Beschäftigten und der Kolleginnen und Kollegen. Denn sonst wäre es nicht zu erklären, dass Sie als ÖVP noch vor wenigen Monaten gegen das Gesundheitsförderungszentrum der Hera gestimmt haben, wo wir nämlich genau das machen wollen, dass wir die Kolleginnen und Kollegen entsprechend betreuen wollen, dass wir die Kolleginnen und Kollegen entsprechend versorgen. Das zeigt in Wirklichkeit Ihr wahres Gesicht. Es geht Ihnen hier um Populismus! Es geht Ihnen nicht um die Kolleginnen und Kollegen! Und dafür sollten Sie sich schämen! – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Ulm. Ich teile mit, dass seine restliche Redezeit zehn Minuten beträgt.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege, die Opposition muss sich nicht dafür schämen, dass sie diesen Missstand aufzeigt. Sie sollten sich schämen! Sie haben die Verantwortung! Die Mitarbeiter in der Gemeinde Wien werden immer kränker. Im Jahr 2008 waren es 582, die frühpensioniert werden mussten, davon 514 aus gesundheitlichen Gründen, im Jahr 2009 585 aus gesundheitlichen Gründen, im Jahr 2010 569 aus gesundheitlichen Gründen. Und wenn wir im Jahr 2011 so weitermachen wie bisher, sind es 582. Sie haben doch die Verantwortung in dieser

Stadt! Sie machen das doch da und sind so stolz darauf, seit dem Jahr 1919 immer mit Mehrheiten! Wo ist denn der Erfolg, wenn zwei von drei Beamten in Frühpension geschickt werden müssen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich finde es immer sehr nett, dass Sie sagen, Sie haben jetzt so gute Ideen, wie wir die Mitarbeiter länger gesund im Beruf erhalten können. Aber Sie müssen es sich schon gefallen lassen, dass Sie an Fakten und an Zahlen gemessen werden. Und da haben wir halt ein durchschnittliches Pensionsantrittsalter von 57 Jahren und unter den Frühpensionisten von 53 Jahren.

Jetzt komme ich zum Herrn Kollegen Margulies: So kompliziert ist die Rechnung mit den 200 Millionen EUR nicht. Wir hatten vor einigen Monaten schon die Gelegenheit, uns im Privatissimum ein bisschen damit auseinanderzusetzen. Da haben Sie mir sogar zugestanden, dass da sehr viel einsparbar ist. Herr Kollege, wir haben über 4 000 Pensionisten, die sich in Frühpension befinden. Errechnet sich folgendermaßen: 600 pro Jahr mal 7 Jahre: in etwa 4 200. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Aber bei manchen ist es ganz normal, dass sie in Frühpension gehen!)* – Das streite ich auch überhaupt nicht ab. Aber wir haben ungefähr 4 000, die sich in Frühpension befinden. Wenn ich jetzt sage, einer kostet in etwa 50 000 EUR – Sie sind ein ausgezeichnete Kopfrechner –, dann bin ich bei 200 Millionen EUR. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist zu viel!)* Machen Sie 40 000 EUR *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nein, im Schnitt 35 000 EUR!)*, dann sind Sie halt auf 160 Millionen EUR und nicht auf 200 Millionen EUR. Aber absurd ist das absolut nicht! Ich glaube, dass wir mit den 50 000 EUR sogar eine untere Grenze erreicht haben.

Natürlich kann man bei sehr vielen Beschäftigten nicht alle Personen länger gesund im Beruf erhalten, aber wenn es uns wenigstens bei 50 Prozent gelingen würde. Das ist vielleicht eine zu hoch angenommene Quote. Aber bei 50 Prozent ergibt das genau 100 Millionen EUR, die jedes Jahr einsparbar wären, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie verstehen das nicht!)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Zu den vielen Zahlenverwirrungen noch eine Erklärung, damit man sieht, wie es die SPÖ mit den Zahlen hat. Die Frau Finanzstadträtin hat gestern in ihrem Vorwurfspaket gegen die FPÖ wortwörtlich gesagt, der Bund hat für Kärnten zehn Mal soviel Haftung übernommen, als wir für Griechenland übernommen haben. Wir haben für Griechenland 17,5 Milliarden EUR übernommen. Mal 10 wären das 175 Milliarden EUR. Ich habe gesagt, ich kann mir das schlecht vorstellen und habe versucht, die Zahlen zu bekommen.

Ich lese Ihnen ein Schreiben vor, das ich gekriegt habe: „Hinsichtlich der Bundshaftung für die Hypogruppe Alpe-Adria und der finanziellen Verbindlichkeiten der Republik für die Hypo kann ich in Absprache mit dem Büro des Finanzlandesrates Folgendes mitteilen: Eine Haftung durch die Republik in der Höhe von 175 Milliar-

den EUR ist unmöglich, weil die aktuelle Bilanzsumme der Bank lediglich 40 Milliarden EUR beträgt. Hinsichtlich der vom Bund zu Gunsten der Hypo Alpe-Adria geleisteten Hilfsmaßnahmen gehen aus den uns vorliegenden Entscheidungen der Europäischen Kommission die folgenden zeitlich befristeten Genehmigungen über Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung im Zeitraum 2008 bis 2010 hervor:" – Das sind dann insgesamt fünf Punkte. – „Insgesamt 2,9 Milliarden EUR für Haftungen und Garantien. Zu dem kommen noch Haftungen durch die Republik, welche der Bund bei der Verstaatlichung den Bayern zugesagt haben dürfte. Diese belaufen sich auf zirka 3 Milliarden EUR. Wir haben aber leider keinen Einblick in die konkreten Zahlen. Aber laut Auskunft der Kärntner Landesholding wird die Summe 3 Milliarden EUR nicht überschreiten." – Also 2,9 plus 3 ist 5,9, keine 175. Soweit mit den Rechenkünsten der Frau Brauner und der Wahrheit, die von ihr hier am Pult gesagt wurde! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Prof Harry Kopietz: Was haben Sie in Rechnen gehabt? Einen Fünfer?)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Jetzt muss ich leider noch etwas Neues in die Runde werfen. Ich spreche von A bis Z. Ich spreche über Asyl und Kindergärten, aber auch über Ziesel.

Die Ziesel kriegen alle sicherlich keine Pension. Die Ziesel sind als Stadtbewohner eine bedrohte Spezies. Beim Heeresspital wird gebaut und dort gibt es noch eine kleine Population. Die Tiere stehen auf der Roten Liste und sind vom Aussterben, nicht nur in Österreich, nicht nur in Wien, bedroht. Deswegen hat die rot-grüne Stadtregierung vor, diesen Zieseln zu helfen und sie zu schützen. Zu diesem Zweck bringe ich einen Antrag gemeinsam mit Erich Valentin von der SPÖ und Rüdiger Maresch von den GRÜNEN ein. Ich möchte mich aber bedanken. Da geht es um Ziesel. Aber es ist trotzdem eine komplizierte Geschichte, weil da sind gleich drei StadträtInnenbüros betroffen. Deswegen mein Dank an Ulli Sima. *(Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)* – Bitte, lassen Sie den Zieseln die paar Minuten. Arme, 23 cm hohe, liebe kleine Ziesel! Das geht sich aus. Diese lieben kleinen Ziesel schauen immer über das Gras hinaus. Das muss man genau schneiden, damit sie drüberschauen können. Ich hoffe, dass in diesem Haus zumindest Einstimmigkeit herrscht, wenn wir den Zieseln beim Heeresspital die Möglichkeit geben, auch in Zukunft friedlich miteinander zu leben und sich zu vermehren. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

In aller Kürze zu den Kindergärten, weil es hier immer wieder kommt und immer wieder gefordert wird: Wir haben darüber gestern auch geredet, Ausbau, Bessermachen et cetera. Ich habe gestern schon klargestellt, es waren einfach acht Bundesländer mit ÖVP-Regierungsbeteiligung, acht Bundesländer, die es schlechter machen. Hier gibt es keine ÖVP in der Landesregierung, gut für die Wiener Kinder. Jetzt mache ich es eine Spur genauer: In Niederösterreich Vormittagskindergarten gratis ab zweieinhalb. Im Burgenland gibt

es maximal 90 EUR im Monat. In Oberösterreich gratis am Vor- oder am Nachmittag. In Linz kriegt man das Essen dazu. In der Steiermark war es einmal gratis für die Drei- und Vierjährigen, abgeschafft, jetzt noch das letzte Jahr. In Kärnten war es einmal gratis für drei Jahrgänge, abgeschafft, nur noch im letzten Jahr. In Salzburg muss der Ausbau aufgeschoben werden, Gratiskindergarten kann in näherer Zukunft nicht gemacht werden. In Tirol gibt es halbtags ab vier. Und in Vorarlberg gibt es die Minimalvariante, was man tun muss, 20 Stunden, die man für Fünfjährige anbieten muss und sonst nichts dazu. Das ist alles beträchtlich schlechter, als Null- bis Sechsjährige gratis in den Kindergarten. Diese Errungenschaft, und das kann man ruhig so sagen, hat es vor Rot-Grün auch gegeben, aber jetzt sind die Kassen knapp und trotzdem gibt es sie immer noch. Das ist der ideale Kindergarten im Vergleich mit den acht Bundesländern, in denen die ÖVP etwas zu sagen hat. Deswegen sollten Sie hier besser nicht über den Kindergarten reden. Das gehört nämlich zu den ganz dunklen Kapiteln der ÖVP-Politik. Gratuliere Wien, dass wir das immer noch schaffen und den Kindergarten für alle gratis halten können! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Keine Integrationsdebatte in diesem Haus ohne Pauschalbeleidigung. Heute waren, glaube ich, 30 000 Roma plötzlich wieder kriminell, abgeschoben. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wo? Wir haben kein Wort von Roma gesprochen! Sie sagen schon wieder die Unwahrheit!)* – Herr Jung, Sie sind gemeint! Immerhin haben Sie gemerkt, dass Sie gemeint sind! *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie sagen die Unwahrheit!)* Dann haben Sie noch gesagt, Asyl, kriminell, schön vermischt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie wissen gar nichts!)* Ich weiß das schon. Sie sind halt mehr für Wirtschaftsflüchtlinge und wir mehr für Armutsflüchtlinge. Sie sind für Wirtschaftsflüchtlinge, die mit dem Geldkoffer nach Liechtenstein fahren und mit dem Geld von der Schwiegermama wieder hin- und hergondeln. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie sind ein notorischer Unwahrheitssager!)* Wir sind für Armutsflüchtlinge und setzen uns für sie ein. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Sie sagen die Unwahrheit!)*

Ich möchte nur eine Zahl sagen. Eine Zahl strapaziere ich heute, weil die lange Liste – von wegen Asyl und kriminell – der kriminellen Mitglieder der FPÖ-Mandatäre befindet sich online. *(StRin Veronika Matiassek: Nicht schon wieder!)* Aber ein ganz kurzes Rechenbeispiel: In den USA sitzen 751 Personen auf 100 000 ein, sind im Gefängnis. Das ist in Europa viel besser, viel weniger. In Slowenien sind es 60. Das sind die Niedrigrekordhalter in Europa. In Estland sind es 302. Wir liegen irgendwo bei 100 auf 100 000, also einer auf 1 000. Welche Partei würde in dieser Statistik, wenn man jetzt reiht und sagt, pro 500 Mandatäre, Mandatarinnen, führen? Wer hat die meisten Leute, die im Gefängnis eingesperrt waren? Das ist eine seriöse Frage. Jetzt frage ich noch besser, weil die Antwort ist hier herinnen eh allen klar. Aber jetzt frage ich noch genauer: Ist die Wahrscheinlichkeit, dass ich auf einen treffe – es sind hauptsächlich Männer, die eingesperrt werden, und ich lasse es jetzt bei den Män-

nen, denn die machen im Gefängnis 90 Prozent aus –, wenn ich aufs Donauinsselfest oder auf eine grüne Landesversammlung oder auf ein Geburtstagsfest von jemandem von der Seite gehe oder mit dem 13A fahre, größer, dass ich auf einen Inhaftierten treffe, oder wenn ich eine beliebige Anzahl an Mandataren der FPÖ aufstelle und den Durchschnitt ausrechne? Tatsache ist, dass freiheitliche Landtagsabgeordnete und Parlamentarier im Parlament zusammengerechnet eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, dass sie inhaftiert waren, als die durchschnittliche österreichische Bevölkerung.

Was sagt uns das? Diese Partei ist ein Sicherheitsrisiko und wir sollten uns dieses Problems annehmen. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Jeder ist für seine Wortmeldung selbst verantwortlich. Wir haben eine weitere Wortmeldung. Herr GR Mag Jung ist zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Ellensohn, Sie haben wieder einmal in der alten Kiste gewählt (*GR Heinz Hufnagl: Und er ist fündig geworden!*), weil Sie nichts finden, weil Sie keine Argumente haben, als immer die gleiche alte Leier. Jetzt werde ich Ihnen etwas sagen, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Ein politischer Bereich verführt dazu, das zu nützen. Das wissen wir, Blecha und so weiter. Die SPÖ hat hier genügend Erfahrung, auch Bestrafte, andere auch, eine ganze Menge. Bei Ihnen, sage ich Ihnen, ist das auch so. Wir werden noch darüber reden. (*GR David Ellensohn: Das haben Sie mir schon einmal gesagt!*)

Sie sind kaum in der Regierung, haben Sie schon angefangen, Ihre Leute bestens zu versorgen. Sie sind auf diesem Weg. Sie sind nicht anders. Sie machen es ganz genau so wie die anderen in der SPÖ und so weiter, die an der Regierung sind. (*GR David Ellensohn: Das stimmt doch nicht!*) Sie versuchen das auf jämmerliche Art und Weise und auch durch das Sagen von Unwahrheiten, wie vorhin bei mir. (*GR Karlheinz Hora: Wer im Glashauss sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!*) Ich habe nie von 30 000 Roma gesprochen.

Frau Präsidentin, ich ersuche Sie um einen Ordnungsruf für mich. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Sie sind ein notorischer Lügner! *(Lang anhaltender Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Herr GR Mag Jung, für die Aussage, dass der Herr Kollege Ellensohn ein notorischer Lügner wäre, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Die Bemerkung wird nicht besser durch wiederholtes Klatschen seitens Ihrer Fraktion. (*GR Mag Wolfgang Jung: Aber das, was er an Unwahrheit gesagt hat, ist genauso verwerflich! Ich danke Ihnen mit Zerknirschtheit!*) Der Ordnungsruf ist erteilt.

Wir haben damit mit der Frau Amtsf StRin Frauenberger das Schlusswort zu dieser Debatte. Ich bitte Sie, das Wort zu ergreifen. (*GR Anton Mahdalik: Der Ellensohn geht gar nicht berichtigen!*)

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie immer in unserer Geschäftsgruppe eine sehr differenzierte Debatte zu vielen komplexen Themen, oft auch mit sehr viel Emotion. Ich habe mich gerade gefragt, wie ich die Kurve von den Zieseln zurück zur Geschäftsgruppe schaffe. Aber der tatsächliche Abschluss der Debatte hat es mir jetzt doch leichter gemacht, nämlich einmal mehr zu betonen, dass wir in dieser Stadt für die Vielfalt eintreten und dass wir uns in dieser Stadt ganz klar gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit positionieren. Das möchte ich an den Beginn meiner Abschlussworte stellen. Denn das ist etwas, was uns hier in dieser Demokratie und in dieser Stadt auszeichnet und zu dem wir in dieser rot-grünen Regierung absolut stehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, ganz kurz noch, es sind schon sehr viele richtige Dinge gesagt worden, gerade über den Personalbereich. Ich möchte nur davor warnen, wenn wir über derzeit aktuell 710 Millionen EUR Aufwendungen für unsere Pensionistinnen und Pensionisten und dann über Einsparungsspekulationen reden, dann spekulieren wir über die Existenz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über Jahre in dieser Stadt für diese Stadt Hervorragendes geleistet haben. Unsere Pensionsreform in der Stadt hat dieselben Eckpfeiler wie die Pensionsreform des Bundes. Sie zeichnet sich, und das möchte ich, auch wenn es heute Abend schon einmal gesagt worden ist, dadurch aus, dass wir sie mit einem sozialen Augenmaß getroffen haben, dass wir nicht die Menschen mit Einschnitten während ihres aktiven Daseins überrascht haben, sondern dass wir versucht haben, eine Pensionsreform zu machen, die die Eckpfeiler des Bundes trägt, sich aber auf eine sehr soziale Art und Weise diesen Eckpfeilern annähert.

Wir haben dieselbe Höhe beim Pensionsantrittsalter vor. Wir haben sogar bewusst längere Übergangsfristen gewählt, um eben ein Pensionssystem in der Stadt anzubieten, das ein gerechtes ist. Denn, und das wurde auch schon gesagt, das Wiener Pensionssystem wurde auch für Beamtinnen und Beamte gemacht, die einen total unterschiedlichen Arbeitsaufwand, eine ganz unterschiedliche Arbeitsbeschreibung, eine viel heterogenere Struktur haben, als es die Beamtinnen und Beamten im Bund vorfinden, und die auch weniger Vorteile haben. Denn, und das ist auch schon vom Kollegen Meidlinger beschrieben worden, sie liefern im Vergleich zu den ASVG-Versicherten letztendlich höhere Pensionsbeiträge ab. Es gibt keine Hacklerregelung in unserer Stadt. Die Beamtinnen und Beamten haben auch keinen Anspruch auf Abfertigung.

Aber ich möchte, auch wenn wir jetzt im Personalbereich diese Vorwürfe oder anderen Sichtweisen, möchte ich fast sagen, der Opposition eigentlich schon frei mit-sprechen können, einmal mehr sagen, Wien geht im Personalbereich massiv in die Verantwortung. Wir haben gerade in den letzten Jahren, was den ArbeitnehmerInnenschutz und die Gesundheitsprävention betrifft, ganz tolle Projekte aufgestellt, die auch einmal wirken werden müssen. Ich bin davon überzeugt, dass sie wirken werden. Sie sind innovativ. Sie sind verantwortungsvoll. Sie sind auch mutig, wenn Sie das heute irgendwann einmal

in Frage gestellt haben. Denn bei 65 000 sehr unterschiedlichen Beschäftigten eine gute Personalentwicklung zu fahren, ist eine große Herausforderung. Aber diese nehmen wir mutig an und tragen auch ganz bewusst diese Verantwortung.

Hinter all dem, was wir hier diskutieren, stehen Menschen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien, die einfach eine hervorragende Arbeit leisten. Vielleicht stelle ich gerade aus diesem Grund heute einmal zu Beginn meiner Worte ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl an die Aktiven, aber auch an die, die jetzt schon im Ruhestand sind, für das, was sie geleistet haben, als sie da waren, weil sie ertragen sozusagen auch die Diskussionen über sie selbst. Danke schön! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, zur Integration: Wir haben in dieser Stadt unser ganz klares Integrationskonzept formuliert. Es sind heute viele Maßnahmen schon beschrieben worden. Mir ist es einfach wichtig, noch einmal darauf zu fokussieren, dass es uns nicht nur darum geht, Maßnahmen im Integrationsbereich zu setzen, sondern es geht auch darum, den Integrations-, Migrationsbereich zu gestalten, und zwar transparent, nachvollziehbar zu gestalten. Denn was hier immer wieder in der Integrationsdebatte durchklingt, ist, als würde Wien sozusagen jetzt bestimmen, wer kommen darf, wie viele kommen dürfen. So ist es nicht. Wir treten, gerade mit der Zuwanderungskommission, in diesem breiten Bündnis dafür ein, dass wir eben Zuwanderung klar und transparent regeln, damit sozusagen auch genau mit diesen Vorurteilen aufgeräumt wird und damit nicht weiter auf dem Rücken der Menschen Angst und Verunsicherung betrieben werden kann.

Wir haben sozusagen eine Gruppe an Menschen, die im Jahr neu zuwandern. Unsere große Herausforderung ist, genau dieser Gruppe eine gute Integrationsbegleitung zur Verfügung zu stellen. Das tun wir. Das tun wir mit „Start Wien“. Das können Sie auch nicht mehr hören, aber ich sage es umso lieber: 90 Prozent der Menschen sind in diesem Programm, beteiligen sich an diesem Programm und genau so viele Menschen wie kommen, besuchen auch die Sprachmaßnahmen. Das ist auch wiederum ein Punkt, an dem ich noch einmal wirklich die Gelegenheit nutzen möchte, mit diesen ewigen Vorurteilen und mit diesen eigentlichen Pauschalverurteilungen aufzuräumen. Die Migrantinnen und Migranten, die in diese Stadt kommen, leisten einen unglaublichen Beitrag und haben ein hohes Interesse, an Integrationsmaßnahmen teilzunehmen und ein Teil dieser Stadt zu werden. Sie haben es sich auch verdient, respektvoll behandelt zu werden. Es gilt einmal mehr, diesem gesamten Thema der Integration eine Chance zu geben, es nach Potenzial und nicht nach Defizit zu diskutieren. Genau dort setzt die Integrationspolitik unserer Stadt an! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es geht in der Integrationspolitik um Versachlichung. Da, glaube ich, ist die Zuwanderungskommission ein ganz tolles Instrument, an dem wir auch konsequent in unserem breiten Bündnis weiterarbeiten werden.

Wenn ich über die Vielfalt gesprochen habe, lässt

sich gut die Brücke zum KonsumentInnenschutz schlagen. Da möchte ich eigentlich nur ganz kurz noch einmal darauf hinweisen, dass wir ein ganz großes Projekt im Jahr 2010 laufen hatten, wo wir sowohl die Strukturen als auch die Beratung und Informationspolitik genau auf das ausgerichtet haben, was den Konsumentinnen und Konsumenten einfach ganz wichtig ist, nämlich Sicherheit. Wir haben eigentlich pro Jahr zwei, drei Krisen, wo genau diese Verunsicherung der KonsumentInnen stattfindet. Da braucht die Kommune eine entsprechende Antwort. Deswegen ist es gut so, dass wir eine eigene Lebensmitteluntersuchungsanstalt haben. Aber es ist auch ganz wichtig, den Konsumentinnen und Konsumenten eine entsprechende Aufklärung und eine Sicherheit zu geben. Das ist ganz wichtig. All die Maßnahmen, die GRin Rubik hier schon erwähnt hat, sind heute sozusagen schon berichtet worden. Aber mir war es einfach wichtig, das noch einmal zu sagen, weil es steht eben nicht nur auf unserem Türtaferl, sondern wir sind da sehr aktiv im KonsumentInnenschutzbereich.

Zum Lehrlingsmanagement: Das ist etwas, was wir seit 2010 neu haben, wo die Stadt sehr massiv in die Verantwortung geht, um jungen Menschen eine Perspektive, eine Chance zu geben. Immer mehr Betriebe ziehen sich aus der Verantwortung zurück, jungen Menschen eine gute Qualifizierung zu geben, in die Verantwortung zu gehen, jungen Menschen eine Perspektive zu geben.

Viel an Ausbildung findet in den überbetrieblichen Bereichen statt, wo der WAFF natürlich eine großartige Arbeit leistet, aber wo wir auch schon zugesagt haben, dass wir gerne bereit sind, auch über diese Koppelung noch einmal zu reden, zu schauen, was wir denn da tun können, um auch Betriebe dazu zu gewinnen, wieder vermehrt Lehrlinge auszubilden und sich sozusagen nicht der Verantwortung zu entziehen.

Unser Lehrlingsmanagement geht genau in diese Verantwortung, hat ein gutes Konzept zur Ausbildung der jungen Menschen. Auch Zusatzqualifikationen, die im Regelwesen nicht vorhanden sind, werden dort angeboten. Wir sind eine der größten AusbilderInnen in dieser Stadt und darauf sind wir auch sehr stolz, denn wir nehmen es eben einfach ernst, wenn wir sagen, dass die Jugend eine Perspektive und dass die Jugend eine Chance braucht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Frauenthema an sich: Wir haben ein ganz klares frauenpolitisches Ziel: Frauen leben sicher, selbstbestimmt und unabhängig in dieser Stadt. Sicher heißt eben auch, eine eigene Existenzsicherheit zu haben. Wenn Sie, zum Beispiel von der FPÖ, heute hier gemeint haben, es gibt im Frauenbereich so viele Projekte, die wir alle fördern und Sie haben tolle Projekte aufgezählt, glaube ich aber, Sie haben sehr bewusst die vielen Projekte nicht aufgezählt, wo wir ganz konkret Frauen am Arbeitsmarkt fördern, um sie in die eigene Existenzsicherheit zu bringen. Diese Projekte bieten wir nicht nur an, sondern wir bringen auch die Information an die Frauen, weil wir wissen, gerade im Frauenbereich ist die Niedrigschwelligkeit wichtig.

Gerade im Frauenbereich ist aber auch die Integrationsarbeit wichtig. Deswegen ist „Mama lernt Deutsch“

einfach eine hervorragende Maßnahme, um Frauen, die in dieser Stadt leben, die oft wirklich in patriarchalen Strukturen und oft sehr bildungsfern leben, eine Chance zu geben, sich gut zu integrieren und ihnen eine Perspektive zu geben, und dann in weiterer Folge über das Frauenkolleg in eine eigenständige Existenzsicherung zu gehen. Denn gerade Frauenpolitik bedeutet auch Diversitätspolitik. Deswegen ist es mir an dieser Stelle auch ganz wichtig, darauf hinzuweisen und noch einmal zu sagen, „Mama lernt Deutsch“ ist einfach eine phantastische Maßnahme mit ganz vielen hervorragenden Ergebnissen, wo wir Jahr für Jahr mehreren Tausend Frauen, mittlerweile 12 000 Frauen, glaube ich sogar, eben die Gelegenheit gegeben haben, sich in dieser Stadt zu integrieren und in dieser Stadt auch einen Schritt in die eigene Selbstständigkeit zu setzen. Genau darum geht es. Deswegen setzen wir auch in der Arbeitsmarktpolitik darauf, die Quote weiter auszubauen, auch wenn sie heute wieder einmal mehr kritisch besprochen wurde. Wenn wir dann einmal die tatsächliche Gleichstellung haben, dann können wir dieses Instrument sehr gerne wieder abschaffen. Bis dahin ist es ein sehr gutes und ein sehr taugliches Instrument.

Die Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe hat Rot-Grün im Vorjahr begonnen. Wir werden das im heurigen Jahr fortsetzen. Denn das ist ganz sicher ein sehr taugliches Instrument dafür, Betriebe aus der Privatwirtschaft, die Sie von der ÖVP heute auch immer wieder zitiert haben, was sie brauchen und was sie tun, auch ein bisschen in die Pflicht zu nehmen und zu sagen: „Wenn ihr eure Frauen fördert, dann sollt ihr auch einen Vorteil haben und an den Topf kommen, wo die öffentlichen Mittel drinnen sind.“ (Beifall bei der SPÖ.)

Im Gewaltschutzbereich möchte ich einmal mehr sagen, wenn hier wiederum kritisiert wurde, wir machen Kampagnen zum Thema Gewalt, aber wir forcieren nichts in der Infrastruktur, dann stimmt das schlichtweg nicht. Wir haben eine tolle Kampagne gemacht, „Standpunkte gegen Gewalt“, weil wir wissen, nur dann, wenn wir über die Angebote, die es für Frauen gibt, sprechen, dann nehmen die Frauen diese Angebote auch an und sind ermutigt, aus der Gewaltspirale auszutreten. Aber wenn sie das tun, dann braucht es natürlich auch die entsprechenden Einrichtungen. Genau aus diesem Grund bauen wir unser Frauenhaus aus, haben dann in einem Frauenhaus noch zusätzliche Plätze, kommen dort insgesamt auf 175. Genau aus diesem Grund haben wir die Nachbetreuungswohnungen im Jahr 2010 so aufgestockt, dass wir unser Ziel sogar übertroffen haben, 52 Wohnungen anbieten können. Genau aus diesem Grund greifen wir auch tatsächlich gesellschaftspolitische Themen auf, die auf den ersten Blick keine Gewaltthemen sind, die aber sehr wohl Gewalt an Frauen fördern und die sehr wohl von uns verantwortlich gesehen und verhindert werden müssen.

Ein Thema davon ist zum Beispiel das gesamte Thema der sexistischen Werbung. Sexistische Werbung ist eine Form von Gewalt an Frauen. Wir haben mit unserer Maßnahme, die wir im Bereich der MA 57 gesetzt haben, 14 000 Zugriffe und 6 000 Beschwerden gehabt.

Die Frauen nehmen das an. Nicht nur die Frauen, wahrscheinlich auch die Männer nehmen das an. Das ist gut so. Denn es gilt, gegen jede Form von Gewalt in dieser Stadt entsprechend vehement und massiv aufzutreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Abschluss vielleicht noch, weil wir das heute auch schon angesprochen haben und weil es mir auch wirklich ein Herzensanliegen ist. Mit der Regenbogenparade im heurigen Jahr, die erstmals auf dem Rathausplatz geendet hat, wo sie auch hingehört, hat sich Wien einmal mehr als Regenbogenherz Österreichs präsentiert. Das ist wichtig. Es geht darum, weiter auf der gesetzlichen Ebene eine tatsächliche Gleichstellung zu erreichen. Wir haben auf der landesgesetzlichen Ebene viel getan, werden uns im kommenden Landtag noch mit einer weiteren Gleichstellung auseinandersetzen, nämlich mit der Gleichstellung von Pflegeeltern. Pflegeeltern werden in Zukunft in dieser Stadt, wenn sie Beschäftigte sind, Karenz nehmen können. Das ist auf der landesgesetzlichen Ebene. Auf der bundesgesetzlichen Ebene gilt es, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, dass Regenbogenfamilien gleichgestellt sind. Das ist uns ein ganz wesentliches Anliegen, denn wir sagen, dass Familie dort ist, wo Liebe ist. Genau aus diesem Grund gilt es eben, sich für diese Gleichstellung von Lesben, Schwulen mit aller Kraft weiter einzusetzen, natürlich auch für die Gleichstellung von Transgender-Personen. (Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEU.)

Ganz zum Schluss, weil wir heute im Bereich der Integration auch über die Entwicklungshilfe gesprochen haben und da viel kritisiert wurde: Die Stadt hat ein ganz klares Bekenntnis zur Entwicklungshilfepolitik. Wir haben mit unseren Schwerpunkten gerade im Bereich von Frauen und Mädchen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich massiv und aktiv Verantwortung übernommen. Wir sind davon überzeugt, dass es gilt, den Menschen in den Armutsregionen eine entsprechende Hilfestellung zu geben. Es geht uns einfach auch darum, zu sehen, dass gerade Frauen die Trägerinnen von Entwicklung in diesen Ländern sind. Es geht darum, diesen Frauen Bildung zu geben, diesen Frauen Selbstständigkeit zu geben, den Menschen in den Armutsregionen Selbstständigkeit zu geben, damit sie eben nächste Generationen aufbauen können. Sehr geehrte Damen und Herren, Entwicklungshilfepolitik ist also auch aktive Migrationspolitik, zu der sich diese Stadt aktiv bekennt.

Abschließend, obwohl ich es heute schon zu Beginn getan habe, möchte ich mich noch einmal bei allen Beschäftigten in allen Geschäftsgruppen für die hervorragende Arbeit 2010 bedanken. Wir haben Grandioses zusammengebracht. Ich glaube, die Leistungsschau von 2010 kann sich sehen lassen. Ich möchte mich nicht nur bei denen bedanken, sondern auch bei den Abgeordneten aller Fraktionen in meinem Ausschuss und bei meinen MitarbeiterInnen im Büro. Ich wünsche den MitarbeiterInnen der Stadt Wien einen erholsamen Sommer, damit wir auch 2011 eine so tolle Bilanz hinkriegen. - Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Zur Geschäftsgrup-

pe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Für das Protokoll teile ich mit, dass Herr GR Herzog seit 19.45 Uhr wieder hier anwesend ist.

Ich erteile nun Frau VBgmin Mag Brauner zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2010 das Schlusswort.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Angesichts der vergleichsweise frühen Stunde wäre es nun natürlich verlockend, noch einen längeren Beitrag zur Diskussion zu leisten. Ich versage mir aber diese Verlockung und beschränke mich darauf, festzuhalten, dass ich nach der Auflage zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Bevölkerung in der Zeit von 15. bis 22. Juni 2011 und der in den letzten beiden Tagen erfolgten sehr ausführlichen Gemeinderatsdebatte zum vorliegenden Rechnungsabschluss 2010 nun der Einfachheit und Kürze halber auf die Anträge gemäß Seite XXIV der Einleitung hinsichtlich des Rechnungsabschlusses sowie zum Inventar verweisen kann und um entsprechende Beschlussfassung ersuche.

Ich danke Ihnen für die sehr ausführliche Diskussion und bitte um Zustimmung. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten.

(*Unterbrechung der Sitzung von 20.39 bis 20.54 Uhr.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich darf bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Es fehlt mir noch ein Schriftführer zu meiner Linken oder eine Schriftführerin.

Wir setzen die Sitzung fort.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, darf ich noch bekannt geben, dass Frau GRin Ludwig-Faymann seit 20.50 Uhr wieder im Haus ist.

Die Anträge der Berichterstatterin zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2010 sind im Rechnungsabschluss auf Seite XXIV abgedruckt.

Ich lasse zuerst über den aus zwei Punkten bestehenden Antrag zur Erledigung der Rechnung und dann über den Antrag zum Inventar abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die den zwei Antragspunkten zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Ich darf um die Zustimmung bitten. Das ist mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN so angenommen.

Nun bitte ich jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zum Inventar, abgedruckt auf Seite XXIV des Rechnungsabschlusses, zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Das ist mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN angenommen.

Damit ist der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2010 beschlossen und angenommen.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen der Beschluss- und Resolutionsanträge, die während der Diskussion eingebracht wurden.

Der erste Antrag, der zur Abstimmung gelangt, ist ein Misstrauensantrag gegen Frau VBgmin Renate Brauner

es wurde die namentliche Abstimmung gefordert und ich darf die beiden Schriftführer Feldmann und Florianschütz bitten, mit der Verlesung der Namen zu beginnen.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Aichinger.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Aigner.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Akkilic.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Al-Rawi.

GR Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Anger-Koch.

GRin Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Baron.

GR Karl **Baron** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Baxant.

GR Petr **Baxant** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Berger-Krotsch.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Blind.

GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Bluma.

GRin Susanne **Bluma** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Chorherr.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Dadak.

GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Deutsch.

GR Christian **Deutsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Dworak.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Ebinger.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Eisenstein.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Ekkamp.

GR Franz **Ekkamp** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Feld-

mann.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Frank.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Frigo.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Gaal.

GRin Kathrin **Gaal** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Gretner.

GRin Dipl-Ing Sabine **Gretner** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Gudenus.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Guggenbichler.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Haslinger.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Hatzl.

GRin Eva-Maria **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Herzog.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Hofbauer.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Holzmann.

GR Ernst **Holzmann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Hora.

GR Karlheinz **Hora** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Hufnagl.

GR Heinz **Hufnagl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Hursky.

GR Christian **Hursky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Irschik.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Jung.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Kappel.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Karner-Kremser.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinde-*

rates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Kasal.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Klicka.

GRin Marianne **Klicka** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Kopietz.

GR Prof Harry **Kopietz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Kops.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Kowarik.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Laschan.

GRin Dr Claudia **Laschan** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Leeb.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Lindenmayr.

GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Ludwig-Faymann.

GRin Martina **Ludwig-Faymann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Mahdalik.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Florianschütz.

GR Peter **Florianschütz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Marek.

GRin Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Maresch.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Margulies.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Matzka-Dojder.

GRin Anica **Matzka-Dojder** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Mayer.

GR Dr Alois **Mayer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

GR Ing Christian **Meidlinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Meyer.

GRin Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Mörk.

GRin Gabriele **Mörk** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Neuhuber.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Nevriy.

GR Ernst **Nevriy** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Niedermühlbichler.

GR Georg **Niedermühlbichler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Novak.

GRin Barbara **Novak** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Peschek.

GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Pilz.

GRin Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Ramskogler.

GRin Mag Sonja **Ramskogler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Reindl.

GR Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Reischl.

GRin Hannelore **Reischl**: (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Rubik.

GRin Silvia **Rubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Schicker.

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Schinner.

GRin Katharina **Schinner**: (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Schrödl.

GRin Karin **Schrödl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Schubert.

GRin Ingrid **Schubert** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Schütz.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Spitzer.

GR Mag Gerhard **Spitzer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Stark.

GR Rudolf **Stark** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Stiftner.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Straubinger.

GRin Mag Sybille **Straubinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Strobl.

GR Friedrich **Strobl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Stürzenbecher.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Troch.

GR Dr Harald **Troch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Tschirf.

GR Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Ulm.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Unger.

GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Valentín.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Vana.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Vettermann.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Wagner.

GR Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Walter.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Wansch.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Wehsely.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Werner-Lobo.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Woller.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GR Wutzlhofer.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: GRin Yilmaz.

GRin Nurten **Yilmaz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Nachdem wir die Abzählung geklärt haben, darf ich bekannt geben, dass für den Misstrauensantrag 38 Stimmen und gegen den Misstrauensantrag 56 Stimmen abgegeben wurden.

Damit ist der Antrag abgelehnt. (*Anhaltender, im Stehen gespandeter Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung der restlichen Anträge.

Antrag Nummer 1 betrifft ein transparentes Wiener Budget. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 2 betrifft die Monopolstruktur bei der Bestattung der Stadt Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die ÖVP und damit die Minderheit.

Antrag Nummer 4 betrifft keine Gebührenerhöhung auf Grund der Valorisierungsautomatik. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 5 betrifft Deutsch als Pausensprache. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 6 ist eine Zuweisung betreffend Adaptierung leer stehender Geschäftslokale für Sportvereine. Wer diesem Antrag auf Zuweisung die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig.

Antrag Nummer 7 ist ebenfalls eine Zuweisung. Er betrifft Kinderspielplätze auf dem virtuellen Stadtplan der Stadt Wien. Wer diesem Antrag auf Zuweisung die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist ebenfalls einstimmig zugewiesen.

Antrag Nummer 8 zu sofortigen Abstimmung betrifft die Überprüfung und gegebenenfalls Verbesserung des Einbruchsschutzes an den Wiener Pflichtschulen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 9: Übertragung der Gemeinderats- und Landtagssitzungen im Fernsehen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 10 betrifft den Ausbau der U-Bahn ins Wiener Umland. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 11 betrifft die Tarife der Wiener Linien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 12 betrifft die Schaffung einer verbesserten Anbindung des Hauptbahnhofes an das U-Bahn-Netz. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die ÖVP und damit die Minderheit.

Antrag Nummer 13 betrifft die U1-Verlängerung nach Rothneusiedl. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Mit Antrag Nummer 16 wird eine Zuweisung beantragt, es geht um ein Palliativ- und Hospizkonzept für Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig zugewiesen.

Antrag Nummer 17: Ausbau der Nachbarschaftszentren in Wien bis 2030. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

– Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 18: Sozialleistungen nur für österreichische Staatsbürger und EU-Bürger. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die FPÖ und somit die Minderheit.

Antrag Nummer 19 betrifft die Abschaffung des Spitalskostenbeitrages für Kinder. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 20 betrifft die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 7906. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 21 betrifft den Kultur- und Wissenschaftsbericht der Stadt Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 22 betrifft den Subventionsbericht der Stadt Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 23 betrifft keine Verlängerung des Vertrages von Kunsthallendirektor Gerald Matt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 24: Insistieren auf Satzungsänderungen des Vereines Kunsthalle Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 25 ist ein Antrag auf Zuweisung und betrifft die Nutzung des Schlosses Neugebäude als Depot und Skulpturenmuseum der Bestände des Wien Museums. Wer diesem Antrag die Zustimmung zur Zuweisung erteilen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag 26 betrifft Maßnahmen für den Wirtschaftsstandort Wien zur Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für Frauen. Wer dem zustimmt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag 27 betrifft Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wer diesem Antrag zustimmt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Bei Antrag 28 wurde die Zuweisung verlangt. Er betrifft die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen mit 24-Stunden-Betreuung. Wer dem zustimmt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig zugewiesen.

Bei Antrag 29 wurde sofortige Abstimmung verlangt. Er betrifft die Harmonisierung der Pensionssysteme im öffentlichen Dienst bis spätestens 2025. Wer dem zustimmt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 30 betrifft die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand von Wiener Beamtinnen und Beamten. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag 31 betrifft die Abschaffung des § 68a Abs 1 Z 2 Dienstordnung 1994 – vorzeitige Versetzung in den Ruhestand aus organisatorischen Gründen. Wer dem zustimmt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag Nummer 32 betrifft die Reaktivierung bei den Wiener BeamtInnen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Antrag 33 betrifft die Ziesel beim Heerespital. Wer dem zustimmt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig. Schön für die Ziesel!

Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2010. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführt.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 2 die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die SPÖ und die GRÜNEN, und das ist damit mehrstimmig angenommen.

Es gibt zu Postnummer 2 auch einen Antrag, und zwar den Antrag Nummer 15. Er betrifft die mangelhafte Umsetzung der Gesundheitsreform in Wien. Wer dem zustimmt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ, und das ist damit die Minderheit.

Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2010. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt durchgeführt.

Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Wer Postnummer 3 die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die SPÖ und die GRÜNEN, und das ist damit mehrstimmig angenommen.

Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen für das Jahr 2010. Auch diesfalls wurde die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt bereits bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung durchgeführt.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer Postnummer 4 die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die SPÖ und die GRÜNEN, und das ist damit mehrstimmig angenommen.

Auch zu Postnummer 4 liegt ein Antrag vor, nämlich

der Antrag Nummer 14. Er betrifft die Einzelwasserzähler. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ. Das ist die Minderheit und daher ist der Antrag nicht angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 5 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Vorlage des Tätigkeitsberichtes des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 2010. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Dr Tschirf, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Dr Matthias **Tschirf**: Herr Vorsitzender! Herr Kontrollamtsdirektor! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

So gerne ich diesen Bericht einleite, muss ich doch mit Bedauern feststellen, dass wir wiederum, wenn ich mir die Tageszeit ansehe, bei 21.15 Uhr angelangt sind. *(GR Prof Harry Kopietz: Besser als 2.30 in der Früh! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich würde ersuchen, dass man den Berichterstatter nicht unterbricht und dass man sehr wohl in der Präsidiale Überlegungen darüber anstellt, dass die Geschäftsordnung die Behandlung dieser wichtigen Frage künftig zu einem anderen Zeitpunkt vorsieht, denn das wäre nicht nur dem Thema angemessen, sondern sehr wohl auch der Kontrollarbeit durch das Kontrollamt, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wurden 121 Beiträge in den Sitzungen des Kontrollausschusses am 20. Jänner 2011, am 23. Februar 2011 und am 29. März 2011 durchgearbeitet, und diese liegen nunmehr vor. Es handelt sich immerhin um ein Finanzvolumen von 12 Milliarden EUR.

Überdies wurden viele Beiträge geliefert, und an dieser Stelle sei dem Kontrollamt, dem Kontrollamtsdirektor und den Mitarbeitern des Kontrollamtes herzlich gedankt. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich leite damit in die Diskussion ein.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke, Herr Berichterstatter. Ich erlaube mir, auch von diesem Platz aus den Herrn Kontrollamtsdirektor Dr Pollak mit seinen Mitarbeitern recht herzlich in unserer Runde zu begrüßen.

Ich eröffne die Debatte. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Neuhuber. Er hat 20 Minuten.

GR Mag Alexander **Neuhuber** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Über die Redezeit bin ich jetzt ein bisschen enttäuscht, muss ich sagen!

Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Herr Kontrollamtsdirektor! Meine Damen und Herren!

Selten hat man ja um diese Zeit ein so volles Auditorium, und ich hatte jetzt gehofft, 40 Minuten voll ausnützen zu können! Ich meine nämlich: Wenn wir schon einmal über Kontrolle reden, dann sollten wir es auch grundsätzlich anlegen und gemeinsam ein bisschen in der Geschichte der politischen Kontrolle zurückgehen, zum Beispiel in das alte Ägypten und nach Mesopotamien, wo es vielleicht mit der Kontrolle noch nicht ganz so weit her war. Im Zusammenhang mit der Antike und den Griechen und Römern möchte ich insbesondere den Geschichtsschreiber Polybios mehrfach zitieren. Und letztlich kommen wir dann zur Aufklärung, zu Montes-

quieu et cetera, also zu einer Zeit, in der die Checks and Balances und die Kontrolle eine große Rolle gespielt haben.

Das ist ein Scherz, meine Damen und Herren! Ich bin kein Langredner, ich wollte mit dieser kleinen Einleitung nur darauf hinweisen, dass ich unnütze Redeübungen, wie wir sie gerade gestern erlebt haben, für nicht sehr demokratisch halte. Ich finde, das ist einer der größten Fehler, die man machen kann, denn dabei vergeht einem die Lust auf Parlamentarismus, und nicht nur uns, sondern vor allem den Damen und Herren draußen, meine Damen und Herren!

Man sollte auch in der politischen Debatte Qualität und Quantität nicht verwechseln, denn etwas, das man in 10 oder 15 Minuten nicht sagen kann, das schafft man auch in 40 Minuten nicht! Es ist relativ einfach, 40 Minuten mit der Gießkanne über alles drüberzugehen, quasi von Adam und Eva bis zur Atombombe, und es ist wesentlich schwieriger, kurz und prägnant einen Sachverhalt auszudrücken. *(Zwischenrufe bei den Freiheitlichen.)* Das wäre es aber in Wirklichkeit, meine Damen und Herren! Daher müssen wir uns gemeinsam überlegen, ob es nicht des einen oder anderen Reförmchens an der Geschäftsordnung bedürfte, damit wir das in Zukunft eventuell anders gestalten können. – Damit bin ich mit meiner Kritik in diesem Punkt aber schon wieder am Ende!

Ich habe mir jetzt selber das Stichwort Reform gegeben, meine Damen und Herren! Und natürlich gäbe es auch im Bereich des Kontrollamtes noch immer einiges an Reformbedarf. Es ist noch längst nicht alles umgesetzt worden, was sich die Opposition so gewünscht hätte.

Ich komme auf den Vorsitzenden des Kontrollausschusses, Kollegen Tschirf, zurück, der schon in der Einleitung davon gesprochen hat, dass es nicht sehr rühmlich für uns alle ist, dass die Kontrollamtsdebatten immer irgendwann zwischen Abendessen und Mitternacht oder vielleicht noch später stattfinden. Ich habe das jetzt auch schon oft genug miterlebt. Meine Damen und Herren! Wenn wir Kontrolle, den Kontrollausschuss und das Kontrollamt ernst nehmen, dann müssen wir uns endlich einmal eine andere Tages- und nicht Nacht- oder Abendzeit für diese Debatte überlegen! *(Beifall bei der ÖVP.)* Wie sollten wir uns denn jetzt nach 30 Stunden hier noch wirklich konzentriert mit einzelnen dieser 120 Berichte auseinandersetzen?!

Apropos:120 Berichte: Ich möchte dem Kontrollamt und dem Kontrollamtsdirektor wiederum für die vielen interessanten Berichte der abgelaufenen Saison – wenn ich so sagen darf – beziehungsweise des letzten Jahres danken. Wir haben wieder viel über einzelne Geschäftsgruppen und über die Verwaltung der Stadt Wien gelernt! Wir haben unzählige Verbesserungsvorschläge bekommen, und ich würde mir wünschen, dass es nicht nur bei den Vorschlägen bleibt, sondern dass den Ideen und den Tatsachen, die das Kontrollamt aufzeigt, in Zukunft auch eine gewisse Verbindlichkeit zukommt. Es wäre nämlich ganz wichtig für dieses Haus, dass nicht immer nur etwas geschrieben und dann in einer Geschäftsgruppe halt

mehr oder weniger beachtet wird.

Ich bin schon fast am Schluss: Ich möchte nur noch für diejenigen, die nicht im Kontrollausschuss sind, sozusagen einen kleinen Bericht aus den letzten Monaten geben. Meine Damen und Herren! Wirklich verwundert hat mich dort das Verhalten der Grünen Fraktion. – Ich verstehe schon, dass Sie jetzt in einer anderen Rolle sind, gar keine Frage! (*GR David Ellensohn: Wir sind sehr aktiv!*) In der Opposition zu sein, ist etwas anderes, als zu regieren. Dennoch ist es fast tragisch, zu sehen, dass es heute dort keinen aktiven Margulies und keine Frau Dr Pilz mehr gibt, die Probleme so wie wir von der Opposition aufgreifen. Sie haben halt irgendwann einmal mit politischem Fewa-Weichspüler geduscht, und das merkt man auch hier bei den Debatten!

Wie sehr eigentlich Ihre Selbsterkenntnis und Ihre Selbstbestimmung gelitten haben müssen, das hat man bei der heutigen Abstimmung über den Misstrauensantrag betreffend Frau StRin Brauner noch viel besser als im Kontrollausschuss gesehen. – Ich gratuliere Ihnen herzlich, dass Sie von allen Standing Ovationen geliefert bekommen haben! Offensichtlich ist das den GRÜNEN sehr leicht gefallen! So schnell wird man von einer Oppositionspartei zu einer echten roten Regierungspartei, meine lieben GRÜNEN! (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Hebein, die es rechtzeitig geschafft hat. – Bitte schön.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte, geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Ich habe jetzt nicht zugehört, kann mir aber ungefähr vorstellen, was Sie gesagt haben. (*Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN. – GR Wolfgang Seidl: Peinlich!*)

Konkret möchte ich mich einmal vorweg – und das meine ich sehr aufrichtig – bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kontrollamts bedanken. Ich weiß, das geschieht immer, aber ich schätze die MitarbeiterInnen und auch die Kontrollamtsberichte wirklich sehr! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Dazu muss man sagen: Sie sind nicht nur lesbar, sondern – und das ist für mich sehr entscheidend – sie sind auch nicht lenkend manipulativ, sondern sie halten Fakten fest, und das halte ich für eine Auszeichnung. – Das einmal vorweg.

Ich nehme an, die ÖVP hat gesagt, dass wir jetzt, seitdem wir in der Regierung sind, nicht mehr für Transparenz und Kontrolle sind. – Sollte das gesagt worden sein, dann erwidere ich: Das stimmt nicht! Selbstverständlich sind Kontrolle, Transparenz und Verbeugen gegen Korruption auch für Rot-Grün Werte in dieser Stadt, und wir arbeiten daran. Wir arbeiten definitiv daran, konkret auch im Zusammenhang mit unserer jahrelangen Forderung nach Transparenz bei der Inseratenvergabe von Seiten der Stadt Wien. Natürlich werden wir das umsetzen, und natürlich werden wir auch mit gutem Beispiel vorangehen, denn auch in unserem eigenen Ressort redet man natürlich leicht, aber das muss in unserer Demokratie auch nachvollziehbar sein.

Zweitens steht uns noch bevor, dass wir uns überlegen müssen und sollten, wie wir das Kontrollamt ge-

meinsam aufwerten und wie wir es schaffen, dass die Kontrollmöglichkeiten des Wiener Kontrollamts ausgebaut werden. Ich möchte dazu ein paar Auszüge aus den Ideen und Überlegungen vermitteln, die wir in der Arbeitsgruppe gemeinsam mit der SPÖ angestellt haben. – Es ist ein bisschen irritierend, dass hier jetzt so viel geplaudert wird.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Frau Kollegin! Ich darf Sie ganz kurz unterbrechen. Ich bitte, auch in den hinteren Reihen ein bisschen leiser zu sein. Die Lautstärke des Murmelns ist jetzt sehr groß. Ich bitte noch um Aufmerksamkeit! Ich glaube, das Kontrollamt hat sich das verdient! – Bitte.

GRin Birgit **Hebein** (*fortsetzend*): Herzlichen Dank!

Das Ergebnis der Evaluierungen, die auch in den letzten Jahren hier immer wieder Thema waren, wozu es auch gemeinsame Anträge mit ÖVP und FPÖ gegeben hat, ist, dass wir ein transparentes Auswahlverfahren bei der Ermittlung des Kontrollamtsdirektors oder der Kontrollamtsdirektorin vornehmen möchten. Wir arbeiten daran. Hoffentlich trifft das dann auch auf Zustimmung aller hier in unserem Haus!

Außerdem ist auch die Frage zu klären, ob das Kontrollamt in Zukunft auch Unternehmen prüfen kann, an welchen die Stadt Wien mit einem Prozentsatz von unter 50 Prozent beteiligt ist. Diese Überlegung müssen wir diskutieren.

Weiters haben wir jetzt eine Institutionenreform unter Einbeziehung von ExpertInnen in Angriff genommen. Diese Arbeitsgruppe setzt sich mit der Reform der Geschäftsordnung für Bezirke, mit Kontrollmechanismen sowie mit der Evaluierung der Instrumente Untersuchungskommission und auch der verstärkten Kontrolle von ausgegliederten Teilen der Gemeindeverwaltung auseinander.

Ferner soll es eine Koordinationsstelle für Teilhabe und BürgerInnenbeteiligung geben. Bevor ich Ihnen erzähle, was diese umfasst, halte ich aber fest, dass das natürlich Ankündigungen sind. Sie könnten uns selbstverständlich zu Recht vorwerfen, dass wir das noch nicht beziehungsweise noch nicht schnell genug umgesetzt haben! Aber ich versichere Ihnen: All die Überlegungen ... (*Zwischenruf von GR Mag Alexander Neuhuber.*) Jetzt sind Sie wieder munter! Das ist eh gescheit!

Das macht Sinn. Diese Auseinandersetzung führen wir, und da werden dann alle gefordert sein. Ich freue mich schon auf diesen Spaß der Oppositionsparteien, auch die Klubförderungen transparent zu machen!

Insofern möchte ich festhalten: Kontrolle ist ein Ausdruck von Demokratie. Diese muss funktionieren. Und es gibt Unmengen an Überlegungen. Es soll jetzt ein neues sogenanntes Lobbyistengesetz geben. Auch dazu wird Wien eine Stellungnahme abgeben. – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Dr Wansch. – Bitte sehr.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren vom Kontrollamt! Sehr geehrter Herr Kontrollamtsdirektor Dr Pollak! Sehr ge-

schätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben jetzt eine zweitägige Debatte des Rechnungsabschlusses hinter uns. und es tut mir leid, dass man am Ende feststellen muss, dass es wieder einmal eine in Wirklichkeit ungeheuerliche Entgleisung von Kollegen Ellensohn gegeben hat: Herr Kollege Ellensohn stellt sich an diese Stelle und stellt eine falsche Behauptung auf.

Kollege Jung hat mit keinem Wort die Roma erwähnt. Kollege Ellensohn ist jedoch nicht bereit, seine falsche Behauptung zurückzunehmen und richtigzustellen! Daher sage ich an dieser Stelle: Es fällt mir hier für ihn keine andere Bezeichnung ein als jene, für die Kollege Jung einen Ordnungsruf erhalten hat. Was ist nicht weiß, ist, ob es notorisch ist. Ich weiß aber, dass er hier gestanden ist, eine falsche Aussage getroffen hat und nicht bereit ist, diese Aussage zurückzunehmen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und er hat von derselben Stelle und beim selben Ausritt geäußert, dass ihm eine Partei einfällt, die ein Risiko ist. – Jetzt kann ich ihm sagen: Mir fallen zwei Parteien ein, die ein Risiko für die Wienerinnen und Wiener sind, nämlich die SPÖ und die GRÜNEN. *(Beifall)*

Das Schlimme für die Wienerinnen und Wiener ist, dass das Risiko schon schlagend geworden ist. Wir wissen seit der zweitägigen Debatte über den Rechnungsabschluss, dass den Wienerinnen und Wienern von der SPÖ und den GRÜNEN in die Tasche gegriffen wurde. Es gab im Jahr 2010 eine halbe Milliarde Defizit und 3 Milliarden EUR Schulden. 2011 werden es mehr als 3,5 Milliarden EUR Schulden sein. Und wenn wir dann noch die ausgetöchterten und ausgegliederten Betriebe dazunehmen, dann liegen wir bei deutlich über 6 Milliarden EUR Schulden. – In Anbetracht dessen frage ich mich: Wer ist das Risiko für die Wienerinnen und Wiener? *(Beifall bei der FPÖ. – GR Kurt Wagner: In der Schule wäre das eine klassische Themaverfehlung!)*

An dieser Stelle erfolgt jetzt der positive Einstieg des Kontrollamtes. Der Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes steht zur Diskussion. Herr Kollege! Sie warten schon darauf, und ich möchte Sie nicht länger warten lassen und kann Ihnen nun sagen ... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wollen Sie nicht über das Kontrollamt reden? *(GR Kurt Wagner: Steigen Sie endlich in die Materie ein!)* Ich habe ja gerade gesagt, dass ich es tue, aber ich könnte es viel besser, wenn Sie mich nicht unterbrechen!

Nun zum Kontrollamt, und damit sind wir beim Positiven, und ich ersuche, dass man diesen Punkt jetzt nicht durch Zwischenrufe stört! – Wir haben schon über das Ausmaß der Berichte gehört. Wir haben von allen Parteivertretern schon das Lob der Arbeit und der Berichte des Kontrollamtes gehört, und an dieser Stelle kann man ich mich diesem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kontrollamtes und an den Kontrollamtdirektor nur aus vollem Herzen anschließen!

Es ist die klare Struktur der Berichte, und es sind die treffsicheren Empfehlungen der Kontrollamtsberichte, welche die Qualität der Arbeit des Kontrollamtes ausmachen. Aber es geht an dieser Stelle nicht um die Berichte

im Einzelnen. Es ist nämlich ein weiterer Verdienst, den man gar nicht genug würdigen kann, dass die Berichte ins Internet gestellt und für jede Wienerin und jeden Wiener einfach abzurufen sind, und zwar und auch in archivierter Form, und dafür ist allen Verantwortlichen im Kontrollamt uneingeschränkter Dank auszusprechen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es geht aber an dieser Stelle noch viel mehr um den Umgang der SPÖ und der GRÜNEN mit diesen hoch qualitativen Berichten des Kontrollamtes. – Man hat als Mitglied des Kontrollausschusses den Eindruck, dass das Thema beziehungsweise die Angelegenheit für die verantwortlichen Politiker in dem Moment erledigt ist, in dem die Sitzung des Kontrollausschusses endet.

Ich bringe jetzt ein Beispiel aus der gestrigen Debatte: Es gibt einige Kontrollamtsberichte, die das Ressort der Finanzstadträtin Brauner betroffen haben. In der Diskussion hat man den Eindruck gewonnen, dass sie die Kontrollamtsberichte nicht einmal liest. Ich erinnere an dieser Stelle nur an die Situation im Zusammenhang mit dem Cross-Border-Leasing-Fiasko. – Ich meine, das Übergehen und das völlige Ignorieren der Kontrollamtsberichte ist eine Beleidigung der Institution und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kontrollamtes, die in knochenharter Arbeit hoch qualitative Berichte erstellen, und in Wirklichkeit auch eine Beleidigung des Gemeinderates.

Wir wissen: Auch wenn das Kontrollamt seine Berichte sehr höflich formuliert, stehen hinter den Empfehlungen in den Kontrollamtsberichten immer Mängel und Missstände in der Verwaltung. Wie aber ist der Umgang mit diesen Mängeln? – Ich habe es schon angesprochen: Sie werden ganz einfach ignoriert!

Aber es gibt ein weiteres demokratie- und verfassungsrechtliches Problemfeld im Bereich der Kontrolle in Wien: Man hat den Eindruck, dass der Herr Bürgermeister die Kontrolle nicht wirklich schätzt, und die GRÜNEN haben sehr schnell von ihm gelernt.

Ich erinnere an dieser Stelle an den Initiativantrag der Landtagsabgeordneten Mag Kowarik und Mag Gudenus in der Landtagssitzung vom 16.12.2010. In diesem Punkt schließt sich ein bisschen der Kreis mit den Anliegen der Kollegin Hebein. Ich komme allerdings betreffend die weitere Vorgangsweise nicht zum selben Ergebnis wie sie. In diesem Antrag vom 16.12.2010, der weitgehend gleichlautend mit jenen Anträgen war, die gemeinsam von der FPÖ und den GRÜNEN in der Vergangenheit immer wieder eingebracht wurden, wurde festgestellt: „Bei den gesetzlichen Regelungen bezüglich des Kontrollamtes in Wien, verglichen mit den Regelungen in allen anderen Bundesländern, besonders in Fragen der Unabhängigkeit, der Transparenz und der Kompetenz hinsichtlich der Zuständigkeitsbereiche des Kontrollamtes ist Wien Schlusslicht.“ Und deshalb wurde in diesem Antrag gefordert:

„Erstens: Organisatorische Unabhängigkeit des Kontrollamtes. Das Kontrollamt soll ein eigenes Organ der Gemeinde Wien sein und nicht ein Teil des Magistrats. Die Personalhoheit muss beim Kontrollamtsdirektor liegen und nicht beim Bürgermeister, der überprüft wer-

den soll.“ – Es ist nämlich ein unglaublicher Zustand, dass sich derjenige, der kontrolliert wird, seine Kontrolleure aussucht!

Eine weitere Forderung war die inhaltliche Kompetenzerweiterung des Kontrollamtes bei Ausgliederungen und Privatisierungen, bei geförderten Wohnbauträgern und bei den Fonds der Stadt Wien.

Eine weitere Forderung lautete: Mehr Öffentlichkeit statt Intransparenz durch Öffentlichkeit der Sitzungen des Kontrollausschusses. – Einen weiten Teil der Transparenzschaffung hat das Kontrollamt selbst in die Hand genommen, indem es, wie ich schon berichtet habe, die Kontrollamtsberichte für jede Wienerin und jeden Wiener ins Internet stellt.

Schließlich gab es die Forderung nach einer stärkeren Betonung der Empfehlungen und nach einer strengeren Überprüfung der Konsequenzen aus den Berichten in Form einer Berichtspflicht der verantwortlichen Stadträtinnen und Stadträte über die konkrete Umsetzung der Empfehlungen des Kontrollamtes. Statt der Möglichkeit, Kontrollamtsberichte lediglich zur Kenntnis zu nehmen, soll der Gemeinderat über einzelne Empfehlungen abstimmen können.

Meine Damen und Herren! Ich spreche jetzt besonders die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN an. Das sind konkrete Forderungen, die Sie mit uns gemeinsam noch im vergangenen Jahr erhoben haben. Das Schicksal des Antrages war, dass er in den Ausschuss für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal verwiesen wurde, und es ist seit dem 16.12.2010 einfach gar nichts geschehen. Der Antrag ist in die Versenkung versenkt worden. Und ich erinnere daran, dass Sie es mit der Kontrolle so wie der Herr Bürgermeister halten. Sie schätzen Kontrolle ganz einfach nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich will aber am Ende versöhnlich sein, und weil wir am Ende von zwei langen Tagen sind, habe ich mir gedacht, dass ich jetzt ganz einfach Kollegen Margulies aus der Gemeinderatssitzung vom 29.6.2010 zitieren werde, und ich zitiere ihn wörtlich, weil er das treffend formuliert hat: „Daher komme ich zum letzten Punkt.“ – Das hat er gesagt, und das sage ich jetzt auch.

Ich zitiere Margulies weiter: „Ich würde mir wünschen, dass man den Kontrollamtsbericht hinkünftig ganz am Anfang diskutiert, weil eine Auseinandersetzung mit dem Kontrollamtsbericht für den Rechnungsabschluss natürlich schon sehr von Relevanz ist. Eigentlich ist es fast absurd, einen Kontrollamtsbericht nach der Abstimmung über den Rechnungsabschluss zu diskutieren, weil das möglicherweise Auswirkungen hätte.“

In der heutigen Sitzung sage ich noch dazu: Es ist eigentlich absurd, diesen Kontrollamtsbericht nach der Abstimmung über den Misstrauensantrag zu diskutieren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der letzte Satz des Kollegen Margulies war – und das ist wirklich herrlich, das trifft nämlich genau so wieder zu, weil es mir auch so gegangen ist! –: „Ich habe meine Rede gestern mit den Fremdwährungskrediten begonnen, und es hat genau ungefähr 32 Stunden gedauert, und in diesen 32 Stunden sind die Verluste aus

den Fremdwährungskrediten um 30 Millionen EUR gestiegen. Das Verhältnis Euro Schweizer Franken ist mittlerweile auf 1,32 abgesackt. Wir sind schon bei über 75 Millionen EUR.“

Meine Damen und Herren! Vor einem Jahr haben Sie beklagt, dass wir bei den Spekulationen bei 75 Millionen EUR liegen. Gestern und heute haben wir gehört, dass wir bei 233 Millionen EUR liegen. Und was machen Sie jetzt? – Sie stimmen diesem Jahresabschluss zu und sprechen der verantwortlichen Stadträtin das Vertrauen aus! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Abschließend möchte ich im Hinblick auf die Aussagen, die sozusagen die politischen Dimensionen rund um den Tätigkeitsbereich des Kontrollamtes beleuchten, noch einmal aus vollem Herzen namens der Freiheitlichen Partei und des freiheitlichen Landtagsklubs dem Kontrollamtsdirektor und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kontrollamtes herzlich für ihre Arbeit danken. Ich freue mich auf die gute weitere Zusammenarbeit in den kommenden Jahren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Reindl. – Bitte, Herr Kollege.

GR Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Werte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kontrollamtsdirektor! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auf meinen Vorredner möchte ich nicht sehr inhaltsreich eingehen. Ich möchte nur zwei, drei Punkte anmerken.

Erstens: Das Kontrollamt hängt nicht am Gängelband des Herrn Bürgermeisters, weder bei der Geschäftsausstattung noch beim Personal, sondern es gibt ein Gremium im Haus, das die personelle Ausstattung und auch die geschäftliche Ausstattung beschließt, und das ist der Wiener Gemeinderat. An diesem hängt das Kontrollamt. Das wissen Sie aber selbst auch sehr gut!

Die Feststellung, inwiefern der Zeitpunkt absurd ist, zu dem ein Kontrollamtsbericht diskutiert wird, der mit über 120 Berichten und knapp über 3 000 Seiten sehr imposant ist, disqualifiziert sich meiner Meinung nach von selbst, denn der Gemeinderat ist unser höchstes Organ, und diese Berichte müssen hier auch ordentlich diskutiert werden.

Dazu möchte ich allerdings auch anmerken, dass die inhaltliche Diskussion ja in den Ausschüssen stattfindet, und diese Ausschüsse haben in der vergangenen Saison sehr intensiv gearbeitet, und sie waren sehr fordernd, weil wir auf Grund der Wahlen im Herbst 2010 alle 3 000 Seiten in den Ausschusssitzungen von Jänner bis April 2011 abgearbeitet haben. Im Hinblick darauf möchte ich mich auch bei meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen für diese sehr intensive Arbeit, die wir hier geleistet haben, und für die sehr guten Diskussionen auch mit der Opposition und auch mit den GRÜNEN recht herzlich bedanken. Ich glaube, der Kontrollausschuss ist das richtige Gremium, in dem man sich inhaltlich und fachlich mit Fakten auseinandersetzt und in dem die Stadtregierungsmitglieder Rede und Antwort stehen

müssen und sollen und dies auch tun.

Herr Wansch! Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass Sie die Meinung vertreten, dass unsere Verantwortlichen in der Stadt, die amtsführenden Stadträte, die Kontrollamtsberichte nicht ernst nehmen und die Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden, nicht umsetzen. – Ich sage das fast in jeder Rede: Das ist anscheinend die Meinung bei der FPÖ und manchmal auch bei der ÖVP, wenn auch heute weniger. In Anbetracht dessen möchte ich darauf hinweisen, dass die Prüfberichte das Ergebnis einer Prüfung sind.

Herr Wansch! Sie arbeiten auch in einem Beruf, in dem Sie wissen, wie man prüft, und Sie wissen auch, was während einer Prüfung alles geschieht. Das heißt, es werden in den Dienststellen auch schon während der Prüfung viele Maßnahmen gesetzt, wenn ein Problem auftritt und man gleich eine Lösung findet. Dann steht im Kontrollamtsbericht, dass es ein Problem gegeben hat, das schon gelöst ist, und wenn es eine kleine Sache war, dann steht vielleicht gar nichts im Bericht, weil das Problem schon gelöst wurde.

Zu den Berichten, die im Kontrollamtsbericht stehen, möchte ich sagen: Sehr viele Kontrollamtsberichte sind hochwertige Unternehmensberatungsberichte, bei denen das Kontrollamt meiner Meinung nach teilweise wie ein Unternehmensberater agiert. Ich denke jetzt etwa an den 300 Seiten umfassenden Bericht zum KAV oder an die Berichte zur Psychiatrie in Wien, aus denen dann wirklich auch strukturelle Maßnahmen abgeleitet werden, die wir hier im Gemeinderat beschließen und auch umsetzen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aus meiner Sicht sind diese Kontrollamtsberichte sehr inhaltsreich und sehr informativ, und auch die Stadträtinnen und Stadträte sind sehr bemüht, alle Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, und alle Analysen, die durchgeführt werden, bestmöglich umzusetzen. Ich stehe aber auch nicht an zu sagen: Man muss im Kontrollausschuss auch damit leben, dass die eine oder andere Empfehlung des Kontrollamtes vielleicht nicht umgesetzt wird, wenn es eine entsprechende Begründung dafür gibt, warum das nicht geschehen ist.

Ich würde mir wünschen, dass man dem Kontrollamt bei den nächsten Verhandlungen ähnliche Prüfkompetenzen wie dem Rechnungshof gibt, der teilweise mehr prüfen darf als das Kontrollamt. Ich meine, man sollte darüber diskutieren, in welchen Angelegenheiten das möglich ist!

Auch betreffend Personalhoheit haben wir schon sehr starke Maßnahmen gesetzt und größtmögliche Unabhängigkeit gegeben. Das sollten wir uns auch noch einmal anschauen.

Sehr wichtig ist für mich aber auch, dass wir dieses System, das wir in Wien haben, selbstverständlich beibehalten und noch verbessern. Dieses ist nämlich einzigartig in ganz Österreich, denn wir haben auch die Möglichkeit, dass Minderheitsanträge berücksichtigt werden. Es ist ja in der Demokratie sehr wichtig, dass die Opposition das Recht hat, wichtige Themen zur Sprache und zur Diskussion zu bringen und Angelegenheiten zu prüfen. Daher sollen wir dieses Minderheitsrecht, wie

gesagt, beibehalten und darüber nachdenken, wo wir noch Verbesserungen machen könnten.

Ich möchte auch sagen, dass manche Prüfansuchen mit 80 Fragen zu einem sehr breiten Thema, zum Beispiel im Gesundheitsbereich oder auch in anderen Bereichen, teilweise die Prüfkapazität des Kontrollamtes lahmlegen. Daher ist es vielleicht klüger, wenn man kleinere Portionen prüft und nicht riesige Megaprüfberichte macht. Wir sollten darüber diskutieren, wie wir mit diesem Thema gemeinsam umgehen wollen!

Alles in allem danke ich dem Herrn Kontrollamtsdirektor. Er wird ja am Freitag ein Jahr in Amt und Würden sein, er ist also sozusagen noch im Probejahr, wie man sagen würde. Ich glaube, Herr Kontrollamtsdirektor, Sie haben beziehungsweise du hast das mit Bravour gemeistert! Vor allem das letzte halbe Jahr war für alle Kolleginnen und Kollegen des Kontrollamtes und auch für den in diesem Job neuen Kontrollamtsdirektor sehr intensiv, und es gab viele Herausforderungen.

Ich möchte auch sagen, dass wir in den Kontrollausschüssen keinen Unterschied und vor allem keinen negativen Unterschied zum langjährigen Kontrollamtsdirektor Dr Hechtner festgestellt haben. Dafür danke ich recht herzlich! Ich glaube nämlich, dass es sehr wichtig ist, dass auch eine Institution wie das Kontrollamt auf Kontinuität und auf Qualität setzt, und beides ist mit unserem Kontrollamtsdirektor und den tollen Mitarbeitern, die wir dort haben, gewährleistet! *(Allgemeiner Beifall.)*

Man darf auch nicht vergessen: Das Kontrollamt ist ja kein kleines Amt, sondern es ist mit über 80 Mitarbeitern nach dem Rechnungshof die größte Prüfeinrichtung Österreichs. Vergleichbare Institutionen anderer Länder oder Städte in allen Bundesländern sind, wie ich glaube, in Summe kleiner als unser Kontrollamt, und es ist gut und wichtig, dass es so groß ist.

Ich freue mich schon auf die Zusammenarbeit im Herbst im Kontrollausschuss und auf die Auseinandersetzung mit neuen Berichten, die kommen werden. – Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. Bitte sehr.

Berichterstatter GR Dr Matthias **Tschirf**: Herr Vorsitzender! Herr Kontrollamtsdirektor! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben jetzt eine kurze, aber inhaltsreiche Diskussion durchgeführt.

Den Appell von meiner Seite am Anfang, dass wir nachdenken sollten, ob wir diese Diskussion nicht zu einem besseren Zeitpunkt stattfinden lassen sollten, möchte ich wiederholen. Der bessere Zeitpunkt ist sicherlich nicht 3 Uhr in der Früh! Jedenfalls ist das aber sicherlich ein Anlass, dass wir uns damit auseinandersetzen!

Überhaupt war interessant, dass von allen Seiten Überlegungen angestellt wurden, wie die Kontrolle verbessert werden kann. Der Dank, der hier an den Kontrollamtsdirektor und an den früheren Kontrollamtsdirektor ausgesprochen wurde, ist meines Erachtens aber auch mit einer Verpflichtung an die Gemeinderäte zu

verbinden, und zwar dahin gehend, dass entsprechende Kontrollamtsersuchen auch gestellt werden. Das gilt für die Gemeinderäte aller Fraktionen, denn die Munition, um entsprechend zu arbeiten, ist dann vorhanden, wenn entsprechende Anträge gestellt werden.

In der vergangenen Periode gab es 38 Kontrollamtsansuchen, und ich darf als amtierender Vorsitzender des Gemeinderates an die Gemeinderäte die Bitte richten, alles genau zu überlegen und zu überprüfen und dann gegebenenfalls auch dem Kontrollamt vorzulegen. Wir als Gemeinderat sind Teil der Verwaltung, und auch diese Kontrolle gehört zu uns. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke, Herr Berichterstatter.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Wer die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Ich darf dem Herrn Kontrollamtsdirektor zum ersten genehmigten Tätigkeitsbericht gratulieren. *(Allgemeiner Beifall.)*

Meine Damen und Herren! Zwei lange Tage sind vorbei. Ich danke alle Kollegen für ihr Durchhaltevermögen und schließe die 10. Sitzung des Wiener Gemeinderates. *(Sitzungsende um 21:54Uhr)*